

Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr



2008

Beteiligungsbericht 2008

der Stadt Remscheid

Herausgeber: Stadt Remscheid
Die Oberbürgermeisterin
Zentraldienst Verwaltungssteuerung
Zentrale Steuerungsangelegenheiten
Beteiligungsmanagement
Redaktion: Barbara Wagner

Vorwort

Der Frage der optimalen Erfüllung kommunaler Aufgaben kommt in Zeiten immer knapper werdender Finanzressourcen, einhergehend mit einer wachsenden Anzahl öffentlicher Aufgaben, eine herausragende Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund des deutlich eingeschränkten Handlungsspielraumes der Kommunen im Bereich der Investitionstätigkeit geben zudem steuerliche und organisatorische Gesichtspunkte den Ausschlag für die Beteiligung an bzw. Gründung einer Unternehmung des privaten Rechts. Im Prozess dieser Entscheidungsfindung steht bei der Stadt Remscheid der Gedanke im Vordergrund, den Bürgerinnen und Bürgern einen optimalen und kostengünstigen Service anzubieten und zugleich den erforderlichen Einfluss der kommunalen Entscheidungsgremien zu wahren. Diesem Gedanken Rechnung tragend, werden auch bestehende Beteiligungen bei geänderten Rahmenbedingungen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit unter dem Aspekt der ökonomischen Ressourcennutzung überprüft, so dass auch hier sinnvolle Anpassungen vorgenommen werden.

Die Stadt Remscheid hat daher einen Teil ihrer vielfältigen kommunalen Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen der privatrechtlichen Form, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, übertragen. Neben der Energie- und Wasserversorgung, der Abwasser- und Abfallentsorgung und dem öffentlichen Personennahverkehrs werden auch im Bau- und Wohnungswesen sowie im Kultur- und Sozialbereich Aufgaben außerhalb der traditionellen Verwaltung wahrgenommen.

Der vorliegende Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2008 macht den Umfang der Beteiligungen der Stadt Remscheid transparent. Neben der Erfüllung der gesetzlichen Berichtspflicht dient er den Ratsmitgliedern und der Verwaltungsführung bei der Ausübung der Steuerungs- und Kontrollaufgaben als einheitliche Informationsbasis. Der Beteiligungsbericht enthält Informationen über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Beteiligungen auf Basis der Jahresabschlüsse des Jahres 2008 sowie bis zur Drucklegung eventuell schon bekannter Veränderungen in der Beteiligungsstruktur.

Remscheid, im März 2010

gez.
Beate Wilding
Oberbürgermeisterin

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	
1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Remscheid	9
1.1 Gemeindeordnung als rechtlicher Rahmen	9
1.2 Rechtsformen kommunaler Unternehmen	10
1.3 Wahl der Unternehmensform	13
1.4 Beteiligungsmanagement in Remscheid	15
1.5 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung	15
2. Beteiligungen der Stadt Remscheid im Überblick	17
2.1 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2008 (tabellarische Darstellung)	17
2.2 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2008 (grafische Darstellung)	19
3. Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Remscheid	21
3.1 Stadtwerke Remscheid GmbH	21
3.2 GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid	32
3.3 Bergische Symphoniker - Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH -	43
3.4 Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH	50
3.5 BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid	57
3.6 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung	65
3.7 Regionale 2006 Agentur GmbH	78
3.8 Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH	82
3.9 Bergisch Land Touristik GmbH & Co. KG i.L.	90
3.10 Bergisch Land Touristik Verwaltung GmbH i.L.	92
3.11 Bergische Entwicklungsagentur GmbH	94
3.12 Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH u. Co. KG	101
3.13 Sana-Klinikum Remscheid GmbH	103
3.14 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)	112
3.15 Wohnungsbaugenossenschaft Remscheid e.G.	114

3.16	RW Holding AG	115
3.17	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft e.G. Remscheid	117
3.18	AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal	118
3.19	RWE Aktiengesellschaft	128
4.	Wesentliche mittelbare Beteiligungen der Stadt Remscheid	130
4.1	EWR GmbH	130
4.2	Park Service Remscheid GmbH	139
4.3	H ₂ O GmbH	146
4.4	BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid	153
4.5	ELBA – Omnibusreisen GmbH	159
4.6	Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	160
5.	Eigenbetriebe	169
5.1	REB Remscheider Entsorgungsbetriebe	169
5.2	APH Alten- und Pflegeheime der Stadt Remscheid	174
6.	Sonstiges	177
6.1	Trägerschaft für die Stadtparkasse Remscheid	177
Anhang	Anlage 1: Verzeichnis der Kennzahlen	181
	Anlage 2: Begriffserläuterungen	182
	Anlage 3: Auszug aus der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen	185
	Anlage 4: Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz	192

1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Remscheid

Die Stadt Remscheid hat als Gebietskörperschaft für ihre Bürger eine Vielzahl von öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Dabei ist sie auch Teil der örtlichen Wirtschaft. Ihre Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen, nämlich bei der Bewirtschaftung der für die Gemeindeaufgaben erforderlichen Mittel (Haushaltswirtschaft), im Betrieb wirtschaftlicher Unternehmen, die am allgemeinen Wirtschaftsleben teilnehmen (Unternehmerwirtschaft) sowie durch die Aufgaben kostenrechnender und sonstiger Einrichtungen.

Die Haushaltswirtschaft der Stadt Remscheid umfasst die Bewirtschaftung aller Zweige der öffentlichen Verwaltungstätigkeit und zwar sowohl die Erzielung der Einnahmen als auch die Leistung der Ausgaben. Durch die vielfältigen Ausgaben entfaltet die Stadt eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung: sie ist Auftraggeberin der Wirtschaft, sie schafft Standortvorteile für die Wirtschaft, sie trägt als große lokale Arbeitgeberin über die Lohn- und Gehaltssummen indirekt zum Wirtschaftskreislauf bei. Ihre wirtschaftlichen Unternehmen sind ebenfalls ein Wirtschaftsfaktor der Stadt.

1.1 Gemeindeordnung als rechtlicher Rahmen

Unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und damit für die Stadt Remscheid erlaubt ist, regelt in §§ 107 ff die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW).

Die Gemeinde darf sich zur Erledigung von Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft wirtschaftlich betätigen, wenn u.a.

- ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert und
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

Der Erfolg oder Misserfolg der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde darf nicht allein an der Gewinnerzielung gemessen werden, sondern muss sich an der Realisierung der gesetzten Ziele orientieren. Ein Defizitunternehmen kann im Sinne der ihm gesteckten Ziele trotz (oder wegen) des hohen Verlustes erfolgreich gearbeitet haben; ein Unternehmen mit hohen Gewinnen kann sein eigentliches Ziel verfehlt haben. Ein Blick auf die Bilanzen gibt deshalb nur bei reinen Gewerbeunternehmen zuverlässig über den Erfolg Auskunft.

Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind nach § 109 GO NRW so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Daraus wird deutlich, dass die öffentlichen Ziele im Vordergrund vor der Gewinnerzielung stehen. Die Erträge sollen aber so hoch sein, dass außer den für technische und wirtschaftliche Fortentwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird (§ 109 GO NRW).

1.2 Rechtsformen kommunaler Unternehmen

Öffentlichrechtliche Unternehmensformen

Regiebetrieb

Die Form, bei der keinerlei wesentliche Verselbständigung weder in rechtlicher, noch in verwaltungsmäßiger, noch in rechnerischer Hinsicht vorhanden ist, wird als Regiebetrieb bezeichnet. Das diesen Betrieben gewidmete Vermögen bildet weder für sich eine rechtliche Einheit noch sind die Betriebe satzungsmäßig oder verwaltungstechnisch aus der Hoheitsverwaltung ausgegliedert.

Aus der engen vermögensmäßigen und rechtlichen Verflechtung mit der Trägerkörperschaft der Stadt Remscheid ergeben sich Konsequenzen, die die Wirtschaftsführung des reinen Regiebetriebes wesentlich beeinflussen. Alle Einnahmen und Ausgaben sind in der Regel im Gesamthaushaltsplan zu veranschlagen (Bruttoprinzip).

Die Willensbildung erfolgt durch die Organe der Trägerkörperschaft, insbesondere den Rat der Stadt Remscheid. Der Regiebetrieb unterscheidet sich daher formell nicht von anderen Ämtern der allgemeinen Verwaltung, obgleich hier nicht ein „Verwalten“ sondern ein „Wirtschaften“ gefordert wird.

Eine Kontrolle der Regiebetriebe ist jederzeit durch die Ratsgremien und den Haushaltsplan gegeben.

Eigenbetrieb und eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Bei einem Eigenbetrieb handelt es sich um einen vermögensmäßig verselbständigten Betrieb mit eigener Verfassung (Betriebssatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Der Eigenbetrieb ist wirtschaftlich aus dem Vermögen der Gemeinde ausgegliedert. Der Eigenbetrieb verfügt über besondere Leitungs- und Kontrollorgane (Betriebsleitung und Betriebsausschuss) und untersteht dem Rat sowie dem/der Oberbürgermeister/in als Verwaltungschef/in.

Der Eigenbetrieb kommt als Betriebsform für öffentliche Einrichtungen in Betracht, die nach kommunalem Wirtschaftsrecht als wirtschaftliche Unternehmen gelten. Die anderen Einrichtungen können als eigenbetriebsähnliche Einrichtungen geführt werden und zwar entweder in vollem Umfang entsprechend den Vorschriften des Eigenbetriebsrechts oder nur unter Anwendung der Vorschriften über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe als Sondervermögen der Kommune.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Durch § 114a der GO NRW wird die Möglichkeit der Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechtes (AöR) eröffnet. Hierbei handelt es sich um eine Mischform aus Eigenbetrieb und GmbH. Die Rechtsverhältnisse der AöR werden gemäß GO NRW durch eine Satzung geregelt, die die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NRW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist. Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftete die Gemeinde als Gewährträgerin unbeschränkt. Aufgrund geänderter Rechtslage ist diese Gewährträgerhaftung mit Wirkung vom 19.07.2005 entfallen. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Trägerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Betrieb gewerblicher Art/Hoheitsbetrieb

Die Begriffe „Betrieb gewerblicher Art“ (BgA) und „Hoheitsbetrieb“ sind inhaltlich von den zuvor dargestellten juristischen Ausgestaltungen der wirtschaftlichen Betätigungsformen zu trennen und haben in diesem Zusammenhang nur steuerrechtliche Bedeutung. Während die privatrechtlichen Unternehmensformen kraft Rechtsform steuerpflichtig sind, greift die Steuerpflicht für Regie- und Eigenbetriebe nur insoweit, als diese nicht überwiegend der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen (Hoheitsbetriebe). Solche Betriebe werden steuerrechtlich als Betriebe gewerblicher Art bezeichnet.

Privatrechtliche Unternehmensformen

Aufgrund der Vorschriften über die Begrenzung der kommunalen Haftung nach § 108 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW ist die Wahl der privatrechtlichen Organisationsform eingeschränkt. Geeignete Rechtsformen sind vorrangig die Kapitalgesellschaften wie die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), die Aktiengesellschaft (AG) oder die eingetragene Genossenschaft (eG). Zusätzlich kann sich eine Kommune als Kommanditistin an einer Kommanditgesellschaft (KG) oder Gesellschafterin der GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an einer GmbH & Co. KG beteiligen.

Ist die Gemeinde im Besitz aller Geschäftsanteile einer Gesellschaft, so ist diese eine kommunale Eigengesellschaft. Sind weitere Körperschaften oder auch Private an der Gesellschaft beteiligt, so spricht man von einer Beteiligungsgesellschaft.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete Gesellschaft, an der sich die Gesellschafter mit Einlagen auf das Stammkapital beteiligen, ohne persönlich für die Schulden der Gesellschaft zu haften. Im Gegensatz zur AG kann bei der GmbH eine Nachschusspflicht für die Gesellschafter vereinbart werden. Die Gesellschafter können die innere Struktur der Gesellschaft ohne wesentliche Einschränkungen frei regeln. Als zwingende Organe besitzt die GmbH die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Im Unterschied zum AktG kennt das GmbHG keinen obligatorischen Aufsichtsrat. Es erlaubt jedoch ausdrücklich seine Bildung durch die Satzung (fakultativer Aufsichtsrat). Der Aufsichtsrat als notwendiges Organ ergibt sich jedoch zwingend im Rahmen des Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsrechts bei Unternehmen mit über 500 Beschäftigten.

Aktiengesellschaft

Ebenso wie die GmbH besitzt auch die Aktiengesellschaft eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter (Aktionäre) erwerben ihre Rechte durch die Übernahme von Anteilen des in Aktien zerlegten Grundkapitals. Für Schulden der Gesellschaft haftet auch hier nur das Gesellschaftsvermögen. Im Gegensatz zur freien Gestaltung des Gesellschaftsverhältnisses in der GmbH enthält das Aktiengesetz umfangreiche bindende Regelungen und Formvorschriften, so dass für ergänzende Ausgestaltungen des Vertragsverhältnisses der Aktionäre untereinander wenig Raum bleibt. Als Organe der AG fungieren der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.

Eingetragene Genossenschaft

Die eingetragene Genossenschaft (eG) ist eine juristische Person und hat als solche Rechte und Pflichten. Sie ist nach § 1 Abs. 1 GenG eine Gesellschaft von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezweckt. Eine unmittelbare Inanspruchnahme der Genossenschaftsmitglieder für Verbindlichkeiten der Genossenschaft gibt es nicht, wobei allerdings durch Satzung Nachschusspflichten vereinbart werden können. Die Genossenschaft handelt durch die Organe Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung.

Personengesellschaften

Personengesellschaften wie Offene Handelsgesellschaften (OHG) oder Kommanditgesellschaften (KG) eignen sich grundsätzlich nicht als Rechtsform eines kommunalen Unternehmens, da die Gesellschafter entgegen der Regelung des § 108 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW unbeschränkt für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haften. Möglich ist aber die Beteiligung als Kommanditistin an einer KG oder die Rechtsform der GmbH & Co. KG. Bei der Kommanditistin ist die Haftung auf eine bestimmte Kapitaleinlage beschränkt. Die GmbH & Co. KG ist eine KG, bei der der persönlich haftende Gesellschafter eine Kapitalgesellschaft ist, und deren Gesellschafter in der Regel zugleich Kommanditisten der KG sind. Auf diese Weise wird die Haftung der Kommune als Gesellschafterin beschränkt.

1.3 Wahl der Unternehmensform

Zulässigkeit

Die Voraussetzungen zur Herauslösung aus dem Haushalt durch die Gründung einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft durch die Gemeinde sind im § 108 der Gemeindeordnung NRW beschrieben.

Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn u.a.

- ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht,
- bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der dringende öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann,
- eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
- die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
- die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
- die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
- das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
- wenn durch Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über
 - a. den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
 - b. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
 - c. den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie
 - d. die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, undder Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrates Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in der Form rechtlich selbständiger Gesellschaften ist lediglich eine andere Organisationsform ihrer üblichen Tätigkeit. Damit

unterwirft sich die Gemeinde allen Vorschriften, die die private Wirtschaft zu beachten hat, insbesondere auch den Vorschriften des Handels- und Steuerrechts.

Von den Gemeinden wird eine wirtschaftliche Betätigung in den Formen des Gesellschaftsrechts dann gewählt, wenn aus organisatorischen, wirtschaftlichen oder steuerlichen Überlegungen die Verselbständigung vorteilhaft erscheint.

Privatrechtliche Unternehmensformen in Remscheid

Die Stadt Remscheid hat sich für die wirtschaftliche Betätigung im wesentlichen der Gesellschaftsform des privaten Rechts bedient. Am häufigsten ist die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt worden, da das GmbH-Recht im Gegensatz zum Aktienrecht eine weitgehende Gestaltungsfreiheit zulässt und somit dem Gesellschafter die Einräumung umfassender Rechte gegenüber der Gesellschaft ermöglicht.

Mit der GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid, der RW Holding AG und der RWE AG ist jedoch auch die Gesellschaftsform der Aktiengesellschaft vertreten.

Außerdem ist die Stadt Remscheid als Kommanditistin an der Lokalfunk Remscheid - Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG und der Bergisch Land Touristik GmbH & Co. KG i.L. beteiligt.

Eine Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin einer GmbH & Co. KG besteht in der Form der Beteiligung an der Bergisch Land Touristik Verwaltung GmbH i.L..

Auch die Beteiligung an Genossenschaften ist durch die Mitgliedschaft an der Wohnungsbaugenossenschaft Remscheid e.G. und der Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft e.G. gegeben.

Neben den unmittelbaren Beteiligungen an Gesellschaften des privaten Rechts sind auch mittelbare Beteiligungen vorhanden. Hierbei ist die Stadt Remscheid über die unmittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft durch deren Beteiligung an weiteren Gesellschaften ebenfalls beteiligt.

1.4 Beteiligungsmanagement in Remscheid

Das Beteiligungsmanagement der Stadt Remscheid war im Geschäftsjahr 2008 organisatorisch zunächst dem Dezernat I „Finanzen, Bürger und Interne Dienstleistungen“ zugeordnet. Nach der durchgeführten Neuorganisation der Stadtverwaltung Remscheid im Jahre 2008 wird diese Aufgabe im Geschäftsbereich der Oberbürgermeisterin im Zentraldienst Verwaltungssteuerung wahrgenommen.

Aufgabe des Beteiligungsmanagements ist die informatorische Unterstützung des Rates der Stadt bei Ratsbeschlüssen über Gesellschaftsgründungen, Investitionen, Kapitalerhöhungen oder Liquidationen, aber auch die regelmäßige Kontrolle der Wirtschaftlichkeit der Beteiligungen.

Entscheidungen über die Bestellung der städtischen Vertreter in den Organen der Gesellschaften werden vom Rat der Stadt getroffen.

Zum Aufgabenkatalog gehört ebenfalls die Betreuung der städtischen Gesellschaften bei der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher und kommunalrechtlicher Bestimmungen. Hierunter fällt auch die Überprüfung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaften, die jährlich im Zuge der Aufstellung des städtischen Haushaltsplanes erfolgt.

1.5 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung

Beteiligungsbericht als Informationsquelle

Die „öffentlichen Unternehmen“ oder ganz generell die Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen sind mit erheblichen Vermögenswerten und Finanzströmen mit der Stadt als „Muttersgesellschaft“ verbunden, so dass die Stadt durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf ihren Haushalt zur Steuerung und Kontrolle ihrer Beteiligungen verpflichtet und berechtigt ist. Die Ausübung dieser Steuerungs- und Kontrollaufgaben stellt sich als kommunal- und verwaltungspolitische Aufgabe dar, wobei es schwierig ist, Rat, Verwaltung und Beteiligungen zu koordinieren und auf eine einheitliche Politik festzulegen.

Eine einheitliche Politik setzt einen gleichen Wissens- und Informationsstand voraus. Um hier eine Grundlage zu schaffen, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt.

Diese Aufgabe soll u.a. der Beteiligungsbericht erfüllen.

Inhalt der Berichterstattung

Aus den aufgeführten Aspekten der Zielsetzung wird deutlich, welche Vielzahl von Komponenten inhaltlich relevant sind, um mit dem vorhandenen Material eine politisch-finanzwirtschaftliche Gesamtsteuerung zu ermöglichen.

Als Mindestanforderungen werden im Beteiligungsbericht vergleichbare Daten zu folgenden Bereichen aufbereitet:

- Beteiligungsverhältnisse der Gesellschafter
- Unterbeteiligungen der Tochtergesellschaft
- Gegenstand des Unternehmens
- personelle Besetzung der Gesellschaftsorgane
- erweiterte Haftung der Stadt / Nachschusspflicht / Bürgschaftsverpflichtungen
- Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Darüber hinaus wurden die nachstehend aufgeführten Kriterien bei der überwiegenden Anzahl der Gesellschaften herausgestellt:

- Anzahl der Beschäftigten
- Eckdaten der Bilanz zum Berichtsjahr mit Vorjahreswerten
- Eckdaten der Gewinn- und Verlustrechnung mit Vorjahreswerten
- Lagebericht der Geschäftsführung der Gesellschaften

Bei bedeutenden Beteiligungen der Stadt Remscheid wurden zudem Kennzahlen zur Analyse der wirtschaftlichen Situation der Beteiligungsgesellschaft ermittelt. Eine Erläuterung der Kennzahlen befindet sich im Anhang zum Beteiligungsbericht.

Basis der Berichterstattung über die einzelnen Gesellschaften sind -mit wenigen Ausnahmen- die allgemeinen Unternehmensdaten im Geschäftsjahr 2008 und die wirtschaftlichen Unternehmensdaten zum Ende des Geschäftsjahres 2008. Auf schon bekannte Veränderungen z.B. in der Beteiligungsstruktur im Geschäftsjahr 2009 wird eingegangen.

Die Darstellung der Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid beruht auf dem Kenntnisstand zum Zeitpunkt der Drucklegung des Beteiligungsberichtes. Hier können sich noch Verschiebungen ergeben, da das Geschäftsjahr 2008 noch nicht endgültig verbucht ist und der Jahresabschluss 2008 der Stadt Remscheid noch nicht vorliegt.

2. Beteiligungen der Stadt Remscheid im Überblick

Zum 31.12.2008 ist die Stadt Remscheid an 17 Unternehmen unmittelbar mit einem Anteil am gezeichneten Kapital von rund 59 Mio. € beteiligt, davon werden 11 als GmbH, 3 als Aktiengesellschaft, 1 als GmbH & Co. KG und 2 als Genossenschaften geführt.

Die Unternehmensbeteiligungen liegen zwischen 75,00 und 0,02 v.H.. Darüber hinaus bestehen zahlreiche mittelbare Beteiligungen von unterschiedlicher Bedeutung.

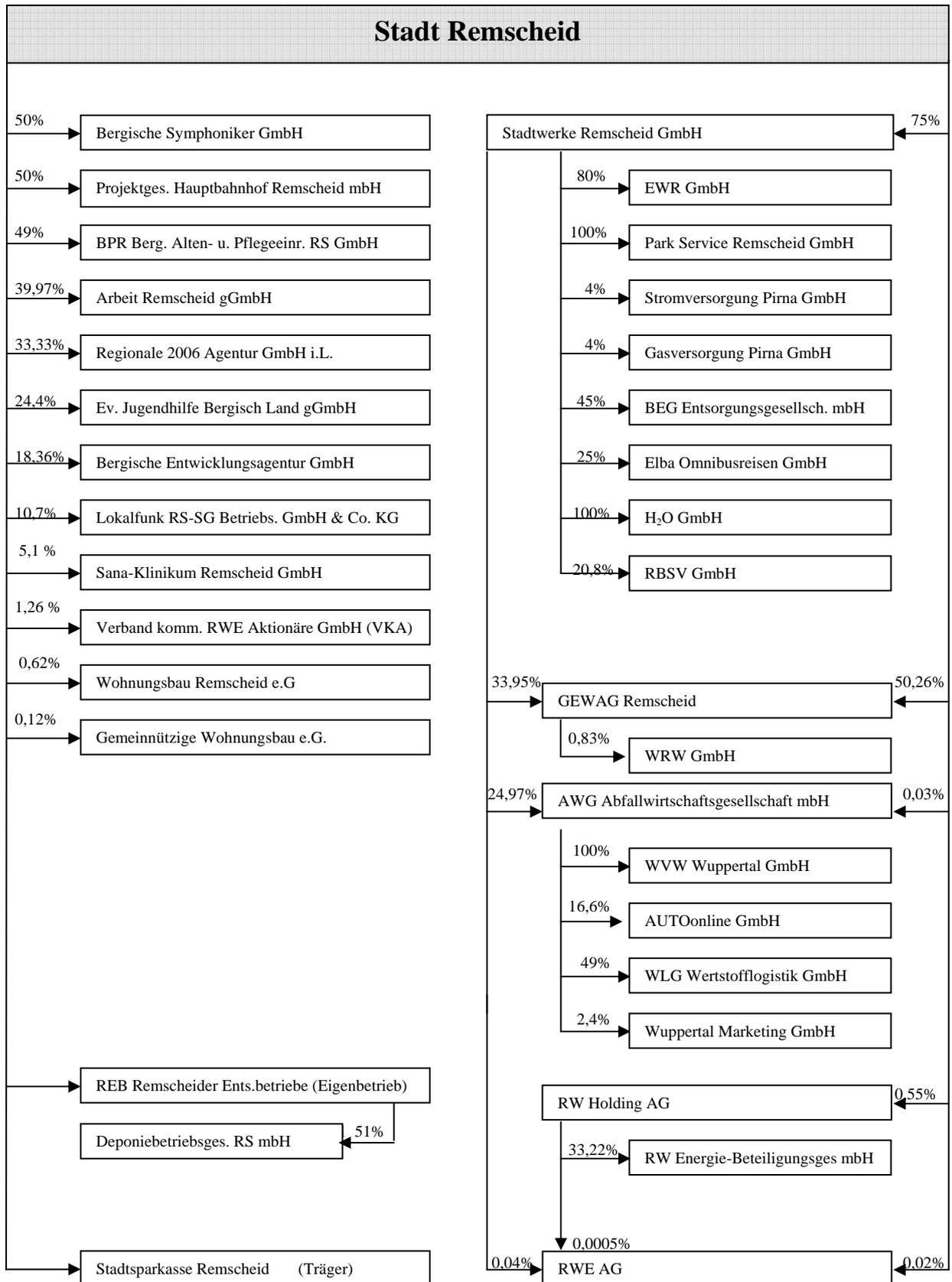
Die nachfolgenden Übersichten informieren über die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen. Die Unternehmen sind in der Reihenfolge der prozentualen Beteiligung aufgeführt.

2.1 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2008

Beteiligung	Grund-/Stammkapital in (DM) €	Anteil in (DM) €	Anteil in %	Anteilseigner
Stadtwerke Remscheid GmbH	74.666.800,00	56.000.100,00	75,00	Stadt Remscheid
<i>Beteiligung an:</i>				RWE Rhein-Ruhr AG, Essen
EWR GmbH	17.500.000,00	14.000.000,00	80,00	
Park Service Remscheid GmbH	100.000,00	100.000,00	100,00	
H ₂ O GmbH	200.000,00	200.000,00	100,00	
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	766.937,82	191.478,81	24,97	
Elba Omnibusreisen GmbH	250.000,00	62.500,00	25,00	
Stromversorgung Pirna GmbH	2.301.000,00	92.040,00	4,00	
Gasversorgung Pirna GmbH	1.534.000,00	61.360,00	4,00	
BEG Entsorgungsgesellschaft mbH	25.000,00	11.250,00	45,00	
GEWAG	3.525.000,00	1.196.656,87	33,95	
RWE AG	1.440.000.000,00	643.200,00	0,04	
RBSV GmbH	100.000,00	20.800,00	20,80	
GEWAG	3.525.000,00	1.771.562,09	50,26	Stadt Remscheid
Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid		1.196.656,86	33,95	Stadtwerke Remscheid GmbH
		319.425,92	9,06	9 Industrie- und Handelsfirmen
		237.355,13	6,73	13 Privatpersonen
<i>Beteiligung an:</i>				
WRW GmbH	1.089.480,00	9.000,00	0,83	
Bergische Symphoniker GmbH	(50.000,00)	(25.000,00)	50,00	Stadt Remscheid
		(25.000,00)	50,00	Stadt Solingen
Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH	100.000,00	50.000,00	50,00	Stadt Remscheid
		50.000,00	50,00	LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH
BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid	25.000,00	12.250,00	49,00	Stadt Remscheid
		12.750,00	51,00	Bergische Diakonie Aprath
Arbeit Remscheid gGmbH	153.100,00	61.200,00	39,97	Stadt Remscheid
		38.250,00	24,98	Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennepe
		19.150,00	12,51	Kreishandwerkerschaft Remscheid
		19.150,00	12,51	Arbeitgeber-Verband RS e.V.
		15.350,00	10,03	Limes GmbH
Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.	27.000,00	9.000,00	33,33	Stadt Remscheid
		9.000,00	33,33	Stadt Solingen
		9.000,00	33,33	Stadt Wuppertal
Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH	50.000,00	12.200,00	24,40	Stadt Remscheid
		12.200,00	24,40	Walter-Frey-Stiftung
		12.800,00	25,60	Ev. Kirchenkreis Leverkusen
		12.800,00	25,60	Ev. Kirchenkreis Lennepe

Beteiligung	Grund-/Stammkapital in (DM) €	Anteil in (DM) €	Anteil in %	Anteilseigner
Bergische Entwicklungsagentur GmbH	50.100,00	9.200,00	18,36	Stadt Remscheid Stadt Solingen Stadt Wuppertal Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR Stadtsparkasse Remscheid Stadtsparkasse Solingen Stadtsparkasse Wuppertal IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid
Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG Kommanditisten: Komplementär: Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH	512.000,00	54.784,00 384.000,00 73.216,00	10,70 75,00 14,30	Stadt Remscheid Lokalfunk Remscheid-Solingen Presse Bet.ges .mbH & Co. KG. Stadt Solingen
Sana – Klinikum Remscheid GmbH	3.100.000,00	158.100,00 2.941.900,00	5,10 94,90	Stadt Remscheid Sana Kliniken AG
Verband der kommunalen RWE Aktionäre GmbH (VKA)	127.822,97	1.615,68 126.207,29	1,26 98,74	Stadt Remscheid 78 weitere Städte, Kreise und sonst. Juristische Personen des öffentlichen Rechts
Wohnungsbaugenossenschaft Remscheid e.G.	232.586,48	1.431,60 231.154,88	0,62 99,38	Stadt Remscheid Weitere Genossenschaftsanteile
RW Holding AG <i>Beteiligung an:</i> RWE AG RW Energie Beteiligungsges. mbH & Co. KG	74.362.859,52 147.912,00	411.840,00 73.951.019,52 3000 Aktien 49.136,00	0,55 99,45 0,0005 33,22	Stadt Remscheid 78 weitere Aktionäre, darunter Beteiligungsgesellschaften, Städte, Kreise, Sparkassen, Landesbanken und Landschaftsverbände
Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft e.G.	1.734.974,38	2.080,00 1.732.894,38	0,12 99,88	Stadt Remscheid Weitere Genossenschaftsanteile
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH <i>Beteiligung an:</i> AUTOonline GmbH Informationssysteme WVW Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH WLG Wertstofflogistik GmbH Wuppertal Marketing GmbH	766.937,82 110.000,00 25.000,00 25.000,00 210.000,00	255,65 540.435,51 191.478,81 34.512,20 255,65 18.260,00 25.000,00 12.250,00 5.000,00	0,03 70,47 24,97 4,50 0,03 16,60 100,00 49,00 2,40	Stadt Remscheid Wuppertaler Stadtwerke GmbH Stadtwerke Remscheid GmbH Stadtwerke Velbert GmbH Stadt Wuppertal
RWE AG	1.440.000.000,00	278.988,80 1.439.721.011,20	0,02 99,98	Stadt Remscheid Weitere Aktionäre
Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	250.000,00	127.500,00 122.500,00	51,00 49,00	REB (Sondervmögen der Stadt Remscheid) DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH

**2.2 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2008
(grafische Darstellung)**



3.1 Stadtwerke Remscheid GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtwerke Remscheid GmbH
Neuenkamper Straße 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191/16-40

Gründungsjahr: 1843

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	56.000.100,00	75,00
RWE Rhein-Ruhr AG, Essen	18.666.700,00	25,00
<u>Gesamt</u>	<u>74.666.800,00</u>	<u>100,00</u>

Beteiligungen der Gesellschaft / Verbundene Unternehmen

Gesellschaften	Stammkapitalanteil	
	in T€	in %
EWR GmbH	14.000	80,00
- EWR Netz GmbH	100	100,00
- BTV Berg. Trinkwasserverbund GmbH	22	22,00
Park Service Remscheid GmbH	100	100,00
H ₂ O GmbH	200	100,00
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal	192	24,97
- WWV Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH	25	100,00
ELBA Omnibusreisen GmbH, Wuppertal	63	25,00
Stromversorgung Pirna GmbH	92	4,00
Gasversorgung Pirna GmbH	61	4,00
BEG Entsorgungsgesellschaft mbH, Remscheid	11	45,00
- Ges. für Kompostierung und Recycling mbH, Velbert	133	26,00
- DGV Deponieges. Velbert Verwaltungs mbH	13	50,00
- DGV Deponieges. Velbert mbH & Co. KG	256	50,00
- DBV Deponiebetriebsges. Velbert mbH	51	33,33
- GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH	63	41,00
GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid	1.197	33,95
- WRW Wohnw. Treuhand Rheinl.-Westf. GmbH	9	0,83
RWE Energie AG	643	0,04
RBSV GmbH	21	20,80
- RBN GmbH	25	100,00
- RBS GmbH	25	100,00
- SR Mobil GmbH	25	100,00
- SWS Verkehr GmbH	25	100,00

*1) Kommanditkapital, *2) Gezeichnetes Kapital

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und Erbringung von Verkehrsdienstleistungen, der Betrieb von Bädern sowie das Halten von Beteiligungen.

Die Gesellschaft betätigt sich unmittelbar, über die Beteiligung an anderen Unternehmen oder über anderweitige Kooperationen in folgenden Bereichen:

- Erzeugung, Gewinnung, Bezug, Fortleitung und Verkauf von elektrischer Energie, Wärme/Kälte, Gas und Wasser sowie Errichtung und Betrieb der hierfür erforderlichen Anlagen, soweit dies im Rahmen der Unternehmensziele zur Deckung des Bedarfs an Energie- und Wasserdienstleistungen erforderlich ist, Telekommunikation;
- Sicherstellung der Befriedigung von Mobilitätsbedürfnissen durch Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und durch andere Mobilitätsdienstleistungen wie z.B. Mobilitätszentralen, Lieferservice für ÖPNV-Kunden, Spezialangebote für mobilitätsbeeinträchtigte Personen sowie Verkehrsplanung;
- Leistungen für den ruhenden Verkehr;
- Mitwirkung bei der Entsorgung im Stadtgebiet und Umland;
- Durchführung von Energie- und Ressourcensparprogrammen; Beratung, Förderung und kooperative Errichtung und Betrieb von Anlagen oder Einrichtungen zur Verminderung des Bedarfs an Energie, Mobilität und Wasser sowie zur Vermeidung und Verwertung von Abfall;
- Diversifizierung in neue Geschäftsfelder und Entwicklung von Dienstleistungen, soweit sie den Unternehmenszielen entsprechen, der Stärkung von Synergieeffekten, der Verwertung des Know-hows sowie der Substanzsicherung des Unternehmens unter veränderten Rahmenbedingungen einer zukunftsfähigen Entwicklung dienen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen errichten, erwerben oder pachten und ferner Unternehmens- und Interessengemeinschafts- sowie sonstige Kooperationsverträge abschließen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Manfred Schwick, Vorsitzender	Ratsmitglied
Hans-Peter Meinecke, 1. stellv. Vorsitzender	Ratsmitglied
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Bernd Quinting	Ratsmitglied
Beatrice Schlieper	Ratsmitglied
Lothar Sill	Ratsmitglied
Achim Südmeier	
Karl-Wilhelm Tamm	Ratsmitglied
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin
Hans-Herbert Wilke	Ratsmitglied

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Betriebswirt VWA Norbert Brosowski .

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
Ausschüttung	76.032,50	786.213,93	1.735.880,31
Umlagen SPNV	227.999,00	226.787,88	205.000,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2006	2007	2008
Mitarbeiter/-innen	258	256	242

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Leistungsdaten des Unternehmens

Betriebsbereich	Leistung	2006	in %	2007	in %	2008	in %
Verkehrsbetriebe	Fahrgäste Tsd.	19.816	-0,7	19.775	-0,2	19.412	-1,8
	Umsatz T€	11.912	1,7	12.485	4,8	12.943	3,7

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

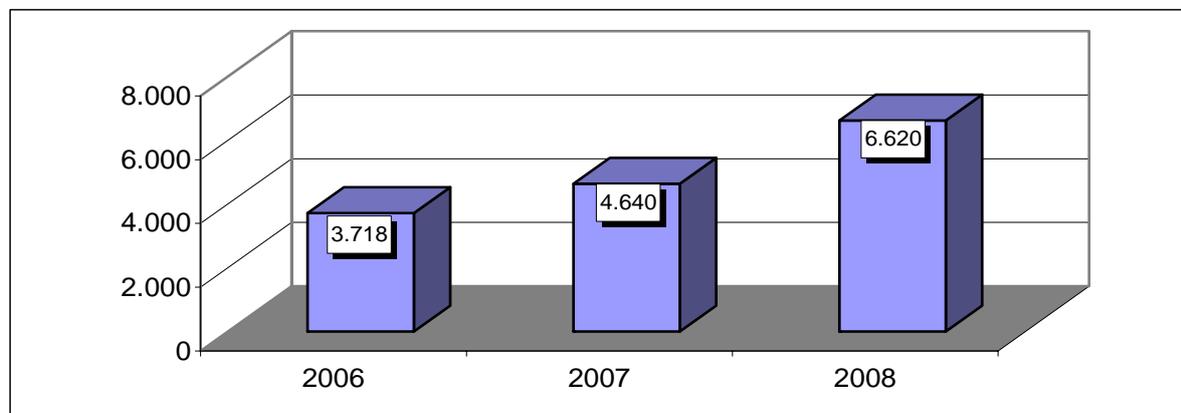
Jahr	2006		2007		2008	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	114	0,07	93	0,06	72	0,04
Sachanlagen	37.580	22,92	37.532	22,74	15.306	9,00
Finanzanlagen	107.679	65,67	107.642	65,22	132.554	77,96
Anlagevermögen	145.373	88,65	145.267	88,02	147.932	87,01
Vorräte	586	0,36	618	0,37	562	0,33
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	17.804	10,86	18.570	11,25	21.208	12,47
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	153	0,09	548	0,33	294	0,17
Umlaufvermögen	18.543	11,31	19.736	11,96	22.064	12,98
Rechnungsabgrenzungsposten	66	0,04	44	0,03	22	0,01
Aktiva	163.982	100,00	165.047	100,00	170.018	100,00
Gezeichnetes Kapital	74.667	45,53	74.667	45,24	74.667	43,92
Kapitalrücklage	21.450	13,08	21.450	13,00	21.450	12,62
Gewinnrücklagen	5.407	3,30	6.736	4,08	8.999	5,29
Jahresüberschuss	3.718	2,27	4.640	2,81	6.620	3,89
Eigenkapital	105.242	64,18	107.493	65,13	111.736	65,72
Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.250	1,98	3.163	1,92	3.076	1,81
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	5.742	3,50	5.178	3,14	4.084	2,40
Verbindlichkeiten	49.744	30,34	49.213	29,82	51.121	30,07
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0,00	0	0,00	1	0,00
Passiva	163.982	100,00	165.047	100,00	170.018	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2006	2007	2008
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	12.047	12.617	13.053
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	-3	-2	-1
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	5.856	7.048	8.272
Erträge aus Gewinnabführung	9.726	9.341	11.126
Erträge aus Beteiligungen	1.951	3.284	3.177
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	1.817	89	117
Erträge	31.394	32.377	35.744
Materialaufwand	6.804	6.125	7.794
Personalaufwand	11.312	11.034	10.753
Abschreibungen	2.827	2.858	1.490
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.637	3.361	4.547
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	493	503	510
Aufwendungen aus Verlustübernahme	3.280	2.939	2.872
Aufwendungen	27.353	26.820	27.966
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.041	5.557	7.778
Sonstige Steuern	-323	-917	-1.158
Jahresüberschuss (+)	3.718	4.640	6.620
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0
Ertrag aus der Entnahme der Kapitalrücklage	0	0	0
Ertrag aus der Entnahme der Gewinnrücklage	0	0	0
Ergebnisverwendung (Vorabausschüttung)	0	0	0
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	0
Bilanzgewinn	3.718	4.640	6.620

Entwicklung der Jahresergebnisse

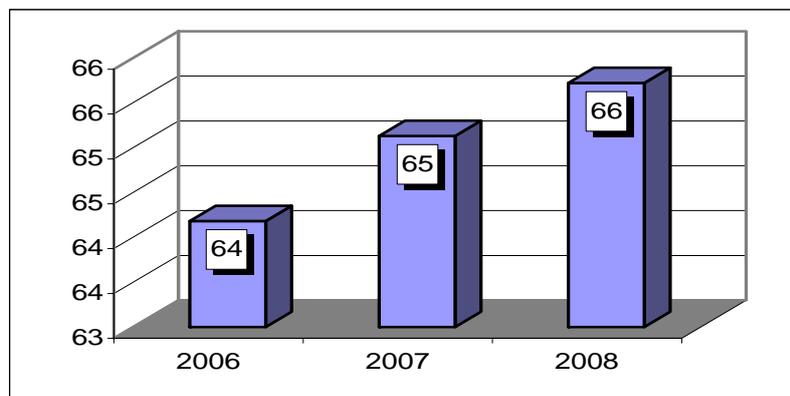
Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	3.718	4.640	6.620



Kennzahlen

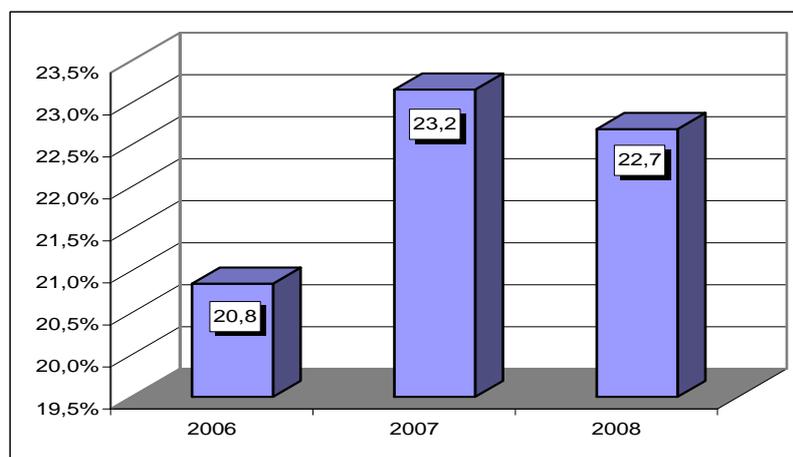
Eigenkapitalquote

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	105.242	107.493	111.736
Bilanzsumme	163.982	165.047	170.018
% EK	64	65	66



Cash-Flow

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	3.718	4.640	6.620
Abschreibungen	2.827	2.858	1.490
	6.545	7.498	8.110
Gesamterträge	31.394	32.377	35.744
Cash-Flow	20,8%	23,2%	22,7%



Lagebericht Stadtwerke Remscheid GmbH und Konzern 2008

Allgemeines

Der Schein trägt. Während die Jahresdaten 2008 noch durch das ausgesprochen starke erste Quartal positiv beeinflusst wurden, treffen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise derzeit mit voller Wucht auch das Bergische Städtedreieck. Die Auftragseingänge brechen abrupt und

kräftig ein, speziell die exportorientierte bergische Industrie ist in einen Abwärtssog geraten. Nach einhelliger Meinung werden sich - trotz staatlicher Konjunkturprogramme - die tiefgreifenden Veränderungen in der Wirtschaft erst im Verlauf des Jahres 2009 zeigen.

Der Arbeitsmarkt in der Region zeigte sich rückblickend in relativ stabiler Verfassung; die Arbeitslosenquote in Remscheid verbesserte sich zum Jahresende gegenüber Dezember 2007 leicht von 8,3 % auf 8,2 %. Der Jahreseinstieg 2009 ist wie überall auch in der bergischen Wirtschaft von einer schwachen Nachfrage geprägt und kehrt inzwischen die positive Arbeitsmarktlage um. Für den weiteren Jahresverlauf zeigen sich gesamtwirtschaftlich wenig Hoffnungsschimmer.

Der Konzern Stadtwerke Remscheid konnte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder insgesamt gut behaupten. Während bei der EWR GmbH die Energiesparte Strom die Absatzmarke des Vorjahres nicht erreichen konnte, zeigte insbesondere der Gasabsatz - getrieben durch die Winterperiode des vierten Quartals - einen starken Mehrverbrauch. Die Einnahmesituation im Verkehrsbetrieb unserer Gesellschaft verbesserte sich spürbar. Allerdings belasten deutlich gestiegene Treibstoffkosten die Budgets des Fahrbetriebs. Unsere Bädergesellschaft, die H₂O GmbH, kann wieder einen Gästezuwachs verzeichnen und damit den Besucherrekord des Vorjahres erneut überbieten. Ebenso verbesserte sich die wirtschaftliche Situation dieser Gesellschaft. Der Geschäftsbetrieb der Park Service Remscheid GmbH verlief im abgelaufenen Geschäftsjahr trotz uneinheitlicher Entwicklung im Parkverhalten der Kunden relativ unspektakulär.

Für die Energieversorgungsbranche und damit auch für die EWR hat sich die Marktsituation zunehmend verschärft. Die von der EWR Netz GmbH bei der Landesregulierungsbehörde beantragten und deutlich gekürzten Netznutzungsentgelte für Strom und Gas wurden im November 2007 bzw. Dezember 2007 beschieden und waren bis zum 31. Dezember 2008 gültig.

Die Stadtwerke Remscheid und ihre Tochtergesellschaften haben den in ihren jeweiligen Gesellschaftsverträgen formulierten Unternehmenszielen unter Beachtung der in § 108 Absatz 2 Nr. 2 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen enthaltenen Regelungen voll und nachhaltig entsprochen.

Wirtschaftliche Lage der Stadtwerke Remscheid und im Konzern

Die Gesellschaft und die ihr angegliederten Tochter- und Beteiligungsgesellschaften weisen im Geschäftsjahr 2008 insgesamt eine positive Ertragsentwicklung auf. Die Umsatzerlöse der Stadtwerke wuchsen gegenüber dem Vorjahr um gut 0,4 Mio. € auf ca. 13,1 Mio. €. Einziges operatives Geschäftsfeld ist nach wie vor der Betrieb des ÖPNV. Die Einnahmen aus der Personenbeförderung stiegen als Folge der VRR-Tarifpreiserhöhung zum 01.08.2007 und 01.08.2008 und unter Berücksichtigung von erhaltenen bzw. zu leistenden Ausgleichszahlungen insgesamt um 3,7 % auf ca. 12,9 Mio. €. Das Fahrgastaufkommen lag mit insgesamt 19,4 Mio. Fahrgästen um 1,8 % unter dem Niveau des Vorjahres. Bereinigt um die Geschäftsbeziehungen im Unternehmensverbund erzielte der Konzern Stadtwerke Remscheid Gesamterlöse in Höhe von 161,2 Mio. € und damit 10,8 Mio. € oder 7,1 % mehr als im Jahr zuvor. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die deutlich gestiegenen Erlöse aus dem Gasgeschäft als Folge der rasant angestiegenen Beschaffungskosten und dem witterungsbedingten Mehrabsatz zurückzuführen.

Der Jahresüberschuss der Stadtwerke nahm erfreulich deutlich von etwa 4,6 Mio. € des Jahres 2007 auf nunmehr 6,6 Mio. € im abgelaufenen Jahr 2008 zu. Allerdings ist das Ergebnis durch einen „Buchgewinn“ in Höhe von ca. 1,2 Mio. € beeinflusst, der - steuerlich bedingt - durch die Übertragung des Bädervermögens auf die H₂O GmbH entstanden ist. Bei dem Bilanzgewinn ist bereits die Ausgleichszahlung an den Minderheitsgesellschafter der EWR, die Thüga Aktiengesellschaft München, in Höhe von rund 2,0 Mio. € berücksichtigt.

Alle Betriebszweige und Sparten waren am Erfolg beteiligt. Die gute Ertragslage der EWR

GmbH, geringere Betriebsaufwendungen verbunden mit höheren Einnahmen im Verkehrsbetrieb und damit verbessertem Spartenergebnis, das Jahresergebnis der H₂O GmbH mit einem geringeren Defizit sowie die Erträge aus den übrigen Beteiligungen - beispielsweise an der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft Wuppertal - und Dividenden leisten den entscheidenden Beitrag zum Gesamtergebnis der Stadtwerke und der Unternehmensgruppe. Im Geschäftsjahr 2008 erwirtschaftete der Konzern einen Jahresüberschuss in Höhe von 7,7 Mio. € und damit gut 1,6 Mio. € mehr als im Vorjahr. Er wird im Wesentlichen vom wirtschaftlichen Erfolg der EWR (Gewinnabführung an die Konzernmutter: 13,1 Mio. €) bestimmt. Aus ihm wird der auf die Thüga Aktiengesellschaft entfallene Gewinnanteil von 2,0 Mio. € finanziert. Die Erträge und Aufwendungen für Beteiligungen an assoziierten Unternehmen betrafen die AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH, Wuppertal, BEG Entsorgungsgesellschaft mbH, Remscheid, ELBA Omnibusreisen GmbH, Wuppertal, und die GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid. Diese Unternehmen werden nach der Equity-Methode (Buchwertmethode) in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Geschäftsentwicklung unserer Versorgungstochter EWR fiel in den einzelnen Sparten uneinheitlich aus. Die gesamten Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 5,1 % auf 155,4 Mio. € an. Auf Energie- und Wasserlieferungen entfielen 143,4 Mio. € (+ 9,4 %). Während wir beim Stromabsatz Einbußen registrierten, stiegen die korrespondierenden Erlöse in Folge notwendiger Preisanpassungen aus erhöhten Beschaffungskosten an. Auf der Gasseite wuchsen die Umsätze aufgrund der positiven Absatzentwicklung, insbesondere aber getrieben durch die überverhältnismäßig hoch ausgefallenen Gaseinstandskosten, die bekanntlich an die Ölpreisentwicklung gekoppelt sind. Der stetige Abwärtstrend im Wasserverbrauch - ausgelöst durch tendenziell rückläufige Einwohnerzahlen und Einsparanstrengungen auf allen Ebenen - hielt mit 6,7 Mio. m³ im Berichtsjahr an und drückt sich in einem Rückgang von 2,2 % aus. Die Wärmeversorgung konnte wegen der Witterungseinflüsse und durch weiteren Zugewinn neuer Kunden mit insgesamt 41,8 Mio. kWh den Wachstumsprozess fortsetzen.

Die H₂O GmbH liegt im Aufwind und konnte - trotz zunehmender Konkurrenzdichte - im abgelaufenen Geschäftsjahr den Besucherrekord des Jahres 2007 deutlich überbieten. Im abgelaufenen Geschäftsjahr registrierten wir 709.000 Gäste, ein ausgesprochener Rekordwert, der die Vorjahreszahl um annähernd 25.000 oder 3,6 % übertrifft. Damit präsentiert sich der Berichtszeitraum mit dem besten Verkaufsergebnis seit Übernahme der Bäder von der Stadt Remscheid im Jahr 1995. Geringere Betriebskosten verbunden mit einer Verbesserung der Einnahmesituation tragen zu einer weiteren Defizitminderung bei.

Das Ergebnis unserer Tochter PSR aus allen Parkeinrichtungen und Dienstleistungen bewegte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr mit knapp – 38 T€ in etwa auf Vorjahresniveau. Die erzielten Erträge entwickelten sich uneinheitlich. Während die Umsätze aus Kurzparkvorgängen - sie tragen fast 70 % zu den Erlösen bei - wie schon im Vorjahr einen Zuwachs von 2,6 % auf ca. 610 T€ vollziehen, erleiden wir bei den Dauerparkern einen starken Umsatzrückgang von nahezu 11 %.

Personalbereich

Zum 31.12.2008 beschäftigten die Stadtwerke Remscheid GmbH 242 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit rechnerisch 14 Belegschaftsmitglieder weniger als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Die Zahl der kostenrelevanten Vollzeitkräfte hat sich zum Jahresende - ebenfalls um 14 vermindert - auf 234 Personen eingestellt. Im Konzern waren zum Bilanzstichtag insgesamt 548 und damit 21 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger beschäftigt. Zum Jahresende befanden sich 7 junge Menschen (6 i. Vj.) im Verkehrsbetrieb der Stadtwerke in einem Ausbildungsverhältnis, im Konzern waren es 25 Auszubildende. Das entspricht - auf die Belegschaftszahl zum 31.12. ohne Auszubildende und Fahrpersonal bezogen, weil in diesem Bereich kein Ausbildungsberuf angeboten wird - einer Ausbildungsquote von fast 7 %.

Wegen des personalintensiven Fahrbetriebes sind die Personalkosten der größte Aufwandsblock in der Ergebnisrechnung der Stadtwerke Remscheid. Auf diese Kostengröße entfielen 10,7 Mio. € und damit etwa 0,3 Mio. € weniger als im Jahr 2007. Die nur marginal geringer ausgefallenen Betriebsleistungen im Verkehrsbetrieb wurden zu 20 % durch beauftragte Fremdunternehmen erbracht.

Umwelt-, Arbeitsschutz und Qualitätsmanagement

Die Aufgabenbereiche Umwelt-, Arbeitsschutz-, Qualitätsmanagement gehören unabdingbar zu einer verantwortungsvollen Unternehmenspolitik. Ein schon vor Jahren aufgebautes, integriertes Managementsystem wird zentral für alle Gesellschaften des „Konzerns Stadtwerke Remscheid“ betreut. Wesentliche Ursachen für den kontinuierlichen Verbesserungsprozess sind dabei unsere mit sehr gutem Ergebnis verlaufenen Zertifizierungen nach DIN EN ISO 9001:2000 und 14.001. Die Erneuerung der Zertifizierungen wurde im Jahr 2008 vor dem Hintergrund der geplanten Fusion mit den Stadtwerken in Solingen und Velbert ausgesetzt; sie ist aber für das Ende des Jahres 2009 geplant.

Die Aufgabenbereiche des Umwelt-, Arbeitsschutz-, Qualitäts- und auch des Risikomanagements wurden bereits seit mehr als 10 Jahren zu einem integrierten Managementsystem zusammengefasst, das innerhalb des Stadtwerke-Remscheid-Konzerns zentral von der gleichnamigen Stabsstelle der EWR betreut wird.

Als wesentliches Maß für die Güte der Sicherheitsarbeit im Rahmen des Arbeitsschutzes gilt allgemein die Anzahl der Arbeitsunfälle. Bei den Stadtwerken ereigneten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 11 meldepflichtige Arbeitsunfälle und damit einer weniger als im Jahr zuvor. Im Konzern verzeichneten wir mit 16 sowohl meldepflichtigen als auch nicht meldepflichtigen Vorgängen eine deutlich rückläufige Entwicklung (25 Unfälle im Vorjahr). Ebenso nahm die Anzahl der durch meldepflichtige Arbeitsunfälle verursachten Fehltage ab, und zwar von insgesamt 290 Tage im Vorjahr auf 263 Tage im Berichtszeitraum. Wir richten nach wie vor unser Augenmerk auf die Prävention.

Risiken und Chancen

Das Risikomanagement wird im Konzern unternehmensübergreifend betrachtet und behandelt. Die Risikostrategie ist darauf ausgerichtet, dass unternehmerische Entscheidungen erst nach sorgfältigem Abwägen von Chancen und Risiken getroffen werden. Das zentrale Risikofrüherkennungssystem ist integraler Bestandteil unserer Managementsysteme und wird konzernweit eingesetzt. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert, Maßnahmen zur Risikominderung werden festgelegt und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Den Aufsichtsräten wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht zum Risikomanagement gegeben. Das Risikofrüherkennungssystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Für die Stadtwerke Remscheid GmbH, die EWR GmbH, die EWR Netz GmbH und die H₂O GmbH sind zum Jahreswechsel 2008/2009 insgesamt 8 Risiken (9 i. Vj.) identifiziert und bewertet worden. Für die PSR und H₂O GmbH bestehen zurzeit keine Risiken, die im Hinblick auf die mögliche Schadenshöhe oder Eintrittswahrscheinlichkeit den Vorgaben des Risikomanagements entsprechen würden. Von den identifizierten und bewerteten Risiken befinden sich zwei zum Jahreswechsel in der Risikoklasse B. In der Risikoklasse C werden sechs Risiken geführt. Die letztgenannte Klassifizierung hat im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Schadenshöhe die geringste Bedeutung für unsere Unternehmen. Sowohl die Stadtwerke Remscheid GmbH als auch ihre Tochtergesellschaften haben keine Finanzmarktgeschäfte getätigt; insoweit drohen den Gesellschaften auch aus diesem Segment keine Risiken.

Im Allgemeinen weisen die identifizierten Risiken nur eine sehr geringe Dynamik auf. Auf Grundlage der bis zum 31. Dezember 2008 genehmigten Netznutzungsentgelte für Strom und

Gas, der ab 2009 greifenden Anreizregulierung und der Einschätzung des Risikoverantwortlichen haben wir dieses Risiko aus sinkenden Nutzungsentgelten in der Risikoklasse B belassen. Um den Auswirkungen entgegen zu arbeiten, haben wir nach dem Scheitern der angestrebten Fusion mit den Stadtwerke Solingen und Velbert aktuell eine Kooperationsuntersuchung, bezogen auf eine gemeinsame Netzgesellschaft, mit den Stadtwerken Solingen gestartet. Ziel ist es, u. a. über die Harmonisierung von Geschäftsprozessen und die Neuausrichtung des Assetmanagements noch Kostensenkungspotenzial zu identifizieren und zu heben.

Vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils „Altmark Trans“ aus dem Jahr 2003, mit dem die beihilferechtliche Zulässigkeit von Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers an Verkehrsunternehmen an bestimmte Kriterien gebunden ist, hat der Zweckverband VRR ein neu entwickeltes Finanzierungssystem beschlossen. Im Dezember 2006 hat die EU-Kommission ein förmliches Prüfverfahren gegen das Finanzierungssystem des VRR eingeleitet, aus dem für alle Beteiligten beihilferechtliche Risiken erwachsen. Das Verfahren ist derzeit noch anhängig. Das derzeitige VRR-Finanzierungssystem ist Gegenstand dieses Verfahrens.

In allen Bereichen des Verkehrsbetriebes, sowohl im Verkehrsmanagement, dem Fahrbetrieb als auch in der Werkstatt, konnte eine stetige Verbesserung der Wirtschaftlichkeit erreicht werden. Eine weitere Absenkung des Defizits werden wir durch die Fortführung der Restrukturierung anstreben und verstärkt die Möglichkeiten zur Nutzung eines anderen Lohnniveaus für neueingestelltes Fahrpersonal eruieren. Bei der Tochtergesellschaft PSR wird der Fokus auf die Kundengruppe der Dauerparker gelegt. Weitere Akquisitionsaktivitäten wie „Parken & Sparen“ beim Einzelhandel und in der Innenstadt sowie Werbeaktionen mit allen Dauerparkerkunden unterstützen diese Anstrengungen. Mit der Einweihung der sogenannten „2. Saunawelt“ bzw. dem „Garten der Stille“ Ende Mai 2008 eröffnen sich in der H₂O GmbH zusätzliche Chancen, unsere Wettbewerbsposition auszubauen und die Ertragslage der Gesellschaft weiter zu verbessern.

Investitionen

Im Jahr 2008 wurden bei den Stadtwerken etwa 1,9 Mio. € in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert, die ausschließlich auf den Verkehrsbetrieb - im Wesentlichen Ersatzfahrzeuge für die Personenbeförderung - entfallen. Weitere rund 0,1 Mio. € wurden für Finanzanlagen bereitgestellt. Die bisher an die H₂O GmbH verpachteten Betriebseinrichtungen des H₂O Sauna- und Badeparadieses sowie das Sportbad am Park wurden mit Wirkung zum 01.01.2008 im Wege der Ausgliederung zur Aufnahme nach dem Umwandlungsgesetz auf die H₂O GmbH übertragen. Damit endete das bisherige Pachtverhältnis zwischen SR und der Gesellschaft; alle Investitionsaktivitäten werden nunmehr von der aufnehmenden H₂O GmbH direkt ausgeführt.

Im Konzern wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr konsolidiert insgesamt etwa 7,7 Mio. € - im Vorjahr ca. 8,1 Mio. € - für die Investitionstätigkeit in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen verausgabt. Hiervon entfielen ca. 25 % auf die Stadtwerke Remscheid, weitere 53 % auf die EWR bzw. auf Investitionen für ihre Tochter EWR Netz GmbH, etwa 21 % auf die H₂O GmbH und ca. 1 % auf die PSR.

Ausblick

Die Konjunktur in der bergischen Region ist schwer angeschlagen, viele Remscheider Unternehmen sind von Kurzarbeit betroffen und erste Insolvenzen sind zu verzeichnen. Es steht zu befürchten, dass das wahre Ausmaß der Rezession erst in der zweiten Jahreshälfte 2009 erkennbar wird und auch für unsere Unternehmensgruppe negative Folgen mit sich bringt.

Die Fahrgastzahlen im Verkehrsbetrieb liegen im ersten Quartal 2009 leicht unter unseren Erwartungen für diesen Zeitabschnitt des neuen Geschäftsjahres, die Betriebserträge im ÖPNV treffen ebenfalls nicht ganz unsere Erwartungen. Wie im Vorjahr soll zum 01.08.2009

eine vom Zweckverband VRR beschlossene Tarifpreisanhebung greifen und gestiegene Treibstoffkosten sowie die Kürzung öffentlicher Zuschüsse abfedern helfen. Die Gästezahlen in unserem Sauna- und Badeparadies der H₂O GmbH erreichen zwar momentan nicht die Rekordwerte des Vorjahres, übertreffen aber unsere Prognosen aus der Wirtschaftsplanung für die ersten drei Monate. Nach wie vor bewegt sich das Parkierungsgeschäft der PSR in einem strukturell schwierigen Umfeld. Die Erlösentwicklung im ersten Quartal zeigt noch nicht die erhoffte Trendwende im Segment der Dauerparker. Die rezessive Wirtschaftslage lässt eher vermuten, dass die mit dieser Kundengruppe für 2009 geplanten Einnahmen nicht erreicht und entsprechende Ergebnisbeiträge ausbleiben werden. Für das geplante P & R-Parkhaus am neuen Hauptbahnhof bewerben wir uns um die Erbringung von Dienstleistungen.

Die winterlichen Verhältnisse förderten zwar in den ersten drei Monaten den Gas- und Wärmeabsatz der EWR GmbH, allerdings sind die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise und der damit verbundenen dramatisch rückläufigen Auftragslage auch beim Strom- und Gas-einsatz unserer industriellen Kunden zu verzeichnen. Die Dynamik im Strommarkt und die damit verbundene Wechselbereitschaft der Kunden nehmen weiter zu. Im Strombereich bewegen wir uns in den ersten drei Monaten im Absatz spürbar unterhalb unserer Planansätze, auf der Gasseite sorgt der lang anhaltende Winter noch für positive Abweichungen. Insgesamt gesehen können wir aus der Entwicklung des ersten Quartals 2009 noch keinen hinreichenden Aufschluss über den weiteren Verlauf des neuen Geschäftsjahres der Stadtwerke Remscheid und ihrer Tochterunternehmen geben.

Die angestrebte Fusion der Stadtwerke Solingen, Velbert und Remscheid zum „Rheinisch-Bergischen Stadtwerke-Verbund“ (RBSV) sind kurz vor der Umsetzung im Dezember 2008 gescheitert. Daher wird zur Öffnung neuer Chancenpotenziale mit den Stadtwerken Solingen die Gründung einer gemeinsamen Netzgesellschaft angestrebt. Die Arbeiten zur Konzeption einschließlich Beurteilung der wirtschaftlichen Auswirkungen wurden mit Zustimmung der Aufsichtsgremien beider Städte im Frühjahr 2009 aufgenommen und sollen nach dem Sommer zur endgültigen Beschlussfassung abgeschlossen sein. Darüber hinaus verfolgen wir aktuell das Ziel, uns im Verbund mit anderen Stadtwerken langfristig an Investitionsprojekten in der ökologisch/regenerativen Energieerzeugung - Stichwort „Green Gecco“ - zu beteiligen. Als weiteres Sonderprojekt ist unser Engagement mit kommunal geprägten Stadtwerkekonsortien anzuführen, die im Falle einer Veräußerung der Thüga AG durch den E.ON-Konzern die Aktienmehrheit bei dieser Gesellschaft anstreben und damit das größte Netzwerk kommunaler Energieversorger in Deutschland sichern und stärken.

Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass der bisherige gesamtwirtschaftliche Geschäftsverlauf des Jahres 2009 im Konzern trotz des kräftigen Gegenwindes zufrieden stellt und derzeit auf eine insgesamt planmäßige Entwicklung schließen lässt.

Remscheid, 04.05.2009

gez. Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

3.2 GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid
Hochstraße 1-3
42853 Remscheid
Tel. 02191/4644-0

Gründungsjahr: 1918

Aktionäre	Aktien	Gezeichnetes Kapital	
		in €	in %
Stadt Remscheid	34.602	1.771.562,09	50,26
Stadtwerke Remscheid GmbH	23.373	1.196,656,86	33,95
9 Industrie- und Handelsfirmen	6.239	319.425,92	9,06
13 Privatpersonen	4.636	237.355,13	6,73
<u>Gesamt</u>	<u>68.850</u>	<u>3.525.000,00</u>	<u>100,00</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	
	in €	in %
WRW Wohnungswirtschaftliche Treuhand Rheinland-Westfalen GmbH	1.089.480,00	0,83

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft sind satzungsmäßig insbesondere die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Hans-Jürgen Behrendt, Betriebswirt

Aufsichtsrat:

Lothar Sill, Vorsitzender	Ratsmitglied	
Rosmarie Stippekoehl, stellvertr. Vorsitzende	Ratsmitglied	
Luigi Costanzo	Ratsmitglied	
Gabriele Eschbach		
Georg Famulla		
Monika Hein	Bürgermeisterin	
Fritz Heuser	Ratsmitglied	bis 10.04.2009
Prof. Dr. Thomas Hoffmann		
Markus Kötter	Ratsmitglied	
Dipl. Betriebswirt Peter Krack		
Uwe Manthei		
Andreas Martin		
Jochen Seidel		
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin	
Sven Wolf	Ratsmitglied	

Hauptversammlung:

Vertreterin der Stadt Remscheid in der Hauptversammlungen war lt. Ratsbeschluss Frau Barbara Wagner.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtung per 31.12.2008 T€ 1.106,0

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
Dividende	128.222,82	80.222,70	75.728,21
Depotgebühren	1.175,97	1.175,97	1.206,39

Anzahl der Beschäftigten (durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer/-innen)

Geschäftsbereich	2006		2007		2008	
	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit
Kaufmännischer Bereich	21,75	7	22,75	7	22	7
Technischer Bereich	10	3	10	3	10	3
Gesamt	31,75	10	32,75	10	32	10
Auszubildende	2		2		2	

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Bewirtschafteter Bestand -Anzahl-	2006	2007	2008
Häuser	1.179	1.170	1.144
Wohnungen	6.768	6.724	6.526
Gewerbliche Einheiten	90	90	90
Garagen	493	493	471
Einstellplätze	1.241	1.305	1.321
gesamt jeweils per 31.12.	9.771	9.782	9.552

Grundbesitz -in qm-	2006	2007	2008
Bebaute Grundst. inkl. Erbbaurechte	888.303	887.271	859.262
In Bebauung befindliche Grundstücke	0	6.005	6.005
Unbebaute Grundstücke	60.115	60.115	60.115
gesamt jeweils per 31.12.	948.418	953.391	925.382

Bilanzstruktur -im 3-Jahresvergleich-

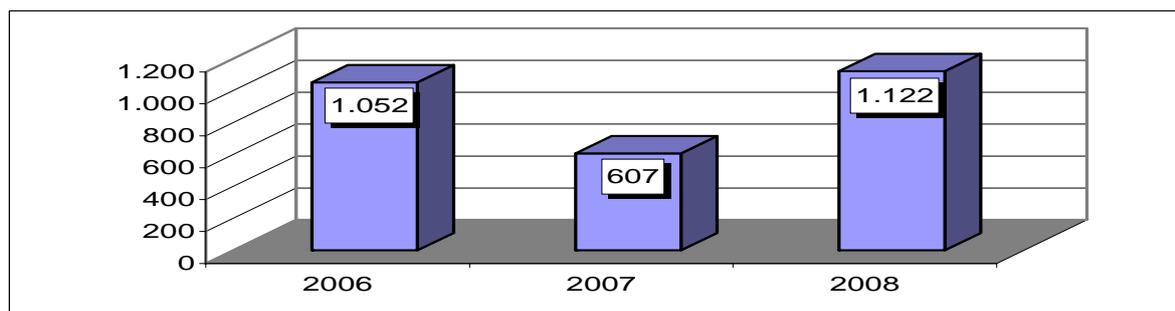
Jahr	2006		2007		2008	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	27	0,01	27	0,01	23	0,01
Sachanlagen	177.600	90,89	176.457	90,53	178.968	89,13
Finanzanlagen	8	0,00	8	0,00	8	0,00
Anlagevermögen	177.635	90,90	176.492	90,55	178.999	89,15
Z. Verkauf best. Grundstücke u.a. Vorräte	8.297	4,25	8.684	4,46	10.751	5,35
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	1.419	0,73	654	0,34	490	0,24
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel und Bausparguthaben	8.042	4,12	8.970	4,60	10.436	5,20
Umlaufvermögen	17.758	9,09	18.308	9,39	21.677	10,80
Rechnungsabgrenzungsposten	17	0,01	112	0,06	119	0,06
Aktiva	195.410	100,00	194.912	100,00	200.795	100,00
Gezeichnetes Kapital	3.525	1,80	3.525	1,81	3.525	1,76
Kapitalrücklage	826	0,42	826	0,42	826	0,41
Gewinnrücklagen	34.292	17,55	34.942	17,93	35.627	17,74
Jahresüberschuss(+)	1.052	0,54	607	0,31	1.122	0,56
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Einstellung in(-)/Entnahme aus Rücklagen(+)	-526	-0,27	-303	-0,16	-561	-0,28
Eigenkapital	39.169	20,04	39.597	20,32	40.539	20,19
Rückstellungen	1.426	0,73	1.366	0,70	1.597	0,80
Verbindlichkeiten	154.815	79,23	153.949	78,98	158.659	79,02
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	195.410	100,00	194.912	100,00	200.795	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich-

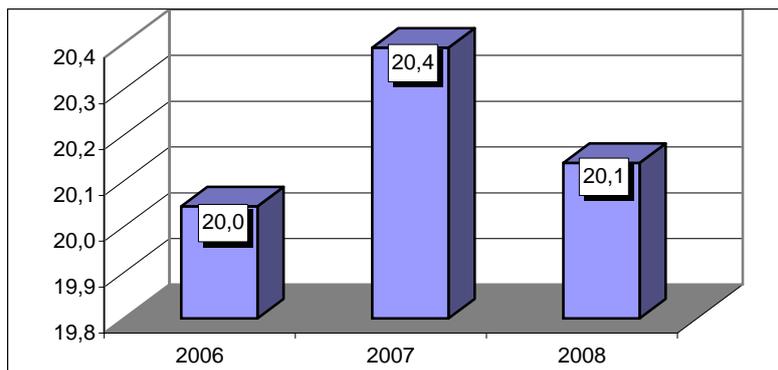
Jahr	2006	2007	2008
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	32.689	31.827	31.890
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-263	494	2.037
Andere aktivierte Eigenleistungen	83	262	411
Sonstige betriebliche Erträge	1.524	740	2.097
Erträge aus Beteiligungen	0	1	1
Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	233	368	290
Erträge	34.266	33.692	36.726
Aufwend. f. bezogene Lieferungen u. Leistungen	17.760	17.871	20.176
Personalaufwand	2.505	2.557	2.561
Abschreibungen	5.482	5.217	5.707
Sonstige betriebliche Aufwendungen	920	1.109	1.169
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.550	5.242	4.944
Aufwendungen	32.217	31.996	34.557
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.049	1.696	2.169
Steuern vom Einkommen und Ertrag	90	81	81
Sonstige Steuern	907	1.008	966
Jahresüberschuss (+)	1.052	607	1.122
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	0	0	0
Einstellungen in Gewinnrücklagen	526	303	561
Bilanzgewinn	526	304	561

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	1.052	607	1.122

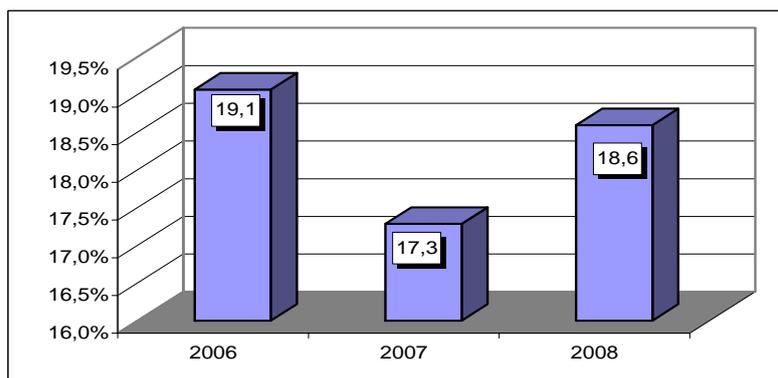
**Kennzahlen****Eigenkapital-Quote**

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	39.169	39.597	40.439
Bilanzsumme	195.410	194.192	200.795
% EK	20,0	20,4	20,1



Cash-Flow

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	1.052	607	1.122
Abschreibungen	5.482	5.217	5.707
	6534	5824	6829
Gesamterträge	34.266	33.692	36.726
Cash-Flow	19,1%	17,3%	18,6%



Lagebericht 2008

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Die Weltwirtschaft war im abgelaufenen Geschäftsjahr durch einen massiven Abschwung gekennzeichnet. Ausgehend von einer Krise an den Finanzmärkten in den USA wurden in der zweiten Jahreshälfte viele Wirtschaftsbereiche vom Abwärtssog erfasst. Trotz erheblicher Stützungsmaßnahmen im Bankensektor konnten negative Einflüsse auf die realwirtschaftliche Entwicklung nicht verhindert werden. Es verschlechterten sich die Finanzierungsbedingungen und es traten außergewöhnliche Vermögensverluste ein. Die Wachstumsrate der Weltwirtschaft erreichte im Jahr 2008 noch etwa 3 %, während sie in den vergangenen Jahren etwa 5 % betrug. Als Folge werden weitere Verwerfungen an den Finanzmärkten, mehr Unternehmenspleiten und eine empfindliche Abkühlung des weltweiten Wachstums erwartet. Eine globale Rezession scheint sich für 2009 abzuzeichnen.

Auch die Länder der Europäischen Union erlebten im Jahr 2008 eine deutliche konjunkturelle Abkühlung. Eine Reihe von ihnen konnte in der zweiten Jahreshälfte ein Abgleiten in die Rezession nicht verhindern. Während die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts auf 1 % zurück- fiel, erhöhten sich die Verbraucherpreise um 3,5 % gegenüber dem Vorjahr.

In Deutschland setzte erst im Sommer 2008 der globale Konjunkturabschwung spürbar ein. Die Wachstumsrate war im Vergleich zum Vorjahr von 2,5 % auf 1,3 % gesunken. Bis Ende 2008 hatte sich dies auf den Arbeitsmarkt noch nicht ausgewirkt, sodass die Arbeitslosenquote bei 3,1 Millionen Erwerbslosen auf 7,4 % fiel und die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt auf 40,6 Millionen ansteigen konnte. Die Prognosen gehen für 2009 von einem fühlbaren Anstieg der Arbeitslosigkeit aus.

Im Zusammenhang mit der Kreditvergabe wurden in 2008 deutlich erhöhte Zugangshürden und verschärfte Kreditbedingungen festgestellt, aber auch Leitzinssenkungen der Europäischen Zentralbank waren zu verzeichnen. Die Gefahr einer Kreditklemme ist für den Jahresverlauf 2009 jedoch nicht gebannt.

Wohnungswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Bauwirtschaft erzielte in 2008 regional differenzierte, aber insgesamt steigende Umsätze. Die Aufteilung nach Bausparten zeigt, dass von dem um 6,0 Prozent auf 85,5 Mrd. € gestiegenen Bauleistungen der Wohnungsbau am geringsten partizipierte. Sein Zuwachs lag bei 1,0 Prozent, während die Umsätze im Wirtschaftsbau um 10,0 Prozent und im öffentlichen Wohnungsbau um 6,0 Prozent kletterten. Zum Jahreswechsel trübte sich die Stimmung ein und die Erwartung für 2009 lag auf Vorjahresniveau.

Wegen des anhaltenden Genehmigungstiefs, in 2008 lag die Zahl bei rd. 174.600 Wohnungseinheiten und damit 4,2 Prozent niedriger als im Vorjahr, verharrt der Wohnungsneubau auf seinem historischen Tiefstand. Wesentliche Impulse im Wohnungsbau kommen zwischenzeitlich durch Sanierung und Modernisierung des Altbestandes, dessen Marktfähigkeit insbesondere auch durch gezielte Maßnahmen im energetischen Bereich gefördert wird. So stellte zur Finanzierung von Modernisierungsmaßnahmen die Kreditanstalt für Wiederaufbau zinsgünstige Darlehen im Rahmen der Programme „Wohnraum modernisieren (Standard/Öko plus)“ und „CO₂ Gebäudesanierung“ zur Verfügung.

Trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen wird die Wohnungsnachfrage in Deutschland insgesamt weiter ansteigen, wobei dieses Wachstum in erster Linie auf die Zunahme der Ein- und Zweipersonenhaushalte zurückzuführen sein wird. Neben der allgemeinen Konjunktur und der demographischen Entwicklung prägen regionale Einflussfaktoren die Rahmenbedingungen, die sich im Nachfrageverhalten widerspiegeln. Wachstumsarme Gegenden sind bereits heute durch eine geringe Nachfrage nach Wohnraum geprägt, während in prosperierenden Gegenden ein Nachfrageüberhang besteht. Die Angebots- und Nachfragesituation in der Region Bergisches Land, in der die Gesellschaft überwiegend tätig ist, war im letzten Jahr durch einen Angebotsüberhang gekennzeichnet.

Auch in 2008 wurden die Haushalte erneut durch gestiegene Miet- und Mietnebenkosten belastet. Insbesondere die Heizkosten waren der größte Preistreiber. Die Nettokaltmiete für eine 70 Quadratmeter große Dreiraumwohnung in mittlerer Lage und Qualität aus der Nachkriegszeit betrug bei Vertragsabschluss im letzten Jahr laut Immobilienverband Deutschland IVD 5,12 €/monatlich je Quadratmeter.

Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 1.121,6. Zu Einzelheiten wird auf die Ausführungen zur Ertragslage verwiesen.

Bestandsbewirtschaftung

Am 31.12.2008 verfügte das Unternehmen über 1.144 Häuser mit 6.526 Wohneinheiten, 90 gewerbliche Immobilien sowie 471 Garagen und 1.321 Stellplätzen auf einem Grundbesitz von 926.520 qm.

Die Immobilien, die eine Wohn- und Nutzfläche von insgesamt 442.610 qm haben, befinden sich zu 87 Prozent in Remscheid und der verbleibende Teil in den Städten Radevormwald, Wermelskirchen, Burscheid, Leverkusen und Erkrath-Hochdahl.

Im Berichtsjahr fanden 677 Mieterwechsel statt, das entspricht einer Fluktuationsquote von 10,4 % bezogen auf die Jahresdurchschnittszahl der Wohnungen. Die durchschnittliche monatliche Kaltmiete stieg im Vergleich zum Vorjahr um €0,08 auf €4,57 je qm Wohn- und Nutzfläche.

Ankauf und Verkäufe des Anlagevermögens

Zu Arrondierungszwecken erwarb die Gesellschaft eine Grundstücksfläche von 71 qm. Durch einen Blockverkauf in Radevormwald reduzierte sich der Immobilienbestand um 151 Wohnungen und eine Gewerbeeinheit. Die Gesellschaft erzielte bei einem Verkaufspreis in Höhe von T€ 2.639 einen Buchgewinn in Höhe von T€ 1.557. Aus dem Privatisierungsportfolio wurden 5 Häuser mit insgesamt 11 Wohneinheiten mit einem Ergebnis in Höhe von T€266 an Dritte veräußert.

Bestandserhaltung sowie Einzelmodernisierungen

Für Instandhaltungsmaßnahmen und Einzelmodernisierungen wurden zuzüglich verrechneter Personal- und Sachaufwendungen T€ 9.304 aufgewandt. Das entspricht € 21,02 (Vorjahr: €18,47) je qm Wohn- und Nutzfläche.

Neubautätigkeit und Modernisierungen

Der Ende 2007 begonnene Bau einer Wohnanlage für Senioren wurde bis auf eine durch einen lang anhaltenden Winter 2008/2009 verursachte zeitliche Verzögerung planmäßig fortgeführt. Bis zum 1. Juli 2009 werden 63 Zweiraumwohnungen, 3 Wohngruppen mit jeweils 8 Appartements, ein Gemeinschaftsraum und zwei Aufenthaltsräume mit einem kalkuliertem Investitionsvolumen in Höhe von T€9.171 entstehen.

Das mehrjährige Modernisierungsprogramm der Gesellschaft, das im Wesentlichen energetische Maßnahmen, die Elektro- und Sanitär-sanierung sowie Grundrissveränderungen vorsieht, führte in 2008 zum Abschluss einer Umbaumaßnahme von 61 Wohnungen in 8 Häusern. In 10 Häusern mit ehemals 111 Wohneinheiten wurden die Arbeiten nach vollständigem Freizug fortgeführt. In einer Maßnahme mit 18 Wohnungen wurde zusätzlich eine Aufzugsanlage installiert. Insgesamt lösen die vorgenannten Maßnahmen ein Investitionsvolumen in Höhe von T€9.315 aus.

Weitere Maßnahmen mit einem Modernisierungsvolumen in Höhe von T€4.246 sind in 214 Wohneinheiten und einer Gewerbeeinheit in 19 Häusern in Planung.

Betreuungstätigkeit

Die Gesellschaft verwaltete am 31.12.2008 für Dritte 436 Wohnungen, 26 Gewerbeeinheiten, 37 Garagenplätze und 1 Sammelgarage mit 31 Stellplätzen.

Erschließungs- und Verkaufsmaßnahmen

In ruhiger zentraler Lage hat die Gesellschaft in 2008 mit dem Bau einer Verkaufsmaßnahme von 8 barrierefreien Wohnungen mit einer Tiefgarage begonnen. Die Fertigstellung der voraussichtlich T€1.326 teuren Wohnungseigentumsmaßnahme ist im Herbst 2009 geplant. Daneben verfügt die Gesellschaft im innerstädtischen Bereich über unbebaute und bebaute Grundstücke, die in 2008 weiter entwickelt worden sind. Zwei Areale eignen sich für die Errichtung von 32 und 14 Doppel-/Reiheneinfamilienhäusern.

Personalwesen

Am 31.12.2008 waren bei der Gesellschaft 32 Vollzeit- und 10 Teilzeitkräfte, 2 Auszubildende und 18 geringfügig Beschäftigte tätig.

1.2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die für die Gesellschaft bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren haben sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

		2008	2007
Eigenkapitalquote	%	20,1	20,2
Eigenkapitalrentabilität	%	3,0	1,7
Cashflow	T€	6.891	5.854
Durchschnittliche Wohnungsmiete	€/qm/mtl.	4,57	4,49
Instandhaltungskosten	€/qm	20,33	17,54
Fluktuationsquote	%	10,4	10,8
Leerstandsquote	%	11,3	11,7
davon maßnahmenbedingt	%	3,8	4,6

2. Darstellung der Lage

2.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr wurde gegenüber dem Vorjahr ein um T€515 erhöhter Jahresüberschuss in Höhe von T€1.122 erwirtschaftet, der im Wesentlichen aus dem neutralen Ergebnis resultiert. Im Bereich der Hausbewirtschaftung einschließlich Wärmelieferung für Dritte wurde ein negatives Ergebnis in Höhe von T€ 177 erzielt, das hauptsächlich auf gestiegene Instandhaltungsaufwendungen und Betriebskosten einschließlich Grundsteuer, denen gestiegene Sollmieten abzüglich Erlösschmälerungen und Umlagen einschließlich Bestandsveränderungen sowie gesunkene Zinsaufwendungen gegenüberstehen, zurückzuführen ist.

Der ausgeglichene Leistungsbereich Betreuungstätigkeit und andere Lieferungen und Leistungen setzte sich aus den Sparten Verwaltungsbetreuung und Bereitstellung von Gemeinschaftsantennen und Heizungsanlagen für Dritte zusammen.

Durch die Aktivierung von Eigenleistungen im Rahmen der Neubau- und Modernisierungsaktivitäten konnte das Ergebnis der Bautätigkeit im Anlagevermögen wie im Vorjahr ausgeglichen dargestellt werden.

Aufwendungen für in Vorjahren veräußerte Verkaufsgrundstücke und Vertriebskosten für in Planung und im Bau befindliche Maßnahmen führten im Bereich der Bautätigkeit im Umlaufvermögen zu einem negativen Ergebnis in Höhe von T€29.

Das Ergebnis der sonstigen betrieblichen Geschäftsvorfälle war insbesondere durch Beratungsgebühren und Digitalisierungskosten des Immobilienbestandes belastet und im Saldo mit T€131 negativ.

Das Beteiligungs- und Finanzergebnis verringerte sich geringfügig auf T€241.

Das neutrale Ergebnis in Höhe von T€1.299 war gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen geprägt durch deutlich gestiegene Erträge aus Anlageverkäufen, denen erhöhte außerplanmäßige Abschreibungen auf Wohnbauten gegenüberstanden.

Das Aufkommen für Steuern vom Einkommen und Ertrag blieb mit T€81 gegenüber dem Vorjahr unverändert.

2.2. Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich in 2008 um T€5.883 auf T€200.795 erhöht. Im Saldo stieg das langfristige Anlagevermögen auf T€178.998. Dabei standen einem Investitionsvolumen in Höhe von T€9.676 ein Abschreibungsaufwand von T€5.707, Abgänge wegen Verkauf von T€1.267 und wegen eines Baukostenzuschusses von T€46 sowie durch Umwidmung eines

Grundstückes in das Umlaufvermögen von T€ 150 gegenüber. Die langfristigen Rechnungsabgrenzungsposten erhöhten sich um T€7 auf T€119. Die Anlageintensität, die das Verhältnis von Anlagevermögen zur Bilanzsumme widerspiegelt, beträgt 89,1 %.

Das Umlaufvermögen ist durch den Zugang von Herstellungskosten für Verkaufsgrundstücke, die Zunahme unfertiger Leistungen aus Betriebs- und Heizkosten und den Zufluss liquider Mittel sowie die Minderung von Forderungen im Saldo um T€3.370 auf T€21.678 gestiegen. Das Eigenkapital hat sich um T€ 943 auf T€ 40.361 erhöht und führt zu einer Eigenkapitalquote von 20,1 % (Vorjahr 20,2 %). Mit T€ 146.368 wird das langfristige Fremdkapital um T€ 3.882 höher gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen. Dies ergibt eine Fremdkapitalquote von 72,9 % (Vorjahr 73,1 %). Die langfristige Dauerfinanzierung von insgesamt T€145.214 beträgt 72,3 % (Vorjahr 72,5 %) des Gesamtkapitals.

Der kurzfristige Bereich hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€1.058 auf T€14.066 erhöht und beträgt 7,0 % der Bilanzsumme.

Die Ermittlung der Finanzlage der Gesellschaft zum Bilanzstichtag zeigt, dass die langfristig angelegten Vermögenswerte durch Eigenmittel und langfristige Verbindlichkeiten, im Wesentlichen sind dies Dauerfinanzierungsmittel, finanziert sind. Es ergibt sich per Saldo eine Überdeckung in Höhe von T€7.612, die zur Stichtagsliquidität in Höhe von T€6.974 zur Verfügung steht.

Im Geschäftsjahr wurde ein Cashflow in Höhe von T€6.891 erzielt.

Die Vermögens- und die Finanzlage ist geordnet. Die Zahlungsbereitschaft ist aufgrund der Ermittlung des erwarteten geldrechnungsmäßigen Zuflusses und des voraussichtlichen Jahresergebnisses für das Geschäftsjahr 2009 gesichert.

3. Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Jahres 2008 sind keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens führen.

4. Risikobericht

4.1. KonTraG

Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich, das unter anderem die Einführung eines angemessenen Risikomanagements- und Überwachungssystems zur Früherkennung bestandsgefährdender Risiken verlangt, kommt bei der Gesellschaft zur Anwendung.

Die vorhandenen Controlling- und Steuerungsinstrumente sowie das interne Kontrollsystem der Gesellschaft ermöglichen den Fortbestand der Gesellschaft potentiell gefährdender Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und notwendige Maßnahmen zu deren Bewältigung abzuleiten. Dies geschieht durch Erfassung aller Vorgänge sowie die kontinuierliche Betrachtung und Analyse der Unternehmensbereiche. Diese Steuerungs- und Kontrollsysteme werden ergänzt durch Dienstanweisungen und Richtlinien, den Einsatz bewährter und zertifizierter Software, die permanente Schulung des eingesetzten Personals sowie durch systematische und zielgerichtete Prüfungen im Rahmen der externen Revision.

Im Intranet der Gesellschaft ist ein Online-Handbuch eingestellt, das unter anderem Regelungen der Verantwortlichkeiten, Grundlagen zur Bearbeitung der Routineprozesse, Aussagen zu den Abläufen des Risikomanagements sowie unternehmens- und abteilungsspezifische Richtlinien beinhaltet. Das Regelwerk ist bindend für alle Beschäftigten und wird laufend aktualisiert.

4.2. Risiken der künftigen Entwicklung

Die erkennbaren Risiken sind in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung entsprechend berücksichtigt und stellen sich nicht als bestandsgefährdend dar. Danach ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gesichert. Die demographische Entwicklung, eine der Weltwirtschaftskrise geschuldeter Anstieg der Zahl von Arbeitslosen in der Region und die einhergehenden schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse in den Mieterhaushalten bergen Gefahren, die es zu beobachten gilt. Auch in den nächsten Jahren wird mit einer Belastung der Ertragslage durch insgesamt hohe Erlösschmälerungen zu rechnen sein.

Die im Rahmen der Privatisierung von Bestandsimmobilien geplanten Umsätze erscheinen realistisch, könnten aber bei einem Anstieg der Kapitalmarktzinsen und in Folge erschwelter Kreditvergaben auch eine rückläufige Entwicklung nehmen.

Die Gesellschaft beabsichtigt das Bauträgergeschäft in ausgesuchten Lagen und in begrenzten Stückzahlen auf eigenen Grundstücken bei entsprechender Nachfrage durchzuführen.

4.3. Chancen der künftigen Entwicklung

Der Anteil an relativ preisgünstigen öffentlich geförderten Wohnungen wird neben dem unteren Mietpreissegment mittelfristig eine entscheidende Rolle bei der Wohnungsnachfrage in der Region erfahren, in der sich die Gesellschaft überwiegend bewegt. Aufgrund möglicher real sinkender Einkünfte der Haushalte (Arbeitslosigkeit, niedrige Renten) kann die Nachfrage in diesem Mietpreissektor steigen. Somit werden sich ihr Möglichkeiten des Abbaus von Leerstandszahlen bei preisgünstigem Wohnraum bieten. Durch kostenreduzierende Maßnahmen bei preistreibenden Wohnnebenkosten kann dieser Prozess zusätzlich gefördert werden.

Da die durchgeführten Modernisierungen und Großinstandhaltungsmaßnahmen im eigenen Wohnungsbestand auf durchgehend positive Resonanz gestoßen sind, wird die GEWAG dies als Schwerpunkt ihrer Aufgaben auch in den nächsten Jahren vorantreiben und damit eine nachhaltige Vermietbarkeit schaffen.

4.4. Finanzinstrumente

Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Bei den zur Finanzierung des Anlagevermögens aufgenommenen langfristigen Fremdmitteln handelt es sich um Annuitätendarlehen. Auf Grund steigender Tilgungsanteile und im Zeitablauf relativ gleich verteilter Zinsbindungsfristen sind damit ebenso Risiken wie Chancen verbunden. Die Zinsentwicklung wird mit den unter Punkt 4.1 genannten Instrumenten beobachtet. Gegebenenfalls werden zur Sicherung günstiger Finanzierungskonditionen Prolongationen im Voraus abgeschlossen (Forward-Darlehen).

Freie Liquidität wird auch zur erhöhten Tilgung von Darlehen eingesetzt. Von Terminoptions- oder Swapgeschäften wird unter Risikoaspekten kein Gebrauch gemacht.

5. Prognosebericht

Die Gesellschaft erwartet an den vertretenen Immobilienstandorten mit Ausnahme der wirtschaftlichen Wachstumsregionen auch zukünftig einen entspannten Wohnungsmarkt. Deshalb wird die Gesellschaft die bisherige strategische Ausrichtung bei Bestandsimmobilien beibehalten und Investitionen ausschließlich dort tätigen, wo lagebedingt nachhaltiges Interesse auf Anmietung bestehen wird.

Die im Rahmen der Portfolioanalyse untersuchten Bestände werden entsprechend ihrer unterschiedlichen Marktfähigkeit und im Hinblick auf Zukunftssicherung, Investitionsbedarf und Identifikation von Risiken und Chancen fortwährend einer intensiven Kritik unterzogen. Für die Gesellschaft bedeutet dies sowohl die Optimierung von Immobilien, insbesondere zur Erhöhung der Qualität und zur Herstellung einer barrierefreien und behindertengerechten Nutzung, als auch den Verkauf im Rahmen der Privatisierung zur Stabilisierung von

Wohnquartieren bzw. zur Liquiditätsverbesserung oder den Abriss nicht renditefähiger Altbauten.

6. Berichterstattung zur öffentlichen Zwecksetzung

Die Gesellschaft ist im Berichtsjahr ihren satzungsmäßigen Aufgaben, vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sicherzustellen, nachgekommen. Daneben übernimmt sie Aufgaben der Sanierung, Erneuerung und Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten sowie die Schaffung von Wohnraum im Rahmen von Eigentumsobjekten. Die Geschäfte der Gesellschaft werden im Sinne der jeweils gültigen Satzung und nach dem Aktiengesetz geführt.

7. Abhängigkeitsbericht nach § 312 AktG

Die Stadtgemeinde Remscheid hält 50,3 % der Aktien der Gesellschaft. Mit Urteil vom 13.10.1977 hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass Körperschaften des öffentlichen Rechts Unternehmen im Sinne von § 312 AktG sein können. Der Vorstand hat deshalb einen Bericht über Beziehungen zur Stadtgemeinde Remscheid und den damit verbundenen Unternehmen erstellt und diesen zur Überprüfung vorgelegt.

Der Abhängigkeitsbericht enthält folgende Schlusserklärung:

Wir erklären hiermit, dass bei jedem der in diesem Bericht aufgeführten Rechtsgeschäfte unsere Gesellschaft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die im Zeitpunkt des Abschlusses der Rechtsgeschäfte bekannt waren. Weitere berichtspflichtige Maßnahmen haben im Berichtsjahr nicht vorgelegen. Es sind auch keine Rechtsgeschäfte mit Fremden auf Veranlassung oder im Interesse der Stadtgemeinde Remscheid vorgenommen worden.

Remscheid, im März 2009

GEWAG

Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid
gez. Vorstand

3.3 Bergische Symphoniker -Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH -

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Symphoniker – Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH –
Konrad-Adenauer-Straße 72-74
42651 Solingen
Tel. 0212/280184

Gründungsjahr: 1995

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	12.782,30	50,00
Stadt Solingen	12.782,29	50,00
<u>Gesamt</u>	<u>25.564,59</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist unmittelbar und ausschließlich die Pflege und Förderung der Kunstgattungen Konzerte, Oper, Operette, Musical, Bühnentanz, Schulkonzerte und Schulmusiken sowie die Zusammenarbeit mit ortsansässigen Chören.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern, insbesondere zur Zusammenarbeit mit vergleichbaren Unternehmen und Einrichtungen im Rahmen eines Systems kommunaler Kultur- und Bildungsarbeit.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Stefan Schreiner

Gesellschafterversammlung:

Beate Wilding, Vorsitzende	Oberbürgermeisterin	Stadt Remscheid
Franz Haug, stellvertr. Vorsitzender	Oberbürgermeister	Stadt Solingen
Hans-Werner Gabriel		Stadt Solingen
Marianne Göllner		Stadt Solingen
Dr. Peter Kubersky	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Herr Ulrich Müller	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Gudrun Wüsthoff	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Christiane Stein-Hausmann	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Monika Hein	Bürgermeisterin	Stadt Remscheid
Phillip Wallutat	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Sven Wolf	Ratsmitglied	Stadt Remscheid

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Die Gesellschafterversammlung kann gem. § 12 des Gesellschaftsvertrages beschließen, von den Gesellschaftern Nachschüsse bis zu einem Gesamtbetrag von € 153.387,56 je Geschäftsjahr einzufordern. Die Nachschüsse sind von den Gesellschaftern nach dem Verhältnis Ihrer Geschäftsanteile zu zahlen. Die Nachschussverpflichtung der Stadt ist demnach auf €76.693,78 jährlich begrenzt.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
Betriebskostenzuschuss	1.706.591,61	1.643.214,12	1.779.580,25

Anzahl der Beschäftigten

Geschäftsjahr	2005/2006	2006/2007	2007/2008
Angestellte insgesamt	81,5	80,5	80,5

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Konzertart	2005/2006	2006/2007	2007/2008
Hauptkonzerte	18	22	20
davon in Remscheid	9	11	10
davon in Solingen	9	11	10
Sonderkonzerte	21	29	26
davon in Remscheid	11	17	13
davon in Solingen	10	12	13
Musiktheater	34	34	35
davon in Remscheid	17	17	19
davon in Solingen	17	17	16
Schulkonzerte	10	22	24
davon in Remscheid	4	10	11
davon in Solingen	6	12	13
Vermietungen	73	53	56
Gesamt	156	160	161
davon in Remscheid	41	55	53
davon in Solingen	42	52	52
davon bei Dritte	73	53	56
Schulmusiken (Dienste)	397	436	409
davon in Remscheid	267	327	211
davon in Solingen	130	109	198

Bilanzstruktur –im 3-Jahresvergleich-

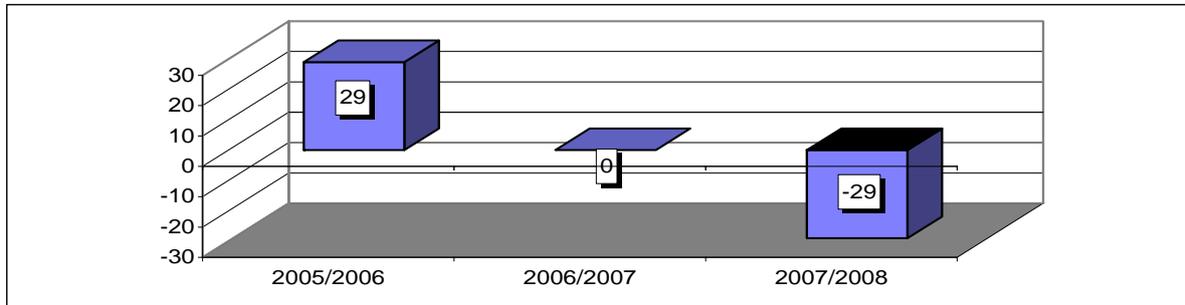
Jahr Bilanz-Position	2005/2006		2006/2007		2007/2008	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	1,81	6	2,10	4	0,96
Sachanlagen	72	21,69	80	27,97	74	17,70
Finanzanlage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	78	23,49	86	30,07	78	18,66
Vorräte	1	0,30	1	0,35	1	0,24
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	219	65,96	183	63,99	329	78,71
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	24	7,23	5	1,75	0	0,00
Umlaufvermögen	244	73,49	189	66,08	330	78,95
Rechnungsabgrenzungsposten	10	3,01	11	3,85	10	2,39
Aktiva	332	100,00	286	100,00	418	100,00
Gezeichnetes Kapital	26	7,83	26	9,09	26	6,22
Kapitalrücklage	30	9,04	30	10,49	30	7,18
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinn-/Verlustvortrag	0	0,00	29	10,14	29	6,94
Jahresüberschuss(+)	29	8,73	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	-29	-6,94
Eigenkapital	84	25,30	85	29,72	56	13,40
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	59	17,77	118	41,26	276	66,03
Verbindlichkeiten	183	55,12	83	29,02	86	20,57
Rechnungsabgrenzungsposten	6	1,81	0	0,00	0	0,00
Passiva	332	100,00	286	100,00	418	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich-

Jahr GuV-Position	2005/2006	2006/2007	2007/2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.121	1.056	1.021
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	420	440	505
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	3	3	2
Erträge	1.544	1.499	1.528
Bezogene Leistungen zur Verrechnung	340	304	345
Personalaufwand	4.132	4.220	4.277
Abschreibungen	9	15	18
Sonstige betriebliche Aufwendungen	327	307	311
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1
Aufwendungen	4.808	4.846	4.952
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.264	-3.347	-3.424
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	-1	0	-1
Betriebskostenzuschuss	3.294	3.347	3.396
Jahresüberschuss (+)	29	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-29

Entwicklung der Jahresergebnisse

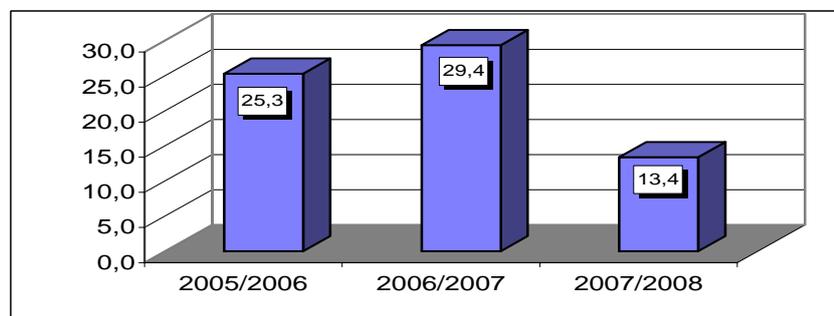
Jahr	2005/2006	2006/2007	2007/2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	29	0	-29



Kennzahlen

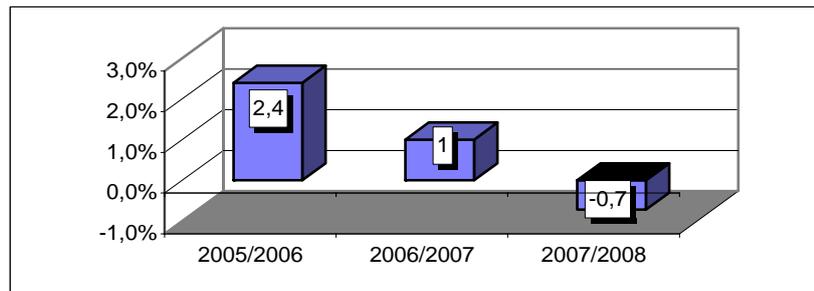
Eigenkapital-Quote

Jahr	2005/2006	2006/2007	2007/2008
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	84	84	56
Bilanzsumme	332	286	418
% EK	25,3	29,4	13,4



Cash-Flow

Jahr	2005/2006	2006/2007	2007/2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	29	0	-29
Abschreibungen	8	15	18
	37	15	-11
Gesamterträge	1.544	1.499	1.528
Cash-Flow	2,4%	1,0%	-0,7%



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007/2008

(gekürzt um Veranstaltungsarten und Unternehmenskennzahlen)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft

Das 13. Geschäftsjahr der Bergischen Symphoniker war überwiegend von der Suche nach einer neuen künstlerischen Leitung geprägt. Seit dem September 2007 hat sich die Geschäftsführung sowie die Gesellschafterversammlung in u.a. insgesamt 6 Sitzungen intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Die Wahl von Peter Kuhn als Nachfolger für Romely Pfund ab der Spielzeit 2009/2010 setzte in der 36. Gesellschafterversammlung am 18. Dezember 2008 den positiven Abschluss für ein ereignisreiches Besetzungsverfahren.

Auch im Wirtschaftsjahr 2007/2008 gingen die tarifvertraglichen Wirungen zwischen Deutscher Orchestervereinigung und dem Deutschen Bühnenverein weiter. Noch immer gibt es keine Einigung in den nunmehr seit dem Herbst 2006 andauernden Verhandlungen. Dadurch war die erhoffte Entspannung im Bereich der Orchesteraushilfen, insbesondere auch im Bereich der immer noch nicht besetzten Stelle Solo-Tuba, nicht zu erreichen. Allein für Tubadienste fielen trotz restriktivem Einsatz Kosten in Höhe von 30.000,- € an, die eigentlich schon eine Wiederbesetzung rechtfertigen.

Bedingt durch den andauernden Tarifstreit konnten die hierdurch hervorgerufenen Arbeitsgerichtsprozesse über die Angleichung familienstandsbezogener Gehaltsbestandteile noch nicht geklärt werden. Die Prozesse um die Zahlung familienbezogener Ortszuschläge stehen mittlerweile zur Entscheidung beim Bundesarbeitsgericht an. Das weitergehende Risiko in Höhe der möglichen Nachzahlungen war durch Aufstockung der Rückstellungen abzudecken. Weiterhin bedingt der Tarifkonflikt die Bildung einer Rückstellung für Tarifnachzahlungen in Höhe von 109 T€ Trotz dieser hohen Rückstellungsbeträge wurde der Betriebskostenzuschuss erneut nicht in voller Höhe in Anspruch genommen und liegt mit 103 T€ unter dem Planansatz.

Die Umsatzerlöse setzen sich mehrheitlich aus Konzert- und Musiktheaterveranstaltungen in den Gesellschafterstädten Remscheid und Solingen zusammen. Sonstige Veranstaltungserlöse sind Erträge aus musikalischen Tätigkeiten für wirtschaftlich Dritte.

Gesamtzahl der Aufführungen im Wirtschaftsjahr

Die Gesamtzahl der Aufführungen in der Spielzeit 2007/2008 beträgt 161 (Vorjahr 160). Hier zeigt sich die kontinuierliche Arbeit des Orchesters. Gleichzeitig wird durch die seit Jahren nahezu gleichbleibende Veranstaltungszahl deutlich, dass die Belastungsgrenze des Orchesters erreicht ist. Die Mindestabnahmezahl der Gesellschafterstädte, die sich in die Kategorien „Philh. Hauptkonzerte“, „Musiktheater“ und „Sonderkonzerte“ unterteilt, wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr mehr als erfüllt. Die Spielzeitplanung machte erneut die Durchführung des 1. Philharmonischen Konzertes noch im „alten“ Wirtschaftsjahr notwendig. Damit standen allerdings weniger vermarktungsfähige Dienste zur Verfügung, so dass das geplante Ergebnis bei Dritten daher nicht erreicht werden konnte.

Die wirtschaftlich erfolgreiche enge Zusammenarbeit mit dem Kölner Männergesangsverein konnte weiter vertieft werden. Sie fand im Sommer 2008 einen weiteren künstlerischen Höhepunkt in der szenischen Aufführung der „Antigone“ von Mendelssohn Bartholdy u.a. in der Philharmonie in Köln. Auch am Aalto Theater in Essen war das Orchester erneut präsent. Hier haben wir eine Ballett- und eine Operettenaufführung übernommen. Die Ballettproduktion wurde sogar für den dt. Theaterpreis „Der Faust“ nominiert, die Operettenaufführung wird in der Spielzeit 2008/2009 fortgeführt.

Die im Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005/2006 angekündigte Übernahme des „Marler Debüt“ konnte in der abgelaufenen Spielzeit erstmalig in Zusammenarbeit mit dem Landesmusikrat, dem WDR und der Stadt Marl durchgeführt und auch in den Gesellschafterstädten unter dem Titel „Total genial“ überaus erfolgreich aufgeführt werden.

Durch die Vermittlung von Herrn Oberbürgermeister Haug spielte das Orchester zusätzlich ein erstes Gastspiel in Langenfeld zum „Tag der Entschuldung“. Die dortigen Verantwortlichen zeigten insbesondere großes Interesse an Schulmusiken und Schulkonzerten.

Sonstige betriebliche Erträge/Bezogene Leistungen zur Verrechnung

Durch eine um 22 % höhere Landeszuweisung und zusätzlich über 18.000,00 € allein an Personalkostenerstattungen durch Sozialversicherungsträger konnten bei den sonstigen betrieblichen Erträgen rd. 45.000,00 € mehr vereinnahmt werden.

Personalkosten

Im Personalkostenbereich ergaben sich durch Vakanzen bei den Planstellen Konzertmeister und 1. Solo-Oboe Einsparungen im Vergleich zur Planung in Höhe von € 135.000,00. Es mussten 109.000,00 € für Tarifnachzahlungen den Rückstellungen zugeführt werden.

Betriebskostenzuschuss

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit weist ein negatives Ergebnis in Höhe von € 3.424.292,47 aus. Zur Sicherung der Liquidität der Gesellschaft leisten die Gesellschafterstädte monatliche Betriebskostenzuschüsse. Im Berichtsjahr wurden diese in Höhe von € 3.396.958,14 angefordert und lagen damit um € 103.041,86 unter dem Planansatz.

Im Geschäftsjahr 2007/2008 wird ein nicht durch Betriebskostenzuschüsse gedeckter Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 28,6 ausgewiesen. Grund hierfür ist die im laufenden Geschäftsjahr erfolgte Berichtigung der im vorletzten Geschäftsjahr 2005/2006 erfolgten Überzahlung der Betriebskostenzuschüsse in oben genannter Höhe. Die Berichtigung der Überzahlung aus Vorjahren erfolgte durch Verrechnung mit den im Geschäftsjahr 2007/2008 angeforderten Betriebskostenzuschüssen.

II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Der Beschluss der Städte auf Wiederbesetzung der Stelle des künstlerischen Leiters wurde von vielen Beteiligten als Grundsatzaussage zum Bestand des Orchesters gewertet. Der einseitige Beschluss der Tarifkommission des Deutschen Bühnenvereins auf Übernahme des TVöD-Tarifabschlusses 2008 auch für Orchester ab dem 01. November 2008 stellte dies aber erneut auf den Prüfstand.

Die sich aus dieser Maßnahme ergebenden Mehrkosten im Personalbereich in Höhe von 260 T€ sind mit dem gedeckelten Betriebskostenzuschuss nicht zu finanzieren. Während die Stadt Solingen diesem Tarifbeschluss mit entsprechenden Mittelbereitstellungen in den Haushaltsjahren 2009 – 2011 Rechnung trug, zeichnete sich eine Zustimmung des Gesellschafters Stadt Remscheid erst seit Januar 2009 ab. Die kurzfristige Finanzsicherheit

des Unternehmens wurde durch einen entsprechenden Beschluss des Remscheider Rates in der Sitzung am 11.12.2008 sichergestellt.

III. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der Fortbestand der Gesellschaft hängt maßgeblich von der zukünftigen Gewährung ausreichender Betriebsmittelzuschüsse durch die Gesellschafterstädte Solingen und Remscheid ab.

Der Rat der Stadt Remscheid hat in seiner Sitzung am 12. Februar 2009 dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2008/2009 mit der entsprechenden Erhöhung des Betriebskostenzuschuss nunmehr ebenfalls zugestimmt. Gleichzeitig wurden die derzeit notwendigen Betriebskostenzuschussansätze für die ersten Monate des Geschäftsjahres 2009/2010 beschlossen. Es ist nun der erklärte Wille der Remscheider Politik nicht über eine Auflösung, sondern nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen. Dies soll nach der Kommunalwahl in ersten Gesprächen, auch unter Beteiligung des Unternehmens, erfolgen. Hierbei ist entscheidend, dass in beiden Städten sowohl die kultur- und bildungspolitische Aufgabe des Orchester gesehen und grundsätzlich unterstützt wird. Weniger überzeugend ist die Einstufung des Orchesters als sog. „weicher Standortfaktor.“ Wichtiger ist wohl, insbesondere bei der Stadt Remscheid, die Erkenntnis über die Höhe der mit einer Auflösung verbundenen Folgekosten.

Die gute Absprache und Zusammenarbeit zwischen Frau Pfund und Herrn Kuhn lassen vermuten, dass die „Stabübergabe“ ohne große Komplikationen verlaufen wird. Die Wehmut über einen Abschied nach 11 sehr erfolgreichen, konstruktiven Jahren wird abgemildert durch die freudige Erwartung, dass man den richtigen Nachfolger erwählt hat.

Solingen, den 15. April 2009

gez. Stefan Schreiner
Geschäftsführer

3.4 Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH
 Goltsteinstr. 87
 50968 Köln
 Tel. 0221 / 949725 - 0

Gründungsjahr: 2001

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	50.000,00	50,0
LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH	50.000,00	50,0
<u>Gesamt</u>	<u>100.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Hauptbahnhofes Remscheid zu einem multifunktionalen Zentrum für Einzelhandel, Gastronomiebetriebe und Einrichtungen des Freizeit- und Vergnügungssektors sowie Dienstleistungen, Praxen, Büronutzung und Gewerbe.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Werner Wirtz

Aufsichtsrat

Beate Wilding –Vorsitzende-	Oberbürgermeisterin
Ulrich Tappe –stellv. Vorsitzender-	LEG
Arndt Nowosatko	Ratsmitglied
Edgar Mungen	LEG
Susanne Hofmann	LEG
Andreas Röhrig	LEG
Hans-Peter Meinecke	Ratsmitglied
Franz Meiers	LEG
Fritz Heuser	Ratsmitglied
Jürgen Kucharczyk	MdB

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding und Herr Betriebswirt VWA Norbert Brosowski.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Die Gesellschafterversammlung kann die Einforderung von Nachschüssen beschließen. Die Nachschusspflicht für die Stadt Remscheid ist begrenzt auf 50.000,00 € pro Geschäftsjahr. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 14.08.2003 dahingehend geändert, dass die Nachschusspflicht nicht pro Geschäftsjahr sondern ausschließlich als einmalige Nachschusspflicht für die gesamte Laufzeit des Gesellschaftsvertrages besteht.

Patronatserklärung gegenüber LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH für städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Hauptbahnhof bis max. 511.291,88 €

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
Kapitalerhöhung (Rücklage)	500.000,00	0,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten

Außer den Geschäftsführern wurden keine weiteren Mitarbeiter-/innen beschäftigt.

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

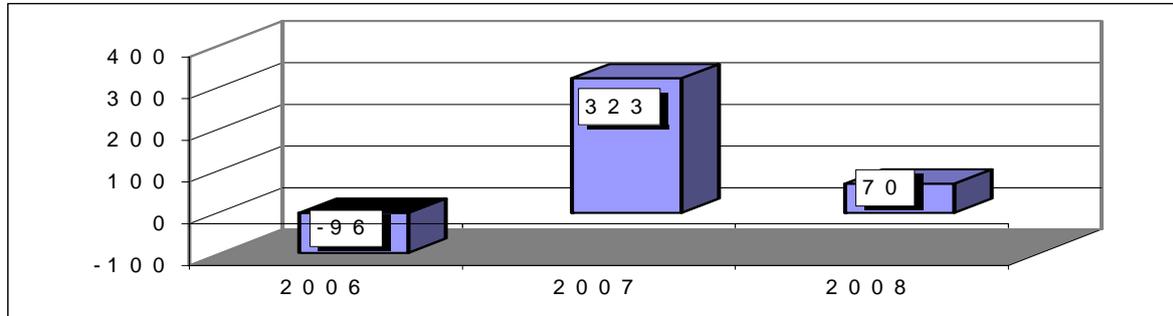
Jahr Bilanz-Position	2006		2007		2008	
	T€	%	T€	%	T€	%
Ausstehende Einlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aufwendung f. Ingangs. des Geschäftsbetriebes	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	3.989	82,73	820	53,49	498	28,14
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	244	5,06	259	16,89	62	3,50
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	291	6,03	454	29,62	929	52,49
Umlaufvermögen	4.524	93,82	1.533	100,00	1.489	84,12
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	298	6,18	0	0,00	0	0,00
Aktiva	4.822	100,00	1.533	100,00	1.489	84,12
Gezeichnetes Kapital	100	2,07	100	6,52	100	5,65
Kapitalrücklage	500	10,37	500	32,62	500	28,25
Verlustvortrag	-802	-16,63	-898	-58,58	-575	-32,49
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	323	21,07	70	3,95
Jahresfehlbetrag(-)	-96	-1,99	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	298	6,18	0	0,00		
Eigenkapital	0	0,00	25	1,63	95	5,37
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	5	0,10	787	51,34	865	48,87
Verbindlichkeiten	4.817	99,90	721	47,03	529	29,89
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	4.822	100,00	1.533	100,00	1.489	84,12

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2006	2007	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse aus Hausbewirtschaftung	43	3.364	458
Erh. Bestand an zum Verkauf best. Grundstücken	1.062	-3.170	-321
Aktivierete Aufw. zur Ingangs. des Geschäftsbetriebes	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	26	2	3
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	6	21
Erträge	1.134	202	161
Aufwendung für bezogene Leistungen	978	-331	-139
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	17	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	57	25	202
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	178	185	28
Aufwendungen	1.230	-121	91
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-96	323	70
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	323	70
Jahresfehlbetrag (-)	-96	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

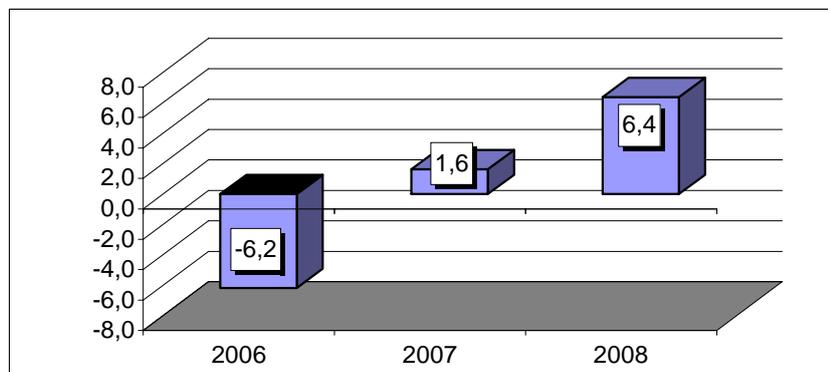
Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-96	323	70



Kennzahlen

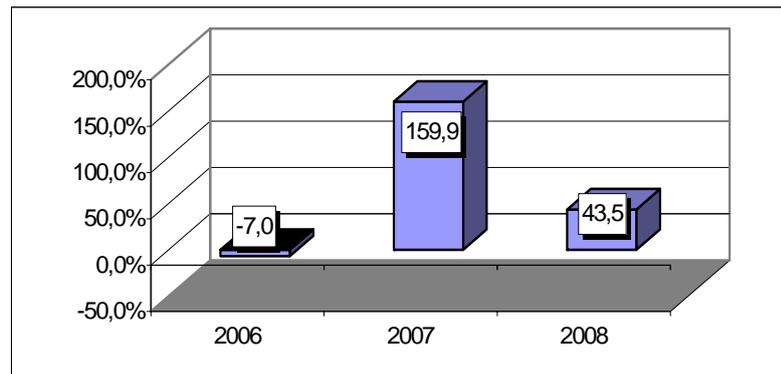
Eigenkapital-Quote

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	-298	25	95
Bilanzsumme	4.822	1.533	1.489
% EK	-6,2	1,6	6,4



Cash-Flow

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	-96	323	70
Abschreibungen	17	0	0
	-79	323	70
Gesamterträge	1.134	202	161
Cash-Flow	-7,0%	159,9%	43,5%



Lagebericht 2008

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH (PHR) wurde am 17.12.2001 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Standorts Hauptbahnhof Remscheid zu einem multifunktionalen Zentrum für Einzelhandel, Gastronomiebetriebe und Einrichtungen des Freizeit- und Vergnügungssektors sowie Dienstleistungen, Praxen, Büronutzung und Gewerbe.

Gesellschafter der PHR sind zu jeweils 50% die Stadt Remscheid und die LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH, Köln (LEG S Köln GmbH). Die PHR wird über Geschäftsbesorgungsverträge durch Unternehmen der LEG-Unternehmensgruppe betreut.

Mit dem Gesellschafter Stadt Remscheid wurde eine Arbeitsteilung für einzelne Projektphasen vereinbart. Dabei liegen die inhaltliche und wirtschaftliche Verantwortung teilmaßnahmenscharf abgegrenzt jeweils bei der PHR oder der Stadt Remscheid. Die PHR verantwortet neben dem abgeschlossenen Grunderwerb und der zwischenzeitlich erfolgten städtebaulichen und grundlegenden Planung für die Erschließungs- und Infrastrukturmaßnahmen die weitgehend abgeschlossenen Maßnahmen zur Herrichtung und Entwicklung der Flächen sowie die Vermarktung des Hauptbahnhofareals. Diese Maßnahmen werden größtenteils aus StBauF-Mitteln des Landes bezuschusst. Die Stadt Remscheid als Empfänger der Fördermittel leitet diese zusammen mit dem entsprechenden Eigenanteil an die PHR weiter. Die Stadt Remscheid verantwortet neben den weitergehenden Planungen den Bau der Erschließungs- und Infrastrukturanlagen.

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Auf Basis des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 572 der Stadt Remscheid wurden durch die PHR zwischenzeitlich die Maßnahmen zur Herrichtung und Aufbereitung der Grundstücke im Hinblick auf die künftigen Nutzungen durchgeführt. Die Stadt Remscheid hat in 2008 den südlichen Teil der Erschließung weitestgehend fertig gestellt. Weitere Erschließungsmaßnahmen im nördlichen Teil wurden begonnen.

Die PHR hat in 2008 ein weiteres Grundstück veräußert sowie die öffentlichen Erschließungsflächen an die Stadt Remscheid übertragen. Insgesamt sind damit etwa 70 % der vermarktbareren Flächen veräußert. Der Investor HBB hat den Bau des zentralen Investments auf dem Hauptbahnhofareal weiter fortgesetzt.

1.2 Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und projektspezifischen Rahmenbedingungen

Die Stadt Remscheid als kleinste der drei Großstädte im Bergischen Städtedreieck ist durch eine eher kleinteilige Wirtschaftsstruktur gekennzeichnet. Kompetenzfelder liegen

insbesondere im Bereich der Werkzeugindustrie mit einem Schwerpunkt auf zugeordneten Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten.

Der Geschäftsverlauf 2008 zeigt, dass der fortgeschrittene Bau des zentralen Investments eine stärkere Nachfrage des Standorts Hauptbahnhofs zur Folge hat.

Aktuell werden in Remscheid in Innenstadtrandlagen, wie z.B. dem Hauptbahnhof Flächen für Logistik sowie Hallen nachgefragt.

Auch nach Abschluss der Regionale 2006, als Instrument des Landes zur Unterstützung des Strukturwandels im Bergischen Städtedreieck, ist das Projekt in 2008 als zentrales Remscheider Stadtentwicklungsprojekt weiterhin durch das Land NRW begleitet und unterstützt worden.

2. Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2008

Das Projekt wurde in 2008 fortgesetzt. Durch den Verkauf weiterer Grundstücke hat sich der Wert des Grundstückbestandes auf T€498 reduziert.

2.1 Vermögenslage

Die Bilanz der PHR ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch die zum Verkauf bestimmten Grundstücke und das Guthaben bei Kreditinstituten geprägt. Im Geschäftsjahr hat sich das Umlaufvermögen der Gesellschaft um rund T€43 auf rund T€1.490 reduziert.

Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten um rund T€192 auf rund T€529 reduziert.

2.2 Ertragslage

Die Gesellschaft schließt im Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) in Höhe von T€70 ab. Der Jahresüberschuss resultiert im Wesentlichen aus dem Verkauf von Grundstücken. Unter Berücksichtigung des Verlustvortrages des Vorjahres in Höhe von T€575 ergibt sich ein Bilanzverlust in Höhe von rund T€504.

2.3 Finanzlage

Für die laufenden Aufwendungen der PHR, also insbesondere die noch abzurechnenden Maßnahmen der Flächenherrichtung, das Projektmanagement und die Vermarktung, erfolgt eine Finanzierung über kurzfristige Kredite. Die Zahlungsfähigkeit der PHR war im Geschäftsjahr aufgrund der zur Verfügung gestellten Kredite jederzeit gewährleistet.

Der Gesellschafter Stadt Remscheid hat der PHR bereits in 2006 einen Betrag in Höhe von T€500 für die Kapitalrücklage zur Verfügung gestellt. Der Gesellschafter LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH (LEG S Köln GmbH) hat der PHR weiterhin ein bis zum 31. Dezember 2009 befristetes Gesellschafterdarlehen in Höhe von T€500 zur Verfügung gestellt. Die LEG Landesentwicklungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH (LEG NRW GmbH) hat eine Patronatserklärung gegenüber der Stadtparkasse Remscheid mit einem maximalen Betrag von T€500 bis zum 31. Dezember 2009 abgegeben.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2008 sind nicht eingetreten.

4. Risikobericht

Die PHR ist über die LEG S Köln GmbH in das Risikomanagementsystem der LEG-Unternehmensgruppe integriert. Dadurch werden aktuelle Markt- und Geschäftsentwicklungen zeitnah beobachtet und analysiert. Das bestehende Risikoü-

berwachungs- und Management-System ist an die Unternehmensstrukturen angepasst und ausgebaut.

Die LEG-Unternehmensgruppe hat ein Risikomanagement-System, bestehend aus Controlling, dem internen Kontrollsystem und Frühwarnsystem, aufgebaut. Im Rahmen des Controlling und des Frühwarnsystems werden aktuelle Markt- und Geschäftsentwicklungen beobachtet und analysiert.

In den entsprechenden einheitlichen Richtlinien sind potenzielle Risiko- und Beobachtungsbereiche benannt sowie die Einbindung der Führungskräfte und Mitarbeiter festgelegt. Halbjährlich werden die potenziellen Risiken bewertet und die bestehenden Maßnahmen überprüft.

5. Prognose

Unter Berücksichtigung der Aufgabenteilung zwischen der Stadt Remscheid und der PHR wurden die Kosten und Erlöse des Projektes auch im Berichtsjahr laufend fortgeschrieben. Für die durch die PHR zu verantwortenden Maßnahmen belaufen sich die voraussichtlichen Kosten nach Planungsstand November 2008 einschließlich Finanzierungskosten auf rund Mio. €13,4. Erlöse aus Grundstücksverkäufen sind mit etwa Mio. €4,5 kalkuliert, sonstige Erlöse mit rund Mio. €2,1. Daneben finanziert sich das von der PHR betreute Projekt insbesondere durch Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem StBauF-Programm einschließlich entsprechender Eigenanteile der Stadt Remscheid. Geplant sind entsprechende Einnahmen in Höhe von rund Mio. €6,3. Aus dem StBauF-Programm liegen zwischenzeitlich 11 Bewilligungsbescheide vor.

Erhalten hat die PHR bislang Fördermittel von rund Mio. €5,7. Nach Einschätzung der Geschäftsführung werden in 2009 weitere Fördermittel bewilligt und ausgezahlt werden.

Da die Fördermittel in erheblichem Umfang mit Verpflichtungsermächtigungen versehen sind, ergibt sich gleichwohl – wie bislang auch – Vorfinanzierungsbedarf durch die PHR. Die Fertigstellung des zentralen Investments der HBB, als Voraussetzung zur Beseitigung von baulichen Provisorien auf den zu vermarktenden Grundstücken, wird im April 2009 erfolgen. Die Geschäftsführung erwartet von der Eröffnung positive Auswirkungen für die Vermarktung des Hauptbahnhofareals.

Die durch die PHR zu verantwortende Vermarktung der Grundstücke soll von 2009 bis 2011 erfolgen. Die dafür notwendigen Erschließungsanlagen werden durch die Stadt Remscheid voraussichtlich in 2009 fertig gestellt werden.

Die Stadt Remscheid untersucht derzeit gemeinsam mit der Bergischen Entwicklungsagentur die Möglichkeiten zur Realisierung eines „Innovationsparks Metall“, wobei auch Teile der zu vermarktenden Flächen im Bereich des Hauptbahnhofs (im Eigentum der PHR) einbezogen werden sollen. Mitte 2009 wird voraussichtlich Klarheit über die Realisierungsmöglichkeiten des Projektes bestehen.

Nicht zuletzt bedingt durch den Wechsel des Investors für das zentrale Investment (in den Jahren 2005/2006) sowie die Verschiebung der Eröffnung des zentralen Investments (2009 statt 2008), konnte mit der Vermarktung der noch verfügbaren Grundstücke erst später begonnen werden.

Der ursprüngliche für 2009 vorgesehene Abschluss des Projektes ist jetzt für 2012 vorgesehen und entsprechend in der aktuellen Kalkulation der Kosten und Erlöse berücksichtigt.

Remscheid, 16. Januar 2009
gez. Werner Wirtz
Geschäftsführung

3.5 BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid
gemeinnützige GmbH der
Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid
Otto-Ohl-Weg 10
42489 Wülfrath
Tel. 02191 / 69440 - 0

Gründungsjahr: 2007

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Bergische Diakonie Aprath	12.750,00	51,00
Stadt Remscheid	12.250,00	49,00
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand/Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Einrichtungen und Diensten in Remscheid, die Alten- und Pflegeeinrichtungen und Alten- und Pflegedienste für alle Menschen unabhängig von ihrer religiösen, nationalen und kulturellen Herkunft vorhalten. Die Gesellschaft betreibt diese Einrichtungen in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche. Durch die Beteiligung an der Gesellschaft bekennt sich die Stadt Remscheid zu ihrem öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge in der Altenhilfe.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Durchführung folgender Aufgaben verwirklicht:

Übernahme, Führung und Erweiterung des Betriebes der beiden bisher städtischen Alten- und Pflegeheime in Remscheid-Lennep und Remscheid-Vieringhausen.

Die Gesellschaft wird im Rahmen der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit alle Geschäfte tätigen, die mit dem genannten Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Gerhard Schönberg

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz und Frau Gundula Michel.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008
	€	€
Stammeinlage	25.000,00	0,00
Forderungsverzicht	0,00	45.000,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2007	2008
Mitarbeiter/-innen	VZK	VZK
eigene Beschäftigte	1,8	11,8
beschäftigte Leihmitarbeiter inkl. Beschäftigte der Stadt Remscheid	104,1	94,6

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2007	2008
Pflegeplätze	204,0	204,0
Auslastungsgrad in %	98,1	97,9

Bilanzstruktur

Jahr	2007*		2008	
	T€	%	T€	%
Bilanz-Position				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	0	0,00	62	11,15
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	0	0,00	62	11,15
Vorräte	17	1,54	17	3,06
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	858	77,86	384	69,06
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	225	20,42	91	16,37
Umlaufvermögen	1.100	99,82	492	88,49
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0,18	2	0,36
Aktiva	1.102	100,00	556	100,00
Gezeichnetes Kapital	25	2,27	25	4,50
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00
Gewinn- / Verlustvortrag	0	0,00	-11	-1,98
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-11	-1,00	56	10,07
Eigenkapital	14	1,27	70	12,59
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	15	1,36	65	11,69
Verbindlichkeiten	1.073	97,37	361	64,93
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	60	10,79
Passiva	1.102	100,00	556	100,00

*) Rumpfgeschäftsjahr vom 31.10. - 31.12.2007

Gewinn- und Verlustrechnung

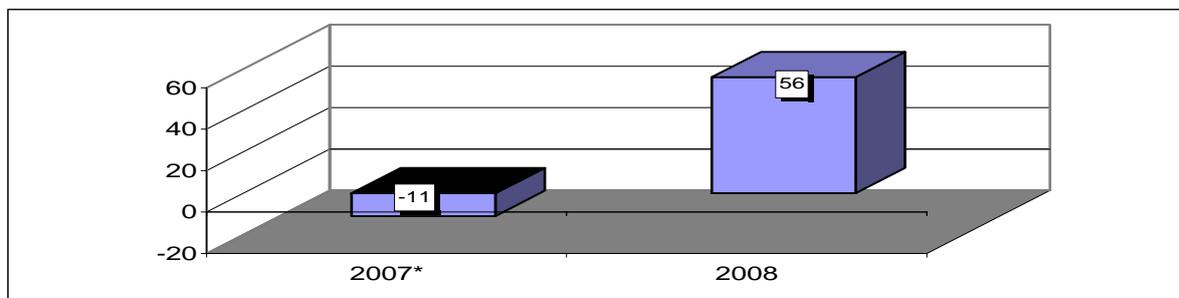
Jahr	2007*	2008
	T€	T€
GuV-Position		
Umsatzerlöse	589	7036
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	6	180
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	0	12
Erträge	595	7228
Materialaufwand	492	5319
Personalaufwand	6	405
Abschreibungen	0	8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	108	1436
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	3
Aufwendungen	606	7171
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-11	57
Sonstige Steuern	0	-1
Jahresüberschuss (+)	0	56
Jahresfehlbetrag (-)	-11	0

*) Rumpfgeschäftsjahr vom 31.10. - 31.12.2007

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2007*	2008
Angabe in	T€	T€
Gewinnabführung	-11	56

*) Rumpfgeschäftsjahr vom 31.10. - 31.12.2007

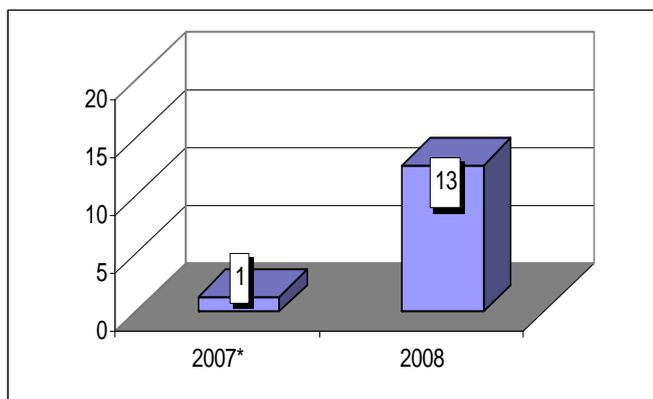


Kennzahlen

Eigenkapitalquote

Jahr	2007*	2008
Angabe in	T€	T€
Eigenkapital	14	70
Bilanzsumme	1.102	556
% EK	1	13

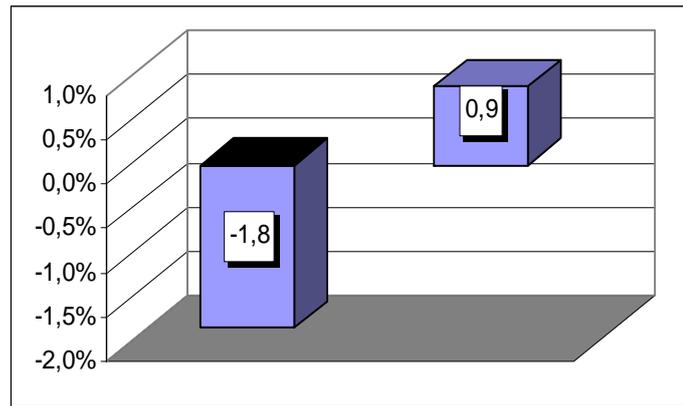
*) Rumpfgeschäftsjahr vom 31.10. - 31.12.2007



Cash-Flow

Jahr	2007*	2008
Angabe in	T€	T€
Jahresüberschuss	-11	56
Abschreibungen	0	8
	-11	64
Gesamterträge	595	7.228
Cash-Flow	-1,8%	0,9%

*) Rumpfgeschäftsjahr vom 31.10. - 31.12.2007



Lagebericht 2008

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Beim Berichtsjahr 2008 handelt es sich um das erste vollständige Geschäftsjahr der Gesellschaft, die ausschließlich im Bereich stationärer Altenpflege als Betreiberin von Einrichtungen tätig ist. In Ausübung ihres Gesellschaftszweckes betreibt sie zwei Einrichtungen in Remscheid: Haus Lennep in Remscheid-Lennep, Hackenberger Str., und Haus StockderStiftung, derzeit ausgelagert in die alten SANA-Klinikgebäude in Remscheid-Vieringhausen.

Beide Einrichtungen waren im Berichtsjahr gut bis sehr gut belegt. Die Akzeptanz und der Ruf der Häuser, insbesondere des Hauses Lennep, sind bemerkenswert. Aber auch die Einrichtung Stockder-Stiftung ist trotz der doch recht weiten Entfernung vom eigentlichen Stadtteilstandort in Vieringhausen gut nachgefragt. Zum Jahresbeginn wurde eine neue Betriebsleitung installiert, mit dem klaren Auftrag die Geschäfte der Gesellschaft in wirtschaftlich ruhige Fahrwasser zu bringen. Dies ist auch anfänglich gelungen. Der abflussbedingte Austausch der durch die Stadt gestellten Mitarbeiterinnen durch eigene, bei der Gesellschaft beschäftigte Arbeitnehmerinnen entwickelte sich in der ersten Jahreshälfte durchaus positiv. Ausscheidende städt. Mitarbeitende mit Arbeitsverträgen im Tarifbereich des TVÖD wurden durch kostengünstigere Mitarbeiter im BAT-KF Bereich ersetzt. Im Rahmen der Neubauplanung für das Haus Stockder-Stiftung hat die Stadt als Vertreterin der unselbständigen Stockder-Stiftung eine europaweite Ausschreibung für den Neubau getätigt. Nach anfänglichen Schwierigkeiten konnte sie erfolgreich abgeschlossen werden, und hier schon soviel vorweg: der Bauantrag wurde im Mai 2009 eingereicht. Bauvorbereitende Maßnahmen wurden ebenfalls gestartet.

II. Analyse des gesamtwirtschaftlichen Umfeld, der Branchen- und Umweltentwicklung

Für das gesamtwirtschaftliche Umfeld und die Branchenentwicklungen bleibt festzuhalten, dass die gesamte Branche im Umfeld unserer Einrichtungen im Berichtsjahr mit der Belegungssituation und der Pflegestufenstruktur zu kämpfen hatte. Das gute Image der Einrichtungen der BPR hat dafür Sorge getragen, dass wir einen Belegungsdurchschnitt von rd. 97,9 % fahren konnten. An dieser guten Belegung hat auch die Eröffnung einer katholischen Pflegeeinrichtung in unmittelbarer Nachbarschaft zum Haus Lennep nichts geändert. Auch die hohe Anzahl von Ehrenamtlern, die aktiv im Hause mitwirken, es handelt sich hier immerhin um fast 100 Personen, unterstreicht die gute Einbindung der Einrichtung in das Umfeld.

Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die Geschäftsleitung hat ein Schlichtungsverfahren gegen die MV der Gesellschaft angestrengt mit dem Ziel, eine eindeutige Klärung der Frage herbeizuführen, wie die von der Stadt Remscheid gestellten Mitarbeitenden mitarbeitervertretungs-rechtlich gestellt sind. Das Schlichtungsverfahren endete mit dem Ergebnis, dass alle von der Stadt gestellten MA, gleich welcher Weltanschauung, aktives und passives Wahlrecht bei den MV Wahlen in der Gesellschaft genießen. Die eventuell aus dieser Entscheidung resultierenden Konsequenzen für ein diakonisches Unternehmen sollen an dieser Stelle nicht weiter erörtert werden.

III. Darstellung der Lage

Die Gesellschaft hat aufgrund eines geringfügigen Verlustes im Rumpfgeschäftsjahr ein, um den Verlust reduziertes Eigenkapital. Über nennenswerte Vermögensgegenstände im Bereich Grund und Boden oder im Finanzanlagebereich verfügt die Gesellschaft nicht. Die Gesellschaft tätigt als Betreibergesellschaft grundsätzlich keine Investitionen, Ausnahmen bilden Investitionen im Inventarbereich. Sämtliche übrigen Investitionsgüter werden von der Bergischen Diakonie Aprath gemietet. Der Anteil des Anlagevermögens, welches gänzlich aus Betriebs- und Geschäftsausstattung besteht, an der Bilanzsumme zum Bilanzstichtag beträgt 11,2%. Der Jahresüberschuss in Höhe von rd. 56 T€ trägt zur Stärkung der Eigenkapitalbasis bei. Die Eigenkapitalquote beträgt somit 12,6%.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist gekennzeichnet durch folgende Liquiditätsgrade:

Liquiditätsgrad I: 21,0; Liquiditätsgrad II: 109,5; Liquiditätsgrad III: 113,4. Die innerjährliche Zahlungsfähigkeit war jederzeit gegeben.

Die Ertragslage ist gekennzeichnet durch einen Jahresüberschuss von T€56, der mit T€67 über dem des Vorjahres liegt. Insbesondere aufgrund der recht guten Ergebnisentwicklung der einzelnen Einrichtungen konnte die Gesellschaft im Berichtsjahr mit einem deutlich positiven Ergebnis aufwarten. Erfreulich ist die Ergebnisverbesserung auch vor dem Hintergrund der Auslagerungssituation von Haus Stockder. Dabei belaufen sich die Erträge auf insgesamt 7,2 Mio. €

Die Personalaufwendungen — als stärkster Aufwandsposten — sind 2008 durch folgende Faktoren geprägt:

- Erhöhung der Zahl der durchschnittlich eigenen Beschäftigten der BPR von 1,8 auf 11,8 Vollzeitkräfte
- Abnahme der Anzahl der beschäftigten Leihmitarbeiter von 104,1 auf 94,6
- Zum Jahresbeginn wurde eine neue Betriebsleitung sowie eine Heimleitung für Haus Lennep eingestellt.
- Die Position der PDL in Haus Lennep musste zu unserem Bedauern mehrfach neu besetzt werden.

Die Personalaufwandquote beträgt 5,6%. Sie ist durch die betragsmäßig hohe Personalgestellung durch die Stadt Remscheid beeinflusst. Die Personalgestellung fließt in die Materialaufwandsquote ein. Die Quote für den Materialaufwand lag in 2008 bei 74,3 und enthält neben der Personalgestellung durch die Stadt RS auch die Aufwendung für Personalgestellung durch dritte und die Aufwendungen für Fremddienstleister.

Wesentliche Kennzahlen entwickelten sich im Geschäftsjahr 2008 wie folgt:

	2008	2007	Veränderung (absolut) zu 2007
Plätze	204	204	0
Auslastung	97,9%	98,1%	-0,2%
Besondere Eckdaten			
Bilanzsumme	556 T€	1.102 T€	-546 T€
Ümsatz	7.036T€	589 T€	6447 T€
Ergebnis	56T€	-11 T€	67T€

IV. Risikobericht: Chancen und Risiken der voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens und der Branche

Zur frühzeitigen Erkennung, zur Bewertung und zum konsequenten Umgang mit Risiken sind wirksame rechnungslegungsbezogene Steuerungs- und Kontrollsysteme eingesetzt. Darüber hinaus sichert ein gut strukturiertes Konferenzwesen einen raschen Informationsfluss, so dass Änderungen in den Geschäftsabläufen oder dem Geschäftsumfeld frühzeitig kommuniziert werden.

Das betriebliche Rechnungswesen wird durch eine Kostenrechnung und eine unabhängige Controllingsoftware unterstützt. Die monatlich gefahrenen Zwischenabschlüsse ergeben ein realistisches Bild der Geschäftsabläufe und ermöglichen einen Budget-Ist-Vergleich. Eine Liquiditätsplanung mit 24-monatigem Vorlauf wird gepflegt.

Die mit uns kooperierenden Banken erhalten regelmäßig Berichte.

Bei der Gesellschaft wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr weder Risiken mit einem wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage noch solche mit einem bestandsgefährdenden Charakter identifiziert.

Folgende Risiken, die jedoch nach derzeitigem Kenntnisstand nicht unter die obigen eingeordnet werden, sind seitens der Gesellschaft identifiziert worden:

- außergewöhnliche Belegungsrisiken, wie aus anderen Bergischen Kommunen berichtet wird
- Personalstruktur: Die überwiegende Anzahl der Mitarbeitenden wird — auch weiterhin - aus überlassenden Kräften der Stadt Remscheid bestehen. Der hier gezahlte Tarif, TVÖD, ist derzeit nicht vollständig über die Entgelte refinanzierbar und stellt somit eine Dauerbelastung für die Ertragslage der Gesellschaft dar. Hinzu kommt der extrem hohe Krankenstand der durch die Stadt gestellten Mitarbeitenden; dieser liegt deutlich über den sonst üblichen Durchschnitten und erreicht in Spitzen durchaus Werte von über 17 %.

Den identifizierten Risiken wird mit geeigneten Instrumenten zeitnah entgegen getreten.

V. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag:

Zu Beginn des Jahres 2009 verschlechterte die zunächst positive Entwicklung der Gesellschaft deutlich. Bedingt durch eine grobe Fehlsteuerung bei der Personalneueinstellung sowie einen hartnäckig verweilenden Noro-Virusbefall in beiden Einrichtungen, der einen

Großteil der Belegschaft betraf, kam es zu einem umfangreichen Einsatz von Fremdfirmenmitarbeitern mit der Folge der Belastung der Ertragslage. Zunächst wurden diese Ereignisse seitens der Geschäftsführung und des Controllings beobachtet. Als das Ergebnis April 09 wider Erwarten ebenfalls negativ ausfiel, sah sich die Geschäftsführung gezwungen die Gesellschafter bei einem bis April aufgelaufenen Verlust von rd. 420 T€ der das Eigenkapital aufgezehrt hatte, zu informieren. Der unmittelbar mit der Information der Gesellschafter aufgestellte Maßnahmenplan und die damit verbundene Fortführungsprognose — Laufzeit bis 31.12.2010 — schließt einen insolvenzauslösenden Tatbestand aus.

Die von der Gesellschaft erstellte Fortführungsprognose inkl. des damit verbundenen Maßnahmenkataloges, wurde plausibilisiert und hat zu dem Ergebnis geführt, dass die eingeleiteten und geplanten Maßnahmen unter den zugrunde gelegten Prämissen zielführend sind und die Gesellschaft bis Ende 2010 wieder auf eine solide Basis stellen.

In Bezug auf die Verbesserung der Eigenkapitalbasis der Gesellschaft, haben die Gesellschafter zugesagt, im September 2009 über die Zuführung zu einer Kapitalrücklage zu beraten und abschließend zu beschließen.

VI. Voraussichtliche Entwicklung und Hinweise auf die künftige Entwicklung (Prognosebericht)

Grundlegende Strukturänderungen der Angebote der Gesellschaft sind zukünftig nicht geplant. Die Angebotsfächerung der Einrichtungen beschränkt sich derzeit auf die Standardangebotspalette von vollstationären Betrieben, d.h. die Dauerunterbringung und Kurzzeitpflege. Durch den Ersatzneubau für die Einrichtung Stockder-Stiftung in Remscheid-Vieringhausen wird das Angebot um eine Tagespflegeeinrichtung ergänzt werden.

Auch in 2009 gehen wir, trotz der oben beschriebenen Faktoren, von einer kontinuierlich hohen, um 98% pendelnden Belegung im Haus Lennep aus. Das in die ehemaligen Räumlichkeiten der Sana-Kliniken in Lennep ausgelagerte Haus Stockder-Stiftung wird in dem Zeitraum bis zur Fertigstellung des Neubaus in RS-Vieringhausen, voraussichtlich im Sommer 2010, hingegen nur schwerlich eine annähernde Vollauslastung erreichen können, da erfahrungsgemäß die Nachbelegung immer schwieriger wird, je näher der Umzugstermin heranrückt. Hier ist über eine entsprechende Personalplanung die Auswirkung auf die Ertragslage der Gesellschaft so gering wie möglich zu halten.

Weiterhin bleibt abzuwarten, ob die Personalkostensteigerungen im BAT-KF Bereich, aber insbesondere im Tarifbereich des TVÖD sich in den Entgelten vollständig auch in den kommenden Jahren umsetzen lassen. Auf einem Nachfragemarkt wie dem der Altenhilfe ist eher davon auszugehen, dass lediglich moderate Steigerungen an die Kunden weiterzugeben sind.

Für 2009 und 2010 wird ausgehend von den obigen Schilderungen mit Ergebnissen von T€ - 263 in 2009 bzw. T€138 in 2010 gerechnet.

Wülfrath, 17.07.2009

Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen
Remscheid gemeinnützige GmbH der
Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid

gez. Gerhard Schönberg
Geschäftsführer

3.6 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung

Allgemeine Unternehmensdaten

Arbeit Remscheid gGmbH
 Freiheitstr. 181 / Am Bruch
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 29912

Gründungsjahr: 1999

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	61.200,00	39,97
Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennep	38.250,00	24,98
Kreishandwerkerschaft Remscheid	19.150,00	12,51
Arbeitgeber-Verband von Remscheid und Umgebung e.V.	19.150,00	12,51
Limes Qualifizierung Gesellschaft für Arbeitnehmer- Weiterbildung mbH	15.350,00	10,03

<u>Gesamt</u>	<u>153.100,00</u>	<u>100,00</u>
---------------	-------------------	---------------

Die Stammeinlagen wurden bisher nur zur Hälfte eingezahlt.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist, von Arbeitslosigkeit betroffene Personen im Stadtgebiet Remscheid zu betreuen, zu beraten, auszubilden, zu qualifizieren und / oder die Wiedereingliederung der benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes, wie z.B. Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Behinderte zu gewährleisten.

Der Geschäftszweck wird insbesondere durch die Durchführung folgender Aufgaben verwirklicht werden:

Planung und Durchführung von personenbezogenen Maßnahmen, z.B. Feststellung der arbeitsmarktlichen Eignung, Arbeitserprobung und Heranführung an marktübliche Erwerbstätigkeit in Kooperation mit der Arbeitsverwaltung.

Initiierung und Planung von Qualifizierungsmaßnahmen in Kooperation mit den Trägern der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Michael Hagemann

Beirat

Werner Fußwinkel	
Burkhard Mast-Weisz	Beigeordneter
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Volker Tillmanns	Sachkundiger Bürger
Ottmar Gebhardt	Ratsmitglied
Lothar Krebs	Bürgermeister
Harald Sellner	Sachkundiger Bürger
Reinhard Berns	
Christian Klauer	
Norbert Schmitz	Ratsmitglied
Therese Jüttner	Ratsmitglied
Jutta Feldbrügge	

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Beigeordneter Burkhard Mast-Weisz.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Gem. § 5 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Erbringung von Nachschüssen beschließen. Der Anteil der Stadt Remscheid an dieser Nachschusspflicht besteht in Höhe von 30.600,00 €

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
Zuschuss Overhead-Kosten	113.900,00	80.000,00	40.000,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2006	2007	2008
Arbeitnehmer/-innen	19	28	37

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

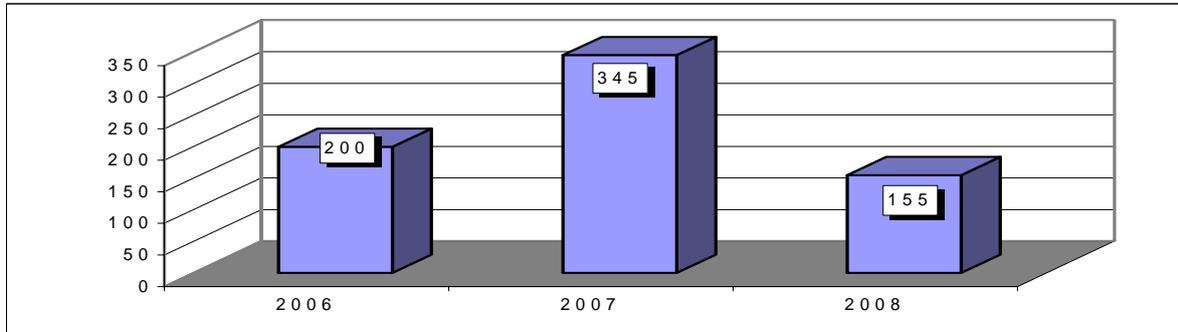
Jahr	2006		2007		2008	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Ausstehende Einlagen	77	11,61	77	7,01	77	22,00
Sachanlagen	144	21,72	207	18,84	246	70,29
Anlagevermögen	144	21,72	207	18,84	246	70,29
Vorräte	0	0,00	2	0,18	2	0,57
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	256	38,61	284	25,84	208	59,43
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	183	27,60	528	48,04	681	194,57
Umlaufvermögen	439	66,21	814	74,07	891	254,57
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0,45	1	0,09	9	2,57
Aktiva	663	100,00	1.099	100,00	1.223	349,43
Gezeichnetes Kapital	153	23,08	153	13,92	153	43,71
Kapitalrücklage / geb. Rücklagen	0	0,00	215	19,56	0	0,00
Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	86	12,97	71	6,46	631	180,29
Jahresüberschuss (+)	200	30,17	345	31,39	155	44,29
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	439	66,21	784	71,34	939	268,29
Sonderposten für Investitionszuschüsse	90	13,57	88	8,01	64	18,29
Rückstellungen	66	9,95	114	10,37	89	25,43
Verbindlichkeiten	68	10,26	113	10,28	131	37,43
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	663	100,00	1.099	100,00	1.223	349,43

Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2006	2007	2008
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse	393	603	750
Sonstige betriebliche Erträge	1.235	1.849	2.204
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	13	16
Erträge	1.629	2.465	2.970
Materialaufwand	45	40	79
Personalaufwand	986	1.591	2.058
Abschreibungen	28	42	58
Sonstige betriebliche Aufwendungen	366	442	615
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	1
Aufwendungen	1.426	2.116	2.811
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	203	349	159
Außerordentliche Erträge	0	0	2
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	-2
Sonstige Steuern	-3	-4	-4
Jahresüberschuss (+)	200	345	155
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

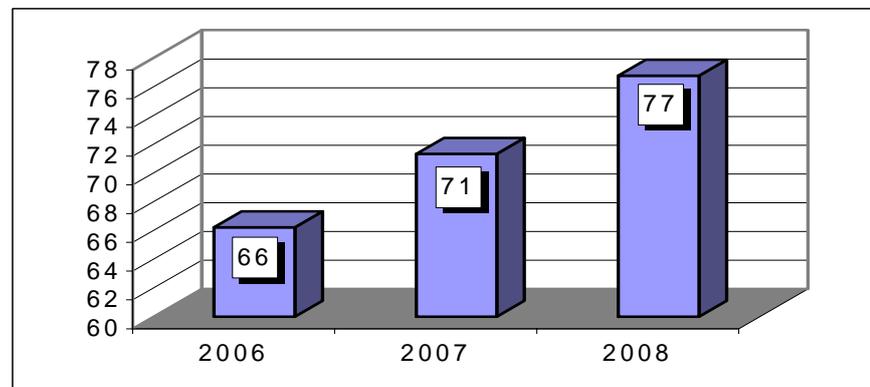
Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	200	345	155



Kennzahlen

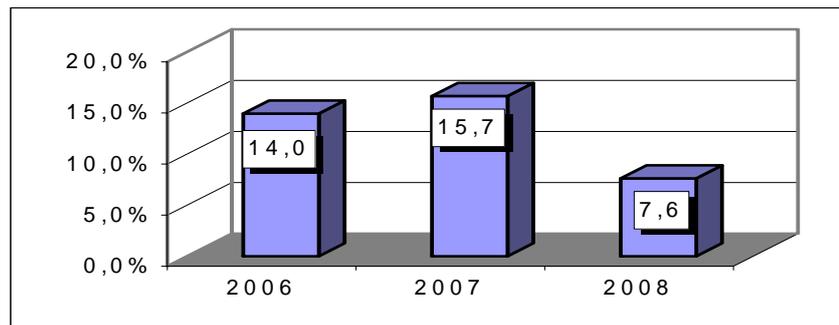
Eigenkapitalquote

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	439	784	939
Bilanzsumme	663	1.099	1.223
% EK	66	71	77



Cash-Flow

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	200	345	155
Abschreibungen	28	42	58
	228	387	213
Gesamterträge	1.629	2.465	2.790
Cash-Flow	14,0%	15,7%	7,6%



Lagebericht 2008

Der vorliegende Bericht stellt die Lage der Gesellschaft hinsichtlich fachlicher, organisatorischer und wirtschaftlicher Entwicklung dar. Der Lagebericht zielt darauf ab, ein realistisches Bild der Entwicklung und Aufstellung der Gesellschaft im Wirtschaftsjahr 2008 zu vermitteln.

1. Geschäftsverlauf der Gesellschaft

1.1 Einleitung

Die Arbeit Remscheid gGmbH, Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung, wurde im Jahr 1999 aus der Remscheider Arbeitslosenhilfe gegründet. Die übergeordnete Zielsetzung ist die soziale und berufliche Integration arbeitsloser Menschen oder solchen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Getragen wird die Arbeit Remscheid gGmbH durch die Gesellschafter Stadt Remscheid, Arbeitgeberverband für Remscheid und Umgebung e.V., Kreishandwerkerschaft, Limes Qualifizierung GmbH und Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennep.

1.2 Organisationsstruktur

In der Organisationsstruktur wird das oberste Organ der Gesellschaft durch die Gesellschafterversammlung gestellt, hierarchisch darunter ist die Geschäftsführung angesiedelt und darunter die Abteilungen Verwaltung, Case-Management und Fachanleitung der Qualifizierungsbetriebe mit jeweiliger Teamleitung. Flankiert wird die Arbeit Remscheid gGmbH von einem Beirat, der die Gesellschaft in allen Belangen beraten und unterstützen soll und von den Stabsstellen „Projektentwicklung“ und „Qualitätsmanagement“. Im Berichtszeitraum wurde die Aufbauorganisation ergänzt durch die Entwicklung und organisatorische Implementierung der „Integrativen Arbeit Remscheid“ als Beschäftigungsprojekt im Rahmen gemeinnütziger Arbeitnehmerüberlassung für besonders benachteiligte Zielgruppen des Arbeitsmarktes. Darüber hinaus wurde die Buchhaltung wieder in die Organisationsstruktur der Arbeit Remscheid gGmbH eingegliedert und der Verwaltung zugeordnet.

Die innere Organisationsstruktur stellt sich in Form einer Matrixorganisation dar, die die Qualifizierungs- und Beschäftigungsbetriebe, Integrationsprojekte und Bildungsmaßnahmen in der Vertikalen aufzeigt und in der die gesellschaftsinternen Dienstleistungen, wie Geschäftsführung, Verwaltung, Case-Management, Vermittlungsmanagement, Projektentwicklung und Qualitätsmanagement, aber auch die ausgelagerten Dienstleistungen, wie Steuerberatung und Lohnbuchhaltung in der horizontalen Organisationslinie zu finden sind. Aus dieser Organisationsstruktur ergeben sich internale Kooperationen in den individuellen Qualifizierungs- und Integrationsprozessen der Teilnehmenden auf den

sogenannten „Organisationsknoten“, beispielsweise Fachanleitung Schreinerei mit Case-Management und Vermittlung. Die Qualifizierungsplätze in den Qualifizierungsbetrieben der Gesellschaft werden durch Teilnehmer unterschiedlicher Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme besetzt.

Die Kommunikationsstruktur wird durch monatliche Dienstbesprechungen und wöchentliche Sitzungen der Fachteams (Verwaltung, Case-Management und Fachanleitung) gestaltet. Darüber hinaus wurde im 14-tägigen Turnus ein Jour Fixe der Teamleiter mit der Geschäftsführung durchgeführt. Bei Supervisionsbedarf einzelner Mitarbeiter oder auch Projektteams wird diese durch externe Anbieter zur Verfügung gestellt. Die Geschäftsführung bedient sich Impulsen externer Organisationsberatung und Managementcoaching. Zur zielorientierten Mitarbeiterführung wird das Führungsinstrument Management by Objectives genutzt, hierbei werden mit jedem Mitarbeiter in Zielvereinbarungsgesprächen Entwicklungsziele und Zeitrahmen zur Zielrealisierung definiert. Hierbei erfolgt auch die jährliche Fortbildungsplanung für jeden Mitarbeiter. Das Führungsinstrument intendiert auf die Entwicklung der Mitarbeiter hinsichtlich Selbstverantwortung, Selbstüberprüfung und Kompetenzentwicklung und bricht gleichzeitig die strategischen Unternehmensziele auf die Funktion der einzelnen Instanz herunter. Abgerundet wird die Kommunikationsstruktur durch eine einmal jährlich stattfindende Zukunftswerkstatt, in der ein Rückblick, eine Standortbestimmung und eine prospektive Ausrichtung erfolgt und die Ergebnisse an den strategisch gesetzten Zielen gemessen werden. Die Zukunftswerkstatt 2008 wurde im November mit dem Ziel der Ausrichtung auf die neuen politischen und strategischen Ziele der Beschäftigungsförderung durchgeführt und Projektvisionen unter diesen Schwerpunkten entwickelt. Die Zukunftswerkstatt wird zudem generell genutzt, um die jüngsten Projekte und neuen Mitarbeiter mit den bereits vorhandenen Strukturen und Mitarbeitern bekannt zu machen und auch hier die fachbereichsübergreifende Kommunikation zu fördern.

1.3 Qualifizierungsprogramme 2008

Werden die Qualifizierungsprogramme der Arbeit Remscheid gGmbH zu Beginn des Jahres 2008 mit denen am Ende des Jahres verglichen, fällt auf, dass sich das Angebotsportfolio deutlich erweitert hat. Hierdurch konnte die Gesellschaft ihr integratives Ziel realisieren, zielgruppenspezifische Qualifizierungs- und Integrationsangebote zu entwickeln und durchzuführen, die auf die persönliche und qualifikatorische Ausgangssituation bestimmter Unterzielgruppen arbeitsloser Menschen passt. Innovativ stellt sich die Durchführung von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung heraus, die aufgrund der Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2000 und Anerkennung nach AZWV gem. § 84 SGB III realisierbar wurden. Dies zum einen als Maßnahmen der Förderung der beruflichen Weiterbildung für arbeitslose Menschen und zum anderen im Rahmen des Sonderprogramms „WeGebAU“ der Bundesagentur für Arbeit zur Weiterbildung geringqualifizierter bzw. älterer Arbeitnehmer in Beschäftigungsverhältnissen. Aber auch die Beschäftigungsförderung ist entsprechend der Strategien der Arbeitsmarktpolitik wieder deutlicher in den Focus gerückt. Hierbei primär die berufliche Integration behinderter Menschen. Eine konkrete Umsetzung erfolgte im Berichtszeitraum mit dem Qualifizierungs- und Integrationsprojekt „Subways – Wege in Arbeit für Substituierte“, der Entwicklung der gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung „Integrative Arbeit Remscheid“ und den Vorarbeiten zur Entwicklung eines Integrationsbetriebes gem. § 132 ff. SGB IX. Darüber hinaus durch die Flankierung des Förderinstrumentes „Jobperspektive“ zur Schaffung von Arbeitsplätzen für arbeitslose Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen.

Für den Berichtszeitraum ergab sich somit ein Maßnahmemix aus Integrationsjobs im Rahmen von Gemeinwohlarbeit, öffentlich ausgeschriebene Maßnahmen nach VOL, Projekte des Europäischen Sozialfonds und Bildungsmaßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung, was insgesamt auch den Kundenkreis erweiterte und somit eine größere

Unabhängigkeit von einzelnen Förderinstrumenten und Auftraggebern generierte. Bei den ausgeschriebenen Maßnahmen nach VOL konnte konstatiert werden, dass diese vermehrt erfolgsorientiert, d.h. primär über Vermittlungspauschalen, finanziert werden mussten. Der Erfolg einer solchen Maßnahme ist jedoch von vielen Faktoren abhängig, so beispielsweise die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes, die sich unter der wirtschaftlichen Rezession evident verschlechtert hat und die tatsächliche Vermittlungsfähigkeit der zugewiesenen Teilnehmer. Beide Faktoren sind im Vorfeld, d.h. zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe, nicht absehbar, womit ein relatives Risiko hinsichtlich der Maßnahmerefinanzierung einhergeht.

1.3.1 Arbeitsgelegenheiten

Teilnehmer finden sowohl in den Qualifizierungsbetrieben der Arbeit Remscheid gGmbH, wie z.B. das Kaufhaus Remscheid, das Möbellager und den Remscheider City Service, als auch bei externen Kooperationspartnern, z. B. Freibad Eschbachtal, Tätigkeitsfelder.

Die Arbeit Remscheid leistet dabei die Qualifizierung, Integrationsbegleitung und das Vermittlungsmanagement.

Auch hier legt die Arbeit Remscheid gGmbH Wert auf Zielgruppenspezifika, z. B. Arbeitsgelegenheiten für Jugendliche mit Arbeitsauflagen von Amtsgericht oder Bewährungshilfe beim Forstamt der Stadt Remscheid. Zwei Ziele sollen inhaltlich mit den Arbeitsgelegenheiten verfolgt werden (vgl. Fachkonzept Gemeinwohlarbeit des DPWV), die Integration als individuelles Ziel und die Leistung von Gemeinwohlarbeit als öffentliches Interesse.

Zielgruppe sind jugendliche und erwachsene ALG II — Empfänger, die keine Aussicht auf eine sofortige Teilnahme am ersten Arbeitsmarkt haben.

Durch die Beschäftigung und Qualifizierung soll die Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmer gefördert und die Chancen auf eine dauerhafte Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt gesteigert werden.

1.3.2 58-plus

Eine Bund-Länder-Initiative zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit älterer Hilfebedürftiger durch die Förderung dreijähriger Zusatzjobs. Das Programm intendiert auf das Angebot einer Beschäftigung, um den Übergang in eine abschlagsfreie Altersrente sinnvoll zu gestalten. Die Teilnehmer erfahren nach eigenen Angaben durch die Maßnahme eine deutliche Verbesserung ihrer Lebensqualität und eine Steigerung ihres Selbstwertgefühls.

1.3.3 Jugend in Arbeit plus

JiA ist ein Landesprogramm, das sich an jugendliche Arbeitslose richtet und das Ziel der beruflichen Integration durch einen individuellen Einzelhilfe-Coachingprozess realisieren will.

Im Berichtszeitraum nahmen 7 Teilnehmer bei der Arbeit Remscheid gGmbH das Angebot dieses Coaching-Prozesses an.

1.3.4 Allrounder / Aktivierungshilfen

Allrounder ist ein Projekt für arbeitslose Jugendliche, die Arbeitslosengeld II beziehen. In einer 12monatigen Qualifizierung mit dem Schwerpunkt handwerkliche und gewerbliche Berufsbilder wird ein breites Spektrum fachpraktischer Kompetenzen vermittelt, um ALLROUNDER für die berufliche Integration in handwerkliche / gewerbliche oder Dienstleistungsbereiche zu qualifizieren.

Die Orientierung erfolgt dabei an den Berufswünschen der Jugendlichen, die Ausgangspunkt für die individuelle Integrationsplanung sind. Die Kombination „verwandter“ Berufsbilder in der Qualifizierung soll auf die erforderliche Flexibilität in der heutigen Berufswelt vorbereiten.

Unterstützt werden die Jugendlichen durch intensive sozialpädagogische Begleitung und durch Stützunterricht, der sich an den individuellen Lernbedürfnissen orientiert und praxisbezogen umgesetzt wird.

Allrounder wurde bis zum 31.08.2008 finanziert durch die ARGE Remscheid und aus Mitteln des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds.

Als Folgeprojekt konnten die sogenannten „Aktivierungshilfen“ gem. § 16 I SGB II i.V.m. § 241 IIIa SGB III für 24 Jugendliche und junge Erwachsene zur Qualifizierung in den Berufsfeldern Bau und Farbe / Raumgestaltung ab dem 29.09.2008 angeschlossen werden.

1.3.5 Modulare Qualifizierung zum EU-Kraftfahrer

Die Qualifizierung wurde als Maßnahme zur Förderung der beruflichen Weiterbildung und zur Weiterbildung von gering qualifizierten bzw. älteren Mitarbeitern im Rahmen des Sonderprogramms WeGebAU durchgeführt. Die Teilnehmenden konnten innerhalb von sechs Monaten den LKW-Führerschein und die erforderlichen weiteren Zertifikate erlangen und sich im Anschluss vier Wochen in einer betrieblichen Phase erproben. Die Bildungsmaßnahme wird seit 2007 fortlaufend angeboten und auch in 2009 fortgeführt werden.

1.3.6 Kombilohn NRW / Jobperspektive

Kombilohn NRW ist ein Programm zur Beschäftigungsförderung arbeitsloser Menschen, in dem durch die sogenannten „Projektflankierer“ zusätzliche Arbeitsplätze in sozialen und privaten Unternehmen geschaffen und durch die ARGE gefördert wurden. Innerhalb der Projektlaufzeit, 01.01.2007 bis 31.01.2008, konnte das Ziel, 75 zusätzliche Arbeitsplätze zu akquirieren und zu besetzen erreicht werden.

Als Folgeprojekt, ebenfalls finanziert über den Europäischen Sozialfond und das Land NRW, und realisiert als Kooperationsprojekt der drei bergischen ARGEn, konnte ab dem 01.02.2008 das Projekt „Flankierung der Jobperspektive“ angeschlossen werden, dass sich an den Personenkreis der arbeitslosen Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen richtet. Bei dem Förderinstrument „Jobperspektive“ ist, im Vergleich zum Förderinstrument „Kombilohn NRW“, die Prämisse der Zusätzlichkeit der Beschäftigungsverhältnisse entfallen.

Das Projekt ist erneut ein gutes Beispiel für die bergische Kooperation, da hier die drei bergischen ARGEn und drei bergische Träger in der Programmumsetzung zusammen arbeiten. Aufgrund der guten Ergebnisse konnte die weitere Förderung auch für 2009 durchgesetzt werden.

1.3.7 Individuelle Berufsförderung

Die „individuelle Berufsförderung“ ist eine Qualifizierungsmaßnahme, die gemeinsam durch die Arbeit Remscheid, die Gabe und den Limes umgesetzt wird und 21 Teilnehmer auf eine Laufzeit von 12 Monaten in den Berufsfeldern Gartenlandschaftsbau, Farbe/Raumgestaltung, Lager / Handel und Installationstechnik qualifiziert und beruflich integriert.

1.3.8 Subways – Wege in Arbeit für Substituierte

Unter dem Fördertitel „Berufliche Integration arbeitsloser Menschen mit Behinderung“ des Landes NRW konnte in 2008, mit einer Laufzeit von 12 Monaten, das Zielgruppenprojekt „Subways – Wege in Arbeit für Substituierte“ realisiert werden. Der Personenkreis besteht ausschließlich aus arbeitslosen Menschen, die aufgrund ihrer Opiatabhängigkeit mit einem Opiatsubstitut ärztlich versorgt werden. Es ist diesen Menschen inhärent, dass diese aufgrund ihrer Abhängigkeitserkrankungen eklatante gesundheitliche und psychosoziale Problemlagen und eine erhebliche Distanz zu den Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes aufweisen. Umso wichtiger ist der zielgruppenspezifische Ansatz, der Lösungen für diese Besonderheiten

anbietet. Aufgrund der hohen Resonanz aus der Zielgruppe wurde die Platzzahl in Abstimmung mit der G.I.B. und dem MAGS NRW von 12 auf 15 Teilnehmende angehoben. Das Projekt wird in Kooperation mit der Suchtberatungsstelle des Diakonischen Werkes im KK Lennep durchgeführt und aus Mitteln des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds finanziert. Für 2009 konnte eine Anschlussfinanzierung durchgesetzt werden.

1.3.9 JobCoach / Beauftragung Dritter mit der Vermittlung

Eine Vermittlungsmaßnahme gem. § 37 SGB III, die dem Entwicklungsprozess der klassischen Sozialen Einzelhilfe folgt. In drei Entwicklungsinterventionen innerhalb von vier Wochen werden individuelle Vermittlungshemmnisse eliminiert, das Jobcoaching durchgeführt und die Vorstellung bei Arbeitgebern begleitet. Die ausgeschriebene Maßnahme mit einer Laufzeit von 13 Monaten für 100 Teilnehmende wurde durch die ARGE Remscheid bis zum 02.10.2008 finanziert. Als Anschlussmaßnahme konnte ab dem 01.09.2008 die Maßnahme zur Beauftragung Dritter mit der Vermittlung gem. § 16 I SGB II i.V.m. § 37 SGB III für 30 Teilnehmende gewonnen werden.

1.3.10 Ganzil – Ganzheitliche Integrationsmaßnahme

Es handelt sich hierbei um eine Qualifizierungs- und Integrationsmaßnahme mit ganzheitlichem Ansatz gem. § 16 I i.V.m. § 37 und § 48 SGB III. Gefördert werden 15 arbeitslose Frauen mit den Instrumenten sozialpädagogische Betreuung, Qualifizierung und Vermittlungsmanagement. Ziel ist die berufliche Integration.

Die Maßnahme startete im September 2008, hat eine Laufzeit bis Dezember 2009 und wird finanziert durch die ARGE Remscheid.

Eine weitere ganzheitliche Integrationsmaßnahme für Mitglieder großer Bedarfsgemeinschaften für insgesamt 60 Teilnehmende wird im März 2009 starten.

1.3.11 3. Weg in die Berufsausbildung

Im Rahmen eines neuen Pilotprojektes der Landesregierung erhielten im Herbst 2006 ca. 800 Jugendliche in NRW eine zusätzliche Chance auf einen Ausbildungsplatz. Das Programm „3. Weg in die Berufsausbildung“ richtet sich an Jugendliche, denen es aufgrund einer Lernschwäche, einem problematischen sozialen Umfeld oder individuellen migrationsbedingten Vermittlungshemmnissen bislang nicht gelungen ist, eine Berufsausbildung anzutreten und erfolgreich abzuschließen.

Bei Schwierigkeiten besteht die Möglichkeit, die Ausbildungszeit von 3 auf 5 Jahre zu verlängern. Bei persönlichen Konflikten oder Problemen in der Berufsschule steht dem Auszubildenden zudem ein sogenannter Bildungscoach zur Verfügung, der schulische Schwächen ausgleicht und bei Bedarf spezielle Fach- und Beratungsdienste einschaltet.

Die Arbeit Remscheid gGmbH beteiligt sich an dem Programm „3. Weg“ und bietet Jugendlichen aus Solingen und Remscheid die Chance, den neuen Ausbildungsberuf der Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice zu erlernen.

Zum Ausbildungsbeginn 2008 wurde die 2. Kohorte des Pilotprojektes in NRW gestartet, an der sich die Arbeit Remscheid ebenfalls mit 12 Ausbildungsplätzen beteiligte, so dass nunmehr insgesamt 24 Ausbildungsplätze in diesem Berufsbild angeboten werden.

Die Ausbildung zur Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice im Rahmen des „3. Weg in die Berufsausbildung“ wird aus den Mitteln des Landes NRW und des Europäischen Sozialfonds finanziert.

1.3.12 Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen

Seit dem 18.08.2008 werden sechs Auszubildende zum Verkäufer / zur Verkäuferin im Einzelhandel im Kaufhaus Remscheid ausgebildet. Die Beschulung findet im Berufskolleg für

Wirtschaft und Verwaltung statt. Die Auszubildenden erhalten neben dem sozialpädagogische Betreuung und Stützunterricht.

Die Ausbildungsmaßnahme, die finanziert wird durch die ARGE Remscheid, sieht einen Optionszeitraum vor, was bedeutet, dass zum Ausbildungsjahr 2009 weitere sechs Auszubildende ihre Ausbildung im Kaufhaus Remscheid aufnehmen werden.

1.3.13 Qualifizierung zur Betreuungskraft in Pflegeheimen

Aus der Initiative des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wurde in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und den Pflegekassen das Sonderprogramm zur verbesserten Betreuung von demenzerkrankten Menschen entwickelt. Eine erste Kursdurchführung für 16 Teilnehmer hat die Arbeit Remscheid im Rahmen einer Trainingsmaßnahme gem. § 16 I SGB II i.V.m. § 48 SGB III im Dezember 2008 begonnen. Aufgrund der hohen Resonanz hat die Arbeit Remscheid die Maßnahme gem. § 85 SGB III zertifizieren lassen und wird in 2009 mehrere Kursdurchgänge als Maßnahme zur Förderung der beruflichen Weiterbildung und zur Weiterbildung gering qualifizierter bzw. älterer Arbeitnehmer im Rahmen des Sonderprogramms WeGebAU realisieren.

1.3.14 Integrationsbegleitung und Vermittlungsmanagement

Allen Maßnahmeteilnehmern, unabhängig vom jeweiligen Qualifizierungsprogramm, bietet die Arbeit Remscheid gGmbH, je nach Bedarf, flankierende Maßnahmen der Integrationsbegleitung an. Hierzu zählen u. a. die psychosoziale Beratung, sozialpädagogische Betreuung, Case-Management, Bewerbungstraining, Stütz- und Deutschunterricht, Stellenakquise, berufliche Integration und Nachbetreuung. Das BewerberCenter der Arbeit Remscheid gGmbH unterstützt die Maßnahmeteilnehmer bei der Stellensuche und Erstellung der Bewerbungsunterlagen.

1.4 Geschäftsführung, Personal- und Organisationsentwicklung

Die oben aufgezeigte Angebotsdifferenzierung, gepaart mit einer progressiven Produktivität war nur auf der Basis einer gesteuerten Personal- und Organisationsentwicklung möglich. Durch Maßnahmen der Reorganisation und Methoden des Qualitätsmanagements wurden Aufgaben, Zuständigkeiten und Entwicklungsziele definiert und komplexe Prozesse transparent gemacht. Im Rahmen der individuellen Zielvereinbarungen wurden die Entwicklungsziele für jeden Mitarbeiter fortgeschrieben und die Fortbildungsplanung vorgenommen, um die Mitarbeiterpotentiale zu fördern. Innerhalb des Berichtszeitraumes wurden 13.302,62 € für Fortbildung der Mitarbeiter eingesetzt. Durch die intensive Nutzung des Förderinstrumentes „Bildungsscheck NRW“, das bei Relevanz 50 % der Fortbildungskosten subventioniert, stellt dieser Betrag bereits eine bereinigte Darstellung des Entwicklungsaufwandes dar.

Die Angebotsausweitung schlug sich auch im Personalbedarf nieder: Waren Anfang 2008 insgesamt 30 Mitarbeiter beschäftigt, konnte diese Zahl auf 43 zum Jahresende erhöht werden. Als Gesellschaft für Beschäftigungsförderung versteht sich die Arbeit Remscheid gGmbH auch als Arbeitgeber und hat die Vakanzen ausschließlich mit arbeitslosen Menschen besetzt. Unabhängig von Ausbildungsmaßnahmen war die Schaffung eines Ausbildungsplatzes zur Bürokauffrau in der Verwaltung der Arbeit Remscheid ein Novum, mit entsprechender Anerkennung als Ausbildungsbetrieb durch die IHK. Das Strukturpersonal wurde ergänzt, durch bis zu 39 geförderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, bezogen auf den gesamten Berichtszeitraum. Der Raumbedarf generierte sich aus dem Personalbedarf, um eben diesen zu decken, konnten am Hauptstandort weitere 234 m² Bürofläche für den Arbeitsschwerpunkt Vermittlungsmanagement und gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung angemietet werden.

Ausgebaut und entsprechend eingerichtet wurde zudem ein 60 m²-großer EDV Raum mit 16 Schüler-PC-Plätzen und einem Lehrer-PC-Platz.

Durch erfolgreiches Fundraising konnten Mittel zur Erneuerung des Fuhrparks und Aktualisierung der betrieblichen Ausstattung beschafft werden. Im Berichtszeitraum lag hierbei der Schwerpunkt auf einer Modernisierung der Maschinen und des Lackierendes der Schreinerei. Die Organisationsentwicklung wurde durch die Weiterentwicklung des Qualitätsmanagementsystems nach DIN EN ISO 9001:2000 maßgeblich gestaltet. Das erste Überwachungsaudit wurde ohne Normabweichungen im Mai 2008 erfolgreich durchgeführt. Neu ist die Aufnahme in den Qualitätsverbund Gemeinwohlarbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der Qualitätsstandards definiert und deren Umsetzung bei den Mitgliedern überprüft, was die Arbeit Remscheid gGmbH nun legitimiert, das Gütesiegel der Gemeinwohlarbeit öffentlich zu verwenden.

Alle qualitätsrelevanten Prozesse sind im Qualitätshandbuch erfasst und vereinheitlicht, um die Struktur- und Prozessqualität nachzuweisen. Auch der betriebliche Arbeitsschutz ist in das Qualitätsmanagementsystem integriert und wird mit Hilfe eines externen Sicherheitsingenieurs und dem Betriebsarztzentrum Remscheid sichergestellt.

Insgesamt kann für den Berichtszeitraum ein inhaltlich-fachlicher Entwicklungs- und Modernisierungsprozess konstatiert werden, der eine Produktdiversifikation, eine gesteigerte Produktivität und eine stabile wirtschaftliche Situation zur Folge hat.

1.5 Kooperation mit Gesellschaftern und Beirat

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt sechs Gesellschafterversammlungen durchgeführt, hiervon eine unter Ausschluss der Geschäftsführung. Die Informierung der Gesellschafter wurde durch monatliche Gesellschafterpost zur wirtschaftlichen und durch e-mail-newsletter zur organisatorischen Entwicklung ergänzt.

In 2008 wurden zwei Beiratssitzungen durchgeführt. Der Beirat wurde zusätzlich über die organisatorische Entwicklung durch einen newsletter im Vorfeld zu den Beiratssitzungen informiert.

2. Lage der Gesellschaft

2.1 Umsatzentwicklung im Vorjahresvergleich

Bei einem Gesamtumsatz in Höhe von 749.993,19 € und einem Wareneinkauf von 78.984,08 € kann ein Rohertrag in Höhe von 671.009,11 € dokumentiert werden.

Im Vorjahresvergleich stellt sich dieses Ergebnis wie folgt dar:

Bezeichnung	2008 €	2007 €	Veränderung absolut in €	Veränderung %
Umsatzerlöse	749.993,19	602.725,56	147.267,63	24,43 %
Wareneinkauf	78.984,08	39.810,98	39.173,10	98,40 %
Rohertrag in	671.009,11	562.914,58	108.094,53	19,20 %

2.2 Ertragsentwicklung der Qualifizierungsprogramme / integrativen Dienstleistungen im Vorjahresvergleich

Das Ergebnis weist sonstige betriebliche Erträge (ohne Spenden und Versicherungsentschädigung) in Höhe von 2.129 T€ auf. Bei einer retrospektiven Betrachtung kann eine signifikante Entwicklung konstatiert werden.

Bezeichnung	2008 €	2007 €	Veränderung absolut in €	Veränderung %
Sonstige betriebl. Erträge	2.128.700,55	1.815.084,61	313.615,94	17,28 %

2.3 Kostenentwicklung der Gesellschaft im Vorjahresvergleich

Das Wachstum der Gesellschaft hat zu einem evidenten Anstieg der Personal- und Sachkosten geführt, das im Vergleich zum Vorjahr mit einer Steigerung in Höhe von 32,94 % festgestellt werden kann. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass sich in den Personalkosten auch die Auszubildendenvergütung inkl. Sozialversicherung und in den Sachkosten Mittelweiterleitungen bei Kooperationsprojekten wiederfinden.

Bezeichnung	2008 €	2007 €	Veränderung absolut in €	Veränderung %
Personalkosten	2.058.253,09	1.591.283,68	466.969,41	29,35 %
Sachkosten	675.491,03	465.026,56	210.464,47	45,26 %
Gesamtkosten	2.733.744,12	2.056.310,24	677.433,88	32,94 %

2.4 Betriebswirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft im Vorjahresvergleich

Die betriebswirtschaftliche Entwicklung zeigt das Verhältnis des Ertrags- zum Kostenwachstum und die Einflüsse von neutralem Aufwand und Ertrag. Das Ergebnis weist eine Modifikation zum Vorjahr um -55,05 % aus.

Bezeichnung	2008 €	2007 €	Veränderung absolut in €	Veränderung %
Betriebl. Rohertrag	2.799.709,66	2.377.999,19	421.710,47	17,73 %
Gesamtkosten	2.733.744,12	2.056.310,24	677.433,88	32,94 %
Betriebsergebnis	65.965,54	321.688,95	-255.723,41	-79,49 %
Neutraler Aufwand inkl. Zinsaufwand	3.134,54	1.836,17	1.298,37	70,71 %
Neutraler Ertrag inkl. Zinsertrag	93.438,42	24.761,07	68.677,35	277,36 %
Steuern	1.378,00	0,00	1.378,00	
Ergebnis	154.891,42	344.613,85	-189.722,43	-55,05 %

2.5 Anlagevermögen und Bilanzsumme

Das Anlagevermögen stieg im Berichtszeitraum von 207 T€ auf 246 T€ dies insbesondere durch die Ersatz- und Neubeschaffung von Nutzfahrzeugen und Maschinen und Bestückung der neuen Standorte mit Geschäfts- und Büroausstattung.

Die Bilanzsumme erhöhte sich von 1.099 T€ in 2007 auf 1.223 T€ zum Ende 2008.

2.6 Fazit

Die im Lagebericht des Geschäftsjahres 2007 definierten strategischen Ziele konnten realisiert werden. Hierbei hat sich die Maßnahmeausrichtung der Arbeit Remscheid gGmbH an den veränderten Bedingungen und Mechanismen des Arbeitsmarktes assimiliert, der aufgrund der wirtschaftlichen Negativentwicklung im vierten Quartal 2008 starken Schwankungen unterworfen war. Der vorbenannte Maßnahmemix war im Berichtszeitraum signifikant für die erfolgreiche Beteiligung der Arbeit Remscheid gGmbH am Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Bildungsmarkt. Insbesondere der Ausbau von Ausbildungsprojekten für benachteiligte Jugendliche und zielgruppenspezifischen Integrations- und Beschäftigungsprojekten für benachteiligte und behinderte Menschen am Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Indikator für die Beteiligung der Arbeit Remscheid gGmbH an der strategischen Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik. Eine progressive wirtschaftliche Entwicklung und stabile Liquidität runden die Organisationsentwicklungsergebnisse ab.

Insgesamt lässt sich, gemessen am Grad der Zielrealisation, ein erfolgreiches Geschäftsjahr hinsichtlich betriebswirtschaftlicher und organisatorischer Entwicklung konstatieren.

3. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Für 2009 geht es generell darum, die strategischen Gesellschaftsziele der sozialen und beruflichen Integration arbeitsloser Menschen weiterhin zu verfolgen und hierzu den Entwicklungsprozess der Gesellschaft, u. a. durch die erneute Re-Zertifizierung, fortzuführen. Die Angebotsdifferenzierung soll weiterhin ausgebaut werden, um zum einen personenkreisbezogene integrative Lösungen für spezifische Zielgruppen des Arbeitsmarktes anzubieten und zum anderen auf die veränderte Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes zu reagieren, d.h. auch erneut einen Schwerpunkt auf die Entwicklung von Projekten der Beschäftigungsförderung zu legen.

Der Rat der Stadt Remscheid hat in seiner Sitzung vom 01.03.2007 erhebliche Kürzungen in der globalen Förderung der Arbeit Remscheid gGmbH beschlossen. Für 2008 wurde die städtische Förderung auf 40.000,00 € reduziert und ab 2009 wird diese gänzlich eingestellt. Ob sich das Förderdefizit kompensieren lässt und welchen Einfluss dieses auf den arbeits- und sozialpolitischen Auftrag der Gesellschaft haben wird, lässt sich derzeit nicht prognostizieren.

Remscheid, den 30.03.2009

Arbeit Remscheid gGmbH
gez. Michael Hagemann
- Geschäftsführer -

3.7 Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.

Allgemeine Unternehmensdaten

Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.
 Kölner Str. 8
 42651 Solingen
 Tel. 0212/88160660

Gründungsjahr: 2000

Die Gesellschafterversammlung hat am 14.06.2007 -nach Erreichen des Gesellschaftszwecks- die Auflösung der Gesellschaft zum 01.10.2007 beschlossen.

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	9.000,00	33,33
Stadt Solingen	9.000,00	33,33
Stadt Wuppertal	9.000,00	33,33
<u>Gesamt</u>	<u>27.000,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Projektentwicklung, Koordination und Umsetzung von Vorhaben im Rahmen der REGIONALE 2006 und die zusammenfassende, projekt- und stadtübergreifende Kommunikation der REGIONALE 2006.

Aufgaben der Gesellschaft sind insbesondere

- Projektentwicklung und Projektmanagementberatung in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Projektträgern
- Übernahme der Auftragsprojekträgerschaft für Projekte ohne lokale Bindung sowie für stadtübergreifende oder grenzüberschreitende Projekte
- Qualitätsmanagement und Projektqualifizierung im Sinne der Anliegen der REGIONALE 2006
- Akquirierung von Mitteln, insbesondere auch Mobilisierung privaten Kapitals und bürgerschaftlichen Engagements
- Marketing und projektübergreifende Kommunikation zur REGIONALE 2006

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung/Liquidator:

Henry Beierlorzer

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
Zuschuss	66.456,94	36.519,39	0,00

Anzahl der Beschäftigten (bis zum Liquidationszeitpunkt)

Beschäftigte	2005	2006	2007
	10	10	6
Sowie in allen Jahren mehrere Aushilfskräfte			

Wirtschaftliche Unternehmensdaten (bis zum Liquidationszeitpunkt)**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2005		2006		2007	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Sachanlagen	19	3,76	23	2,85	13	3,70
Anlagevermögen	19	3,76	23	2,85	13	3,70
Vorräte	9	1,78	0	0,00	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	187	37,03	75	9,31	59	16,81
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	284	56,24	708	87,84	279	79,49
Umlaufvermögen	480	95,05	783	97,15	338	96,30
Rechnungsabrechnungsposten	6	1,19	0	0,00	0	0,00
Aktiva	505	100,00	806	100,00	351	100,00
Gezeichnetes Kapital	27	5,35	27	3,35	27	7,69
Verlustvortrag / Gewinnvortrag	1	0,20	1	0,12	2	0,57
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	1	0,12	1	0,28
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	28	5,54	29	3,60	30	8,55
Sonderposten für Investitionszuschüsse	19	3,76	23	2,85	13	3,70
Rückstellungen	20	3,96	32	3,97	13	3,70
Verbindlichkeiten	438	86,73	722	89,58	295	84,05
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	505	100,00	806	100,00	351	100,00

Abschluss 2007 per 30.09.2007

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

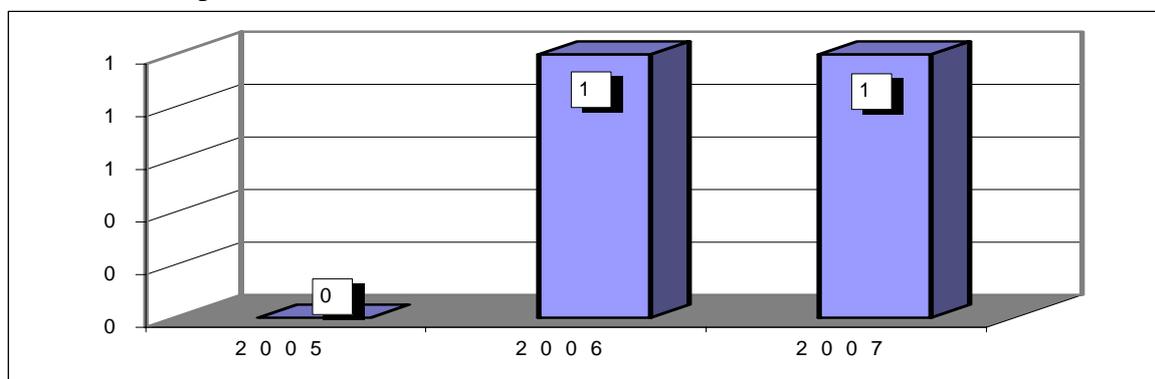
Jahr	2005	2006	2007
GuV-Position	T€	T€	T€
Sonstige betriebliche Erträge	1.068	4.041	812
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	7	5
Erträge	1.071	4.048	817
Personalaufwand	546	654	240
Abschreibungen	13	22	10
Sonstige betriebliche Aufwendungen	512	3.371	566
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	1.071	4.047	816
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	1	1
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	1	1
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Abschluss 2007 per 30.09.2007

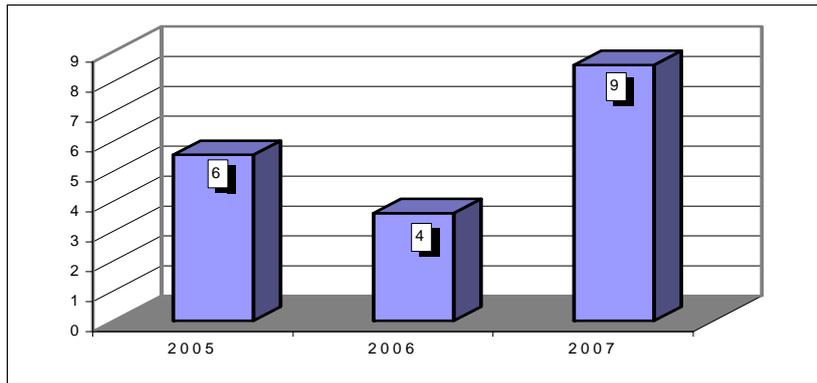
Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2005	2006	2007
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	1	1

Abschluss 2007 per 30.09.2007

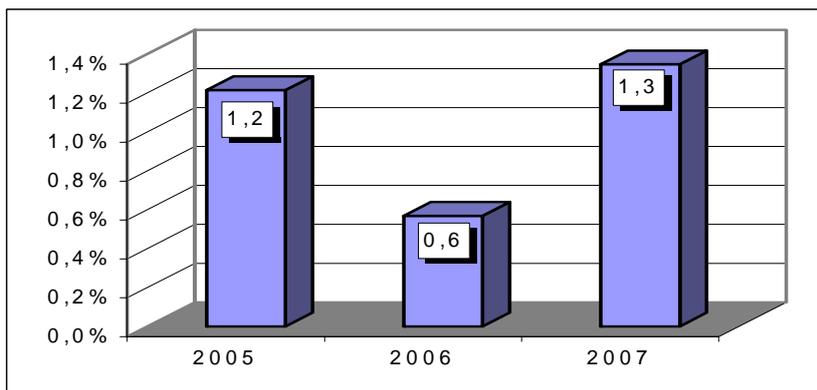
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

Jahr	2005	2006	2007
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	28	29	30
Bilanzsumme	505	806	351
% EK	6	4	9



Cash-Flow

Jahr	2005	2006	2007
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	0	1	1
Abschreibungen	13	22	10
	13	23	11
Gesamterträge	1.071	4.048	817
Cash-Flow	1,2%	0,6%	1,3%



3.8 Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH
 Dabringhauser Straße 29A
 42929 Wermelskirchen
 Tel. 02196/81924

Gründungsjahr: 1966/2005

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Evangelischer Kirchenkreis Leverkusen	12.800,00	25,6
Evangelischer Kirchenkreis Lennep	12.800,00	25,6
Walter-Frey-Stiftung	12.200,00	24,4
Stadt Remscheid	12.200,00	24,4
<u>Gesamt</u>	<u>50.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Kinder- und Jugendhilfe in der bergischen Region. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Hilfe zur Erziehung in unterschiedlichen Formen (ambulant, teilstationär und stationär) verwirklicht. Die Gesellschaft kann im Rahmen der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit alle Geschäfte tätigen, die mit dem vorgenannten Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Einrichtung wird in praktischer Ausübung christlicher Nächstenlieben im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche betrieben. Die Gesellschaft ist Mitglied des als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege anerkannten Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland und damit zudem dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland angeschlossen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Günter Hermann Jäckle

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz und Herr Betriebswirt VWA Norbert Brosowski.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2006	2007	2008
Mitarbeiter/-innen	88	78	84

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2006	2007	2008
Platzzahl (im Jahresdurchschnitt)			
Intensivangebot	16	16	24
Regelangebot	75	75	75
Verselbständigungsangebot	9	9	9
Erziehungsstelle	2	5	8
Platzzahl gesamt	102	105	116
Ausnutzungsgrad in % (im Jahresdurchschnitt)			
Regel- / Intensivangebot	89,7	95,1	95,7
Verselbständigungsangebot	62	62,5	100
Erziehungsstelle	100	100	84,6

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

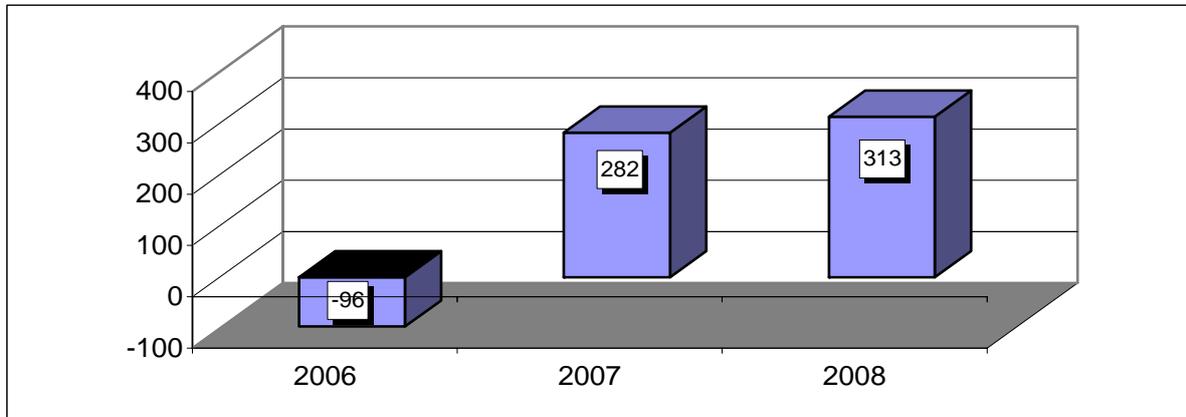
Jahr Bilanz-Position	2006		2007		2008	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	16	0,67	10	0,36	9	0,27
Sachanlagen	1.219	51,11	1.183	42,14	1.242	37,94
Finanzanlagen	101	4,23	92	3,28	81	2,47
Anlagevermögen	1.336	56,02	1.285	45,78	1.332	40,68
Vorräte	3	0,13	3	0,11	7	0,21
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	510	21,38	698	24,87	648	19,79
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	534	22,39	685	24,40	1.166	35,61
Umlaufvermögen	1.048	43,94	1.386	49,38	1.821	55,62
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,04	136	4,85	121	3,70
Aktiva	2.385	100,00	2.807	100,00	3.274	100,00
Gezeichnetes Kapital	50	2,10	50	1,78	50	1,53
Kapitalrücklage	1.050	44,03	1.050	37,41	1.050	32,07
Gewinnrücklagen	804	33,71	804	28,64	978	29,87
(+) Gewinn-/ (-) Verlustvortrag	-12	-0,50	-108	-3,85	0	0,00
Jahresüberschuss	0	0,00	282	10,05	313	9,56
Jahresfehlbetrag (-)	-96	-4,03	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	1.796	75,30	2.078	74,03	2.391	73,03
Sonderposten aus Investitionszuschüssen	70	2,94	65	2,32	59	1,80
Rückstellungen	27	1,13	55	1,96	190	5,80
Verbindlichkeiten	492	20,63	609	21,70	634	19,36
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	2.385	100,00	2.807	100,00	3.274	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr GuV-Position	2006	2007	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.437	4.952	5.648
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	79	273	334
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	11	16	32
Erträge	4.527	5.241	6.014
Materialaufwand	347	295	361
Personalaufwand	3.550	3.820	4.202
Abschreibungen	79	87	103
Sonstige betriebliche Aufwendungen	614	726	1.006
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20	26	25
Aufwendungen	4.610	4.954	5.697
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-83	287	317
Sonstige Steuern	-13	-5	-4
Jahresüberschuss (+)	0	282	313
Jahresfehlbetrag (-)	-96	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

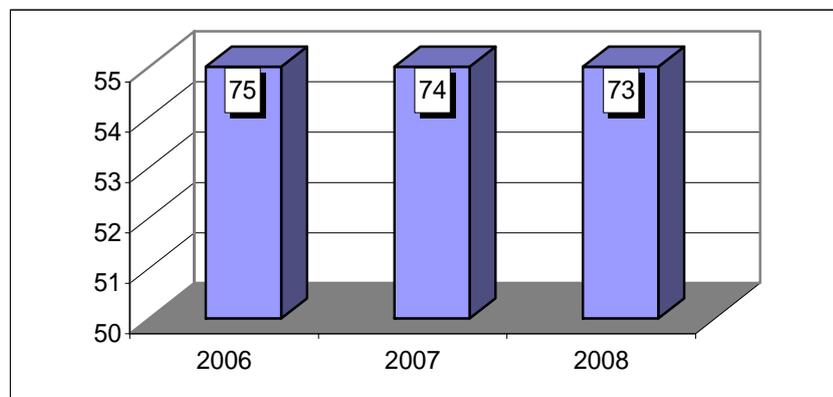
Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresergebnis	-96	282	313



Kennzahlen

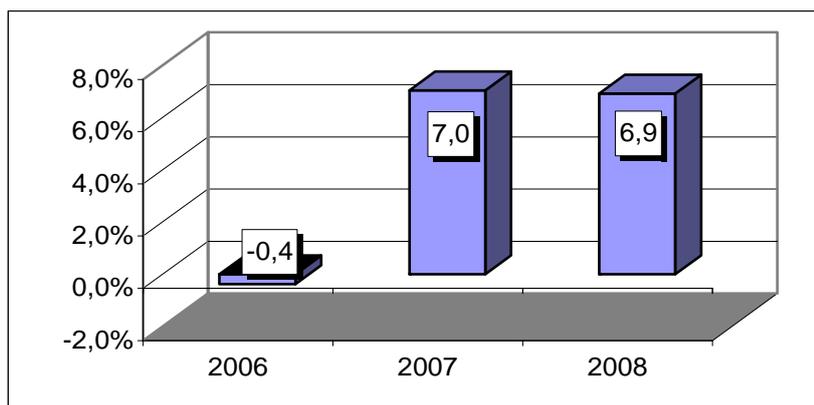
Eigenkapitalquote

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	1.796	2.078	2.391
Bilanzsumme	2.385	2.807	3.274
% EK	75	74	73



Cash-Flow

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresergebnis	-96	282	313
Abschreibungen	79	87	103
	-17	369	416
Gesamterträge	4.527	5.241	6.014
Cash-Flow	-0,4%	7,0%	6,9%



Lagebericht 2008

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes im Geschäftsjahr 2008

Vorbemerkung: Das Geschäftsjahr 2008 war bereits in der ersten Jahreshälfte geprägt, von einer deutlich zugenommenen Anfrage nach den pädagogischen Angeboten der Gesellschaft. Zur Jahresmitte musste deshalb relativ schnell eine weitere Gruppe im Bereich der Inobhutnahme und Clearing installiert werden, um dem Bedarf des hauptbelegenden Jugendamtes annähernd gerecht zu werden.

1. Entwicklung von Heimerziehung und Jugendhilfe insgesamt

Die Inanspruchnahme von Heimerziehung als Jugendhilfeleistung stieg dem zu Folge im Geschäftsjahr 2008 deutlich. Diese Entwicklung ist auch bei anderen Jugendhilfeanbietern der Region sichtbar und bekannt.

Ob und in wie weit die damit verursachten Kostensteigerungen in den kommunalen Haushalten zu Veränderungen bei der Wahl der Hilfeangebote führen, lässt sich zurzeit noch nicht beurteilen. Die Nachfrage nach Plätzen hält auch zum Beginn des Wirtschaftsjahres 2009 ungemindert an.

2. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2008 schließt mit einem Jahresüberschuss von rd. 313 T€ ab. Das Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen (in T€)

	2008	2007
Betriebsergebnis	+ 42	+ 75
Finanzergebnis	+ 6	- 10
Periodenfremdes Ergebnis	0	0
<u>Neutrales Ergebnis</u>	<u>+ 265</u>	<u>+217</u>
Jahresergebnis	+ 313	+282

Im Betriebsergebnis haben sich die Umsatzerlöse um 696 T € erhöht.

3. Belegungsentwicklung

Die Aufstellung der Einrichtung, differenziert nach Betreuungsformen hat sich im Geschäftsjahr um 8 Plätze für Inobhutnahme und Clearing erhöht. Es bestehen nachfolgende

Angebote:	Plätze:
Regelangebot	75
Intensivangebot	24
Verselbständigungsangebot	9
Erziehungsstelle	8

Die Belegungsentwicklung der Einrichtung stellt sich im innerjährlichen Verlauf stichtagbezogen wie folgt dar:

Datum:	Ist:		Saldo
05.01.2008	105 belegte Plätze	-	0
25.02.2008	108 belegte Plätze	-	+ 3
10.03.2008	103 belegte Plätze	-	- 2
06.04.2008	107 belegte Plätze	-	+ 2
02.05.2008	110 belegte Plätze	-	+ 5
12.06.2008	107 belegte Plätze	-	+2
neue Aufnahme und Clearinggruppe			
neue Erziehungsstelle			
04.07.2008	110 belegte Plätze	-	- 3
01.09.2008	116 belegte Plätze	-	+ 1
31.10.2008	113 belegte Plätze	-	- 2
neue Erziehungsstelle			
17.11.2008	115 belegte Plätze	-	- 1
01.12.2008	117 belegte Plätze	-	+ 1

4. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigte am Ende des Wirtschaftsjahres 2008 insgesamt 109 Mitarbeitende (83,85 Vollkräfte) (Stand 3 1.12.08). Davon waren drei Mitarbeiterinnen in Elternzeit; zwei Arbeitsverhältnisse waren wegen Langzeiterkrankung unterbrochen. Eine Mitarbeitende ist auf eigenen Wunsch beurlaubt. Alle pädagogisch tätigen Mitarbeiter verfügen über eine spezifische Fachschul-, Fachhochschul- oder universitäre Ausbildung. Die Interessensvertretung der Mitarbeitenden wurde im Geschäftsjahr durch eine im April 2006 ordnungsgemäß gewählte Mitarbeitervertretung gem. MVG wahrgenommen.

Die Fluktuation im Geschäftsjahr 2008 ist weiterhin als äußerst gering zu bezeichnen. Kündigungen seitens der EJBL mussten nicht ausgesprochen werden. Arbeitsgerichtsverfahren waren oder sind nicht anhängig.

Stellenbesetzung	2008	2007
Leitung und Beratung	4,00	3,86
Verwaltung	3,30	3,18
Pädagogischer Bereich	67,92	62,49
Wirtschaftsdienst	8,63	8,32
Summen:	83,85	77,85

Bei der Ausweitung der Stellen im pädagogischen Bereich handelt es sich im Wesentlichen um die neu in Dienst genommene Aufnahme- und Clearinggruppe sowie die Einrichtung zweier zusätzlicher Erziehungsstellen. Ebenso fielen auch in 2008 zusätzliche und refinanzierte Aufgaben im Bereich der Intensivbetreuung und zeitlich befristete Stellenbesetzungen wegen Langzeiterkrankungen und Mutterschutz bzw. Familienzeit der Stelleninhaberin an.

Krankheitsentwicklung in der EJBL

In 2008 waren drei Mitarbeitende langzeiterkrankt (zwei Mitarbeitende je 365 Tage, ein Mitarbeitender 74 Tage).

2007 belief sich die durchschnittliche Ausfallrate der deutschen Arbeitnehmer wegen Krankheit lt. einer Veröffentlichung der AOK auf 16,3 Arbeitstage. Die Krankheitsrate der EJBL ist in allen Dienstarten deutlich unter dieser Marke:

AOK:	16,3 Tage
EJBL incl. Langzeiterkrankte	12,0 Tage
EJBL ohne Langzeiterkrankte	5,4 Tage

5. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt im Jahr 2008 T €3.275. Im Jahr 2007 betrug sie T€2.808.

6. Finanzlage

Statische Liquiditätsbetrachtung:

	2008	2007
Barliquidität	333,1 %	412,7 %
Kurzfristige Liquidität	553,1 %	915,7 %
Mittelfristige Liquidität	555,1 %	917,5 %

7. Investitionen

Investitionen der Gesellschaft wurden im Geschäftsjahr 2008 ausschließlich im Bereich der Gebäudeunterhaltung, Einrichtung einer neuen Gruppe sowie Inventarbeschaffung getätigt und beliefen sich auf rd. 259 T€

8. Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Die Dezentralisierung des Betriebsteiles Waldhof wurde auch in 2008 konsequent weiterverfolgt. Die Jungengruppe wurde hierbei in ein angemietetes Objekt in Remscheid umgesiedelt.

Im Juni 2008 wurde auf Grund erheblicher Nachfrage nach Notaufnahme- und Clearingplätzen die Platzzahl in diesem Angebotssegment von 8 auf 16 Plätze verdoppelt.

II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

lagen bis zur Erstellung des Lageberichtes nicht vor.

III. Prognosebericht

1. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Entwicklung von Heimerziehung in den nächsten Jahren ist weiterhin ausgesprochen schwer zu prognostizieren. Wenngleich der reale Verlauf — auch bis 06/09 — eine stabile Auslastung auf hohem Niveau zeigt, befürchtet die Geschäftsführung im mittel- und langfristigen Bereich eine Trendwende in der Belegung. Indikatoren für diese Vermutung sind die stärker werdende Finanznot der Kommunen und die bisher noch nicht vollständig angekommenen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die kommunale Einnahmensituation.

Dies hat in der Konsequenz zur Folge, dass die Gesellschaft sehr flexibel auf die Marktsituation reagieren können muss und die Anzahl der Gruppen der Bedürfnissituation der Jugendämter anpassen kann. Fallbezogene Beschäftigungsverträge von unterschiedlicher Dauer werden deshalb zunehmen. Eine verstärkte Nachfrage nach intensivpädagogischen Leistungen wird weiterhin anhalten, wenn nicht gar größer werden. Regelangebote werden nach Einschätzung der Geschäftsführung langfristig durch Pflegefamilien oder Erziehungsstellen ersetzt werden.

2. Ausblick auf das Geschäftsjahr 2009 und 2010

Das Geschäftsjahr 2009 lässt auf Grund des Geschäftsverlaufes des ersten Halbjahres eine optimistische Beurteilung zu. Die Belegungssituation hält sich wie bereits im Vorjahr auf hohem Auslastungsniveau.

Im Geschäftsjahr 2010 wird eine weitere Gruppe des Waldhofes dezentralisiert werden (Kinderwohngruppe). Diese Maßnahme wird voraussichtlich aus dem laufenden Haushalt bestritten werden können. In 2011 / 2012 erfolgen dann die nächsten Dezentralisierungsschritte für Aufnahme- und Clearingzentrum. Somit ist davon auszugehen, dass der Betriebsteil Waldhof 2013 frei gezogen und an die Eigentümerin zurückgegeben werden kann.

Der anstehende Ruhestand des Geschäftsführers wird 2011 erfolgen. Es wird in diesen Tagen mit einem Beratungsprozess begonnen, der zum Ziel hat, geeignete Nachfolgestrukturen zu entwickeln und behutsam zu installieren.

3. Konjunkturelle und rechtliche Rahmenbedingungen

Geschäftsführung geht davon aus, dass auf Grund der bisherigen Gegebenheiten im Geschäftsjahr 2009 eine kostendeckende Arbeit der Gesellschaft möglich sein wird. Anzeichen für sich verändernde rechtliche Rahmenbedingungen im Bereich stationärer Hilfen bestehen derzeit noch nicht.

4. Ausblick auf die Geschäftsentwicklung

Wenn es der Evangelischen Jugendhilfe Bergisch Land gelingt, stabile Strukturen und Angebote vorzuhalten, Marktentwicklungen zeitnah wahrzunehmen und kurzfristig darauf zu reagieren sowie die Betriebsübergabe auf die neue Geschäftsführung kompetent zu gestalten, sieht die derzeitige Geschäftsführung keine Probleme hinsichtlich des langfristigen Bestandes der Evangelischen Jugendhilfe Bergisch Land.

Wermelskirchen, 23.06.09

gez. Günter H. Jäckle
Geschäftsführer

3.9 Bergisch Land Touristik GmbH & Co. KG i.L.

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergisch Land Touristik GmbH & Co. KG i.L.
Hauptstr. 47 – 51
51465 Bergisch Gladbach
Tel. 02202 / 2936 - 0

Gründungsjahr: 1999 (vormals: Bergisch Land Touristik GmbH)

Die Liquidation der Gesellschaft ist abgeschlossen. Die Firma wurde am 8.12.2008 im Handelsregister gelöscht.

Gesellschafter	Kommanditkapital	
	in €	in %
<u>Persönlich haftende Gesellschafterin:</u>		
Bergisch Land Touristik Verwaltung GmbH i.L.	ohne Kapitaleinlage	
<u>Kommanditisten:</u>		
Stadt Remscheid	5.000,00	20,0
Kreis Oberberg	5.000,00	20,0
Stadt Solingen	5.000,00	20,0
Stadt Wuppertal	5.000,00	20,0
Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsges. mbH	2.500,00	10,0
Verkehrsverein Rheinisch Bergisches Land e.V.	2.500,00	10,0
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen

Gesellschaften	Stammkapital	
	in €	in %
Bergisch Land Touristik Verwaltung GmbH i.L.	25.000,00	100,00

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Tourismus im Bergischen Land zur Verbesserung der wirtschaftlichen und soziokulturellen Struktur in dieser Tourismusregion, die Entwicklung und Umsetzung einer umfassenden Tourismus- und Eventwerbung sowie eines nationalen und internationalen Ticketings.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung / Liquidator

Dipl.-Kfm. Klaus Winterschladen

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Leistung von Betriebskostenzuschüssen gem. jeweiligem Beschluss der Gesellschafterversammlung.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

keine

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Die wirtschaftlichen Unternehmensdaten werden nach Rücksprache mit der Geschäftsführung nicht veröffentlicht.

3.10 Bergisch Land Touristik Verwaltung GmbH i.L.

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergisch Land Touristik Verwaltung GmbH i.L.
 Hauptstr. 47 – 51
 51465 Bergisch Gladbach
 Tel. 02202 / 2936 - 0

Gründungsjahr: 1999

Die Liquidation der Gesellschaft ist abgeschlossen. Die Firma wurde am 5.12.2008 im Handelsregister gelöscht.

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Stadt Remscheid	5.000,00	20,0
Kreis Oberberg	5.000,00	20,0
Stadt Solingen	5.000,00	20,0
Stadt Wuppertal	5.000,00	20,0
Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsges. mbH	2.500,00	10,0
Verkehrsverein Rheinisch Bergisches Land e.V.	2.500,00	10,0
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,0</u>

Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Kommanditkapital	
	in €	in %
Bergisch Land Touristik GmbH & Co. KG i.L. -als Komplementärin-	25.000,00	100,00

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der Bergisch Land Touristik GmbH & Co. KG.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung / Liquidator

Dipl.-Kfm. Klaus Winterschladen

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Keine

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Die wirtschaftlichen Unternehmensdaten werden nach Rücksprache mit der Geschäftsführung nicht veröffentlicht.

3.11 Bergische Entwicklungsagentur GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Entwicklungsagentur GmbH
 Kölner Str. 8
 42651 Solingen
 Tel. 0212/88160660

Gründungsjahr: 2007

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	9.200,00	18,36
Stadt Solingen	9.200,00	18,36
Stadt Wuppertal	7.950,00	15,87
Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR	1.250,00	2,49
Stadtsparkasse Remscheid	2.550,00	5,09
Stadtsparkasse Solingen	3.600,00	7,20
Stadtsparkasse Wuppertal	8.850,00	17,66
Industrie- und Handelskammer Wuppertal- Solingen-Remscheid	7.500,00	14,97
<u>Gesamt</u>	<u>50.100,00</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Entwicklung und Umsetzung von Projekten der Stadt- und Regionalentwicklung im Bergischen Städtedreieck. Inhaltliche Grundlage der Arbeit ist der von den Räten der Städten beschlossene und mit der IHK abgestimmte „Handlungsrahmen-Strukturimpulse für das Bergische Städtedreieck“.

Aufgaben der Gesellschaft sind insbesondere

- Beratung und Unterstützung von Unternehmen, Institutionen und Initiativen bei der Entwicklung und Vorbereitung von Projekten im Zusammenhang mit der Strukturförderung des Landes NRW und der EU in der Region Bergisches Städtedreieck
- Strategieentwicklung, Planungen und Konzepte, regionale Koordinierung und Projektmanagement sowie im Auftrag der Gesellschafter die Projektträgerschaft
 - zu Fördermaßnahmen der Kommunen, des Landes NRW, des Bundes und der EU vor allem im Hinblick auf die Mobilisierung der Strukturfonds des Landes NRW und der EU (u.a. Ziel2-EFRE/Ziel2-ESF) für die Region Bergisches Städtedreieck,
 - zu Projekten der regionalen Kooperation in den Handlungsfeldern städteübergreifende Wirtschaftsförderung und Standortmarketing, regionale Planung und Tourismus,
- Akquirierung von öffentlichen und privaten Mitteln zu den o.a. Strukturimpulsen und Strukturprogrammen,
- Marketing und Interessenvertretung zu den o.a. Projekten und Aktivitäten.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Henry Beierlorzer bis 18.06.2008

Bodo Middeldorf ab 18.06.2008

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2007	2008
	€	€
Stammkapitalanteil	9.200,00	0,00
Sachkostenzuschuss	12.500,00	50.000,00
Kosten der Personalgestellung	0,00	60.000,00

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2007	2008
Mitarbeiter/innen	6	10

Ab dem 4. Quartal 2008 mehrere studentische Aushilfskräfte

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur**

Jahr	2007**		2008	
	T€	%	T€	%
Bilanz-Position				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	8	2,71
Sachanlagen	17	10,43	21	7,12
Anlagevermögen	17	10,43	29	9,83
Vorräte	0	0,00	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6	3,68	10	3,39
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	140	85,89	256	86,78
Umlaufvermögen	146	89,57	266	90,17
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,00
Aktiva	163	100,00	295	100,00
Gezeichnetes Kapital	50	30,67	50	16,95
Verlustvortrag / Gewinnvortrag	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	50	30,67	50	16,95
Sonderposten für Investitionszuschüsse	17	10,43	29	9,83
Rückstellungen	4	2,45	20	6,78
Verbindlichkeiten	92	56,44	196	66,44
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,00
Passiva	163	100,00	295	100,00

**) Rumpfgeschäftsjahr vom 07.09. - 31.12.2007

Gewinn- und Verlustrechnung

Jahr	2007**	2008
	T€	T€
GuV-Position		
Sonstige betriebliche Erträge	59	827
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	7
Erträge	60	834
Materialaufwand	0	420
Personalaufwand	28	202
Abschreibungen	6	8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	26	204
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0
Aufwendungen	60	834
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0
Sonstige Steuern	0	0
Jahresüberschuss (+)	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0

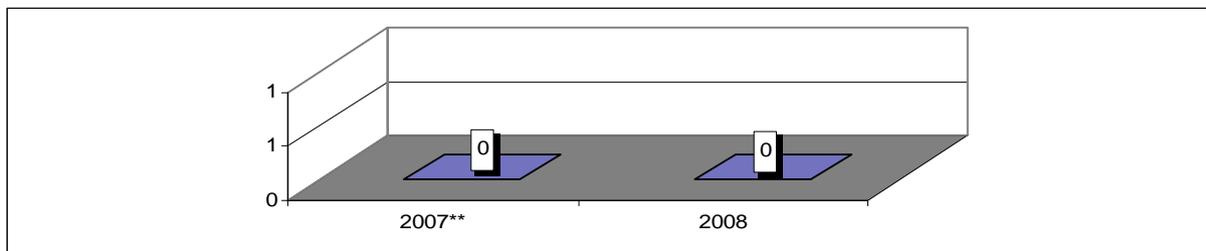
**) Rumpfgeschäftsjahr vom 07.09. - 31.12.2007

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus, da die Aufwendungen durch Betriebskostenzuschüsse gedeckt werden.

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2007**	2008
Angabe in	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	0

**) Rumpfgeschäftsjahr vom 07.09. - 31.12.2007

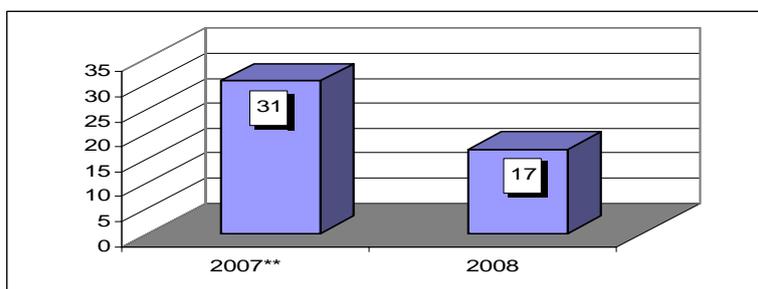


Kennzahlen

Eigenkapitalquote

Jahr	2007**	2008
Angabe in	T€	T€
Eigenkapital	50	50
Bilanzsumme	163	295
% EK	31	17

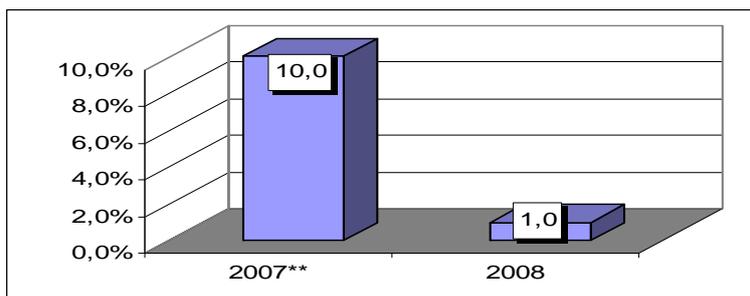
**) Rumpfgeschäftsjahr vom 07.09. - 31.12.2007



Cash-Flow

Jahr	2007**	2008
Angabe in	T€	T€
Jahresüberschuss	0	0
Abschreibungen	6	8
	6	8
Gesamterträge	60	834
Cash-Flow	10,0%	1,0%

**) Rumpfgeschäftsjahr vom 07.09. - 31.12.2007



Lagebericht 2008

Die Bergische Entwicklungsagentur GmbH wurde am 7. September 2007 von den drei Städten Wuppertal, Solingen und Remscheid, den Stadtsparkassen Wuppertal, Solingen und Remscheid sowie der Industrie und Handelskammer Wuppertal, Solingen, Remscheid gegründet und hat am 1. Oktober 2007 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen. Grundlage waren zuvor gefasste Beschlüsse der Räte aller drei Städte sowie der Vollversammlung der IHK.

Das Stammkapital in Höhe von 50.100 Euro wurde in Anteilen zu jeweils 9.200 Euro von der Stadt Wuppertal, der Stadt Solingen und der Stadt Remscheid, zu 7.500 Euro von der IHK Wuppertal Solingen Remscheid, zu 8.850 Euro von der Stadtsparkasse Wuppertal, zu 3.600 Euro von der Stadtsparkasse Solingen und zu 2.550 Euro von der Stadtsparkasse Remscheid gezeichnet. Ab dem 1. Januar 2008 wurde die Wirtschaftsförderung Wuppertal durch Übernahme von Gesellschafteranteilen der Stadt Wuppertal in den Kreis der Gesellschafter aufgenommen. Ihr Anteil am Stammkapital beträgt 1.250 Euro; dadurch verringerte sich der Anteil der Stadt Wuppertal auf 7.950 Euro.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Entwicklung und Umsetzung von Projekten der Stadt und Regionalentwicklung im Bergischen Städtedreieck auf der Basis des ebenfalls von den Räten der drei Städte sowie der IHK beschlossenen Handlungsrahmens. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehören vor allem die Beratung und Unterstützung von privaten und öffentlichen Akteuren im Zusammenhang mit der nordrhein westfälischen Strukturpolitik sowie die Erarbeitung regionaler Entwicklungsstrategien. Die Gesellschafter verbinden mit der Arbeit der Agentur dabei die Erwartung, die regionalen Potenziale zu bündeln und weiter auszubauen, die Vernetzung der regionalen Akteure voranzutreiben, regional bedeutsame Projekte zu entwickeln sowie auf dieser Basis Fördermittel des Landes zu akquirieren. Unter Anderem soll damit die erfolgreiche Arbeit der Regionale 2006 Agentur weitergeführt und verstetigt werden.

Finanzentwicklung

Das Wirtschaftsjahr erstreckt sich auf den Zeitraum vom 01.01.2008 bis 31.12.2008.

Der Jahresabschluss 2008 weist aus, dass sich die Aktivitäten der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH innerhalb der vorgegebenen Rahmendaten des Wirtschaftsplanes bewegt haben. Die Gesellschafter haben die Arbeit der Entwicklungsagentur im Jahr 2008 mit laufenden Beiträgen in Höhe von 435.064 Euro unterstützt.

In diesem Zusammenhang ist auf die Besonderheit hinzuweisen, dass die laufenden Beiträge der drei Städte nur zu einem geringen Anteil monetär erbracht werden. Der größere Anteil erfolgt über die Abordnung von Personalstellen an die Bergische Entwicklungsagentur mit der Verrechnung eines pauschalen Gegenwertes. Eine vergleichbare Regelung wird im Falle des Gesellschafterbeitrages der IHK praktiziert. Hier sind es die Mietkosten für die Räume in der Kölner Straße in Solingen, die von der IHK in Verrechnung mit dem Gesellschafterbeitrag erstattet werden.

Im Wirtschaftsjahr wurden keine weiteren Finanzierungsquellen zur Grundfinanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit in Anspruch genommen. Für die Durchführung von Projekten konnte die Agentur auf komplementäre Fördermittel des Landes NRW zurückgreifen.

Die Gesamthöhe der betrieblichen Erträge betrug im Jahr 2008 826.979 Euro. Davon wurden für Personalaufwendungen einschließlich der Personalabordnungen aus den Städten 622.055 Euro, für Abschreibungen 8.277 Euro und für sonstige betriebliche Aufwendungen 203.978 Euro verausgabt. Im Ergebnis der Geschäftstätigkeit ergibt sich ein Jahresüberschuss von 0 Euro.

Aufgrund des spezifischen Geschäftszwecks der Gesellschaft liegt keine Gewinnerzielungsabsicht vor. Obwohl die Finanzbehörden noch keine abschließende

Entscheidung getroffen hatten, wurde davon ausgegangen, dass vor diesem Hintergrund eine Vorsteuerabzugsberechtigung nicht besteht.

Die Gesellschafter haben vereinbart, die Arbeit der Bergischen Entwicklungsagentur zunächst im Rahmen der laufenden Ziel 2 Förderperiode bis 2014 durch laufende Zuschüsse in gleicher Höhe wie 2008 zu finanzieren

Personalentwicklung

Die Bergische Entwicklungsagentur startete ihre Arbeit im 4. Quartal 2007 mit insgesamt 5 festen Mitarbeitern in Voll- und Teilzeit, davon 2 Abordnungen. Die Aufgaben im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit nimmt seit 1.10.2007 eine freie Mitarbeiterin wahr. Zum 1. Januar 2008 wurde das Team um weitere 4 Mitarbeiter erweitert, darunter 3 weitere Abordnungen. Darüber hinaus machte der Arbeitsanfall ab dem 4. Quartal 2008 den Einsatz mehrerer studentischer Hilfskräfte erforderlich.

Im 2. Quartal 2008 kam es zu einem Wechsel in der Geschäftsführung. Der bisherige Geschäftsführer Herr Henry Beierlorzer wurde nach einer längeren krankheitsbedingten Abwesenheit in den ersten Monaten des Jahres 2008 durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 26.5.2008 mit Wirkung vom 12.6.2008 als Geschäftsführer abberufen und ist zum 30. Juni 2008 aus dem Unternehmen ausgeschieden. Gleichzeitig wurde die Geschäftsführerfunktion Herrn Bodo Middeldorf kommissarisch übertragen. Er hatte diese bis zum Ende des Geschäftsjahres inne. Frau Annette Nothnagel wurde zur Handlungsbevollmächtigten nach den Regeln der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung ernannt.

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung war Herr Oberbürgermeister Franz Haug, Solingen.

Projekte und Aktivitäten

Die Grundlage für die inhaltliche Arbeit der Bergischen Entwicklungsagentur bildet der beschlossene Handlungsrahmen für das Bergische Städtedreieck. Er sieht Arbeitsschwerpunkte in den Feldern Innovation und wissensbasierte Wirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung sowie Freizeit- und Tourismuswirtschaft/Standortentwicklung vor. Die Anfangsaktivitäten der Bergischen Entwicklungsagentur waren geprägt von der internen und externen Aufbauarbeit, zu der insbesondere eine intensive Kommunikation mit anderen Akteuren der Region über die Aufgaben der neuen Gesellschaft sowie ihre Positionierung im Konzert der regionalen Institutionen gehörte. Zeitgleich wurden mit der Erarbeitung einer umfassenden Projektbroschüre mit dem Titel ‚Schlüsselprojekte des Bergischen Städtedreiecks‘ die Grundlagen für eine Konkretisierung und Operationalisierung des Handlungsrahmens geschaffen.

Darauf aufbauend wurden zum einen Ziel 2 Wettbewerbe im Rahmen verschiedener Landesprogramme formuliert und eingereicht. Darüber hinaus bestand eine der bedeutendsten Aufgaben in der Interessenvertretung der Region bei der zentralen Beantragung von EU- und Landesfördermitteln im Rahmen der sogenannten Säule 3 der EFRE-Förderung. Zu diesem Zweck wurde der Landesregierung basierend auf einem umfangreichen Abstimmungsprozess mit den drei Städten ein umfassender Bewerbungsantrag vorgelegt, der noch im Laufe des Jahres 2008 zu einer ersten positiven Bewertung durch die beteiligten Landesministerien führte.

Weitere Meilensteine waren die Erarbeitung und Inbetriebnahme einer gemeinsamen Vermarktungsplattform für Gewerbeflächen unter dem Titel „investhoch3“, die Eröffnung des durch die Bergische Entwicklungsagentur mitfinanzierten Regionalbüros der Effizienzagentur NRW im Oktober 2008 sowie der Start der Projekte Unternehmensbezogene Hochschulbildung, Bergischer Trassenverbund, Tourismusachse Müngsten Burg und

Regionales Standortkonzept. Darüber hinaus wurden verschiedene regional bedeutsame Projekte durch fachliche und organisatorische Arbeit unterstützt.

Insgesamt standen Bemühungen um den Aufbau des Geschäftsfeldes Freizeit und Tourismuswirtschaft im Hinblick auf die interne Arbeitsorganisation, die Initiierung und Bearbeitung zentraler Projekte sowie die externe Positionierung im Vordergrund.

Als zentrale Stelle für die Koordinierung der Aktivitäten unter dem Oberbegriff kompetenzhoch3 führt die Bergische Entwicklungsagentur die bereits im Rahmen der Regionale 2006 entwickelte gemeinsame Internet und Kommunikationsplattform weiter. Dies umfasst neben der Präsentation der regionalwirtschaftlichen Clusterstrategie die regelmäßige Berichterstattung über die Arbeit regional bedeutsamer Akteure und ihrer Projekte sowie die Öffentlichkeitsarbeit. Die Kosten hierfür tragen die Entwicklungsagentur sowie die Wirtschaftsförderungen der drei Städte gemeinsam. Bei der Agentur wird das Projekt über ein Sonderkonto geführt.

In eigener Sache betreibt die Bergische Entwicklungsagentur Pressearbeit sowohl mit lokalen als auch mit überregionalen Medien. Sie wird wesentlich ergänzt durch monatliche Berichte in der IHK Zeitschrift sowie regelmäßige Veröffentlichungen in der bergischen Ausgabe des Wirtschaftsblattes.

Entwicklungen im 1. Quartal 2009

Wesentliche neue Entwicklungen in der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft im 1. Quartal 2009 ergaben sich vor allem im Bereich der Personalentwicklung. Ab Anfang Januar wurde das Mitarbeiterteam durch eine weitere städtische Abordnung erweitert. Darüber hinaus wurde auf Basis eines Gesellschafterbeschlusses eine Neueinstellung zur Stärkung vor allem der unternehmensbezogenen Fördermittelakquise vorgenommen. Durch Umlaufbeschluss der Gesellschafter wurde Herr Bodo Middeldorf mit Wirkung vom 1.1.2009 zum Geschäftsführer ernannt und erhielt einen Geschäftsführeranstellungsvertrag.

Zur verbesserten Finanzausstattung der laufenden Arbeit hat die Bezirksregierung Düsseldorf in Abstimmung mit dem Städtebauministerium im Laufe des 1. Quartals die bereits im Frühjahr 2008 beantragte Freigabe von Regionale Restmitteln bewilligt. Gleichzeitig wurden die entsprechenden Eigenanteile in den Haushalten der drei Städte aktiviert. Es handelt sich um einen Betrag von ca. 1 Mio. Euro aus Städtebauförderungsmitteln, die in 2009 und 2010 für Planungsleistungen, Untersuchungen und Machbarkeitsstudien vorwiegend in der Weiterentwicklung der im Rahmen der Regionale 2006 begonnenen Projekte eingesetzt werden können. Ihre Verwendung ist in den Bereichen Regionales Entwicklungskonzept und Freizeitpark Müngsten sowie in verschiedenen Projekten der touristischen Entwicklung vorgesehen.

In 2009 und 2010 wird nach Abschluss der Aufbauarbeit ein besonderes Gewicht auf die Stärkung des wirtschaftsstrukturellen Arbeitsfeldes gelegt werden. Personell ist geplant, die in diesem Bereich tätigen Mitarbeiter auch durch Einbeziehung verschiedener Fördermittelinstrumente und die Ausschöpfung der Abordnungspotenziale auf 7 auszubauen. Damit wird eine effektive Verfolgung der im Handlungsrahmen festgelegten Aufgaben ermöglicht.

Besondere erwähnungswürdige Vorgänge nach dem Bilanzstichtag haben sich ansonsten nicht ergeben.

Solingen im April 2009

gez. Bodo Middeldorf
Geschäftsführer

3.12 Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Allgemeine Unternehmensdaten

Lokalfunk Remscheid-Solingen
 Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
 Mummstraße 9
 42651 Solingen
 Tel. 0212 / 299 - 105

Gründungsjahr: 1989

Gesellschafter	Kommanditkapital	
	in €	in %
<u>Persönlich haftende Gesellschafterin</u>		
Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH	ohne Einlage	-
<u>Kommanditisten</u>		
Lokalfunk Remscheid-Solingen Presse Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	384.000,00	75,0
Stadt Solingen	73.216,00	14,3
Stadt Remscheid	54.784,00	10,7
<u>Gesamt</u>	<u>512.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen

Gesellschaften	Stammkapital	
	in €	in %
Lokalfunk Remscheid Solingen Betriebsgesellschaft mbH	26.000,00	100,0

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich bis 02.07.2002 aus dem Landesrundfunkgesetz (LRG) und ab 03.07.2002 aus dem Landesmediengesetz (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

1. Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen;
2. dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen;
3. für den Vertragspartner den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG bzw. den in § 72 LMG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
4. Hörfunkwerbung zu verbreiten

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung der Gesellschaft ist die persönlich haftende Gesellschafterin *Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH* berufen. Alleiniger Geschäftsführer dieser Gesellschaft ist Herr Bernhard Boll.

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Frau Barbara Wagner.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid*

Wirtschaftliche Unternehmensdaten*

*) Die Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid und die wirtschaftlichen Unternehmensdaten werden auf Wunsch der Gesellschaft im Beteiligungsbericht nicht veröffentlicht. Die veröffentlichten Daten beschränken sich daher auf die -bis zum Zeitpunkt der Erstellung eines Gesamtabschlusses durch die Stadt Remscheid zulässigen-gesetzlichen Mindestvorgaben gemäß Gemeindeordnung.

3.13 Sana-Klinikum Remscheid GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

Sana – Klinikum Remscheid GmbH
 Burger Str. 211
 42859 Remscheid
 Tel. 02191 / 13-3000

Gründungsjahr: 1913

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	158.100,00	5,1
Sana Kliniken AG	2.941.900,00	94,9
<u>Gesamt</u>	<u>3.100.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen

Über die Muttergesellschaft – Sana Kliniken GmbH & Co. KGaA, München- ist die Sana-Klinikum Remscheid GmbH mit diversen gemeinnützigen und nicht gemeinnützigen Kliniken sowie Dienstleistungsunternehmen verbunden.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Unterhaltung eines allgemeinen Krankenhauses mit Ausbildungsstätten, sonstigen Nebeneinrichtungen und flankierenden Einrichtungen in Remscheid. Im Rahmen der sachlichen Möglichkeiten werden Patienten ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht oder Wohnsitz stationär oder ambulant untersucht und behandelt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Oliver Bredel

Aufsichtsrat:

Dipl.-Kfm. Dr. Michael Philippi –Vorsitzender-	
Jürgen Müller –stellv. Vorsitzender-	bis 09.11.2008
Burkhard Mast-Weisz –stellv. Vorsitzender-	ab 10.11.2008
Dr. Trapp	
Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Michal	
Michael Johnigk	
Hans Joachim Erhardt	
Herbert Simon	
Dr. Fahrenkrog	bis 09.11.2008
Dr. Lutz von der Crone	bis 09.11.2008
Heinz Jürgen Heuser	ab 10.11.2008
Susanne Bach	ab 10.11.2008

Beirat:

Lothar Sill	Ratsmitglied
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Fritz-Sönke Ruddigkeit	Ratsmitglied
Wieland Gühne	Ratsmitglied
Susanne Pütz	Ratsmitglied
Hildegard Schrader	
Norbert Schmitz	Ratsmitglied
Walter Steege	
Uwe Ufer	
Erik Weik	
Ralf Laflör	
Johannes Haun	
Thomas Kastner	
Dr. Frank Neveling	
Ulrich Schnell	
Volker Pleiß	
Rainer Wallenfang	

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Stadt Remscheid in den Gesellschafterversammlungen war lt. Ratsbeschlüssen Herr Stadtdirektor Jürgen Müller sowie Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtung per 31.12.2008 9.000.000,00 € (Neubaufinanzierung)

Abgabe einer Patronatserklärung zur Sicherung der Finanzierung der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Höhe von bis zu 1.641.566,88 € Zum 31.12.2008 betrug die Verpflichtung seitens der Stadt Remscheid 1.605.914,05 €

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
Zuschuss Kinder- und Jugendpsychiatrie	51.129,19	21.647,98	0,00
Schuldendienst gem. gesellschaftsvertragl. Vereinbarung	80.225,96	80.225,96	80.225,96
Verkauf von Geschäftsanteilen	0,00	0,00	750.000,00

Anzahl der Beschäftigten

Geschäftsbereich	2006	2007	2008
Ärztlicher Dienst	169,4	170,3	168,8
Pflegedienst	323,7	298,6	284,8
Med.-technischer Dienst	102	90,2	79,6
Funktionsdienst	114,1	105,4	102,5
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	17,1	4,1	0,4
Technischer Dienst	2,6	0,6	0
Verwaltungsdienst	74,6	51,7	44,4
Sonderdienste	4,6	5,1	5,6
Personal der Ausbildungsstätten	6,5	6,4	6,3
Gesamt	814,6	732,4	692,4

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2006	in %	2007	in %	2008	in %
Planbetten	684	0,0	684	0,0	684	0,0
Ist-Betten	518	-3,7	518	0,0	518	0,0
Pflegetage	148.582	1,5	158.158	6,4	150.627	-4,8
stationär behandelte Patienten -Fallzahl-	23.380	26,1	24.139	3,2	20.565	-14,8
durchschnittliche Verweildauer -Tage-	6,5	-17,7	8,0	23,1	7,3	-8,8
Ausnutzungsgrad der Ist-Betten	78,6	0,5	83,6	6,4	79,4	-5,0

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

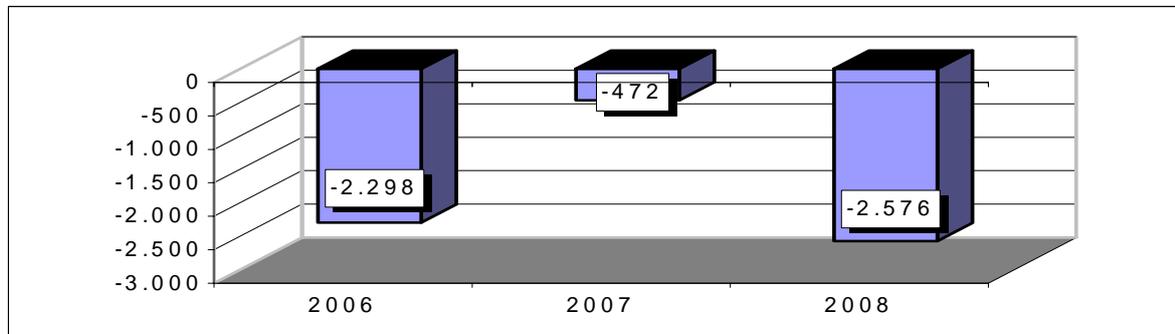
Jahr	2006		2007		2008	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	657	0,44	6	0,00	181	0,14
Sachanlagen	123.266	82,62	115.812	83,91	110.485	84,95
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	123.923	83,06	115.818	83,92	110.666	85,09
Vorräte	2.783	1,87	2.776	2,01	2.929	2,25
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenst.	14.597	9,78	12.861	9,32	10.791	8,30
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	3.010	2,02	1.856	1,34	1.056	0,81
Umlaufvermögen	20.390	13,67	17.493	12,67	14.776	11,36
Ausgleichsposten nach dem KHG	4.098	2,75	4.133	2,99	4.159	3,20
Rechnungsabgrenzungsposten	794	0,53	568	0,41	464	0,36
Aktiva	149.205	100,00	138.012	100,00	130.065	100,00
Gezeichnetes Kapital	3.100	2,08	3.100	2,25	3.100	2,38
Kapitalrücklage	3.964	2,66	4.044	2,93	4.124	3,17
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	-472	-0,36
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	-472	-0,34	-2.576	-1,98
Eigenkapital	7.064	4,73	6.672	4,83	4.176	3,21
Sonderp. a. Zuw. z. Fin. des Anlageverm.	25.915	17,37	22.480	16,29	20.637	15,87
Rückstellungen	14.700	9,85	9.818	7,11	9.806	7,54
Verbindlichkeiten	100.357	67,26	98.013	71,02	94.558	72,70
Ausgleichsposten aus Darlehensforderung	1.024	0,69	915	0,66	806	0,62
Rechnungsabgrenzungsposten	145	0,10	114	0,08	82	0,06
Passiva	149.205	100,00	138.012	100,00	130.065	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2006	2007	2008
	T€	T€	T€
GuV-Position			
Umsatzerlöse einschl. KHG-Finanzierung	85.148	82.966	84.558
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	53	0	-109
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	3.625	8.892	5.960
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	22	21	25
Erträge	88.848	91.879	90.434
Aufwand nach dem KHG	6.760	4.757	4.514
Personalaufwand	52.983	43.125	44.411
Materialaufwand	18.116	20.331	22.067
Abschreibungen	8.908	7.114	6.749
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.617	13.944	11.764
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.324	3.231	3.194
Aufwendungen	100.708	92.502	92.699
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-11.860	-623	-2.265
Außerordentliche Erträge	9.965	0	0
Sonstige Steuern	-403	151	-311
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	-2.298	-472	-2.576

Entwicklung der Jahresergebnisse

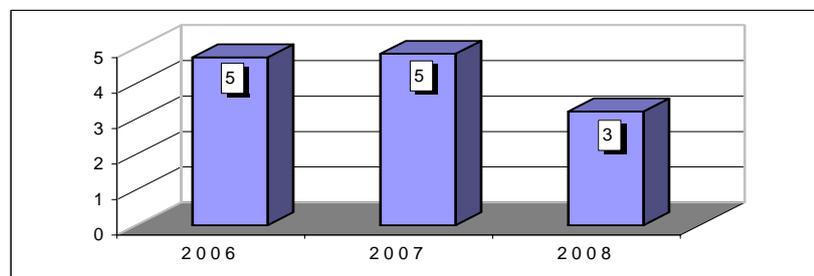
Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-2.298	-472	-2.576



Kennzahlen

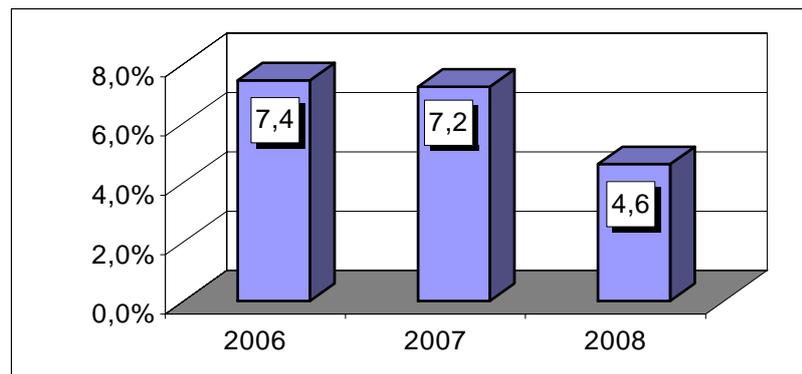
Eigenkapitalquote

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	7.064	6.672	4.176
Bilanzsumme	149.205	138.012	130.065
% EK	5	5	3



Cash-Flow

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	-2.298	-472	-2.576
Abschreibungen	8.908	7.114	6.749
	6.610	6.642	4.173
Gesamterträge	88.848	91.879	90.434
Cash-Flow	7,4%	7,2%	4,6%



Lagebericht 2008

1. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Die Lage im Gesundheitswesen stellt sich aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen nach wie vor als außerordentlich schwierig dar. Im Geschäftsjahr 2008 betrug die gesetzlich vorgesehene Steigerung des Krankenhausbudgets 0,64 %. Eine Refinanzierung der allgemeinen Kosten- sowie Tarifsteigerungen ist darüber nicht vollständig möglich. Zudem liegt der Basisfallwert für Nordrhein-Westfalen weiterhin deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Das Jahr 2008 war für das Sana-Klinikum Remscheid nach der umfangreichen wirtschaftlichen Konsolidierung in den Jahren 2006 und 2007 ein Jahr der Stabilisierung. Der Fokus für das Jahr 2008 lag auf der notwendigen Steigerung der Erlöse, verbunden mit einer Reorganisation medizinischer und pflegerischer Abläufe sowie einer signifikanten Verbesserung der Servicequalität.

Im Personalbereich wurde der geplante Personalabbau vollumfänglich umgesetzt. Die Entwicklung der Personalstellen, die sogar 3,3 Vollkräfte unterhalb des Wirtschaftsplans liegen, unterstreicht dies.

Bereits im 1. Halbjahr 2008 wurden drei bettenführende Fachabteilungen mit neuen Chefarzten besetzt. Herr Prof. Wiegand hat am 01. März 2008 die Leitung der Kardiologischen Klinik, Frau Prof. Weber am 01. April 2008 die Leitung der HNO-Klinik sowie Herr Dr. Krolczyk ab 01. Mai 2008 die Leitung der Klinik für Unfallchirurgie und Orthopädie übernommen.

Die Leistungsentwicklung im Geschäftsjahr 2008 stellt sich - befördert durch die Neubesetzung von Chefarztpositionen - positiv dar. Im Vergleich zum Vorjahr konnten die stationären DRG-Fallzahlen um 866 Fälle gesteigert werden. Dies unterstreicht, dass das Sana-Klinikum Remscheid sukzessive das Vertrauen von Patienten und Einweisern zurückgewinnt. Darüber hinaus konnte neben einer Fallzahlsteigerung der Case-Mix für das Gesamthaus um 3,3 im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.

Der Case-Mix-Index liegt stabil bei 1,004 (ohne teilstationäre Dialyse). Gleichzeitig konnte die Verweildauer im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Tage auf 6,9 Tage abgesenkt werden und liegt nunmehr auf dem Niveau der mittleren Verweildauer gemäß DRG-Katalog.

Der Umsatz 2008 erhöhte sich um 804 T€ auf 76.116 T€. Die Entwicklung des medizinischen Bedarfs korrespondiert mit der Leistungssteigerung im stationären Bereich.

Vor dem Hintergrund der Prozessoptimierung wurde bereits im Jahr 2007 der Umbau des Ambulanz- und Aufnahmezentrums begonnen und im Juli 2008 abgeschlossen. Die Kosten der aus Eigenmitteln finanzierten Baumaßnahme betragen 907 T€.

Im Geschäftsjahr 2008 fand eine steuerliche Außenprüfung statt. Diese umfasste die Umsatz-, Körperschaft- und Gewerbesteuer für die Jahre 1997-2000 und 2001-2003. Hierbei konnte eine Einigung erzielt werden, ein abschließender Bericht über die Betriebsprüfung liegt noch nicht vor. Ebenfalls liegen noch keine geänderten Steuerbescheide vor. Die Ergebnisauswirkung der Außenprüfung ist in diesem Jahresabschluss erfasst.

2. Entgeltverhandlung

Die Entgeltverhandlung wurde am 25.11.2008 geführt und vollständig geeinigt abgeschlossen.

Ausgehend vom Leistungsgeschehen der bis dahin abgelaufenen Monate konnte mit den Kostenträgern ein Leistungsvolumen von 19.716 CM-Punkten (ohne Überlieger) vereinbart werden. Darüber hinaus wurde ein weiterer Schritt der bis zum Jahr 2009 andauernden Konvergenzphase in Form einer negativen Anpassung von rd. 1.452 T€ vollzogen. Der Budgetabzug konnte jedoch kompensiert werden, so dass das Erlösbudget der Vereinbarung für das Jahr 2008 mit 710 T€ über Vorjahresniveau liegt.

Hinsichtlich des im Jahr 2007 strittigen Sachverhalts der Erbringung von Knie-Totalendoprothesen, die einer gesetzlichen Mindestmenge gemäß § 137 SGB V unterliegen, konnte für das Jahr 2008 Einvernehmen erzielt werden. Die Kostenträger sind angesichts der Erreichung einer Leistungsmenge von 52 Knie-Totalendoprothesen per 20.11.2008 mit der Erbringung dieser Leistung im SanaKlinikum Remscheid einverstanden.

Des Weiteren wurde gemäß § 4 Abs. 13 KHEntgG ein zusätzlicher Betrag zur Verbesserung der Arbeitszeitbedingungen vereinbart. Die Umwandlung der AiP-Stellen in Assistenzarztstellen erfolgt weiterhin auf der in den Vorjahren vereinbarten Basis.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

3.1 Vermögenslage

Neben der Umbaumaßnahme Ambulanz- und Aufnahmezentrum sind darüber hinaus Investitionen im Bereich Einrichtung und Ausstattung getätigt worden, welche überwiegend aus pauschalen Fördermitteln finanziert wurden.

Im Wesentlichen bedingt durch den Jahresfehlbetrag 2008 von -2.576 T€ verminderte sich das Eigenkapital gegenüber 2007 von 6.672 TE auf 4.176 T€

Im Geschäftsjahr 2008 konnten die Forderungen durch ein konsequentes Forderungsmanagement um 1.730 T€ gesenkt werden.

3.2 Finanzlage

Finanzlage und verfügbare Kreditlinie lassen einen nur sehr engen Handlungsspielraum für die Gesellschaft zu, auch wenn sich die Sana Kliniken AG, München, in Zusammenhang mit der Finanzierung der Neubaumaßnahme gegenüber dem Bankenkonsortium zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft verpflichtet hat.

Für die Entwicklung der Finanzlage ist der Finanzbedarf für den Neubau bestimmend. Für das Darlehen in Höhe von 25,6 Mio. € durch das Bankenkonsortium unter der Führung der KfW mussten im Jahr 2008 2.138 T€ Zins und Tilgung aufgebracht werden. Darüber hinaus besteht ein Vertrag über Anlagencontracting und technisches Gebäudemanagement mit der ARGE SKR unter Federführung der Firmen Siemens Building Technologies und Gegenbauer Health Care. Hierin enthalten ist ein Finanzierungsvolumen von ca. 26,4 Mio. € für technische Anlagen. Dieser Vertrag hat eine Laufzeit von 15 Jahren. Im Geschäftsjahr 2008 mussten 2.538 T€ Zinsen und Tilgung aufgebracht werden.

Per 20.02.08 wurde die Sana-Klinikum Remscheid GmbH in den Cash-Pool der Sana Kliniken AG integriert, wodurch das Finanzergebnis durch die guten Refinanzierungskonditionen der Sana Kliniken AG gestützt wird.

3.3 Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2008 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.576 T€ ab. Der im Vergleich zum Vorjahr höhere Verlust resultiert insbesondere aus tariflich bedingten höheren Personalkosten und aus einer 1,5%-Punkten höheren Materialaufwandsquote. Weiterhin wurde das Jahresergebnis 2007 durch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 751 T€ (Geschäftsjahr 2008: 167 T€) positiv beeinflusst.

Zu berücksichtigen ist, dass durch die umfangreiche, ohne Fördermittel finanzierte Neubaumaßnahme das Betriebsergebnis im Bereich der nicht geförderten Abschreibungen mit 3.916 T€ belastet wird.

Die Gesamtleistung in Höhe von 82.035 T€ liegt mit 525 T€ über dem Vorjahresniveau. Innerhalb der Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen konnte der durch die Konvergenzphase bedingte Budgetabzug kompensiert werden. Der Betriebsaufwand bestehend aus Material- und Personalaufwand sowie aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 78.243 T€ liegt, bedingt durch die Erhöhung des Personal- und Materialaufwands, 3.434 T€ über dem Vorjahr.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen hat mit dem Krankenhausgestaltungsgesetz NRW die bisherige Einzelförderung durch eine Baupauschale ersetzt. Mit Bescheid der Bezirksregierung Düsseldorf vom 17.11.2008 sowie Änderungsbescheid vom 01.12.2008 erhält das Sana-Klinikum Remscheid gemäß §§ 17, 18, Abs. 1.1 und 19 KHGG NRW sowie den Vorschriften der PauschKHFVO für das Jahr 2008 eine Baupauschale in Höhe von rd. 1.035 T€. Der Einsatz der Baupauschale erfolgte vollständig zur Finanzierung von Zinsen für die Neubaumaßnahme.

Wesentliche Ursache für das weiterhin negative Ergebnis ist, dass die Belastungen durch die Neubaumaßnahme bisher nicht über eine entsprechende Umsatzsteigerung refinanziert werden konnten.

4. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Sana Kliniken AG hat zur frühzeitigen Erkennung von bestandsgefährdenden Risiken ein konzernweit bei allen Tochtergesellschaften ganzheitliches Risikomanagementsystem eingerichtet, das sowohl die frühzeitige Identifikation und Analyse von Risiken als auch die Ergreifung entsprechender Steuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet eine Vielzahl von Kontrollmechanismen, so z. B. für den Bereich des Liquiditätsmanagements. Das konzernweit gültige Risikomanagementhandbuch enthält verbindliche Regelungen zur Erfassung, Analyse, Bewertung, Steuerung und Überwachung wesentlicher Risiken und sorgt durch seine risikopolitischen Grundsätze für ein konzernweit einheitliches Verständnis des Risikomanagements. Darüber hinaus wird der integrierte Risikomanagementansatz durch eine einheitliche Risikomanagement-Software unterstützt.

Die in der Risikomanagement-Software erfassten Risikomanagement-Informationen werden regelmäßig an den Vorstand der Sana Kliniken AG berichtet. Daneben besteht für wesentliche Risiken eine verpflichtende Ad-hoc-Berichterstattung der Tochtergesellschaften an den Vorstand der Sana Kliniken AG.

Die Konzernrevision überprüft u. a. jährlich die Funktionsfähigkeit des ganzheitlichen Risikomanagementsystems sowie die Einhaltung der Richtlinien.

Ein generelles Risiko ergibt sich für alle Krankenhäuser wie auch das Sana-Klinikum Remscheid aus der Budgetierung der Erlöse. Neben der Anpassung des DRG-Kataloges wird ebenso die Veränderung des Landesbasisfallwertes für Nordrhein-Westfalen aufgrund der Tatsache, dass der krankenhausindividuelle Basisfallwert deutlich über dem landeseinheitlichen Basisfallwert liegt, von größter Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Sana-Klinikum Remscheid GmbH sein.

Neben diesem allgemeinen Erlösrisiko besteht für die Gesellschaft ein weiteres Erlösrisiko durch Nichterreichen der geplanten Leistungen. Durch geeignete Maßnahmen ist darauf hin zu wirken, weiter Vertrauen bei Einweisern und Patienten aufzubauen. Darüber hinaus ist es von großer Bedeutung für das Sana-Klinikum Remscheid, nunmehr kurzfristig - aber auch in mittelfristiger mehrjähriger Planung - den Schwerpunkt auf die Fortentwicklung des Personals zu legen. Hierbei steht sowohl die Verbesserung der Service- und Leistungsqualität als auch die Stärkung der Identifikation der Mitarbeiter mit ihrem Unternehmen und dem Konzern im Vordergrund. Als mit entscheidender Erfolgsfaktor des Sana-Klinikum Remscheid - auch im Vergleich zu den Konkurrenzunternehmen - wird die empathische Zuwendung den Patienten gegenüber angesehen.

Aufgrund der Tarifgebundenheit der Sana-Klinikum Remscheid GmbH, einerseits durch den TVöD und andererseits durch den TV-Ärzte/VKA, besteht ein Risiko durch Tarifierhöhungen, die nicht über die gesetzlich vorgesehene Erhöhung des Krankenhausbudgets über die Veränderungsrate refinanziert werden können.

Soweit sich aus der Behandlung von Patienten Haftungsrisiken ergeben, sind diese über eine bestehende Haftpflichtversicherung nach Einschätzung der Geschäftsführung finanziell abgedeckt.

5. Darstellung von Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Abschluss des Geschäftsjahres

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, die Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf oder die Lage der Gesellschaft haben.

6. Ausblick auf das Geschäftsjahr 2009

Das Geschäftsjahr 2009 steht vor allem unter dem Einfluss der immensen Tarifsteigerungen durch die sich das Klinikum - bei gleich bleibender Vollkräfteanzahl - hinsichtlich der Personalkosten auf dem gleichen Niveau wie vor dem Personalabbau im Jahr 2007 befindet. Dennoch wird für das Geschäftsjahr 2009 gemäß Wirtschaftsplan ein positives Jahresergebnis angestrebt.

Der Schlüssel zur Verbesserung der Ertragslage der Gesellschaft liegt fast ausschließlich im Leistungsbereich. Wie schon im Wirtschaftsplan 2008 beschrieben, steht die Ausgestaltung des Leistungsspektrums auch für das Jahr 2009 im Fokus der Betrachtung. Dabei ist es nicht ausschließlich Ziel, neue Leistungen, eventuell auch höherwertige Leistungen, anzubieten, sondern insbesondere das Basisgeschäft in allen Abteilungen wieder auf das Niveau eines Zentralversorgers zu bringen.

Für das Geschäftsjahr 2009 werden 25.652 vollstationäre Fälle (incl. teilstationärer Dialyse) und daraus resultierend 22.266 CM-Punkte erwartet. Die für das Klinikum durchgeführte Marktanalyse bestätigt das vorhandene Potenzial.

Die geplante Leistungssteigerung wird befördert durch weitere Veränderungen in den medizinischen Abteilungsstrukturen und anstehende Chefarztwechsel in den Abteilungen Gefäßchirurgie sowie Gynäkologie und Geburtshilfe.

Die Geschäftsführung beabsichtigt, im Geschäftsjahr 2009 die Verbesserung der Ertragslage voran zu treiben, um die Sana-Klinikum Remscheid GmbH in die Lage zu versetzen, sich aus eigener Kraft dauerhaft am Markt behaupten zu können und weiterhin eine medizinische Versorgung auf hohem Qualitätsniveau sowie die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern.

Remscheid, den 23.01.2009

gez. Oliver Bredel
Geschäftsführer

3.14 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Allgemeine Unternehmensdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
 Baedekerstraße 5
 45128 Essen
 Tel. 0201 / 243439

Gründungsjahr: 1929

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Stadt Remscheid	1.615,68	1,26
87 weitere Städte, Kreise und sonstige juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts	126.207,29	98,74
<u>Gesamt</u>	<u>127.822,97</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall. Hier hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung

Oberkreisdirektor a.D. Heinz-Eberhard Holl, Osnabrück

Oberbürgermeister a.D. Ernst Löchelt, Bottrop

Verwaltungsrat

Insgesamt 12 Mitglieder

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

Gemäß § 15 Absatz 1 des Gesellschaftsvertrages sind die Gesellschafter verpflichtet, zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gesellschaft Nachschüsse, in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe, zu leisten. Die Nachschüsse der einzelnen Gesellschafter werden nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile festgesetzt.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
Nachschuss zur Deckung lfd. Kosten	0,00	1.616,00	1.616,00

3.15 Wohnungsbaugenossenschaft Remscheid e.G.

Allgemeine Unternehmensdaten

Wohnungsbaugenossenschaft Remscheid e.G.
Wüstenhagener Str. 15a
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 31227

Gründungsjahr: 1949

Beteiligungsverhältnis

Die Stadt Remscheid ist mit 4 Geschäftsanteilen von je 357,90 € an der Genossenschaft beteiligt. Das entspricht einer Beteiligungsquote von ca. 0,62%. Die Anteile wurden im Jahre 2006 zum 31.12.2008 gekündigt.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Zweck der Genossenschaft ist in erster Linie die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen, Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen für ihre Mitglieder. Außerdem kann sie alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben eines gemeinnützigen Wohnungsunternehmens übernehmen.

Organe der Genossenschaft

Vorstand

3 Vorstandsmitglieder

Aufsichtsrat

9 Aufsichtsratsmitglieder

Mitgliederversammlung

Die Stadt Remscheid hat in der Mitgliederversammlung –unabhängig von der Anzahl der Geschäftsanteile- 1 Stimme.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Die Stadt haftet nach § 20 der Satzung mit ihren Geschäftsanteilen. Beschränkte Haftung besteht auf Nachschüsse zur Konkursmasse in Höhe von 1.431,60 €

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Gewinnausschüttung in 2006 und 2007 jeweils 51,22 € in 2008 0,00€

3.16 RW Holding AG, Düsseldorf

vormals: RW Kommunale Finanzbeteiligungs-GmbH

Allgemeine Unternehmensdaten

RW Holding AG
Herzogstr. 15
40217 Düsseldorf
Tel. 0211 / 826-4623

Gründungsjahr: 1992

Die RW Kommunale Finanzbeteiligungs-GmbH an der die Stadt Remscheid mit 10% am Stammkapital beteiligt war, wurde zusammen mit anderen gleichartigen Unternehmen in 2002 rückwirkend zum 31.07.2001 auf die RW Holding AG verschmolzen.

Aktionäre	Gezeichnetes Kapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	411.840,00	0,55
78 weitere Aktionäre, darunter u.a. Beteiligungsgesellschaften, Städte, Kreise, Sparkassen, Landesbanken und Landschaftsverbände	73.951.019,52	99,45
<u>Gesamt</u>	<u>74.362.859,52</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften

	Stück Inhaberstammaktien	in % am Grundkapital
RWE AG	3.000	0,00053
	Stammkapitalanteil	in %
RW Energie-Beteiligungs- gesellschaft mbH Co. KG	49.136 €	33,22

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens sind gemäß § 2 der Satzung der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die damit verbundene Wahrung wirtschaftlicher Interessen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig und nützlich erscheinen.

Organe der GesellschaftVorstand:

2 Mitglieder (mind. 2)

Aufsichtsrat:

9 Mitglieder

Hauptversammlung:**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
Dividendenausschüttung -netto	219.309,83	445.525,62	397.292,07
Steuerguthaben aus Einlage in den BgA "Badeanstalten", Erstattung	57.395,17	119.145,63	106.246,68

3.17 Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft e.G. Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft e.G.
Christianstraße 28
42853 Remscheid
Tel. 02191 / 29999

Gründungsjahr: 1907

Beteiligungsverhältnis

Die Stadt Remscheid ist mit 8 Geschäftsanteilen von je 260,00 € an der Genossenschaft beteiligt. Das entspricht bei 6.623 Anteilen am 31.12.2006 einer Beteiligungsquote von 0,12%. Die Anteile wurden im Jahre 2006 zum 31.12.2008 gekündigt.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Zweck der Genossenschaft ist in erster Linie die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen, Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räumen für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen für ihre Mitglieder. Außerdem kann sie alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben eines gemeinnützigen Wohnungsunternehmens übernehmen.

Organe der Genossenschaft

Vorstand

2 Vorstandsmitglieder

Aufsichtsrat

6 Aufsichtsratsmitglieder

Mitgliederversammlung

Die Stadt Remscheid hat in der Mitgliederversammlung –unabhängig von der Anzahl der Geschäftsanteile- 1 Stimme.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Die Stadt haftet nach § 19 der Satzung mit ihren Geschäftsanteilen. Beschränkte Haftung besteht auf Nachschüsse zur Konkursmasse in Höhe von 780,00 €

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Gewinnausschüttung in den Jahren 2006 – 2008 jeweils: 83,20 €

3.18 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal

Allgemeine Unternehmensdaten

AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal

Korzert 15

42349 Wuppertal

Tel. 0202 / 4042-0

Gründungsjahr: 1971

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Wuppertaler Stadtwerke GmbH	540.435,51	70,47
Stadtwerke Remscheid GmbH	191.478,81	24,97
Stadtwerke Velbert GmbH	34.512,20	4,50
Stadt Wuppertal	255,65	0,03
Stadt Remscheid	255,65	0,03
<u>Gesamt</u>	<u>766.937,82</u>	<u>100,00</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	Beteiligung
	in €	in %
AUTOonline GmbH Informationssysteme	110.000,00	16,6
WVW Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH	25.000,00	100,0
WLG Wertstofflogistik GmbH	25.000,00	49,0
Wuppertal Marketing GmbH	210.000,00	2,4

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erfassung, Sammlung, Beförderung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen, insbesondere der Betrieb von Anlagen für thermische Behandlung von Abfällen. Die Gesellschaft kann weitere Dienstleistungen erbringen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Sie kann darüber hinaus alle sonstigen der Abfallverringerung, -verwertung oder -beseitigung mittelbar oder unmittelbar dienenden Tätigkeiten ausführen und Anlagen planen, errichten und betreiben.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Wolfgang Herkenberg

Dipl.-Ing. Conrad Tschersich

Aufsichtsrat

Klaus-Jürgen Reese	Vorsitzender	
Elke Rühl	1. stellv. Vorsitzende	
Willy Görtz	2. stellv. Vorsitzender	
Frank Braken		
Karlheinz Emmert		
Ralph Güther		
Udo Hellmann		
Johannes Huhn		
Burkhard Mast-Weisz	Stadtdirektor	ab 30.10.2008
Jürgen Müller	Stadtdirektor	bis 11.06.2008
Ingeborg Ockel		
Günter Pott		
Paul-Yves Ramette		
Volker Rösener		
Ursel Simon		
Dr. Johannes Slawig		
Fred Surga		
Hartmut Than		
Oliver Wagner		
Andreas Weigel		

Beratende Mitglieder:

Andreas Feicht
 Dr. Thomas Hoffmann
 Heinz-Werner Thissen

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Betriebswirt VWA Norbert Brosowski.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Bürgschaftsverpflichtungen zum 31.12.2008 14.105.584,30 €

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
Bürgschaftsprovision	2.554,61	1.787,54	878,45

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2006	2007	2008
Mitarbeiter	343	340	373

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

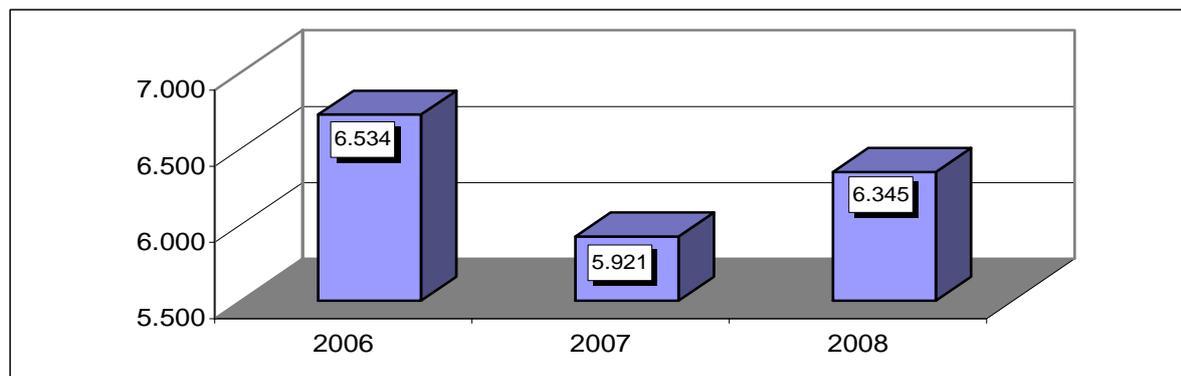
Jahr	2006		2007		2008	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	91	0,05	133	0,08	152	0,09
Sachanlagen	158.276	90,56	146.330	89,60	140.231	87,41
Finanzanlagen	608	0,35	470	0,29	480	0,30
Anlagevermögen	158.975	90,96	146.933	89,97	140.863	87,80
Vorräte	4.071	2,33	4.598	2,82	4.202	2,62
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	10.582	6,05	10.430	6,39	11.851	7,39
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	1.145	0,66	1.341	0,82	3.515	2,19
Umlaufvermögen	15.798	9,04	16.369	10,02	19.568	12,20
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0,00	15	0,01	7	0,00
Aktiva	174.779	100,00	163.317	100,00	160.438	100,00
Gezeichnetes Kapital	767	0,44	767	0,47	767	0,48
Kapitalrücklage/Gewinnrücklage	19.271	11,03	19.271	11,80	19.271	12,01
Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss (+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag (-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	20.038	11,46	20.038	12,27	20.038	12,49
Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.397	1,94	3.410	2,09	3.424	2,13
Rückstellungen	19.985	11,43	21.703	13,29	23.100	14,40
Verbindlichkeiten	131.359	75,16	118.166	72,35	113.876	70,98
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	174.779	100,00	163.317	100,00	160.438	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

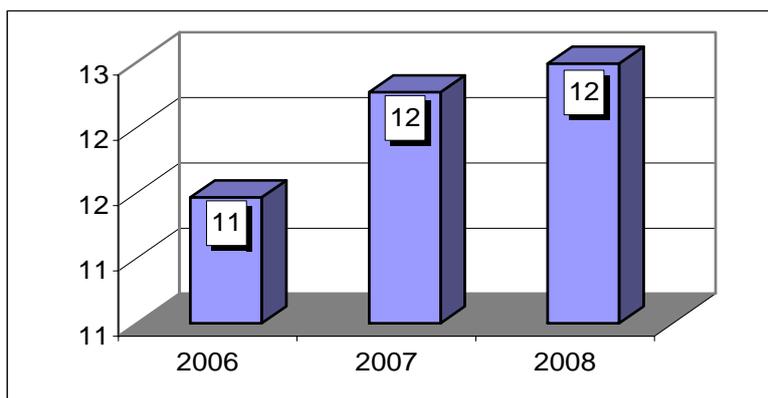
Jahr	2006	2007	2008
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	86.052	85.386	89.750
Erhöhung des Bestandes an Erzeugnissen	0	488	0
Sonstige betriebliche Erträge	1.045	2.277	2.816
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	15	12	29
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	432	580	179
Erträge	87.544	88.743	92.774
Materialaufwand	31.065	31.845	32.243
Personalaufwand	17.842	17.735	18.593
Abschreibungen	14.968	16.059	15.645
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.849	9.218	13.951
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.344	5.680	5.199
Aufwendungen	78.068	80.537	85.631
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.476	8.206	7.143
Außergewöhnliche Erträge	285	0	1.037
Steuern von Einkommen und Ertrag	-2.845	-2.103	-1.652
Sonstige Steuern	-194	-182	-183
Aufwendungen aus Ergebnisabführung	-6.722	-5.921	-6.345
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse (vor Ergebnisabführung)

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	6.722	5.921	6.345

**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

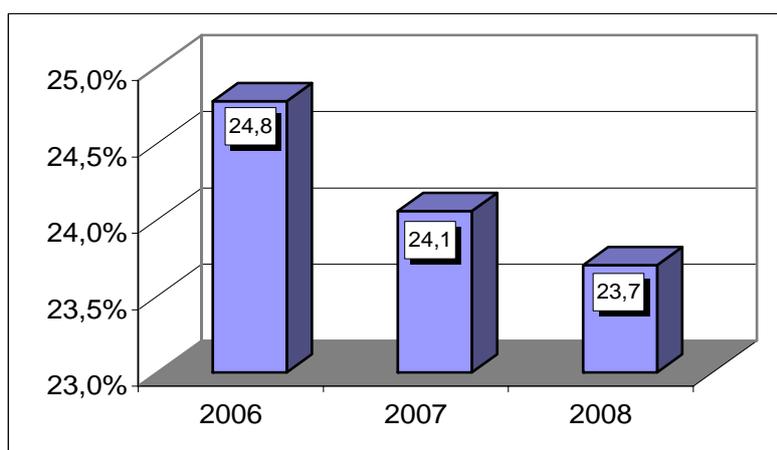
Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	20.038	20.038	20.038
Bilanzsumme	174.779	163.317	160.438
% EK	11	12	12



Cash-Flow

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss*	6722	5291	6345
Abschreibungen	14.968	16.059	15.644
	21.690	21.350	21.989
Gesamterträge	87.544	88.743	92.774
Cash-Flow	24,8%	24,1%	23,7%

*) vor Ergebnisabführung



Lagebericht 2008 (auszugsweise)

1. Allgemeines

Die Städte Wuppertal und Remscheid und damit auch die AWG sind durch die Mitgliedschaft und Zusammenarbeit im Abfallwirtschaftsverband EKOCity entsorgungspolitisch und wirtschaftlich gut aufgestellt. Der Zweckverband wurde 2002 durch die Städte Bochum, Wuppertal, Remscheid und Herne sowie der Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen und dem Regionalverband Ruhr (RVR) als kommunaler Entsorgungsbund gegründet. Zum 1.1. 2006 ist der Kreis Mettmann dem Verbund beigetreten. Die Kooperation zielt u.a. auf die langfristige Sicherung der Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet, und den Erhalt der kommunalen Einflussnahme auf die Ausgestaltung der Abfallwirtschaft und die dauerhafte Auslastung der vorhandenen Anlagenstruktur. Resultat der insgesamt sehr positiven

Entwicklung des Verbands ist, dass die kommunalen Entsorgungspreise und -gebühren in den letzten Jahren weitgehend stabil blieben.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufes

2.1 Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Verbrennungsmenge des MHKW der AWG lag im Jahre 2008 bei rd. 427.000 Mg Abfälle aus Haushalten und Gewerbe. Damit hat die AWG im Berichtsjahr eine ähnlich hohe Verbrennungsleistung erbracht wie in den Vorjahren. Dabei ist das Müllheizkraftwerk (MHKW) der AWG allein mit kommunalem Hausmüll aus dem Einzugsbereich des Abfallwirtschaftsverbands EKOCity weitestgehend ausgelastet. Durch die Zusammenarbeit im EKOCity-Verbund konnten die kommunalen Entsorgungsgebühren sowohl im Berichtsjahr, wie auch im laufenden Jahr, wiederum weitgehend stabil bleiben. Gleichwohl zeigt die Marktentwicklung, besonders in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres, dass die allortigen zu vermerkenden Kapazitätsausweitungen der Müllheizkraftwerke im Bundesgebiet und die Errichtung von neuen Verbrennungskapazitäten, besonders von Ersatzbrennstoffkraftwerken auf Abfallbasis und der Mitverbrennung von Sekundärbrennstoffen, zu einem merklichen Abschwung der Verbrennungspreise für Gewerbemüll führen. Wieder zeigt sich, dass die abfallwirtschaftliche Konstellation der AWG positiv zu bewerten ist, weil die vorhandenen Verbrennungskapazitäten weitestgehend mit langfristig gesicherten kommunalen Mengen aus dem Abfallwirtschaftsverband zu gesicherten Preisen ausgelastet sind.

2.2 Umsatz- und Auftragsentwicklung

Im Bereich der Sammlung und des Transportes sowie der Entsorgung und Verwertung von Abfällen von Haushalten hat die AWG als beauftragter Dritter im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für die Stadt Wuppertal die Aufgaben des kommunalen Entsorgungsträgers übernommen. Durch den zugrunde liegenden Entsorgungsvertrag mit der Stadt Wuppertal sowie durch die abgeschlossenen Verträge im Rahmen der EKOCity-Kooperation sind die Tätigkeiten der AWG langfristig zu kostendeckenden Konditionen abgesichert.

Papier, Pappe und Kartonagen sind, trotz schwankender Preise, gefragte Wertstoffe, die sich besonders gut zur Wiederverwertung eignen. Deshalb sammelt und verwertet die AWG diese Materialien seit vielen Jahren, verfolgt damit das Umweltziel Abfallverwertung und trägt mit den Erlösen zur Abfallgebührenstabilität bei. Die AWG hat im Jahre 2007 den Beschluss gefasst und die organisatorischen, personellen und investiven Voraussetzungen getroffen, um zum 1. Januar 2008 die Sammlungsaktivitäten von Papier, Pappe und Kartonagen im Wuppertaler Stadtgebiet weiter zu intensivieren.

Bisher wurden diese Materialien von den Bürgerinnen und Bürgern zu den ca. 450 Depotcontainerstandorten, bzw. zu den vier Recyclinghöfen gebracht. Ab dem 1. Januar 2008 bietet die AWG zusätzlich zu dem bisherigen „Bringsystem“ ein haushaltsnahes und bürgerfreundliches „Abholssystem“ an. Auf Wunsch kann jeder Wuppertaler Haushalt die Blaue Papiertonne kostenfrei erhalten. Zusätzliche Gebühren für die Entsorgung fallen nicht an. Gewerbebetriebe können bis zu einer Gefäßgröße von 1,1m³ die Blaue Papiertonne ebenfalls kostenlos erhalten. Die Leerung der Blauen Papiertonne erfolgt in einem vierwöchigen Rhythmus.

Für die Wuppertaler wurde 2008 das Angebot der von der AWG betriebenen Recyclinghöfe um einen zusätzlichen neuen Standort in Wuppertal-Barmen erweitert und damit das ursprüngliche Konzept einer flächendeckenden Versorgung vollständig umgesetzt. Mit nunmehr fünf Recyclinghöfen in Wuppertal hat die AWG nun ein umfassendes, wohnort- und bürgernahes Entsorgungsangebot verwirklicht.

Sparte Thermik

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2007 steigerte sich die angelieferte Abfallmenge mit 427.185 Mg (VJ 417.258 Mg) um rd. 10.000 Mg.

Die in diesem Bereich ausgewiesenen Umsätze entwickeln sich planmäßig und resultieren im Wesentlichen aus den abgeschlossenen Pacht- und Betriebsführungsverträgen in Höhe von rd. 56.782,2 T€(VJ 56.981,8 T€).

Weitere wesentliche Erlöse in Höhe von T€5.435,6 (VJ T€5.036,1) wurden durch das Recht zur Vermarktung von Strom und Fernwärme realisiert, welches zu vergleichbaren Konditionen bei EKOCity erworben wurde.

Sparte Sammlung und Transport

Im Berichtsjahr wurden im Bereich Haus- und Sperrmüll 92.019,18 Mg (VJ 92.823,7 Mg) im Stadtgebiet Wuppertal gesammelt bzw. an den Recyclinghöfen abgegeben. Davon wurden 72.423,18 Mg der Verbrennungsanlage zugeführt. Weitere 19.596,0 Mg wurden dem EKOCity-Center Bochum zugeführt.

Die für die Stadt Wuppertal durchgeführte abfallwirtschaftliche Tätigkeit umfasst ein Auftrags- bzw. Umsatzvolumen in Höhe von 9.122,6 T€(VJ 8.861,6 T€).

Durch den Sperrmüllschnellservice sowie die Recyclinghöfe konnte ein Umsatz in Höhe von 363,8 T€realisiert werden.

Bei dem zu entsorgenden Gewerbemüll blieb die Zahl der wöchentlich zu entleerenden Behälter mit 5.850 gegenüber dem Vorjahr mit 5.941 weitestgehend konstant. Gleichzeitig konnte jedoch die Zahl der Frontumleerbehälter von rd. 220 im Vorjahr auf rund 260 gesteigert werden.

Die weiteren Erlöse resultieren im Wesentlichen aus der Vermarktung (1.903,6 T€) von Altpapier und Altkleider (153,0 T€) sowie der Entsorgung von Schadstoffen (54,5 T€). Zusätzlich konnten Transportumsätze in Höhe von 1.032,7 T€generiert werden.

Sparte Autorecycling

Die Umsatzerlöse in der Sparte Autorecycling konnten mit 2.901,3 T€ gegenüber dem Vorjahr (2.435,8 T€) um rund 19 % gesteigert werden. Diese Steigerung ist maßgeblich durch den Verkauf von Teilepaketen sowie den gesteigerten Schrotterlös geprägt.

2.3 Beschaffung

Die von der AWG für die Beschaffung notwendigen Märkte (Anlagen- sowie Verbrauchsgüter) lassen aus heutiger Sicht keinen Schluss auf Mengen- und Preisrisiken zu. Der Lagerbestand von Ersatzteilen und Magazinmaterial blieb mit 3.765,0 T€gegenüber dem Vorjahr (3.709,2 T€) konstant.

2.4. Investitionen

Sparte Thermik

Im Bereich des Müllheizkraftwerkes wurden im Berichtsjahr Investitionen in Höhe von 6.879,8 T€durchgeführt. Unter anderem wurden die bereits in 2007 begonnenen Maßnahmen der Modernisierung einer neuen Rauchgasreinigungslinie fertig gestellt und in Betrieb genommen.

Weiterhin wurden wesentliche Teile der Leittechnik erneuert. Zusätzlich wurde mit den Maßnahmen zur Erneuerung der 10 KV Anlage begonnen. Der Abschluss dieser Maßnahme ist für März 2009 beabsichtigt.

Sparte Sammlung und Transport

Für notwendige Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Betriebsausstattung sowie für die Errichtung des 5. Recyclinghofes wurden insgesamt rd. 2.651,7 T€investiert.

2.5. Finanzierungsmaßnahmen

Im Jahr 2008 wurden zwei langfristige Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 10.000 T€ und einer zehnjährigen Zinsbindung aufgenommen.

Zu den Bilanzkennziffern wird auf den Punkt Darstellung der Lage - Unternehmenskennzahlen verwiesen.

2.6 Personal- und Sozialbereich

Der Mitarbeiterstand per 31.12.2008 beträgt 373.

Der gesamte Personalaufwand betrug im Berichtsjahr 18.592,9 T€

Dieser teilt sich wie folgt auf:

	<u>Personalaufwand</u>	<u>Sozialabgaben</u>
Thermik	6.605,8	1.953,7
Sammlung und Transport	7.337,9	2.207,5
Autorecycling	377,9	109,9

2.7 Umweltschutz

Der Standort der Verbrennungsanlage, Korzert 15, unterzog sich im Jahre 2008 im Rahmen eines Audits einer freiwilligen Wiederholungsprüfung hinsichtlich der Kriterien der Entsorgungsfachbetriebsverordnung durch die TÜV Umwelt Cert GmbH. Das Zertifikat zum Entsorgungsfachbetrieb wurde erneut erteilt.

Die gem. Bundesemissionsschutzgesetz zu messenden Schadstoff- und Verbrennungsbedingungen liegen vor und werden wie durch den Genehmigungsbescheid gefordert, veröffentlicht und der Bezirksregierung vorgelegt.

Des Weiteren erfolgte im Berichtsjahr die erneute Zertifizierung für die Standorte Klingelholl 80-84 sowie Deutscher Ring (Autorecycling) zum Entsorgungsfachbetrieb durch Lloyds Quality Assurance GmbH bzw. CER QMS Qualifizierungsstelle.

2.8 Wichtige Vorgänge

Im Zuge der weltweiten Finanzkrise ist die American International Group, New York (AIG), der sogenannte Garantiegeber der US-Lease-Transaktion, im Rating herabgestuft worden. Gemäß den Vorgaben der vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit der US-Lease-Transaktion von 1999 entstand nach den Verträgen für AWG die Verpflichtung, die Eigenkapital-Erfüllungsübernahme (E-PUA) durch eine vergleichbare Erfüllungsübernahme (PUA) eines „AAA1Aaa“ gerateten und durch die Investoren akzeptierten Finanzinstituts zu ersetzen (Ersatz-PUA).

Entsprechend den Gesellschafterbeschlüssen der AWG, die noch in 2008 gefasst wurden, wurde die Geschäftsführung beauftragt, notwendige Schritte zu einer vorzeitigen Beendigung der Transaktion in die Wege zu leiten. In diesem Fall wäre es nicht notwendig gewesen, die durch die AIG eingetretene Vertragsstörung zu beseitigen, da die gesamte Transaktion abgewickelt worden wäre.

Auf Grund eines veränderten Zahlungsverhalten seitens „AIG“ ab Mitte Dezember 2008 wurde dieser Weg aus wirtschaftlichen Gründen nicht weiter verfolgt. Vor diesem Hintergrund waren weitere Alternativen auch im Hinblick auf ihre Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Im Ergebnis stellte sich heraus, dass die Gestellung Sonstiger Sicherheiten die für die Gesellschaft günstigste Variante ist. Die amerikanischen Investoren haben sich bereit erklärt, statt des Austausches und der „Gestellung eines Ersatz PUA's“ auch einen „Letter of Credit“ (LOC) zugunsten des Trustes einer möglichst mit AAA (S&P) gerateten Bank zu akzeptieren. Für die AWG bietet diese Lösung eine Flexibilität, um zu einem späteren Zeitpunkt das E-PUA aufzuheben und die Transaktion vorzeitig beenden zu können.

Zur Gestellung eines solchen „Letter of Credit“ liegt ein gemeinsames Angebot der

KfW/NRW-Bank vor. Dieser „LoC“ hat zunächst eine Laufzeit von zwei Jahren mit einer Verlängerungsoption. Um den im Verfahren beteiligten Städten Wuppertal und Remscheid eine Flexibilität zu gewährleisten ist der LoC jederzeit mit kurzer Frist kündbar. Durch den Letter of Credit wird sichergestellt, dass sich der amerikanische Investor bei Vertragsstörungen direkt an die KfW/NRW-Bank zwecks Befriedigung seiner Ansprüche wenden kann.

Die endgültige Unterzeichnung der notwendigen Verträge ist für Mitte Mai 2009 geplant. Zum Berichtszeitpunkt liegen die notwendigen Ratsbeschlüsse der Gesellschafterstädte, die Stellungnahme der Bezirksregierung entsprechend § 87 Gemeindeordnung NRW sowie die Legitimationsunterlagen der Unterzeichner vor. Das noch ausstehende beihilferechtliche Gutachten wurde durch die KfW beauftragt und wird für Anfang Mai erwartet.

Insoweit geht die Geschäftsführung der AWG davon aus, dass die Unterzeichnung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit im Mai 2009 stattfinden wird. Seitens der Gesellschaft wurden hierfür alle notwendigen Voraussetzungen getroffen.

Eine materielle Erhöhung der Risiken aus der US-Lease-Transaktion von 1999 entsteht durch den Auftrag zur Stellung eines Letter of Credit und die Übernahme der Deckungsverpflichtung gegenüber der KfW/NRW-Bank weder für die AWG noch die Städte Wuppertal und Remscheid.

Die AWG hält weiterhin daran fest, die US-Lease-Transaktion möglichst vorzeitig zu beenden. Mit Hinblick auf den erwarteten „LoC“ steht dann ein angemessenes Zeitfenster zu einer vorzeitigen Beendigung zur Verfügung, wenn es wirtschaftlich sinnvoll ist.

3. Darstellung der Lagen

(hier nicht wiedergegeben, siehe wirtschaftliche Unternehmensdaten aus Beteiligungsbericht)

4. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Entsprechend dem aufgestellten Risikokatalog ergeben sich folgende wesentliche Risiken für das Unternehmen.

4.1 US-Lease-Service-Contract-Finanzierung

Die Gesellschaft hat am 6./7.12.1999 mit einem US-Trust eine US-Lease-Service-Contract-Finanzierung abgeschlossen. Die Verträge sehen im Falle einer Vertragsverletzung durch die AWG eine Auflösung der Verträge sowie eine dadurch resultierende Entschädigungsleistung vor. Diese ist abhängig vom Zeitpunkt der Vertragsauflösung, den dann bestehenden Zinssätzen und Dollarkursen und kann bis zum mehrfachen des aus diesem Geschäft seinerzeit erzielten Barwertvorteils betragen.

Wegen der, aus evtl. auftretenden Vertragsstörungen entstehenden Risiken, wurde seinerzeit als Vorsorge ein Risikomanagementsystem eingeführt. Dieses System liegt im Verantwortungsbereich der Geschäftsführung und wurde in Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern der AWG, den Arrangeuren des US-Lease-Transaktion und den Rechtsberatern der AWG erstellt. Entsprechend den Vorgaben dieses Managementsystems erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsführung an den Aufsichtsrat und die Gesellschafter. Zur weiteren Reduzierung eventueller Risiken wurde in 2005 ein Beratungsvertrag abgeschlossen.

Zu der aktuellen Entwicklung verweisen wir auf TZ 2.8. dieses Lageberichts.

4.2 EKOCity

Durch den Abschluss der Pacht- und Betriebsführungsverträge im Jahr 2003 wurde die Auslastung der Verbrennungsanlage und damit eine kostendeckende Erlössituation und ein entsprechender Unternehmensertrag langfristig gesichert.

5. Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres (289 HGB)

Es liegen keine berichtspflichtigen Vorgänge vor.

6. Voraussichtliche Entwicklung

Hierzu verweisen wir auf die Ausführungen unter Punkt 4.2

Wuppertal, im April 2009

Die Geschäftsführung

3.19 RWE Aktiengesellschaft

Allgemeine Unternehmensdaten

RWE Aktiengesellschaft
 Opernplatz 1
 45128 Essen
 Tel. 0201 / 1200

Gründungsjahr: 1898

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Kapital (Grundkapital)						
	Gesamt			Stadt Remscheid		
	Stück in Tsd.	Betrag in Mio. €	in %	Stück	Betrag in €	%
Stammaktien	523.405	1.340	93,1	108.980	278.988,80	0,021
Vorzugsaktien	39.000	100	6,9	0	0	
Summe	562.405	1.440	100	108.980	278.988,80	0,019

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

64 wesentliche Beteiligungen im In- und Ausland in den Bereichen Energie, Bergbau und Rohstoffe, Mineralöl und Chemie, Wasser und Entsorgung.

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Beschaffung und Erzeugung von sowie Versorgung und Handel mit Energie und Energieträgern einschließlich des Baus, des Betriebs und der sonstigen Nutzung von Transportsystemen für Energie und Energieträger;
- Umweltdienstleistungen und –technik einschließlich der Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser;
- Aufsuchung, Gewinnung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen sowie von chemischen und petrochemischen Erzeugnissen;
- Elektro-, Gebäude- und Kommunikationstechnik, Elektronik, sonstiger Maschinen-, Anlagen- und Gerätebau sowie Erbringung von Ingenieurleistungen;
- Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Bauten aller Art sowie Erbringung von Gebäudeleistungen;
- Telekommunikation, Datenübertragung sowie Dienstleistungserbringung und Handel auf elektronischem Wege;
- Immobilienwirtschaft;
- Handel, Logistik, Transport und Erbringung weiterer Dienstleistungen insbesondere auf den vorbezeichneten Geschäftsfeldern.

Organe der Gesellschaft

- Vorstand
- Aufsichtsrat
- Ausschüsse des Aufsichtsrats
- Wirtschaftsbeirat
- Hauptversammlung

Vertreter der Stadt Remscheid in der Hauptversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Stadtdirektor Jürgen Müller, der Herrn Norbert Brosowski Untervollmacht erteilt hat.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
Dividendenachschüttung - netto -	372.602,30	300.948,27	270.853,45
Steuerguthaben aus Einlage in den BgA Beadeanstalten Erstattung	99.643,95	80.481,73	72.433,55

4.1 EWR GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

EWR GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2001

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	14.000.000,00	80,0
Thüga Aktiengesellschaft	3.500.000,00	20,0
<u>Gesamt</u>	<u>17.500.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Bergische Trinkwasser-Verbund-GmbH	22.000,00	22,0
EWR Netz GmbH	100.000,00	100,0

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die sichere, preiswürdige und umweltschonende Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme und Telekommunikation sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben der Ver- und Entsorgung übernehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten und ferner Unternehmens- und Interessengemeinschafts- sowie sonstige Kooperationsverträge – auch außerhalb des Versorgungsbereichs – abschließen.

Die Gesellschaft soll innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes neue Geschäftsfelder entwickeln und Dienstleistungen anbieten und durch sie eine wirtschaftlich vertretbare Vermeidung unnötigen Energie-, Material- und Stoffverbrauchs sowie die Verminderung umweltschädigender Emissionen erreichen, um so einen Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Manfred Schwick, Vorsitzender	Ratsmitglied	
Hans-Peter Meinecke, 1. stellv. Vorsitzender	Ratsmitglied	
Lothar Weischet, 2. stellv. Vorsitzender		
Thomas Blicke		ab 02.04.2008
Helmut Börsch		
Ulrich Erkens		ab 11.06.2008
Susanne Fiedler	Ratsmitglied	
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied	
Klaus Kandulski		bis 01.04.2008
Andreas Karthaus		
Dr. Herbert Rüben		
Gabriele Schoffhauser		
Dr. Matthias Schütte		
Achim Südmeier		
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin	
Hans-Herbert Wilke	Ratsmitglied	
Ewald Woste		bis 10.06.2008

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
Konzessionsabgabe	7.854.447,54	7.827.000,00	7.855.412,56

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2006	2007	2008
Mitarbeiter/-innen	280	276	255

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Leistungsdaten des Unternehmens

Betriebsbereich	Leistung	2006	in %	2007	in %	2008	in %
Stromversorgung	Stromabsatz Mio.kWh	561,4	-9,5	545,3	-2,9	523,2	-4,1
	Umsatz T€	60.039	-1,9	65.618	9,3	61.224	-6,7
Gasversorgung	Gasabsatz Mio. kWh	1.153	-2,4	1.061	-8,0	1.143	7,7
	Umsatz T€	55.188	16,1	45.972	-16,7	47.550	3,4
Wasserversorgung	Wasserabsatz Mio. cbm	7,0	2,9	6,9	-1,4	6,7	-2,9
	Umsatz T€	15.709	5,1	16.297	3,7	14.953	-8,2
Wärmeversorgung	Wärmeabsatz Mio. kWh	39,5	2,9	39,6	0,3	41,8	5,6
	Umsatz T€	3.317	26,0	3.276	-1,2	2.632	-19,7
	Gesamtumsatz T€	134.253	6,2	131.163	-2,3	126.359	-3,7

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

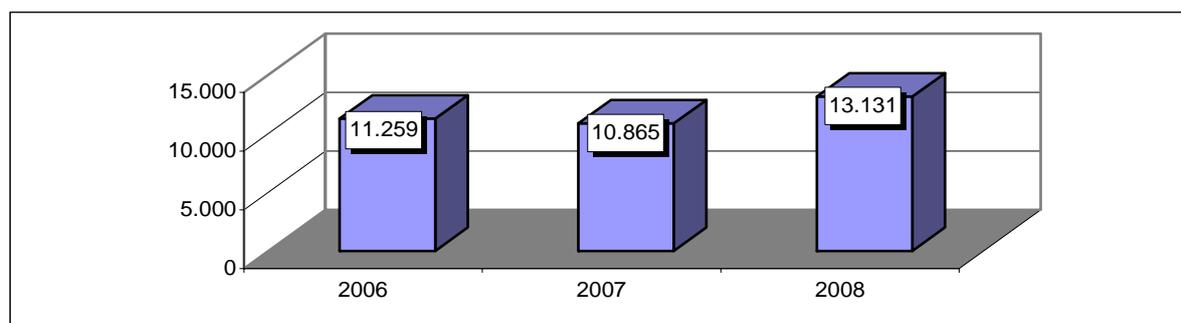
Jahr	2006		2007		2008	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.726	1,08	1.439	0,91	1.292	0,75
Sachanlagen	80.875	50,66	76.811	48,83	72.585	42,08
Finanzanlagen	28.772	18,02	28.757	18,28	28.761	16,67
Anlagevermögen	111.373	69,77	107.007	68,03	102.638	59,51
Vorräte	1.490	0,93	1.316	0,84	1.329	0,77
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	41.517	26,01	33.715	21,43	56.633	32,83
Wertpapiere	0	0,00	1	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	4.005	2,51	14.094	8,96	10.816	6,27
Umlaufvermögen	47.012	29,45	49.126	31,23	68.778	39,87
Rechnungsabgrenzungsposten	1.247	0,78	1.164	0,74	1.070	0,62
Aktiva	159.632	100,00	157.297	100,00	172.486	100,00
Gezeichnetes Kapital	17.500	10,96	17.500	11,13	17.501	10,15
Kapitalrücklage	66.316	41,54	66.316	42,16	66.316	38,45
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	83.816	52,51	83.816	53,29	83.817	48,59
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	9.292	5,82	8.219	5,23	7.187	4,17
Rückstellungen	5.709	3,58	6.860	4,36	7.171	4,16
Verbindlichkeiten	60.807	38,09	58.400	37,13	74.311	43,08
Rechnungsabgrenzungsposten	8	0,01	2	0,00	0	0,00
Passiva	159.632	100,00	157.297	100,00	172.486	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

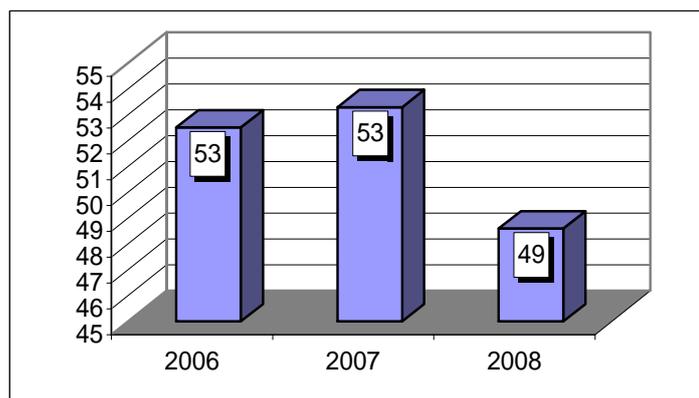
Jahr	2006	2007	2008
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	151.534	147.883	155.443
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	133	-139	18
Andere aktivierte Eigenleistungen	329	342	289
Sonstige betriebliche Erträge	26.100	26.426	23.881
Erträge aus Gewinnabführung	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen/verb. Unternehmen	2	2	2
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	307	532	775
Erträge	178.405	175.046	180.408
Materialaufwand	124.283	120.516	111.616
Personalaufwand	15.261	14.505	15.093
Abschreibungen	8.108	7.806	7.158
Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.320	15.217	17.485
Aufwendungen aus Verlustübernahme	1.195	2.724	12.754
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.390	1.116	1.007
Aufwendungen	165.557	161.884	165.113
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.848	13.162	15.295
Sonstige Steuern	-1.589	-2.297	-2.164
Gewinnabführung an Organträger	-11.259	-10.865	-13.131
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse bzw. Höhe der Gewinnabführung

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Gewinnabführung	11.259	10.865	13.131

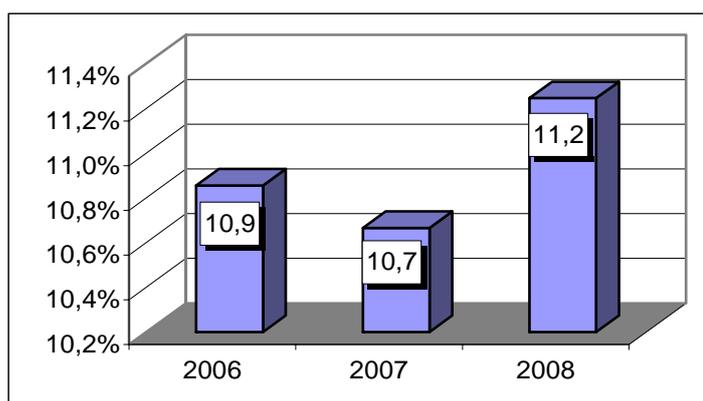
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	83.816	83.816	83.816
Bilanzsumme	159.632	157.297	172.486
% EK	53	53	49



Cash-Flow

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Erg.v.Gewinnabf.	11.259	10.865	13.131
Abschreibungen	8.108	7.806	7.158
	19.367	18.671	20.289
Gesamterträge	178.405	175.046	180.408
Cash-Flow	10,9%	10,7%	11,2%



Lagebericht 2008

Allgemeines

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise treffen derzeit mit voller Wucht auch das bergische Städtedreieck. Die Auftragseingänge brechen abrupt und kräftig ein, speziell die exportorientierte bergische Industrie ist in einen Abwärtssog geraten. Am Ende 2008 wurden die Jahresdaten noch durch das ausgesprochen starke erste Quartal aus 2008 positiv beeinflusst, nach einhelliger Meinung werden sich - trotz der staatlichen Konjunkturpakete - die tiefgreifenden Veränderungen in der Wirtschaft erst im Verlauf des Jahres 2009 zeigen.

Der Arbeitsmarkt in der Region zeigte sich rückblickend in relativ stabiler Verfassung; die Arbeitslosenquote in Remscheid verbesserte sich zum Jahresende gegenüber Dezember 2007 leicht von 8,3 % auf 8,2 %. Der Jahreseinstieg 2009 ist wie überall auch in der bergischen Wirtschaft von einer schwachen Nachfrage geprägt und kehrt inzwischen die positive Arbeitsmarktlage um. Für den weiteren Jahresverlauf zeigen sich gesamtwirtschaftlich nur wenige Hoffnungsschimmer.

Die Dynamik am Energiemarkt hat zugenommen. Bei der Energiebeschaffung wurden geradezu rasante Preisentwicklungen verzeichnet. Für unsere Branche und damit auch für die

EWR haben die regulatorischen Eingriffe der Bundesnetzagentur bzw. der Landesregulierungsbehörden und die damit verbundenen Kürzungen der Netznutzungsentgelte den Wettbewerbsdruck intensiviert. Die auf freiwilliger Basis im September 2005 rechtlich unbündelten Netzbereiche Strom und Gas finden sich in der 100 %igen Tochtergesellschaft, der EWR Netz GmbH, wieder. Die im Eigentum der EWR GmbH stehenden Strom- und Gasversorgungsnetze sind im Rahmen eines Verpachtungs-/Dienstleistungsmodells an die Gesellschaft verpachtet. Alleiniger Gesellschafter ist die EWR GmbH.

Die technische und kaufmännische Betriebsführung der Gesellschaft wird über einen geschlossenen Dienstleistungsvertrag von der EWR GmbH wahrgenommen.

Der nach der Gemeindeordnung NW geforderten Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung sind wir nachgekommen. Den im Gesellschaftszweck der EWR formulierten Zielen, eine sichere, preiswürdige und umweltschonende Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern, haben wir voll entsprochen.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Trotz Ausweitung des Wettbewerbs in der Stromwirtschaft und dem Gasmarkt können wir im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder insgesamt auf eine solide Geschäftsentwicklung der Gesellschaft blicken. Erfreulich präsentierte sich insbesondere die Absatzentwicklung in der Gassparte nach Rückläufen in den Jahren 2006 und 2007. Die Gesamterlöse der Gesellschaft stiegen gegenüber dem Vorjahr um ca. 5,1 % auf 155,4 Mio. € Davon entfielen auf Energie- und Wasserlieferungen 143,4 Mio. € (+ 9,4 %). Während ausschließlich höhere Stromeinstandspreise den Umsatzanstieg von 1,8 % in diesem Segment auslösten, wuchsen die Erlöse in der Gasversorgung sowohl absatz- als auch preisbedingt kräftig um 23,2 %.

In der Stromsparte unterschreiten wir mit dem Absatz von 523,2 Mio. kWh den Wert des Jahres 2007 um 22,1 Mio. kWh oder 4,1 %. Besonders das vierte Quartal 2008 trug witterungsbedingt zu dem starken Gasabsatz bei, der mit 1.142,9 Mio. kWh um 7,7 % das Volumen des Vorjahres übersteigt. Der stetige Abwärtstrend im Wasserverbrauch - tendenziell rückläufige Einwohnerzahlen und Einsparanstrengungen auf allen Ebenen - hielt mit 6,7 Mio. m³ im Berichtsjahr an und drückt sich in einem Rückgang von 2,2 % aus. Die Wärmeversorgung konnte sich wieder gut behaupten. Witterungsbedingungen und der weitere Zugewinn neuer Kunden sorgten für einen Absatz von insgesamt 41,8 Mio. kWh oder + 5,5 %.

Die nachfolgende Tabelle fasst rechnerisch die Veränderungen im Absatz- und Umsatzbereich der reinen Energie- und Wasserversorgung gegenüber dem Vorjahr zusammen:

		Absatz	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Erlöse *) Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Stromversorgung	Mio. kWh	523,2	./. 4,1	66,8	+ 1,8
Gasversorgung	Mio. kWh	1.142,9	+ 7,7	56,6	+ 23,2
Wärmeversorgung	Mio. kWh	41,8	+ 5,5	3,9	+ 19,4
Wasserversorgung	Mio. m ³	6,7	./. 2,2	16,1	./. 1,2
Gesamt				143,4	+ 9,4

*) einschl. Eigenverbrauch, ohne Nebengeschäfte und Auflösung Baukostenzuschüsse

Das Jahresergebnis der EWR schließt vor Gewinnabführung über alle Sparten und nach Ertragsteuern mit einem Gewinn in Höhe von etwa 13,1 Mio. € ab und überschreitet damit den Vorjahreswert um beachtliche 2,3 Mio. €

Die Konzessionsabgabe - abgeleitet von den Absatzmengen für Strom und Gas sowie den Wassererlösen - wurde wieder preis- und steuerrechtlich vollständig erwirtschaftet und liegt mit etwa 7,8 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres. Auf der Basis des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages wird der Jahresgewinn von 13,1 Mio. € (i. Vj. 10,9 Mio. €) vor Abzug der Ausgleichszahlung an die Minderheitsgesellschafterin Thüga Aktiengesellschaft, München, an die Muttergesellschaft Stadtwerke Remscheid GmbH abgeführt.

Beschaffung

Die Bezugskosten für Strom und Gas fielen ausgesprochen unterschiedlich aus. Während gegenüber dem Vorjahr die absoluten Strombeschaffungskosten - ohne Netznutzungsentgelte - trotz gesunkener Vertriebslast von mehr als 4 % nur um 3 % sanken, stieg der Aufwand aus der Gasbeschaffung mengenbereinigt um nahezu 25 % als Folge der an die Ölpreisentwicklung gekoppelten Preise. Einschließlich des Materialverbrauchs, der Brenn- und Treibstoffe, der bezogenen Lieferungen und Leistungen - hierzu sind auch die Netzentgelte der EWR Netz GmbH einschließlich der einmaligen Gutschrift für Strom- und Gasentgelte auf Basis des BGH-Vattenfall-Urteils zu rechnen - beansprucht der gesamte Materialaufwand in 2008 eine Größenordnung von 111,6 Mio. €

Personalbereich

Zum 31.12.2008 beschäftigte die EWR 271 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit 5 Belegschaftsmitglieder weniger als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Die Zahl der kostenrelevanten Vollzeitkräfte hat sich zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr ebenfalls verringert und zwar von 252 Personen auf 249 Personen. Zum Jahresende befanden sich 17 junge Menschen (19 i. Vj.) in einem Ausbildungsverhältnis. Das entspricht - auf die Belegschaftszahl zum 31.12. ohne Auszubildende bezogen - einer Ausbildungsquote von 6,7 %.

Die Personalkosten nehmen traditionell den zweiten Platz im Aufwandsbereich der Ergebnisrechnung ein. Auf diese Kostengröße entfielen 15,1 Mio. € und damit - trotz geringerer Anzahl der Belegschaftsmitglieder - als Folge tariflicher Erhöhungen etwa 0,6 Mio. € höhere Aufwendungen als im Jahr 2007. Der Personalaufwand macht 8,5 % (Vorjahr 8,4 %) der betrieblichen Erträge aus.

Umwelt-, Arbeitsschutz und Qualitätsmanagement

Die Aufgabenbereiche Umwelt-, Arbeitsschutz-, Qualitätsmanagement gehören unabdingbar zu einer verantwortungsvollen Unternehmenspolitik. Ein schon vor Jahren aufgebautes, integriertes Managementsystem wird zentral für alle Gesellschaften des „Konzerns Stadtwerke Remscheid“ betreut. Wesentliche Triebfedern für den kontinuierlichen Verbesserungsprozess sind dabei unsere mit sehr gutem Ergebnis verlaufenen Zertifizierungen nach DIN EN ISO 9001:2000 und 14.001. Die Erneuerung der Zertifizierungen wurde im Jahr 2008 vor dem Hintergrund der geplanten Fusion mit den Stadtwerken in Solingen und Velbert ausgesetzt, sie ist aber für das Ende des Jahres 2009 geplant.

Arbeitsschutz ist ein stets im Focus der Managementaufgaben stehendes Thema. Die Anzahl der Arbeitsunfälle hat sich von 9 im Vorjahr auf aktuell 3 - davon 2 meldepflichtig - reduziert. Weitaus erfreulicher ist die damit verbundene Abnahme der hierdurch verursachten Fehltag. Diese verminderten sich von 100 auf 6. Im Mittel reduzierten sich die Ausfalltage von 11 auf etwa 2 je Unfall. Im Konzern registrierten wir 16 meldepflichtige Unfälle gegenüber 25 im Jahr zuvor. Wir richten nach wie vor unser Augenmerk verstärkt auf die Prävention.

Risiken und Chancen

Das zentrale Risikofrüherkennungssystem ist integraler Bestandteil unserer Managementsysteme und wird von der EWR aus konzernweit eingesetzt. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht des Risikomanagements gegeben. Das Risikofrüherkennungssystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die überwiegende Anzahl der Risiken werden in der Prioritätsklasse C geführt, die im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Schadenhöhe die geringste Bedeutung hat. Die bei der Landesregulierungsbehörde beantragten Netznutzungsentgelte für Strom und Gas wurden im November 2007 bzw. Dezember 2007 beschieden. Seit Beginn des Jahres 2009 befinden wir uns in der Phase der Anreizregulierung. Die Absenkung der Entgelte haben wir der Bedeutung entsprechend noch als Risiko der Prioritätenklasse B bewertet. Andere Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt. Die Auswirkungen der Netzentgeltkürzungen haben sich auf die Höhe der Pacht- und Dienstleistungsentgelte niedergeschlagen mit der Folge, dass zwingend neue Wege in der Betriebsführung gefunden werden müssen. Nach dem Scheitern des Rheinisch-Bergischen Stadtwerke-Verbundes im Dezember 2008 haben wir aktuell eine Kooperationsuntersuchung bezogen auf eine gemeinsame Netzgesellschaft mit den Stadtwerken Solingen gestartet. Ziel ist es, über die Harmonisierung von Geschäftsprozessen und die Neuausrichtung des Assetmanagements noch Kostensenkungspotenzial zu identifizieren und zu heben.

Investitionen und Finanzierung

Im Jahr 2008 wurden rund 4,1 Mio. € in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert und damit im Vergleich zum Vorjahr insgesamt etwa 0,3 Mio. € weniger Finanzmittel für Investitionen eingesetzt. Auch gegenüber unserer Wirtschaftsplanung blieb das Investitionsvolumen über alle Sparten zurück, und zwar um 1,2 Mio. €

Von den verausgabten Investitionen für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen entfielen etwa 54 % auf die Stromversorgung, knapp 11 % auf die Gasversorgung, ca. 7 % flossen in die Wasserversorgung und rund 10 % wurden in die Wärmeversorgung investiert. Auf die gemeinsamen und zentralen Bereiche entfielen annähernd 18 % der Finanzmittel. Zur vollständigen Finanzierung der Investitionen konnte auf die erwirtschafteten Abschreibungen zurückgegriffen werden.

Ausblick

An der noch insgesamt relativ stabilen Konjunkturlage in Verbindung mit Absatz fördernden witterungsbedingten Einflüssen haben wir im Jahr 2008 noch profitieren können. In den ersten drei Monaten des neuen Jahres 2009 bläst uns der Wind spürbar stärker entgegen. Zwar förderten die winterlichen Verhältnisse den Gas- und Wärmeabsatz, allerdings sind die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise und der damit verbundenen dramatisch rückläufigen Auftragslage auch im Strom- und Gaseinsatz unserer industriellen Kunden zu verzeichnen. Die Dynamik im Strommarkt und die damit verbundene Wechselbereitschaft der Kunden nehmen weiter zu. Im Strombereich bewegen wir uns in den ersten drei Monaten im Absatz spürbar unterhalb unserer Planansätze, auf der Gasseite sorgt der lang anhaltende Winter noch für positive Abweichungen. Insgesamt gesehen können wir aus der Entwicklung des ersten Quartals 2009 noch keinen hinreichenden Aufschluss über den weiteren Verlauf des neuen Geschäftsjahres geben.

Die bei unserer Netzgesellschaft für 2009 zu erwartenden Netzentgeltkürzungen konnten in der für das neue Geschäftsjahr aufgestellten Wirtschaftsplanung wesentlich besser

eingeschätzt werden als in der Vergangenheit. Die damit verbundene relative Planungssicherheit erstreckt sich in der ersten Phase der Anreizregulierung bis zum Ende der Jahre 2012 (Gas) bzw. 2013 (Strom). Im Hinblick auf weitere in den nächsten Jahren zu erwartende Netzentgeltkürzungen werden in 2009 in der EWR Netz GmbH und der EWR GmbH weitere Projekte zur mittel- und langfristigen Optimierung der Netzstrukturen und Netzkosten angestoßen.

Die angestrebte Fusion der Stadtwerke Solingen, Velbert und Remscheid zum „Rheinisch-Bergischen Stadtwerke-Verbund“ (RBSV) sind kurz vor der Umsetzung im Dezember 2008 gescheitert. Als Alternative wird mit den Stadtwerken Solingen die Gründung einer gemeinsamen Netzgesellschaft angestrebt. Die Arbeiten zur Konzeption einschließlich Beurteilung der wirtschaftlichen Auswirkungen wurden mit Zustimmung der Aufsichtsgremien beider Städte im Frühjahr 2009 aufgenommen und sollen nach dem Sommer einer endgültigen Beschlussfassung zugeführt werden.

Das Investitions- und Instandhaltungsprogramm 2009 und Folgejahre wird sich in der Strom- und Gasversorgung uneingeschränkt an den finanziellen Spielräumen orientieren, die von den Regulierungsbehörden vorgegeben werden. Derzeit rechnen wir im nunmehr laufenden Geschäftsjahr noch mit einem Investitionsvolumen von knapp 5,4 Mio. €, das im wesentlichen im Auftrag unserer Tochter, der EWR Netz GmbH als Pächterin der Strom- und Gasversorgungsnetze, umgesetzt werden soll. Darüber hinaus verfolgen wir aktuell das Ziel, uns im Verbund mit anderen Stadtwerken langfristig an Investitionsprojekten in der regenerativen Energieerzeugung - Stichwort „Green Gecco“ - zu beteiligen.

Das Spannungsfeld gegensätzlicher Interessenslagen und Entwicklungen gewinnt an Intensität:

- Eine weltweite Wirtschaftskrise, die auch das bergische Städtedreieck nicht verschont und damit auch unserem Unternehmen sinkende Absätze und Erlöse beschert,
- der Wunsch unserer Kunden nach hoher Versorgungssicherheit und gleichzeitig preiswerter Energie,
- die Ertragserwartungen unserer Gesellschafter
- und nicht zuletzt die Sorge unserer Mitarbeiter um ihren Arbeitsplatz.

All unsere Aktivitäten verfolgen das Ziel, geeignete Lösungen und Maßnahmen zur Bewältigung der konkurrierenden Anforderungen zu entwickeln. Dabei achten wir darauf, unsere „internen Kunden“, also unsere Mitarbeiter, mitzunehmen und in die notwendigen Prozesse einzubinden.

Remscheid, 20. April 2009

gez. Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.2 Park Service Remscheid GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

Park Service Remscheid GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2000/2004

Am 21.12.2000 wurde die Stadtwerke Remscheid Energie und Wasser GmbH, Remscheid, (kurz: „SREW“) gegründet. Die SREW hatte bis zum 06.07.2004 kein operatives Geschäft. Die SREW übernahm das Parkierungsgeschäft der Städtische Gewerbeimmobilien Remscheid GmbH. Der Gesellschaftsvertrag wurde vollständig neu gefasst. Damit wurden unter anderem die Firma geändert in Park Service Remscheid GmbH und der Gegenstand des Unternehmens neu gefasst.

Gesellschafter

	Stammkapital	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	100.000,00	100,0

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Keine

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Parkierungsanlagen und –einrichtungen in Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Lothar Sill, Vorsitzender
Fritz Heuser
Beate Wilding

Ratsmitglied
Ratsmitglied
Oberbürgermeisterin

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2006	2007	2008
Mitarbeiter/-innen	7	6	5

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Umsatzerlöse in T€aufgeteilt auf:	2006	2007	2008
Kurzparker	544	594	610
Dauerparker	258	234	209
Dienstleistungen	74	60	56
Gesamtumsatz T€	876	888	875

Bilanzstruktur

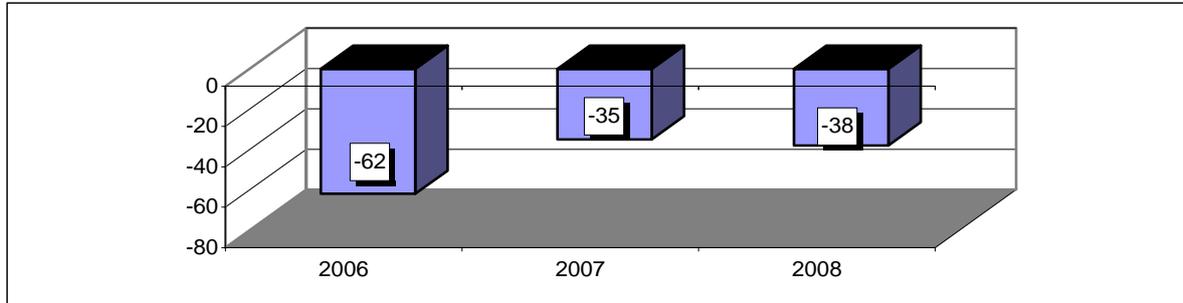
Jahr Bilanz-Position	2006		2007		2008	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	9	0,22	6	0,14	4	0,10
Sachanlagen	4.007	96,62	3.982	95,79	3.959	95,86
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	4.016	96,84	3.988	95,93	3.963	95,96
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	85	2,05	74	1,78	60	1,45
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	46	1,11	94	2,26	107	2,59
Umlaufvermögen	131	3,16	168	4,04	167	4,04
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	1	0,02	0	0,00
Aktiva	4.147	100,00	4.157	100,00	4.130	100,00
Gezeichnetes Kapital	100	2,41	100	2,41	100	2,42
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1	-0,02	-1	-0,02	-1	-0,02
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	99	2,39	99	2,38	99	2,40
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	68	1,64	48	1,15	20	0,48
Verbindlichkeiten	3.980	95,97	4.010	96,46	4.011	97,12
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	4.147	100,00	4.157	100,00	4.130	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung

Jahr GuV-Position	2006	2007	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	876	888	875
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	72	84	45
Erträge aus Gewinnabführung/Verlustübernahme	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	0	2	2
Erträge	948	974	922
Materialaufwand	175	162	137
Personalaufwand	240	231	204
Abschreibungen	80	91	98
Sonstige betriebliche Aufwendungen	326	331	327
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	168	171	171
Aufwendungen	989	986	937
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-41	-12	-15
Sonstige Steuern	-21	-23	-23
Gewinnabf. an Organträger/Verlustübernahme	62	35	38
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

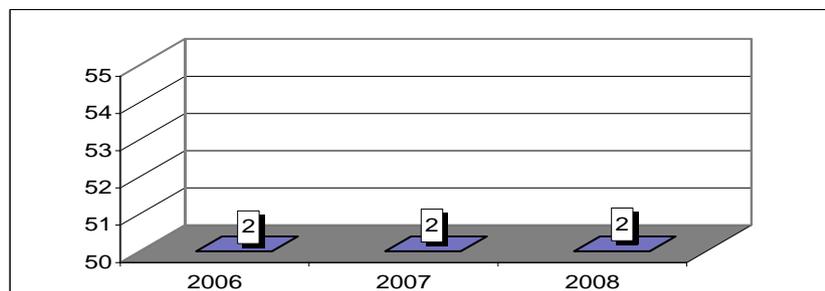
Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Verlustübernahme	-62	-35	-38



Kennzahlen

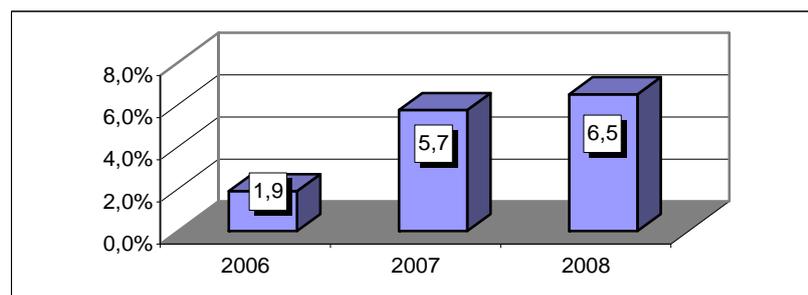
Eigenkapitalquote

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	99	99	99
Bilanzsumme	4.147	4.157	4.130
% EK	2	2	2



Cash-Flow

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Erg.v.Gewinnabf.	-62	-35	-38
Abschreibungen	80	91	98
	18	56	60
Gesamterträge	948	974	922
Cash-Flow	1,9%	5,7%	6,5%



Lagebericht 2008

Allgemeines

Seit nunmehr viereinhalb Jahren betreibt die Gesellschaft das von der Städtischen Gewerbeimmobilien Remscheid GmbH übernommene Parkgeschäft. Der Gegenstand der Park Service Remscheid GmbH (PSR) ist unverändert die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Parkieranlagen und -einrichtungen in Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in diesem Bereich. Als Marke hat sich die PSR mittlerweile etabliert. Die Service-Offensive, die fortwährend zur Verbesserung der Sauberkeit und Sicherheit in den Parkhäusern sorgt, hat nicht zuletzt abermals zu einer gestiegenen Anzahl der Kurzparkeinfahrten beigetragen. Der Gesellschaft obliegen nicht nur der Betrieb eigener Parkierungseinrichtungen, sondern auch die Betriebsführung sowie die Erbringung technischer/administrativer Dienstleistungen von in fremdem Eigentum stehenden Parkierungseinrichtungen.

Die Kundenresonanz und das damit verbundene Parkverhalten präsentierten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder uneinheitlich. Während sich die erfreuliche Entwicklung im Kurzparkerbereich fortsetzte, ging das Geschäft mit Dauerparkern erneut zurück. Die Grundausrichtung des Parkierungsgeschäfts ruht im Wesentlichen auf zwei Säulen: Dem Bargeschäft mit Kurzparkern, das über Kassenautomaten abgewickelt wird und den Mietverhältnissen mit Dauerparkern. Die kaufmännische Betriebsführung für die PSR wird von der Schwestergesellschaft, der EWR GmbH (EWR) wahrgenommen. Darüber hinaus werden sowohl von der EWR als auch von den Stadtwerken Remscheid diverse technische Dienstleistungen erbracht.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die Erlöse aus allen Parkeinrichtungen und Dienstleistungen erreichten im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Wert von 875 T€ und verfehlten damit die korrespondierende Vorjahresgröße um 1,5 %. Auch wurden unsere Erwartungen - geplant waren rund 915 T€ - nicht erfüllt. Während die Umsätze aus Kurzparkvorgängen - sie tragen fast 70 % (67 % i. Vj.) zu den Erlösen bei - wie schon im Vorjahr einen Zuwachs von 2,6 % auf knapp 610 T€ vollziehen, erleiden wir bei den Dauerparkern einen starken Umsatzrückgang von nahezu 11 %. Von den unverändert insgesamt etwa 1.570 verfügbaren Stellplätzen werden zum Bilanzstichtag ca. 450 (470 i. Vj.) von Dauerparkern in Anspruch genommen.

Zwischen den Stadtwerken Remscheid GmbH (Muttergesellschaft) und der 100 %igen Tochtergesellschaft Park Service Remscheid GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (EAV). Der Jahresfehlbetrag 2008 in Höhe von knapp 38 T€ liegt in etwa auf Vorjahresniveau und fällt um 20 T€ merkbar geringer aus als ursprünglich für 2008 geplant.

Um Finanzierungsspitzen auszugleichen, verfügt die Gesellschaft über einen von der Stadtwerke Remscheid GmbH eingeräumten Darlehensrahmen von 3.500 T€, der zum Bilanzstichtag mit 830 T€ (i. Vj. 620 T€) in Anspruch genommen wird.

Wegen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit den Stadtwerken Remscheid ist die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft mit 100 T€ vergleichsweise gering. Die Eigenkapitalquote, also der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme, beträgt wie im Vorjahr 2,4 %.

Personalbereich

Die Park Service Remscheid GmbH kommt mit einer schlanken Personalstruktur aus. Der Personalaufwand nimmt mit 204 T€ ca. 23 % - im Jahr zuvor etwa 25 % - der betrieblichen Erträge ein. Zum Bilanzstichtag - Vorjahr in Klammern - beschäftigt die Gesellschaft 5 (6) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Vergütung richtet sich nach den tarifvertraglichen Regelungen des BAT/BMT-G bzw. TV-V. Diese gelten auch für die Altersversorgung. Um

mittelfristig eine positive Entwicklung des Parkgeschäfts zu erzielen, haben die Mitarbeiter wieder gemeinsam mit dem Sachgebiet Marketing und Öffentlichkeitsarbeit neue Konzepte entwickelt und bereits teilweise umgesetzt. Die Arbeitssicherheit nimmt in der PSR - wie in der gesamten Unternehmensgruppe der Stadtwerke Remscheid - einen hohen Stellenwert ein. In der Gesellschaft ereignete sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder kein Arbeitsunfall.

Umweltschutz

Der hohe Umweltschutz-Standard der Stadtwerke Remscheid - diese sind seit über 10 Jahren ISO 14.001 zertifiziert - wird über die konzernweit aktive Stabsstelle für Umwelt-, Qualitäts-, Arbeitsschutz- und Risikomanagement aufrechterhalten. Soweit sinnvoll und angemessen, wird die PSR in dem zentralen Managementsystem berücksichtigt. Erhöhten Umweltrisiken ist die Park Service Remscheid GmbH nicht ausgesetzt.

Rentabilität

Der Jahresfehlbetrag in 2008 liegt auf Vorjahresniveau und fällt deutlich niedriger aus, als in der ursprünglichen Prognoserechnung erwartet. Trotz des positiven Trends bei den Kurzparkern - insbesondere im Parkhaus Alleearkaden - bleibt die Situation bei den Dauerparkern angespannt und sorgt für rückläufige Umsatzerlöse mit direkter Ergebnisauswirkung. Nach wie vor wirken sich infrastrukturelle Probleme im direkten Umfeld zweier Parkeinrichtungen negativ auf die Erlösentwicklung und damit unmittelbar auf die Ergebnislage aus. Untermuert durch den erkennbaren Trend rückläufiger Dauerparkerzahlen ist kurzfristig eine weitere, in den positiven Bereich gehende Ergebnissituation der PSR nicht darstellbar. Der Verlust wird von der Muttergesellschaft aufgrund des Gewinnabführungsvertrages ausgeglichen.

Risiken und Chancen

Die Park Service Remscheid GmbH ist - wie auch die anderen Schwestergesellschaften - in das zentrale Risikomanagementsystem der Stadtwerke Remscheid GmbH eingebunden. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus hierüber ein Sachstandsbericht abgegeben. Bestandsgefährdende Risiken liegen in der Gesellschaft nicht vor. Die PSR hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Konkrete Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Maßnahmen umgesetzt, die uns Chancen eröffnen, die Parkhausfrequenzierung und damit die Einnahmen der PSR zu steigern bzw. durch günstigere Kostenstrukturen die Ertragslage zu stärken. Bei den Dauerparkern rechnen wir, den „Talgrund“ durchschritten zu haben. Die in Kooperation mit der örtlichen Tageszeitung eingeführte Kundenkarte hat uns über die Stadtgrenzen hinaus Kunden erschlossen. Weitere Akquisitionsaktivitäten wie „Parken & Sparen“ beim Einzelhandel und in der Innenstadt sowie Werbeaktionen mit allen Dauerparkerkunden unterstützen diese Anstrengungen.

Ausblick

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2008 aufgestellten mittelfristigen Wirtschaftsplanung erwarten wir nicht zuletzt auch als Folge rückläufiger „Dauerparker“ für 2009 - vor Ergebnisabführung - wieder einen Anstieg des Defizits auf knapp 60 T€ Wir rechnen noch nicht mit einer entscheidenden Trendwende im Segment der Dauerparkerkunden. Durch eine weiter steigende Nutzung unseres Parkraumangebotes durch Kurzparker und eine

Stabilisierung bei den Dauerparkern dürften insgesamt die Erlöse der PSR gegenüber 2008 leicht übertroffen werden.

Ab 2010 unterstellen wir wieder eine verbesserte Situation durch Neugewinnung von Dauerparkerkunden sowie einer moderaten Preisanhebung für Kurzparker und rechnen mit einem Erlösvolumen in der PSR von knapp unter einer Million Euro pro Jahr. Für die angestrebte Betriebsführung im Rahmen der geplanten Parkraumbewirtschaftung an dem neu zu errichtenden Hauptbahnhof in Remscheid zeichnet sich eine Konzeptänderung ab und die Leistungen der PSR werden sich auf eine reine Kontrollfunktion reduzieren. In der Planungsperiode bis 2012 rechnen wir zwar mit tendenziell weiter abnehmenden Defiziten aber noch nicht mit einem ausgeglichenen Unternehmensergebnis.

Die Investitionstätigkeit erstreckte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr maßgeblich auf Ausgaben für die Erneuerung der Parktechnik im Parkhaus Alleearkaden. Vorgezogen wurden Investitionen in die Parktechnik des Theaterparkplatzes sowie des Parkhauses am Markt. Insgesamt wurden rund 104 T€ verausgabt. In den kommenden Jahren werden sich die Investitionsraten auf 45 T€ bzw. 30 T€ p. a. reduzieren. Verschönerungsmaßnahmen werden weitestgehend in Eigenleistung erbracht. Das angesetzte Finanzvolumen wird über die Konzernfinanzierung aufgebracht.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist jederzeit gesichert. Neben den eigenen Einnahmen steht ein Darlehensrahmenvertrag mit den Stadtwerken Remscheid zur Verfügung. Die Jahresfehlbeträge werden über den Ergebnisabführungsvertrag ausgeglichen. Die bisherige Entwicklung im neuen Geschäftsjahr lässt noch keine gesicherten Rückschlüsse auf den Verlauf des Jahres 2009 zu.

Remscheid, 05. Februar 2009

gez. Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.3 H₂O GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

H₂O GmbH
Neuenkamper Str. 81-87
42855 Remscheid
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2005

Gesellschafter

Stadtwerke Remscheid GmbH

Stammkapital	
in €	in %
200.000,00	100,0

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Keine

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von öffentlichen Bädern und Einrichtungen, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge im Stadtgebiet Remscheid sowie die Einbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Karl Wilhelm Tamm, Vorsitzender
Bernd Quinting
Beate Wilding

Ratsmitglied
Ratsmitglied
Oberbürgermeisterin

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2006	2007	2008
Mitarbeiter/-innen	30	29	27

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Betriebsbereich	Leistung	2006	in %	2007	in %	2008	in %
H ₂ O - Bad	Besucher	510.885	-1,7	546.256	6,9	570.132	4,4
	Umsatz T€	3.442	0,6	3.680	6,9	3.913	6,3
Sportbad	Besucher	139.724	1,8	137.807	-1,4	138.690	0,6
	Umsatz T€	116	-1,7	125	7,8	132	5,6
	Gesamtumsatz T€	3.558	0	3.805	7	4.045	6

Bilanzstruktur

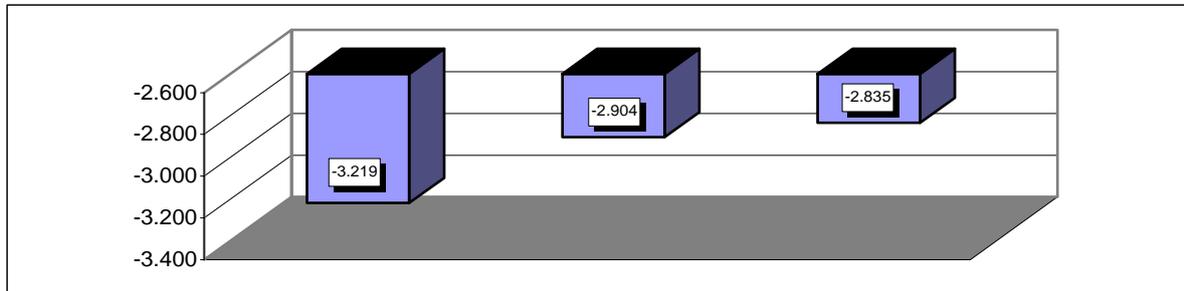
Jahr Bilanz-Position	2006		2007		2008	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	13	0,05
Sachanlagen	0	0,00	0	0,00	23.694	87,84
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	0	0,00	0	0,00	23.707	87,89
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	3.432	95,33	3.052	90,83	2.959	10,97
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	157	4,36	304	9,05	308	1,14
Umlaufvermögen	3.589	99,69	3.356	99,88	3.267	12,11
Rechnungsabgrenzungsposten	11	0,31	4	0,12	0	0,00
Aktiva	3.600	100,00	3.360	100,00	26.974	100,00
Gezeichnetes Kapital	100	2,78	100	2,98	200	0,74
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	23.426	86,85
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Bilanzgewinn	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	100	2,78	100	2,98	23.626	87,59
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	669	18,58	720	21,43	666	2,47
Verbindlichkeiten	2.831	78,64	2.540	75,60	2.682	9,94
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	3.600	100,00	3.360	100,00	26.974	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung

Jahr GuV-Position	2006	2007	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.595	3.833	4.075
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	318	406	187
Erträge aus Gewinnabführung	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen/verb. Unternehmen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	0	2	6
Erträge	3.913	4.241	4.268
Materialaufwand	3.305	3.346	3.404
Personalaufwand	1.128	1.132	1.131
Abschreibungen	0	0	1.420
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.654	2.611	1.078
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	44	53	66
Aufwendungen	7.131	7.142	7.099
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.218	-2.901	-2.831
Sonstige Steuern	-1	-3	-4
Gewinnabführung/Verlustübernahme Organträger	3.219	2.904	2.835
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

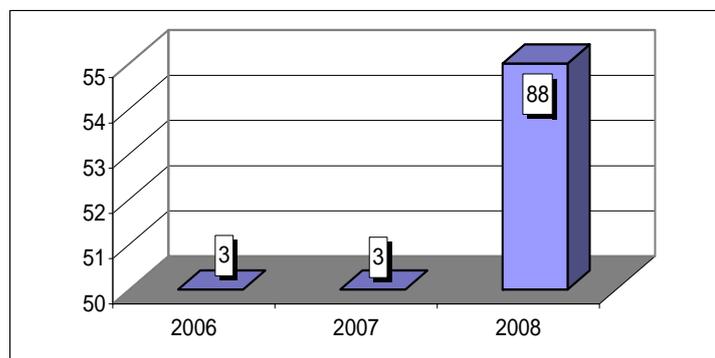
Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Verlustübernahme	-3.219	-2.904	-2.835



Kennzahlen

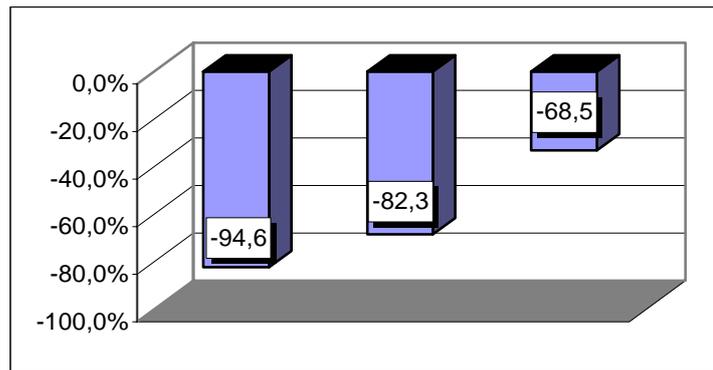
Eigenkapitalquote

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	100	100	23.626
Bilanzsumme	3.600	3.360	26.974
% EK	3	3	88



Cash-Flow

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Verlust	-3.219	-2.904	-2.835
Abschreibungen	0	0	1.420
	-3.219	-2.904	-1.415
Gesamterträge	3.913	4.241	4.268
Cash-Flow	-82,3%	-68,5%	-33,2%



Lagebericht 2008

Allgemeines

Die H₂O GmbH konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut einen Gästezuwachs verzeichnen und damit den Besucherrekord des Jahres 2007 überbieten. Nach wie vor ist der Gegenstand der Gesellschaft die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb öffentlicher Bäder und Einrichtungen, von Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie von Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge im Stadtgebiet Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

Die Service- und Dienstleistungsaktivitäten der Gesellschaft werden vor allem als Bargeschäft betrieben und fokussieren sich auf die beiden Betriebsstandorte H₂O Sauna- und Badeparadies sowie das Sportbad am Park. Beide Betriebseinrichtungen wurden von der Muttergesellschaft, der Stadtwerke Remscheid GmbH (SR), im Wege der Ausgliederung zur Aufnahme nach dem Umwandlungsgesetz auf die H₂O GmbH mit Wirkung zum 01.01.2008 übertragen. Damit endete das bisherige Pachtverhältnis zwischen SR und der Gesellschaft.

Die kaufmännische Betriebsführung wird weiterhin von der Schwestergesellschaft, der EWR GmbH (EWR), wahrgenommen. Darüber hinaus werden sowohl von der EWR als auch von SR diverse technische Dienstleistungen erbracht.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Zwischen der Stadtwerke Remscheid GmbH (SR) und der 100 %igen Tochtergesellschaft H₂O GmbH besteht ein Gewinnabführungsvertrag. Das im Geschäftsjahr 2008 erwirtschaftete Ergebnis beläuft sich - vor Verlustübernahme - auf - 2.834 T€ Gegenüber dem Vorjahresergebnis und der revidierten Wirtschaftplanung für 2008 verzeichnen wir wieder eine Ergebnisverbesserung, und zwar von ca. 70 T€ bzw. von mehr als 140 T€ Unter Einbeziehung des von der Stadt Remscheid nach wie vor an SR geleisteten Zuschusses zur teilweisen Verlustabdeckung beträgt das Jahresergebnis des Bäderbetriebes insgesamt - 1.834 T€ (i. Vj. - 1.904 T€).

Wie schon eingangs erwähnt, ist die registrierte Besucherzahl des Jahres 2008 mit fast 709.000 Gästen ein ausgesprochener Rekordwert, der die Vorjahreszahl um annähernd 25.000 oder 3,6 % übertrifft. Damit präsentiert sich das abgelaufene Geschäftsjahr mit den besten Verkaufsergebnissen seit Übernahme der Bäder von der Stadt Remscheid im Jahr 1995. Auf den wirtschaftlich erfolgreichen Saunabereich einschließlich Massagen entfallen ca. 120.000 Gäste (im Vorjahr 119.000) und um 5,2 % gestiegene Einnahmen, die sich auf 1.847 T€ belaufen. Neben den weiteren Einnahmen aus dem Betrieb der Wasserlandschaften des H₂O und Sportbades - insgesamt ca. 2.200 T€- erzielt die Gesellschaft weitere Erlöse aus Pachtentgelten, aus Gastronomie, Solarien, Massagen und dem Beautybereich. Insgesamt

belaufen sich die Umsatzerlöse ohne die sonstigen betrieblichen Erträge beider Betriebsstätten auf ca. 4,1 Mio. € gegenüber 3,8 Mio. € im Jahr zuvor.

Der Fehlbetrag des Geschäftsjahres 2007 in Höhe von 2,8 Mio. € wird von der Stadtwerke Remscheid GmbH aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages übernommen.

Um Finanzierungsspitzen auszugleichen, verfügt die Gesellschaft über einen von der Stadtwerke Remscheid GmbH eingeräumten Darlehensrahmen von 3.000 T€, der zu jeder Zeit ausreichend bemessen war.

Die Gesellschaft verfügt nunmehr über eigenes Anlagevermögen, die Betriebsmittel wurden im Wege der Ausgliederung nach Umwandlungsgesetz von der Muttergesellschaft zum 01.01.2008 übernommen. Das Eigenkapital der Gesellschaft ist aus diesem Vorgang resultierend erheblich angewachsen und beläuft sich auf 23,6 Mio. € (i. Vj. 0,1 Mio. €). Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr etwa 88 %.

Personalbereich

Die H₂O GmbH kommt unverändert mit einer schlanken Personalstruktur aus. Der Personalaufwand liegt mit 1.131 T€ auf dem Niveau des Vorjahres und auf einem zu vergleichbaren Gesellschaften angemessenem Stand. Die Kosten nehmen unverändert einen Anteil von knapp 27 % an den betrieblichen Erträgen ein. Zum Jahresende beschäftigt die Gesellschaft 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Bilanzstichtag des Vorjahres waren es 29 Beschäftigte. In kostenrelevante Vollzeitkräfte umgerechnet sind das 22 Personale am 31.12.2008 gegenüber 23 im Jahr zuvor. Für die seinerzeit von SR auf die H₂O GmbH überführten Mitarbeiter richtet sich die Vergütung weiterhin nach den tarifvertraglichen Regelungen des BAT/BMT-G. Mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die nach dem 01.04.2005 beschäftigt wurden, wurden freie Anstellungsverträge ohne Tarifbezug vereinbart, da die H₂O GmbH nicht einem Arbeitgeberverband angehört. Die Gesellschaft entrichtet für alle Mitarbeiter/innen als freiwilliges Mitglied regelmäßig Beiträge an die Zusatzversorgungskasse (RZVK, Köln) im von den Statuten geforderten Umfang. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nehmen regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen teil, um den Wünschen und Bedürfnissen unserer Gäste gerecht zu werden. Zurzeit bilden wir einen jungen Menschen im Berufsbild „Fachangestellte für Bäderbetriebe“ aus.

Das Thema Arbeitssicherheit nahm auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder einen hohen Stellenwert ein. In der Gesellschaft ereignete sich im abgelaufenen Geschäftsjahr nur einer von 14 registrierten meldepflichtigen Arbeitsunfällen im Konzern Stadtwerke Remscheid. Von den nicht meldepflichtigen Unfällen entfiel keiner auf die H₂O GmbH. Damit verzeichnet die Gesellschaft erneut ein insgesamt sehr erfreuliches Ergebnis.

Umweltschutz

Der hohe Umweltschutz-Standard der Stadtwerke Remscheid - diese sind seit mehr als 10 Jahren ISO 14.001 zertifiziert - wird in der H₂O GmbH aufrechterhalten. Die im Gründungsjahr uneingeschränkt und ohne Auflagen erteilte Zertifizierung nebst ISO 14.001-Zertifikat sind Ausdruck dafür, dass das Thema Umweltschutz ein wichtiger und gelebter Bestandteil der Unternehmenspolitik der Gesellschaft ist.

Rentabilität

Die Gesellschaft ist aufgabenbedingt eine Verlustgesellschaft, allerdings konnte das Defizit im abgelaufenen Geschäftsjahr gegenüber 2007 um ca. 2,4 % gesenkt werden. Die entstehenden Verluste sind von der Muttergesellschaft aufgrund des Gewinnabführungsvertrages zu übernehmen. Im Geschäftsjahr 2008 erreicht die Gesellschaft - bezogen auf das Betriebsergebnis und ohne Berücksichtigung des städtischen Zuschusses - einen um 5 %-Punkte verbesserten Kostendeckungsgrad von 61 %.

Risiken und Chancen

Die H₂O GmbH ist - wie auch die anderen Schwestergesellschaften - in das zentrale Risikomanagementsystem der Stadtwerke Remscheid GmbH eingebunden. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus hierüber ein Sachstandsbericht abgegeben. Bestandsgefährdende Risiken liegen in der Gesellschaft nicht vor. Die H₂O GmbH hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Konkrete Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Neben Witterungseinflüssen und dem Konsumverhalten der Haushalte sind die Besucherzahlen erneut ein Beweis für die anhaltend hohe Attraktivität unserer Einrichtungen. Die verstärkte Frequentierung unserer Wasserlandschaft ist u. a. das Ergebnis unserer Flexibilität, schnell auf Kundenwünsche einzugehen, wie beispielsweise das frühzeitige Bereitstellen unserer Außenanlagen bei Schönwetterperioden. Mit der Einweihung der sogenannten „2. Saunawelt“ bzw. dem „Garten der Stille“ Ende Mai 2008 eröffnen sich uns zusätzliche Chancen, unsere Wettbewerbsposition auszubauen und die Ertragslage der Gesellschaft weiter zu verbessern.

Ausblick

Die Perspektivplanung der Gesellschaft trägt der zunehmenden Konkurrenzsituation Rechnung und geht derzeit davon aus, dass das außergewöhnlich hohe Besucherniveau des Jahres 2008 in der Wasserlandschaft des H₂O nicht gehalten werden kann. Die Ende Mai 2008 eröffnete neue Saunawelt wird von den Gästen sehr gut angenommen und verspricht in diesem Segment steigende Besucherzahlen. Verbunden mit einer dem erreichten Attraktivitätsstand gerecht werdenden Preisanpassung im abgelaufenen Geschäftsjahr, die nach einer längeren Phase auch die eingetretenen Verteuerungen, insbesondere bei den Energie- und Wasserkosten, entgegen wirken soll, rechnen wir auch im neuen Geschäftsjahr mit einer weiteren Verbesserung der Ergebnissituation der Gesellschaft. Unterstützt wird diese Entwicklung nach wie vor durch ein striktes Kostenmanagement. Das Jahr 2009 wird nach den umfangreichen Saunaerweiterungsmaßnahmen als Konsolidierungsphase gesehen, in dem keine größeren Investitionen zur Umsetzung kommen werden.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist jederzeit gesichert. Neben den eigenen Einnahmen steht ein Darlehensrahmenvertrag mit den Stadtwerken Remscheid zur Verfügung. Die Jahresfehlbeträge werden über den Ergebnisabführungsvertrag ausgeglichen. Die bisherige Besucherentwicklung des Jahres 2009 ist positiv zu bewerten und unterstützt unsere Einschätzung zum weiteren wirtschaftlichen Verlauf der Gesellschaft.

Remscheid, 20. Februar 2009

gez. Prof. Dr. Hoffmann
Geschäftsführung

4.4 BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid (mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid
Deutscher Ring 18
42327 Wuppertal
Tel. 0202 / 71990-51

Gründungsjahr: 1996

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	11.250,00	45,0
Stadtwerke Velbert GmbH	2.500,00	10,0
Wuppertaler Stadtwerke AG	11.250,00	45,0
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,0</u>

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stammkapital	Beteiligung
	in €	in %
Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR), Velbert	511.291,88	26,0
DGV Deponiegesellschaft Velbert Verwaltungs mbH, Velbert	25.564,59	50,0
DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG, Velbert	511.291,88	50,0
DBV Deponiegesellschaft Velbert GmbH, Velbert	153.387,56	33,3
GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH, Remscheid	153.387,56	41,0

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Die Gesellschaft ist ein Dienstleistungsunternehmen in allen kommunalen Bereichen der Erfassung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfall und Wertstoffen, insbesondere des Betriebs von Deponien, der Erfassung oder Sammlung von Abfällen, der Kompostierung und des Autorecyclings. Das Unternehmen kann weitere kommunale Dienstleistungen erbringen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Gesellschaft hat sich an den Abfallwirtschaftskonzepten der beteiligten Kommunen im Tätigkeitsbereich zu orientieren.

Organe der GesellschaftGeschäftsführung

Dipl.-Ing. Klaus Jürgen Reese

Aufsichtsrat

15 Mitglieder

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**
keine**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2006	2007	2008
Mitarbeiter	1	1	1

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

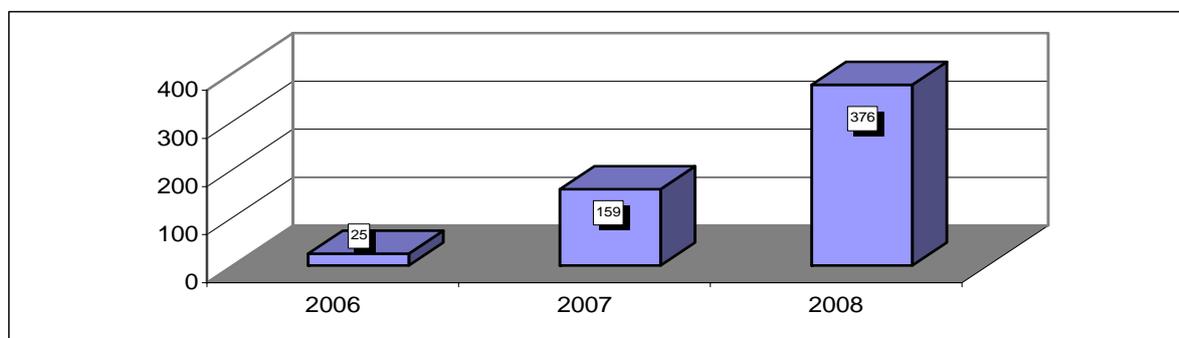
Jahr	2006		2007		2008	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0,04	1	0,05	1	0,04
Sachanlagen	2	0,09	2	0,09	3	0,13
Finanzanlagen	2.011	89,70	2.011	92,16	2.011	89,86
Anlagevermögen	2.014	89,83	2.014	92,30	2.015	90,04
Forderungen und sonst. Vermögensgegenst.	227	10,12	167	7,65	222	9,92
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1	0,04	1	0,05	1	0,04
Umlaufvermögen	228	10,17	168	7,70	223	9,96
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Aktiva	2.242	100,00	2.182	100,00	2.238	100,00
Gezeichnetes Kapital	25	1,12	25	1,15	25	1,12
Kapitalrücklage	3.995	178,19	3.995	183,09	3.995	178,51
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-3.623	-161,60	-3.598	-164,89	-3.439	-153,66
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	25	1,12	159	7,29	377	16,85
davon nicht gedeckt	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	422	18,82	581	26,63	958	42,81
Rückstellungen	202	9,01	133	6,10	132	5,90
Verbindlichkeiten	1.618	72,17	1.468	67,28	1.148	51,30
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	2.242	100,00	2.182	100,00	2.238	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

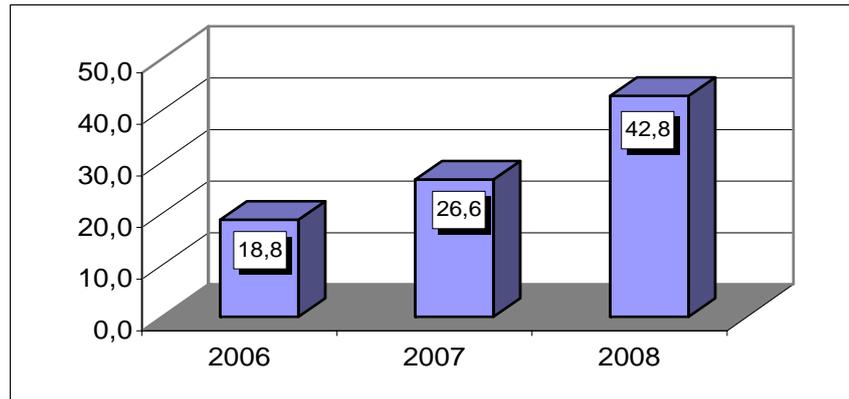
Jahr	2006	2007	2008
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	387	321	319
Erträge aus Beteiligungen	226	319	586
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	1
Erträge	614	640	906
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	49	53	64
Abschreibungen	2	1	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	465	349	388
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	73	81	79
Aufwendungen	589	484	532
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	25	156	374
Sonstige Steuern	0	3	2
Jahresüberschuss (+)	25	159	376
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	25	159	376

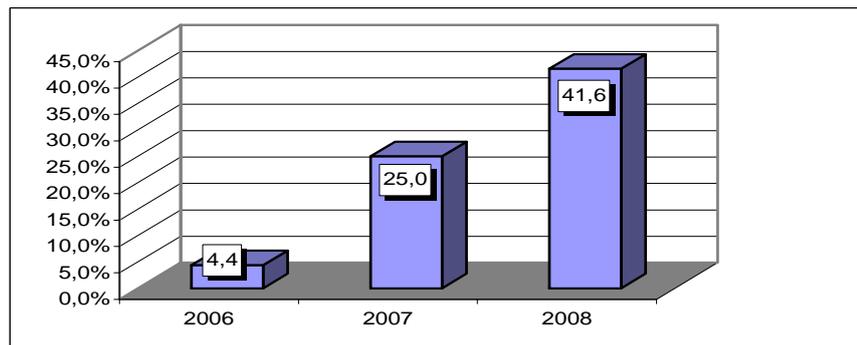
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	422	581	958
Bilanzsumme	2.242	2.182	2.238
% EK	18,8	26,6	42,8



Cash-Flow

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	25	159	376
Abschreibungen	2	1	1
	27	160	377
Gesamterträge	614	640	907
Cash-Flow	4,4%	25,0%	41,6%



Lagebericht 2008

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die BEG hat neben der Verwaltung, der Betreuung und der Entwicklung der Beteiligungs- und Tochtergesellschaften die Aufgabe, übergeordnete Strategien der Abfallwirtschaft aufzugreifen und weiter zu entwickeln.

Eine weitere Aufgabe der BEG liegt im Vermieten und in der Objektverwaltung der Büro- und Gewerbeflächen des Entsorgungszentrums Deutscher Ring.

Im Geschäftsjahr 2008 verlief die Vermietung der Büro- und Geschäftsräume planmäßig.

Die Beteiligungserträge entwickelten sich wie folgt:

Die GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH erzielt vor allem Umsatzerlöse aus der Durchführung von Reinigungsaufträgen im kommunalen Bereich der Städte Remscheid, Wuppertal und Velbert und aus Geschäften mit der APHService GmbH, für die sie Managementleistungen erbringt.

Im Geschäftsjahr 2007 mussten keine nennenswerten Auftragsverluste beklagt werden. Aufgrund der fehlenden Beteiligungserträge sowie dem im Vorjahr erzielten Gewinn aus der Veräußerung der Beteiligung an der APH Service GmbH lag das Ergebnis im Geschäftsjahr 2007 mit 103 T€ um 94 T€ unter dem des Vorjahres.

Nach wie vor ist die GKE zu 49 % an der Clean Serve GmbH (vormals: CleaniK Service GmbH) beteiligt.

Die BEG erzielte aus der GKE mbH einen Beteiligungsertrag in Höhe von 42 T€ (Vorjahr 81 T€).

Die DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH (DBV) entsorgt und verwertet Abfallannahmengen auf Velberter Deponien gegen Zahlung von verfüllmengenabhängigen Nutzungsentgelten.

Die DBV ist an der DBR mbH (Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid) mit 49 % beteiligt. Zweiter Gesellschafter ist die Stadt Remscheid.

Die Gesamtleistung 2007 hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6,7 % auf 7.071 T€ erhöht, was insbesondere an den Erlösen aus dem "Streckengeschäft" und der Mengensteigerung auf der Industriestraße (187.736 T gegenüber 138.336 t in 2006) liegt. Dies führte zu einem Rohergebnis in Höhe von 4.212 T€ (Vj.: 4.138 T€).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 1.632 T€ (Vj.: 802 T€), das Ergebnis nach Steuern auf 1.070 T€ (Vj. 395 T€ s. Anlage).

Das außerordentlich gute Ergebnis beruht im Wesentlichen auf dem sehr guten Rohergebnis, auf geringeren Abschreibungen (+ 617 T€) und einem verbesserten Finanzergebnis (+ 203 T€).

Die BEG erzielte aus der DBV einen Beteiligungsertrag in Höhe von 357 T€ (Vorjahr 132 T€).

Die DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG überlässt der DBV Deponiegesellschaft Velbert mbH die Nutzung von zwei Mineralstoffdeponien in Velbert ("Industriestraße"/"Plöger Steinbruch") gegen ein verfüllmengenabhängiges Entgelt. Die Deponie "Plöger Steinbruch" ist seit dem 31.05.2005 stillgelegt, da sie die Anforderungen der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) nicht erfüllt hat.

Die Menge des Jahres 2007 von 187.736 Tonnen (Vorjahr: 138.336 Tonnen) ist insgesamt auf der Deponie "Industriestraße" verfüllt worden. Das durchschnittliche Nutzungsentgelt betrug 3,95 € pro Tonne.

Im Geschäftsjahr 2007 konnte die DGV mbH & Co. KG einen Jahresüberschuss nach Steuern von 253 T€ (Vj. 149 T€ s. Anlage) erzielen.

Der Beteiligungsertrag der BEG aus der DGV belief sich auf 127 T€ (Vj. 53 T€).

Umsatzerlöse erzielt die Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR) durch die Annahme von Grünabfällen, der Biotonne und in geringerem Umfang durch den Verkauf von Kompost und Rindenmulch.

Das Geschäftsjahr 2007 verlief erfolgreich. Es konnte ein Jahresüberschuss nach Steuern von 236 T€ (Vj. 205 T€) erzielt werden.

Die Umsatzerlöse/Erträge lagen 2007 mit 1.653 T€ um 166 T€ über den Vorjahreszahlen. Wesentliche Ursache für diese Erhöhung sind die Folgewirkungen des Sturm "Kyrill" im Januar 2007 und die damit verbundene erhöhte Mengenlieferung.

Die BEG erzielte aus der GKR einen Beteiligungsertrag in Höhe von 61 T€ (Vi. 53 T€).

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögenslage blieb im Geschäftsjahr 2008 weitgehend unverändert.

Die Gesellschafterdarlehen wurden planmäßig um 63 T€ getilgt. Die Darlehen valutieren zum 31.12.2008 mit 250 T€. Daneben bestehen Bankverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Tagesgeldern in Höhe von 792 T€ (Vorjahr: 1.029 T€).

Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr resultiert aus höheren Beteiligungserträgen.

Gegenüber dem Wirtschaftsplan ergibt sich eine Verbesserung um 172 T€

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres 2008 haben sich nicht ergeben.

Zukünftige Entwicklung und Risiken der künftigen Entwicklung

Für das Geschäftsjahr 2009 erwartet die BEG ein Ergebnis nach Steuern von 190 T€

Bei der Vermietung der Büro- und Gewerbeflächen "Deutscher Ring 18-20" werden keine Ergebnisveränderungen erwartet.

Bei der GKE wurde für das Geschäftsjahr 2008 ein Ergebnis von 123 T€ geplant. Gemäß vorläufiger betriebswirtschaftlicher Auswertung zum 31.12.2008 ergibt sich mit 103 T€ ein Ergebnis auf Vorjahresniveau.

Für die Folgejahre wird mit Ergebnissen von ca. 110 T€ gerechnet.

Der Betriebsführungsvertrag mit der APH Service GmbH wurde bis 31. März 2010 verlängert.

Für das Geschäftsjahr 2008 wird bei der DBV ein gutes Jahresergebnis erwartet, welches mit ca. 1.000 T€ vor Steuern über dem Planwert (940 T€ vor Steuern) liegt. Für das Geschäftsjahr 2008 ergeben sich folgende Sachverhalte:

* Die geplanten Annahmemenge für die Deponie Industriestrasse von 150.000 t wurde erreicht.

* In der Zukunft werden Deponien, die im Wettbewerb zur DBV stehen geschlossen. Die DBV unternimmt daher zur Zeit keinen Preiskampf, um auch in Zukunft noch freie Mengen zu dann besseren Preisen vermarkten zu können.

Die Deponien der DBR mbH werden Mitte 2009 geschlossen, so dass ab 2011 der Beteiligungsertrag aus der DBR mbH entfällt.

Die DGV KG plante für das Geschäftsjahr 2008 bei einer Verfüllmenge von 150.000 Tonnen ein Ergebnis nach Steuern von 147 T€

Das Jahr 2008 verlief planmäßig. Nach derzeitigem Kenntnisstand sind keine wesentlichen Abweichungen zum Planergebnis zu erwarten.

Der Antrag zur Erweiterung West der Deponie Plöger Steinbruch ist Ende Dezember 2007 bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingereicht worden. Die Planfeststellung erfolgt voraussichtlich noch im Geschäftsjahr 2009.

Für das Wirtschaftsjahr 2008 wurde von der GKR ein Jahresergebnis von 170 T€ nach Steuern geplant. Die Hochrechnung geht von einer Planverbesserung um ca. 50 T€ auf ca. 220 T€ aus.

Risiken bestehen in dem Verlust von Aufträgen bei der GKR und GKE.

Öffentlicher Zweck gemäß § 108 Abs. 2 Nr. 2 der Gemeindeordnung NW

Zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung wird in einem gesonderten Bericht Stellung genommen.

Remscheid, 20. März 2009

Die Geschäftsführung

gez. Reese

4.5 ELBA-Omnibusreisen GmbH

(mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

ELBA Omnibusreisen GmbH
 Deutscher Ring 18
 42327 Wuppertal
 Tel. 0202 / 71950-0

Gründungsjahr: 1945

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Rheinbahn AG	62.500,00	25,0
Stadtwerke Remscheid GmbH	62.500,00	25,0
Stadtwerke Solingen GmbH	62.500,00	25,0
VSG Verkehrs-Service GmbH	62.500,00	25,0
<u>Gesamt</u>	<u>250.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens sind die auftragsweise Durchführung von Linienverkehren mit Omnibussen und übrigen Verkehrsmitteln, Vermietung von Omnibussen und Personenkraftwagen, Vertretung anderer Verkehrsgesellschaften, die Durchführung und Abwicklung einschlägiger Geschäfte und deren Ausdehnung auf verwandte Gewerbe im Rahmen der kommunalrechtlichen Möglichkeiten. Darüber hinaus kann sie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung
 Stephan Klucken

Gesellschafterversammlung

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
	keine	keine	keine

4.6 Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH

(mittelbare Beteiligung)

Allgemeine Unternehmensdaten

Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH
 Industriestraße 33
 42551 Velbert
 Tel. 02051 / 9202 - 0

Gründungsjahr: 2002

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid (REB)	127.500,00	51,0
DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH	122.500,00	49,0
<u>Gesamt</u>	<u>250.000,00</u>	<u>100,0</u>

Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb, der Ausbau und Rekultivierung der Deponie "Solinger Straße" sowie die Entsorgung und Verwertung von Abfällen und damit zusammenhängende Leistungen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Michael Zirngiebl
 Dirk Kentjens

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Betriebswirt VWA Norbert Brosowski.

Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Weitergehende Verpflichtungen der Stadt Remscheid -insbesondere hinsichtlich der Gewinn- und Verlustverteilung- ergeben sich aus dem im Zusammenhang mit der Gründung der obigen Gesellschaft mit der DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH geschlossenen Konsortialvertrag.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
Ausgleich Fehlbetrag	135.658,21	0,00	0,00
Gewinnausschüttung	0,00	99.545,00	133.970,05

(wirtschaftliche Zuordnung zu Remscheider Entsorgungsbetrieben)

Anzahl der Beschäftigten

Am Ende des Geschäftsjahres wurden 5 Mitarbeiter und 2 Geschäftsführer beschäftigt.

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur –im 3-Jahresvergleich-**

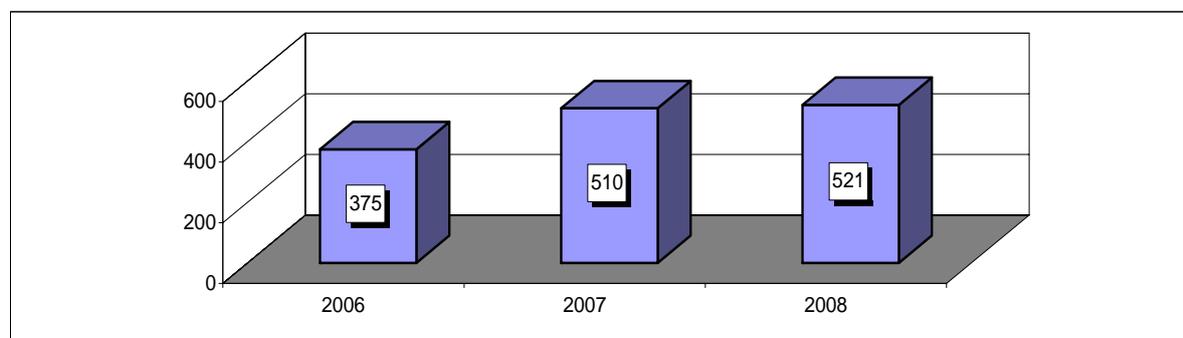
Jahr	2006		2007		2008	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	73	1,12	28	0,36	2	0,02
Sachanlagen	707	10,87	248	3,18	86	1,04
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Anlagevermögen	780	11,99	276	3,53	88	1,06
Vorräte	1	0,02	2	0,03	2	0,02
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	431	6,63	320	4,10	320	3,86
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	5.292	81,35	7.209	92,33	7.885	95,05
Umlaufvermögen	5.724	87,99	7.531	96,45	8.207	98,93
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,02	1	0,01	1	0,01
Aktiva	6.505	100,00	7.808	100,00	8.296	100,00
Gezeichnetes Kapital	250	3,84	250	3,20	250	3,01
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklagen	180	2,77	428	5,48	681	8,21
Bilanzgewinn / Gewinnvortrag	180	2,77	248	3,18	253	3,05
Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	610	9,38	926	11,86	1.184	14,27
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	5.779	88,84	6.702	85,84	7.031	84,75
Verbindlichkeiten	116	1,78	180	2,31	81	0,98
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Passiva	6.505	100,00	7.808	100,00	8.296	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung –im 3-Jahresvergleich-

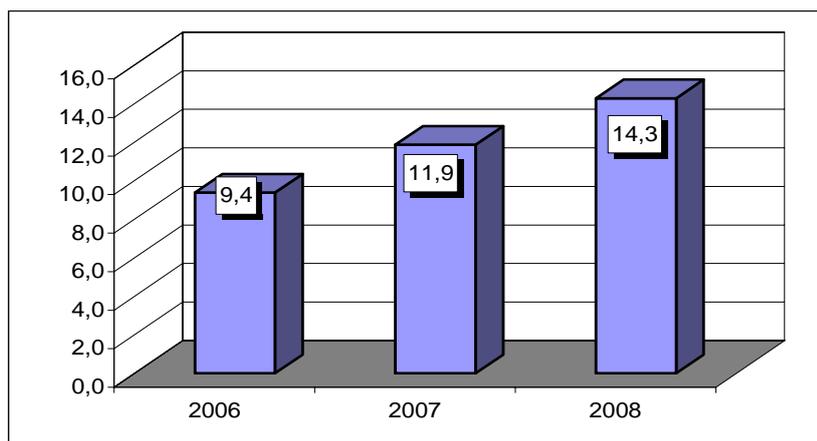
Jahr	2006	2007	2008
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.542	2.918	1.879
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	92	52	22
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	99	180	365
Erträge	2.733	3.150	2.266
Materialaufwand	286	337	397
Personalaufwand	259	322	265
Abschreibungen	579	515	190
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.186	1.163	729
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Aufwendungen	2.310	2.337	1.581
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	423	813	685
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	-48	-303	-164
Jahresüberschuss (+)	375	510	521
Jahresfehlbetrag (-)	0	0	0

Entwicklung der Jahresergebnisse

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	375	510	521

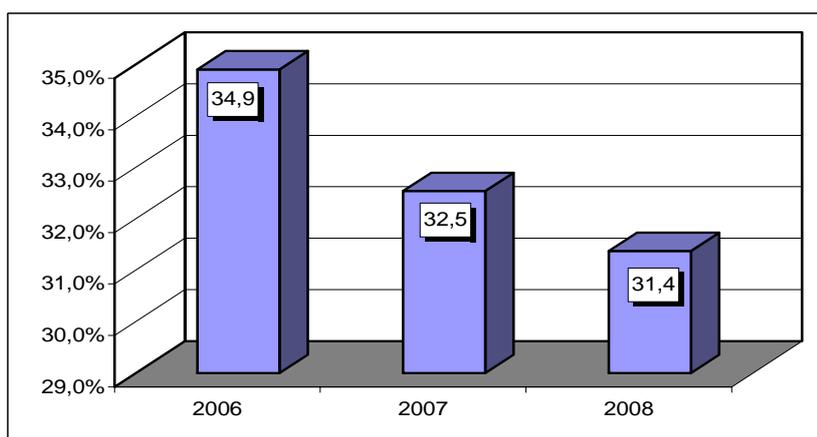
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	610	926	1.184
Bilanzsumme	6.505	7.808	8.296
% EK	9,4	11,9	14,3



Cash-Flow

Jahr	2006	2007	2008
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	375	510	521
Abschreibungen	579	515	190
	954	1025	711
Gesamterträge	2.733	3.150	2.266
Cash-Flow	34,9%	32,5%	31,4%



Lagebericht 2008

1. Allgemeine Angaben

Die Deponiebetriebgesellschaft Remscheid mbH (kurz: DBR) wurde am 09.07.2002 gegründet. Die Anteile werden zu 51 % von der Stadt Remscheid - Remscheider Entsorgungsbetriebe (kurz: REB) - und zu 49 % von der DBV Deponiebetriebgesellschaft Velbert mbH (kurz: DBV) gehalten.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.08.2002 übernahm die Gesellschaft von der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – alle Aufgaben zum Betrieb und weiteren Ausbau der Deponie Solinger Straße.

Hierzu wurden zwischen der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – und der Gesellschaft folgende Verträge geschlossen:

- Pachtvertrag,
- Entsorgungsvertrag,
- Kauf- und Übertragungsvertrag,
- Betriebsführungsvertrag Wertstoffhof,
- Personalüberleitungsvertrag/-überlassungsvertrag,
- Beamtenzuweisungsvertrag.

Weiterhin wurde am gleichen Tag zwischen der DBR und der DBV ein Betriebsführungsvertrag geschlossen.

Am Standort Solinger Straße betreibt die Gesellschaft zur Ablagerung mineralischer Abfallstoffe sowohl eine DK-I-Deponie wie auch eine DK-II-Deponie. Im Auftrag der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – wird weiterhin im Eingangsbereich der Deponie ein Wertstoffhof betrieben.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2008

2.1 Allgemeine Beurteilung

Das Wirtschaftsjahr 2008 verlief sehr erfolgreich. Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 521 T€ ab. Geplant war ein Jahresüberschuss in Höhe von 113 T€

Im DK-I-Bereich wurde die Verfüllung des mit der Genehmigung zur Endgestaltung und der Oberflächenabdichtung der Deponie gewonnene Zusatzvolumen fortgeführt. Durch die hiermit verbundene Volumenoptimierung stand zum Jahresanfang 2008 eine wirtschaftlich nutzbare Ablagerungskapazität in Höhe von 114.507 Mg. für den DK-I-Bereich zur Verfügung.

Für den DK-II-Bereich steht hingegen nur noch ein begrenztes Restvolumen in dem Verfüllbereich zwischen dem 3. und 4. Bauabschnitt des DK-II-Bereichs zur Verfügung. Dieser Teilbereich darf nur mit Abfallstoffen verfüllt werden, die die Zuordnungswerte für eine DK-I-Deponie nach Abfallablagerungsverordnung einhalten. Somit ist das zur Verfügung gestellte DK-II-Volumen verfüllt. Aus diesem Grund wurde im Wirtschaftsjahr einvernehmlich festgestellt, dass die Verpflichtungen der DBV, die sich aus dem Betriebsführungsvertrag zur Verfüllung des DK-II-Volumens ergaben, erfüllt sind.

2.2 Umsatz- und Auftragsentwicklung

2.2.1 Auftragslage

Im Jahr 2008 wurden insgesamt 134.365 Mg. Abfälle auf dem DK-I-Bereich abgelagert. Hiervon entfielen 2.571 Mg. auf die Kleinmengenannahme Wertstoffhof. Die im Wirtschaftsplan vorgesehenen Ablagerungsmengen (118.182 Mg.) konnten somit übertroffen werden. Gegenüber dem Vorjahr (185.493 Mg.) wurde die Ablagerungsmenge aufgrund der bereits erreichten Deponieverfüllung reduziert. Obwohl das Preisniveau für die Abfallannahme gegenüber dem Vorjahr nicht weiter gesenkt wurde, ist die Deponieverfüllung bis zum 15.07.2009 somit sichergestellt.

Auf dem DK-II-Bereich wurde im Jahr 2008 insgesamt 6.476 Mg. abgelagert. Die im Rahmen der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2008 eingeplante Ablagerungsmenge (17.625 Mg.) konnte somit nicht erreicht werden. Gegenüber dem Vorjahr (28.126 Mg.) musste die Ablagerungsmenge aufgrund des noch zur Verfügung stehenden Deponievolumens zurückgenommen werden.

2.2.2 Erträge

Im Geschäftsjahr 2008 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 1.879 T€ realisiert. Im Wesentlichen beruhen die Erlöse auf Deponieerlösen aus dem DK-I-Bereich (1.394 T€) sowie dem DK-II-Bereich (167 T€). Aus der Annahme von Böden für die Rekultivierung konnte

ein Umsatz in Höhe von 94 T€ erzielt werden. Weitere Beträge entfielen auf die Betriebsführung des Wertstoffhofs (74 T€) sowie auf Kippgebühren Wertstoffhof (54 T€). Weiterhin wurden sonstige Umsatzerlöse in Höhe von 91 T€ erzielt. Gegenüber dem Vorjahr sanken die Umsatzerlöse aufgrund der geringeren Deponieerlöse um 1.039 T€

Die Sonstigen Erträge betragen 22 T€ und die Zinserträge 365 T€

Insgesamt konnten Erträge in einer Höhe von 2.267 T€ erzielt werden. Die gegenüber dem Vorjahr verminderten Umsatzerlöse konnten durch höhere Zinserträge nur teilweise kompensiert werden, sodass gegenüber dem Vorjahr um 884 T€ verminderte Erträge erzielt wurden.

2.2.3 Aufwendungen

Den vorgenannten Erträgen in Höhe von 2.267 T€ stehen Aufwendungen in Höhe von 1.584 T€ gegenüber.

Die Materialaufwendungen betragen dabei 397 T€ und die Personalaufwendungen 265 T€

Die Abschreibungen beliefen sich auf 190 T€ Aufgrund der reduzierten Ablagerungsmenge und der hiermit verbunden geringeren leistungsabhängigen Abschreibung haben sie sich gegenüber dem Vorjahr um 325 T€ vermindert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 729 T€ Gegenüber dem Vorjahr sanken sie um 434 T€ Auch hier wirkten sich die geringere Ablagerungsmenge und die hiermit verbundene verminderte leistungsabhängige Zuführung zur Rekultivierungsrückstellung aus.

Fremdkapitalzinsen fielen 2008 nicht an.

Die Aufwendungen reduzierten sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 756 T€

Der Aufwand für sonstige Steuern und den Steuern vom Einkommen und Ertrag betrug 164 T€

2.2.4 Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 521 T€ ab. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis somit um 11 T€ verbessert.

Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2008 eingeplanten Jahresgewinn in Höhe von 113 T€ konnte das Wirtschaftsjahr somit um 408 T€ besser abgeschlossen werden.

Erwirtschaftet die Gesellschaft in einem Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss, so gilt hinsichtlich der Gewinnverteilung die in § 3 Abs. 1 des Konsortialvertrages festgelegte Regelung:

- Ein Betrag in Höhe von 6% des eingezahlten Stammkapitals wird an die Gesellschafter ausgeschüttet.
- Sollten darüber hinaus weitere Beträge des Jahresüberschusses zur Verfügung stehen, so wird die Hälfte hiervon einer Gewinnrücklage zugeführt.
- Der restliche Jahresüberschuss unterliegt der Disposition der Gesellschafter gemäß den Regelungen des § 11 des Gesellschaftsvertrages.

Unter Beachtung der vereinbarten Mindestausschüttung sowie der Pflichtzuführung zur Gewinnrücklage verbleibt ein Bilanzgewinn in Höhe von 253 T€

2.3 Investitionen

Die Baumaßnahme Vorschüttung ist im Wesentlichen fertiggestellt. In großen Teilbereichen wurde zwischenzeitlich auch die Oberflächenabdichtung fertiggestellt. Die Fertigstellung der restlichen Abdichtungsabschnitte wurde aufgrund der baulichen Zusammenhänge mit der Oberflächenabdichtung im Böschungsbereich der Deponie mit Zustimmung der Bezirksregierung Düsseldorf bis 2008/2009 verschoben. Im Jahr 2008 wurde die für das Monitoringkonzept hinsichtlich der Beobachtung der Deponiebewegungen notwendigen Investitionen (Beobachtungsmessstellen, Tiefenbohrungen) umgesetzt. Die für das Projekt

veranschlagten 3.093 T€ wurden zwischenzeitlich vollständig aktiviert und zu großen Teilen mit der Deponieverfüllung abgeschrieben.

Größere Investitionen wurden im Wirtschaftsjahr nicht getätigt.

2.4 Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Im gesamten Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft gesichert. Die Guthaben bei Kreditinstituten betrug zum 31.12.2008 7.885 T€

2.5 Personal- und Sozialbereich

Der Personalbestand der Gesellschaft war im Wirtschaftsjahr gegenüber dem Vorjahr unverändert. Am Ende des Geschäftsjahres wurden 5 Mitarbeiter und 2 Geschäftsführer beschäftigt.

2.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Neben dem Deponiebetrieb bestehen zusätzliche Umladetätigkeiten. Hierdurch konnten Abfälle (Straßenkehrschutt und Sinkkastenrückstände), die aufgrund der Vorgaben der TASI nicht mehr auf der Deponie abgelagert werden können, weiterhin im Umsatz der Gesellschaft gehalten werden. Hierdurch werden zusätzliche Erträge erzielt.

3. Darstellung der Lage

3.1 Vermögens- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr hat sich die Bilanzsumme von 7.808 T€ (01.01.2008) um 487 T€ auf 8.295 T€ (31.12.2008) erhöht.

Den Anlagezugängen in Höhe von 5 T€ standen Anlageabgänge im Wert von 16 T€ sowie Abschreibungen in Höhe von 190 T€ und ein Abgang auf Abschreibungen von 13 T€ gegenüber. Hieraus ergab sich eine Verminderung des Anlagenbestandes von 188 T€. Der Anlagenbestand zum 31.12.2008 betrug 88 T€.

Das Umlaufvermögen zum Bilanzstichtag betrug 8.206 T€ und hat sich damit im Geschäftsjahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 675 T€ erhöht. Auf die Erhöhung des Kassenbestandes und der Guthaben bei Kreditinstituten entfallen hierbei 676 T€. Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben sich um 1 T€ vermindert.

Die Bilanz wurde unter Berücksichtigung der Vorgaben des Konsortialvertrages der teilweisen Verwendung des Jahresüberschusses (Mindestausschüttung in Höhe von 15 T€ an die Gesellschafter und Pflichtzuführung zur Gewinnrücklage) aufgestellt. Aus dem Jahresüberschuss wurden daher 253 T€ gemäß den Vorgaben des Konsortialvertrages der Gewinnrücklage zugeführt. Der Bestand der Gewinnrücklage zum 31.12.2008 betrug 681 T€. Der Bilanzgewinn des Jahres 2008 belief sich nach Abzug der Mindestausschüttung auf 253 T€.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben hat sich das bilanzielle Eigenkapital im Vergleich der Bilanzstichtage 31.12.2007 und 31.12.2008 um 258 T€ erhöht.

Aus der nachstehenden Tabelle geht die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals hervor:

	Stand 01.01.2008 T€	Zugang T€	Abgang T€	Stand 31.12.2008 T€
Stammkapital	250	0	0	250
Gewinnrücklage	428	253	0	681
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	<u>248</u>	<u>253</u>	<u>-248</u>	<u>253</u>
Gesamt	<u>926</u>	<u>496</u>	<u>-248</u>	<u>1.184</u>

Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2008 beträgt somit 14,27 %. Zum 31.12.2007 betrug sie 11,85 %.

Die gebildeten Rückstellungen wurden im Jahr 2008 um 329 T€ auf insgesamt 7.031 T€ erhöht. Hiervon entfallen 6.964 T€ auf Rückstellung zur Abdeckung der Kosten der Oberflächenabdichtung und der Rekultivierung. Dieser Rückstellung wurden im Wirtschaftsjahr 538 T€ zugeführt und 16 T€ für Planungsleistungen entnommen. In Jahr 2008 konnten größere Mengen Rekultivierungsboden angenommen und für die Rekultivierung bevorratet werden. Da in der Kalkulation der Rekultivierungskosten für die Annahme des Bodens ein Ertrag in Höhe von 0,60 €/Mg. eingeplant ist, wurde ein entsprechender Anteil der Rückstellung zugeführt.

Insgesamt wurde bislang von einem Rückstellungsbedarf in Höhe von insgesamt 7.072 T€ ausgegangen. Aufgrund der Baupreissteigerungen der letzten Jahre erscheint eine Anpassung der Kostenberechnung angezeigt. Hierbei müssen allerdings nur die Einbaupositionen einer Preisanpassung unterzogen werden, da die eingeplanten Lieferpositionen für die Abdichtungsmaterialien von der Preissteigerung nicht betroffen waren. Der so neu ermittelte Rückstellungsbedarf beträgt 7.365 T€. Bislang wurden der Rekultivierungsrückstellung bis zum 31.12.2008 7.070 T€ zugeführt und ein Betrag in Höhe von 106 T€ für Planungszwecke entnommen. Der Bestand der Rückstellung zum 31.12.2008 betrug 6.964 T€. Die zum 31.12.2008 gebildete Rückstellung zuzüglich der geplanten Zuführungen in 2009 decken die endgültigen Zahlungsverpflichtungen für die Oberflächenabdichtung und die Rekultivierung in vollem Umfang ab. Es besteht noch ein Rückstellungsbedarf in Höhe von 348 T€.

Die in den Vorjahren gebildeten sonstigen Rückstellungen deckten die endgültigen Zahlungsverpflichtungen im Jahr 2008 in vollem Umfang ab.

Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2008 betragen 80 T€. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um 100 T€ vermindert. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden nicht.

3.2 Ertragslage

Die Umsatzerlöse betragen 1.879 T€ (Vorjahr: 2.918 T€).

Sonstige betriebliche Erträge konnten in Höhe von 22 T€ erzielt werden.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge lagen bei 365 T€.

4. Hinweise und Risiken bei der künftigen Entwicklung

Die Laufzeit der Deponie Solinger Straße ist aufgrund der Vorgaben der Abfallablagerungsverordnung und der Deponiegenehmigung begrenzt. Bis zum 15.07.2009 können Abfälle auf der Deponie angenommen werden. Nach diesem Zeitpunkt ist nur noch eine Profilierung zur Herstellung der Endgeometrie zulässig. Hierfür dürfen nach derzeitigem Stand Materialien eingesetzt werden, die die Zuordnungswerte nach Deponieverwertungsverordnung Anhang 1, Tabelle 2, Spalte 6 einhalten.

Zum 31.12.2008 bestand noch ein zu verfüllendes Restvolumen des DK-I-Bereiches in Höhe von 64.279 Mg.. Für den DK-II-Bereich betrug das Restvolumen 10.140 Mg. Die Restverfüllung der Deponie ist somit bereits fast vollständig erfüllt.

Im DK-II-Bereich wurde aufgrund der geringen Ablagerungsmöglichkeiten, die im wesentlichen nur noch den Bereich zwischen dem 3. und dem 4. Bauabschnitt umfassen, die Marktaktivitäten im Jahr 2008 auf die Annahme von hochpreisigen DK-I-Abfällen und Kleinmengen beschränkt. Um hier eine Restverfüllung noch zu garantieren, müssen allerdings die Annahmepreise im Geschäftsjahr 2009 gesenkt werden.

Die Genehmigung für die Oberflächenabdichtung des DK-II-Bereichs wurde noch nicht beantragt. Hierfür soll in Absprache mit der Bezirksregierung Düsseldorf zunächst das Inkrafttreten der Deponievereinfachungsverordnung abgewartet werden, da sich aus dieser

Verordnung neue Möglichkeiten zur Gestaltung der Oberflächenabdichtung ergeben können. Hierdurch können sich Kostenvorteile beim Abdichtungssystem ergeben.

5. Sonstige Angaben, insbesondere über die voraussichtliche Entwicklung

Der Schwerpunkt der kommenden Jahre wird nach der Restverfüllung der Deponie auf den Rekultivierungsarbeiten liegen. Es wurde bereits mit der Beschaffung des erforderlichen Rekultivierungsbodens sowie weitere Baumaterialien vor allem für den Wegebau und die Stabilisierungsschicht begonnen. Insgesamt werden bereits ca. 86.000 Mg. Rekultivierungsboden bevorratet. Dies entspricht fast 60% der für die Rekultivierung benötigten Rekultivierungsbodens. Diese Beschaffung der erforderlichen Materialien muss weitergeführt werden, soweit die Lagermöglichkeiten auf dem Deponieplateau dies erlauben.

Noch im Jahr 2009 sollen die ersten Bauabschnitte der Oberflächenabdichtung begonnen werden.

Remscheid, den 20.03.2009

gez. Michael Zirngiebl
(Geschäftsführer)

gez. Dirk Kentjens
(Geschäftsführer)

5.1 Remscheider Entsorgungsbetriebe (Eigenbetrieb)

Allgemeine Unternehmensdaten

Remscheider Entsorgungsbetriebe
 Nordstr. 48
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 16 - 2840

Gründungsjahr: 1996

Stammkapital: 5.000.000,00 €

Verbundene Unternehmen / Beteiligungen des Eigenbetriebes

Gesellschaften	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	127.500,00	51,0

Gegenstand des Eigenbetriebes / Allgemeines

Gegenstand der Remscheider Entsorgungsbetriebe sind nach § 1 der Betriebssatzung die Bereiche

- Abwasserbeseitigung
- Abfallentsorgung
- Straßenreinigung
- Betreibung der Deponie und des Wertstoffhofes
- Wert- und Schadstoffsammlungen
- Betreuung Duales System
- Abfallberatung für private Haushalte und öffentliche Einrichtungen

Zulässig ist der Abschluss aller Geschäfte, die den Betriebszweck fördern.

Der Eigenbetrieb betreibt alle mit dem Betriebszweck zusammenhängenden Geschäfte einschließlich der hiermit verbundenen hoheitlichen Tätigkeiten, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Er darf unter Anwendung und Beachtung der Vorschriften des § 107 Abs. 2 GO weitere Tätigkeiten unternehmen, soweit sie der sach- und fachgerechten Durchführung der vorgenannten Betriebszwecke zuzuordnen sind. Grundlage der Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes ist das vom Rat der Stadt beschlossene Abwasserbeseitigungs- und Abfallwirtschaftskonzept in der jeweils gültigen Fassung. Der Eigenbetrieb hat Beschlüsse des Rates zu stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen, städtebaulichen Prioritätssetzungen und die dem Haushaltsplan der Stadt zugrundeliegenden Straßenausbauprogramme zu beachten.

Organe des EigenbetriebesBetriebsleitung:

Michael Zirngiebl

Betriebsausschuss:

Peter Otto Haarhaus -Vorsitzender -	Ratsmitglied
Hans-Herbert Wilke -stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Dr. Heinz-Dieter Rohrweck	Ratsmitglied
Hilmar Somborn	Ratsmitglied
York Edelhoff	Ratsmitglied
Klaus Grunwald	Ratsmitglied
Volker Apmann	Ratsmitglied
Stephan Jasper	Ratsmitglied
Eckhard Eppels	Arbeitnehmersvertreter
Uwe Jantke	Arbeitnehmersvertreter
Stefan Meier	Arbeitnehmersvertreter
Uwe Steinmeyer	Arbeitnehmersvertreter

Der Rat der Stadt Remscheid**Anzahl der Beschäftigten ***

Beschäftigte	2005	2006	2007
Lohnempfänger/Lohnempfängerinnen	129	131	129
Angestellte	47	51	50
Beamte/Beamtinnen	5	5	5
Gesamt	181	187	184

Wirtschaftliche Unternehmensdaten ***Leistungsdaten des Unternehmens**

Betriebsbereich	2005	2006	2007
Straßenreinigung			
Abfallmenge in Tonnen			
<i>maschinelle Straßenreinigung</i>			
Abfuhr zur Deponie	854	0	0
Abfuhr zur MVA	0	0	0
Abfuhr zur Kompostierung	440	449	462
Abfuhr zur Verwertung	0	828	732
<i>manuelle Straßenreinigung</i>			
Abfuhr zu MVA	418	418	416
Abfallentsorgung			
Müllmenge in Tonnen			
Hausmüll	25.607	25.588	25.098
Biomüll	2.800	2.539	2.840
Sperrmüll	4.323	3.530	3.560
Papier	6.476	6.715	6.836

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

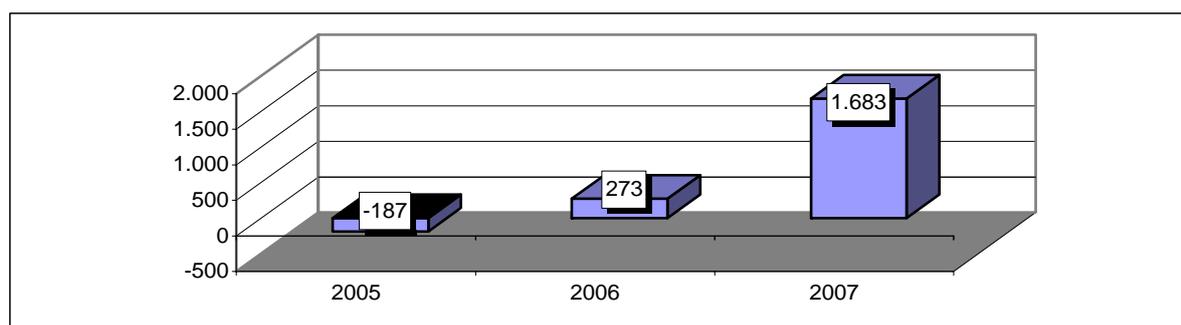
Jahr	2005		2006		2007	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	135	0,05	110	0,04	115	0,04
Sachanlagen	250.449	96,16	259.565	97,72	256.280	96,82
Finanzanlagen	129	0,05	129	0,05	129	0,05
Anlagevermögen	250.713	96,27	259.804	97,81	256.524	96,91
Vorräte	79	0,03	66	0,02	101	0,04
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.470	1,72	3.331	1,25	3.159	1,19
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	5.150	1,98	2.402	0,90	4.881	1,84
Umlaufvermögen	9.699	3,72	5.799	2,18	8.141	3,08
Rechnungsabgrenzungsposten	28	0,01	22	0,01	33	0,01
Aktiva	260.440	100,00	265.625	100,00	264.698	100,00
Stammkapital	5.000	1,92	5.000	1,88	5.000	1,89
Allgemeine Rücklage	65.838	25,28	65.913	24,81	66.058	24,96
Zweckgebundene Rücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Auflösung der zweckgebundenen Rücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Verlustvortrag	-3.365	-1,29	-3.552	-1,34	-3.280	-1,24
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	273	0,10	1.683	0,64
Jahresfehlbetrag(-)	-188	-0,07	0	0,00	0	0,00
Eigenkapital	67.285	25,84	67.634	25,46	69.461	26,24
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	23.593	9,06	24.298	9,15	23.830	9,00
Empfangene Ertragszuschüsse	2.337	0,90	2.459	0,93	2.533	0,96
Rückstellungen	6.982	2,68	7.660	2,88	7.999	3,02
Verbindlichkeiten	160.243	61,53	163.568	61,58	160.872	60,78
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	6	0,00	3	0,00
Passiva	260.440	100,00	265.625	100,00	264.698	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2005	2006	2007
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	41.083	41.115	41.344
Andere aktivierte Eigenleistungen	790	737	647
Sonstige betriebliche Erträge	1.212	982	1.598
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	512	375	340
Erträge	43.597	43.209	43.929
Materialaufwand	16.795	16.525	16.134
Personalaufwand	8.708	8.486	8.354
Abschreibungen	7.042	7.210	8.002
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.537	3.503	2.140
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.492	7.135	7.559
Aufwendungen aus Verlustübernahme	136	0	0
Aufwendungen	43.710	42.859	42.189
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-113	350	1.740
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Sonstige Steuern	-74	-77	-57
Jahresverlust	-187	0	0
Jahresgewinn	0	273	1.683
Zuführung(-) / Auflösung (+) d. zweckgeb. Rücklage	0	0	0
Verlust	-187	0	0
Gewinn	-187	273	1.683

Entwicklung der Jahresergebnisse

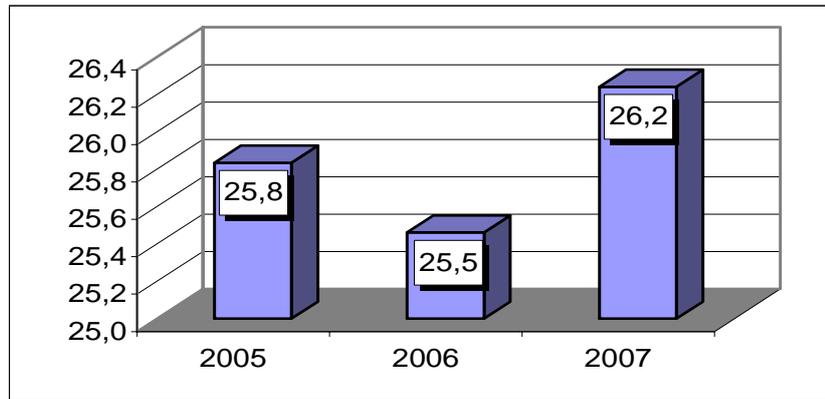
Jahr	2005	2006	2007
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-187	273	1.683



Kennzahlen

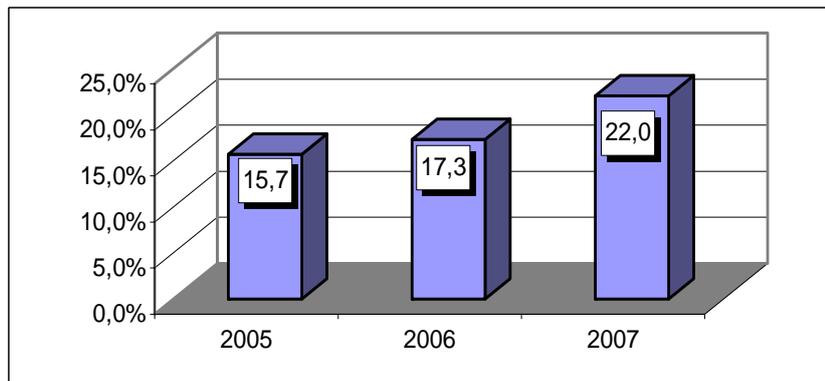
Eigenkapitalquote

Jahr	2005	2006	2007
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	67.285	67.634	69.461
Bilanzsumme	260.440	265.625	264.698
% EK	25,8	25,5	26,2



Cash-Flow

Jahr	2005	2006	2007
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	-187	273	1683
Abschreibungen	7.042	7.210	8.002
	6.855	7.483	9.685
Gesamterträge	43.597	43.209	43.929
Cash-Flow	15,7%	17,3%	22,0%



Lagebericht *

*) Bis zur Drucklegung dieses Beteiligungsberichtes lag der Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008 noch nicht vor.

5.2 Alten- und Pflegeheime der Stadt Remscheid (Eigenbetrieb)

Allgemeine Unternehmensdaten

Alten- und Pflegeheime der Stadt Remscheid
 Hackenberger Str. 16
 42897 Remscheid
 Tel. 02191 / 69440 - 0

Gründungsjahr: 1996

Der Eigenbetrieb wurde aufgrund des Beschlusses des Rates der Stadt Remscheid zum 30.11.2007 aufgelöst.

In seiner Sitzung des Rates der Stadt Remscheid am 30.10.2008 wurde die Schlussbilanz zum 30.11.2007 festgestellt und die Satzung zur Aufhebung der Betriebssatzung beschlossen.

Der Betrieb der beiden Einrichtungen Haus Lennep und Stockder-Stiftung wurde ab dem 01.12.2007 durch die von der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid gegründete Gesellschaft „Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid“ übernommen.

Stammkapital: 5.112.918,81 €

Gegenstand des Eigenbetriebes / Allgemeines

Zweck des Betriebes, einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung und Pflege in der Regel alter Menschen.

Organe des Eigenbetriebes

Betriebsleitung:

Frau Stephanie Schäfer

Betriebsausschuss:

Lothar Sill -Vorsitzender-	Ratsmitglied
Lothar Krebs -stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Ottmar Gebhardt	Ratsmitglied
Herbert Güthe	Ratsmitglied
Markus Kötter	Ratsmitglied
Norbert Schmitz	Ratsmitglied
Günter Bender	Ratsmitglied
Susanne Pütz	Ratsmitglied
Gabriele Laux	Arbeitnehmervertreterin
Brigitte Busch	Arbeitnehmervertreterin
Heike Sauerbier (ehem. Krüger)	Arbeitnehmervertreterin
Susanne Bader	Arbeitnehmervertreterin

Anzahl der Beschäftigten

Geschäftsbereich	2005	2006	zum 30.11.2007
Leitung, Verwaltung	7,90	6,40	6,28
Pflegedienst	78,61	81,67	78,98
Betreuungsdienst	4,29	siehe Pflegedienst	siehe Pflegedienst
Wirtschaftsdienst	29,38	18,07	18,43
Praktikanten / Auszubildende	3,00	3,00	3,00
Zivildienstleistende	2,00	1,00	2,78
Geringfügig Beschäftigte	0,50		
Jugend in Arbeit plus	1,00		
Gesamt	125,68	110,14	109,47

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich –**

Jahr	2005		2006		zum 30.11.2007	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	9.365	90,55	9.473	91,61	8.944	88,70
Anlagevermögen	9.365	90,55	9.473	91,61	8.944	88,70
Vorräte	21	0,20	15	0,15	17	0,17
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	395	3,82	308	2,98	360	3,57
Kassenbestand u. Guthaben bei Kreditinst.	561	5,42	542	5,24	762	7,56
Umlaufvermögen	977	9,45	865	8,36	1.139	11,30
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	3	0,03	0	0,00
Aktiva	10.342	100,00	10.341	100,00	10.083	100,00
Stammkapital	5.113	49,44	5.113	49,44	5.113	50,71
Kapitalrücklage	1.025	9,91	1.871	18,09	1.871	18,56
Verlustvortrag (-) / Gewinnvortrag (+)	-1.690	-16,34	-2.313	-22,37	-2.575	-25,54
Jahresüberschuss(+)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Jahresfehlbetrag(-)	-623	-6,02	-262	-2,53	-675	-6,69
Eigenkapital	3.825	36,99	4.409	42,64	3.734	37,03
Sonderposten für Zuschüsse	13	0,13	19	0,18	10	0,10
Rückstellungen	854	8,26	607	5,87	442	4,38
Verbindlichkeiten	5.586	54,01	5.250	50,77	5.897	58,48
Rechnungsabgrenzungsposten	64	0,62	56	0,54	0	0,00
Passiva	10.342	100,00	10.341	100,00	10.083	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2005	2006	30.11.2007
GuV-Position	T€	T€	T€
Erträge aus Pflegeleistungen/Unterbringung/Verpflegung	6.778	6.234	5.518
Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten	764	728	751
Sonstige betriebliche Erträge	154	243	293
Erträge aus Auflösung von Sonderposten	10	6	9
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10	9	7
Erträge	7.716	7.220	6.578
Personalaufwand	6.201	4.946	4.324
Materialaufwand	1.190	1.572	1.316
Steuern, Abgaben, Versicherungen	158	100	60
Mieten, Pacht, Leasing	4	4	13
Abschreibungen	305	310	827
Aufwendungen für Instandhaltung / Instandsetzung	277	76	125
Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	204	207	212
Aufwendungen	8.339	7.215	6.880
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-623	5	-302
Außerordentliche Aufwendungen	0	-267	-373
Jahresüberschuss (+)	0	0	0
Jahresfehlbetrag (-)	-623	-262	-675

Der Rat der Stadt Remscheid hat in seiner Sitzung am 21.02.2008 beschlossen, dass die in der Schlussbilanz zum 30.11.2007 festgestellten Aktiva und Passiva der Alten- und Pflegeheime unter Herausrechnung des Stiftungsvermögens der rechtlich unselbständigen Stockder-Stiftung auf die Stadt Remscheid als Trägerin des Eigenbetriebs übergeht.

6.1 Stadtsparkasse Remscheid

Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtsparkasse Remscheid
 Alleestr. 76-88
 42853 Remscheid
 Tel. 02191 / 16-60

Gründungsjahr: 1841

Zweck des Unternehmens / Öffentlicher Auftrag / Allgemeines

Gemäß § 3 Sparkassengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen haben Sparkassen die Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.

Die Sparkassen stärken den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördern die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Sie versorgen im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Die Sparkassen tragen zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei.

Die Sparkassen führen ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Die Stadtsparkasse Remscheid ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Organe der Gesellschaft

Verwaltungsrat:

Beate Wilding, Vorsitzende	Oberbürgermeisterin
Peter Otto Haarhaus, -1. stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Hans-Peter Meinecke, -2. stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
York Edelhoff	Ratsmitglied
Kurt-Peter Friese	Ratsmitglied
Jürgen Kucharczyk	MdB
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Hilmar Somborn	Ratsmitglied
Rosemarie Stippe Kohl	Ratsmitglied
Jutta Velte	Ratsmitglied
Stefan Grote	Personalvertreter
Wolfgang Güntsch	Personalvertreter
Elke Ueberholz	Personalvertreterin
Michael Veith	Personalvertreter
Guiseppe Cabibi	Personalvertreter

Kreditausschuss / Risikoausschuss (ab 17.12.2008):

Beate Wilding, -Vorsitzende-	Oberbürgermeisterin
Hans-Peter Meinecke, -stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Peter Otto Haarhaus	Ratsmitglied
Jürgen Kucharczyk	MdB
Hilmar Somborn	Ratsmitglied

Vorstand:

Max Peter Schmitz, Vorsitzender
Ulrich Gräfe

Frank Dehnke -ab 01.04.2009

Haftung der Stadt Remscheid

Träger der Stadtsparkasse Remscheid ist gemäß § 2 ihrer Satzung die Stadt Remscheid. Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger oder eine sonstige Verpflichtung des Trägers, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für deren Verbindlichkeiten.

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2006	2007	2008
	€	€	€
	keine	keine	keine

Anzahl der Beschäftigten

379 Mitarbeiter/-innen zum 31.12.2008

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2006		2007		2008	
	T€	%	T€	%	T€	%
Bilanz-Position						
Barreserve	30.077	1,90	29.749	1,90	28.690	1,86
Schuldtitel und Wechsel	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderung an Kreditinstitute	182.605	11,52	215.388	13,74	97.263	6,31
Forderungen an Kunden	816.640	51,53	810.877	51,71	812.086	52,64
Wertpapiere	512.083	32,32	460.126	29,34	549.021	35,59
Beteiligungen	24.878	1,57	31.919	2,04	31.684	2,05
Treuhandvermögen	571	0,04	250	0,02	98	0,01
Sachanlagen	13.193	0,83	12.332	0,79	15.833	1,03
Sonstige Aktiva	1.611	0,10	3.611	0,23	4.749	0,31
Rechnungsabgrenzungsposten	2.987	0,19	3.815	0,24	3.147	0,20
Aktiva	1.584.645	100,00	1.568.067	100,00	1.542.571	100,00
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	351.057	22,15	354.400	22,60	316.192	20,50
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	931.682	58,79	903.914	57,65	955.315	61,93
davon: Spareinlagen	397.773	25,10	348.594	22,23	313.966	20,35
befristete Einlagen	84.488	5,33	84.619	5,40	135.809	8,80
übrige Einlagen	449.421	28,36	470.701	30,02	505.540	32,77
Verbriefte Verbindlichkeiten / Schuldversch.	129.726	8,19	145.744	9,29	117.006	7,59
Treuhandverbindlichkeiten	571	0,04	250	0,02	98	0,01
Sonstige Verbindlichkeiten	4.736	0,30	7.845	0,50	4.380	0,28
Rechnungsabgrenzungsposten	1.912	0,12	2.207	0,14	2.077	0,13
Rückstellungen	13.231	0,83	13.901	0,89	15.132	0,98
SoPo mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Genussrechtskapital	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sonstige Passiva	57.039	3,60	44.262	2,82	36.263	2,35
Eigenkapital	94.691	5,98	95.544	6,09	96.108	6,23
Passiva	1.584.645	100,00	1.568.067	100,00	1.542.571	100,00

Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr GuV-Position	2006 T€	2007 T€	2008 T€
Zinserträge	63.109	63.768	64.724
Erträge aus Wertp., Beteiligungen etc.	12.185	12.424	15.423
Provisionserträge	9.549	10.123	10.401
Sonstige Erträge	1.649	1.689	1.634
Erträge a. Zuschr. zu Ford., Aufl. von Rückstellungen	0	0	376
Erträge	86.492	88.004	92.558
Zinsaufwendungen	38.567	42.425	46.532
Provisionsaufwendungen	283	304	368
Personalaufwendungen	20.667	19.456	20.517
Sachaufwendungen	10.671	11.258	12.401
Steuern	1.959	43	738
Sonstige Aufwendungen	1.316	1.406	1.265
Abschreibungen a. Anlagevermögen	2.160	2.083	1.737
Abschreibungen a. Forderungen	8.710	10.177	8.436
Einstellung in Rückstellungen	0	0	0
Aufwendungen	84.333	87.152	91.994
Jahresüberschuss (+)	2.159	852	564
<u>Einstellung in Gewinnrücklagen</u>	0	0	0
Bilanzgewinn/-verlust	2.159	852	564

Anhang

Anlage 1: Verzeichnis der Kennzahlen

Bei der Darstellung der einzelnen Unternehmen werden zum Teil unter dem Punkt "Wirtschaftliche Unternehmensdaten" Kennzahlen zur Analyse der wirtschaftlichen Situation aufgeführt. Diese Kennzahlen stellen ein wichtiges Informations- und Steuerungsinstrument - nicht nur für die Beteiligungsverwaltung - dar. Im Folgenden werden die im Beteiligungsbericht verwendeten Definitionen bzw. die Berechnung dieser Kennzahlen erläutert und deren Informationsgehalt, Möglichkeiten und Grenzen aufgezeigt.

Kennzahl zur Kapitalstruktur:

Eigenkapitalquote

$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Bei der Eigenkapitalquote wird der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital dargestellt. Je größer die Eigenkapitalquote, desto höher ist die wirtschaftliche Sicherheit und die finanzielle Stabilität des Unternehmens. Bei einer geringen Eigenkapitalquote werden eventuell eher Kapitalzuführungen der Gesellschafter nötig.

Diese Kennzahl bringt darüber hinaus den Grad der finanziellen Unabhängigkeit des Unternehmens, also den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital zum Ausdruck. Je größer das Eigenkapital im Verhältnis zum Fremdkapital desto geringer ist die Abhängigkeit von Gläubigern.

Kennzahl zur Finanzlage:

Cash-flow

$$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Abschreibungen}) \times 100}{\text{Gesamterträge}}$$

Der Cash-flow ist eine finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angibt. Er ist Indikator der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Mit Hilfe des Cash-flows wird die vorgenommene bilanzpolitische Beeinflussung des ausgewiesenen Ergebnisses durch die Bemessung der Abschreibungen neutralisiert. Der Cash-flow sollte nur zusammen mit dem Jahresergebnis oder dem Betriebsergebnis interpretiert werden.

Der Cash-flow ist insbesondere eine Hilfe gegen Fehlinterpretationen der Ertragsentwicklung. Das gilt zumal immer dann, wenn sich Cash-flow und Gewinn gegenläufig entwickeln. Ist das Jahresergebnis gesunken, der Cash-flow hingegen gestiegen, so ist dies oft eine normale Folge größerer Investitionsschübe mit entsprechend hinaufschnellendem Abschreibungsbedarf. Auf eine Schwächung der Ertragskraft lässt dieser erhöhte Abschreibungsbedarf aber in keiner Weise schließen, im Gegenteil: Erweisen sich die Investitionen als erfolgreich, wird die Ertragskraft gesteigert.

Umgekehrt kann eine Zunahme des Jahresüberschusses die von einem nachgebenden Cash-flow begleitet wird, auf einen Rückgang der Investitionen zurückzuführen sein, der niedrige Abschreibungen nach sich gezogen hat. Ist dies zutreffend und nicht nur eine vorübergehende Erscheinung, geht die optisch positive Gewinnentwicklung u.U. auf Kosten der Unternehmenszukunft.

Anlage 2: Begriffserläuterungen

Abschreibungen	Mit der Abschreibung werden Wertminderungen im Vermögen oder an Vermögensgegenständen ergebnismindernd erfasst. Dies erfolgt, indem eine erwartete Wertminderung im Voraus auf die entsprechenden Rechnungsperioden verteilt wird (normale Abschreibung), oder eine unerwartete Wertminderung zum Zeitpunkt ihres Eintrittes gebucht wird (außergewöhnliche Abschreibung).
Aktiva	Auf der Aktivseite der → Bilanz sind die Wirtschaftsgüter nach → Anlage- und → Umlaufvermögen erfasst. Die Aktivseite zeigt, wohin die Mittel geflossen sind (auch: Mittelverwendungsseite). Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Anlagevermögen	Wirtschaftsgüter, die dem Unternehmen auf Dauer dienen und längere Zeit im Vermögen verbleiben oder über längere Zeiträume genutzt werden. Ausgewiesen auf der Aktivseite der → Bilanz umfasst es Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, Fuhrpark, etc.), Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere, etc.) und immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen).
Aufwendungen	Vermögensminderungen innerhalb eines Unternehmens, die durch eine gleichzeitige Verringerung des Ergebnisses zum Ausdruck kommen. Aufwendungen sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelabflüsse (→ z.B. Abschreibungen).
Betriebsergebnis	Differenz zwischen gewöhnlichen → Erträgen und → Aufwendungen, die sich aus der betrieblichen Leistungserstellung ergeben.
Bilanz	Bestandteil des Jahresabschlusses. Ist die Gegenüberstellung des Vermögens (Anlage und Umlaufvermögen) - → Aktiva - und des Kapitals (Eigen- und Fremdkapital) - → Passiva - eines Unternehmens zu einem bestimmten Stichtag (Ende des Wirtschaftsjahres).
Bilanzgewinn/-verlust	Bestandteil des → Eigenkapitals nach dem handelsrechtlichen Gliederungsschema. Errechnet sich aus dem → Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag zuzüglich Gewinnvortrag und Entnahmen aus den Kapital-/Gewinnrücklagen abzüglich Verlustvortrag und den Einstellungen in die Gewinnrücklage.
Eigenkapital	Alle von den Eigentümern unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel, die unbeschränkt haften. Das Eigenkapital ist Bestandteil der Passivseite. Es setzt sich zusammen aus dem gezeichneten "Kapital (auch: Haftungskapital oder Stammkapital), den → Kapitalrücklagen, den → Gewinnrücklagen und dem vorgetragenen → Bilanzgewinn/-verlust. Das in der → Bilanz ausgewiesene Eigenkapital gibt den Buchwert des Unternehmens an.
Erträge	Geschäftsvorfälle, die das → Jahresergebnis eines Unternehmens erhöhen. Sie bedeuten somit einen Wertzuwachs im Vermögen des Unternehmens. Erträge dürfen allerdings nicht zwangsläufig als Mittelzuflüsse gesehen werden (z.B. Wertsteigerungen).
Fremdkapital	Das Fremdkapital wird umgangssprachlich auch mit Schulden bezeichnet und ist auf der → Passivseite der → Bilanz ausgewiesen. Es setzt sich aus den kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten und den Rückstellungen zusammen und steht dem Unternehmen in der Regel nur befristet und zu einem bestimmten Zinssatz zur Verfügung. Ausgewiesenes Vermögen abzüglich dem Fremdkapital ergeben das bilanzielle → Eigenkapital.
Gesellschafterversammlung	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter) bei der GmbH. Sie beschließt über Änderungen im Gesellschaftsverhältnis, im Gesellschaftsvertrag und in der Unternehmensstrukturierung. Sie stellt den → Jahresabschluss fest und beschließt die Gewinnverwendung. Weiter bestellt sie den Aufsichtsrat, wenn nicht der Stadtrat ein Entsendungsrecht hat.

Gewinn- und Verlustrechnung	Neben der → Bilanz ist die Gewinn- und Verlustrechnung der wichtigste Bestandteil des → Jahresabschlusses. In ihr wird der Erfolg des Unternehmens einer Rechnungsperiode (in der Regel das Wirtschaftsjahr) durch die Gegenüberstellung von → Aufwand und → Ertrag ermittelt. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, erwirtschaftet das Unternehmen einen → Jahresüberschuss (Gewinn), der das → Eigenkapital erhöht. Übersteigen hingegen die Aufwendungen die Erträge kommt es zu einem → Jahresfehlbetrag (Verlust), der das → Eigenkapital verringert.
Gewinnrücklage	Ist der Teil des → Jahresüberschusses, der nicht ausgeschüttet und nicht als → Gewinnvortrag auf das folgende Jahr vorgetragen wird, sondern bei der Gewinnverwendung eine direkte Einstellung in eine eigens ausgewiesene → Rücklage erfolgt.
Gewinnvortrag	Der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss in die nächste Rechnungsperiode vorgetragene (übertragene) Gewinn. In der Folgeperiode wird der Restbetrag dann mit dem aktuellen Ergebnis verrechnet, und es erfolgt ein erneuter Verwendungsbeschluss (siehe auch Verlustvortrag).
Gezeichnetes Kapital	Bestandteil des → Eigenkapitals in der → Bilanz von Kapitalgesellschaften. Es weist das im Handelsregister eingetragene Haftungskapital der Kapitalgesellschaft aus. Bei der Aktiengesellschaft wird es mit Nennkapital, bei der GmbH mit → Stammkapital bezeichnet. Das Gezeichnete Kapital ist bei Kapitalgesellschaften der Maximalbetrag, mit dem die Gesellschafter zum Ausgleich von Verbindlichkeiten und Verlusten herangezogen werden können (beschränkte Haftung), falls die anderen Eigenkapitalanteile (Kapital- und → Gewinnrücklage, → Gewinnvorträge) aufgebraucht sind. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile am Gezeichneten Kapital bestimmt sich auch die Beteiligungsquote.
Investitionen	Bindung von Kapital in Wirtschaftsgütern, um daraus → Erträge zu erzielen. Es wird unterschieden zwischen Sach- und Finanzinvestitionen.
Jahresergebnis	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller → Aufwendungen und → Erträge, steht am Ende der Gewinnermittlung. (auch: Jahresüberschuss/-fehlbetrag)
Kapitalrücklage	In die Kapitalrücklage werden Beträge eingestellt, die bei einer Kapitaleinlage oder Einzahlung den Betrag des → Gezeichneten Kapitals übersteigen.
Liquidität	Fähigkeit eines Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (Zahlungsbereitschaft). Diese wird häufig an den Beständen des Vermögens gemessen, die sich innerhalb von unterschiedlichen Zeiträumen in flüssige Mittel umwandeln lassen (Fristigkeit). Dieser Fristigkeit muss immer die Fälligkeit der einzelnen Fremdkapitalpositionen (Verbindlichkeiten) gegenüber gestellt werden.
Passiva	Auf der Passivseite der → Bilanz wird das Kapital, getrennt nach → Eigen- und → Fremdkapital, ausgewiesen. Die Passivseite gibt Auskunft über die Herkunft der finanziellen Mittel des Unternehmens (Mittelherkunftsseite). Die Summe aller Passiva, die gleich der Summe aller → Aktiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Rechnungsabgrenzungsposten	Ausgaben (Aktivseite) oder Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, soweit der Aufwand/Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag eintritt. Dienen der Abstimmung zwischen → Bilanz und → GuV zur Ermittlung eines periodengerechten Jahreserfolges in beiden Rechnungen.
Rücklagen	Bestandteil des → Eigenkapitals. Sie erhöhen und stärken es und stehen zu längerfristigen Finanzierungszwecken zur Verfügung. Nach der Entstehungsweise unterscheidet man zwischen → Kapitalrücklage und → Gewinnrücklage

Rückstellungen	Verpflichtungen gegenüber Dritten, die am jeweiligen Stichtag mit großer Sicherheit bestehen, deren Höhe und/oder Fälligkeitstermin aber nicht genau bestimmbar ist. Typische Gründe für die Bildung von Rückstellungen sind: Garantieverpflichtungen, drohende Verluste aus laufenden Geschäften, noch zu leistende Steuerzahlungen und Pensionsverpflichtungen. Letztere haben aufgrund ihrer extremen Langfristigkeit und einem in der Regel immer bestehenden Grundstocks in gewissem Maße eigenkapitalähnlichen Charakter.
Stammkapital	→ Gezeichnete Kapital einer GmbH. Seine Höhe ist im Gesellschaftsvertrag und in der Satzung festgelegt. Es ist die Summe der von den Gesellschaftern bei der Gründung übernommenen Stammeinlagen.
Umlaufvermögen	Umfasst die Wirtschaftsgüter, die in ihrer ursprünglichen und in verarbeiteter Form nur kurze Zeiträume im Unternehmen verbleiben. Ausgewiesen auf der → Aktivseite der Bilanz umfasst es Vorräte, Wertpapiere, Forderungen und liquide Mittel.
Umsatz	wertmäßiger Ausdruck für die am Markt abgesetzten Produkte. Der Umsatz ist gleich der verkauften/ abgesetzten Menge multipliziert mit dem pro Einheit erhaltenen Verkaufs- /Absatzpreises.
Verlustvortrag/-rücktrag	Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleiches. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraumes können mit steuerpflichtigen Gewinnen dem vorangegangenen Jahr verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bildet die gesetzlich zulässige Möglichkeit gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.

Anlage 3: Auszug aus der Gemeindeordnung für das Land NRW (GO NRW)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 ff.), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes (Transparenzgesetz) vom 17.12.2009 (GV. NRW. S. 950). [In Kraft getreten am 31.12.2009]

5. Teil Der Rat

§ 41 Zuständigkeiten des Rates

(1) Der Rat der Gemeinde ist für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Die Entscheidung über folgende Angelegenheiten kann der Rat nicht übertragen:

a)

k) die teilweise oder vollständige Veräußerung oder Verpachtung von Eigenbetrieben, die teilweise oder vollständige Veräußerung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigungen des privaten Rechts, die Veräußerung eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft sowie den Abschluss von anderen Rechtsgeschäften im Sinne § 111 Abs. 1 Satz 1 und 2,

l) die Errichtung, Übernahme, Erweiterung, Einschränkung und Auflösung von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, öffentlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben, die Bildung oder Auflösung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens gemäß § 27 Abs. 1 bis 3 und 6 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit, die Änderung der Unternehmenssatzung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens sowie der Austritt aus einem gemeinsamen Kommunalunternehmen, die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung sowie die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigungen in privater Rechtsform, den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft,

m) die Umwandlung der Rechtsform von von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, öffentlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben sowie die Umwandlung der Rechtsform Gesellschaften, an denen die Gemeinde beteiligt ist, soweit der Einfluss der Gemeinde (§ 63 Abs. 2 und § 113 Abs. 1) geltend gemacht werden kann,

11. Teil Wirtschaftliche Betätigung und nichtwirtschaftliche Betätigung

§ 107 Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der dringende öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen.

Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
 - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),
 - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),
3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das Innenministerium kann durch

Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 108

Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) die Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 gegeben sind und ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluß, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, daß der Jahresabschluß und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,
9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:
 - a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,
 - b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,
 - c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
 - d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muß sie darauf hinwirken, daß

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

- a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
- b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
- c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Der Jahresabschluß, der Lagebericht und der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung sind dem Haushaltsplan als Anlage beizufügen. Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

- a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
- b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
- c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie
- d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

- a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn
 - die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,
 - für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und
 - sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder
 - sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;
- b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschußpflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 109
Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird

§ 110
Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

§ 111
Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen
und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften im Sinne des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112
Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,
2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113
Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 114 Eigenbetriebe

(1) Die gemeindlichen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) werden nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebsatzung geführt.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebes ist der Betriebsleitung ausreichende Selbständigkeit der Entschließung einzuräumen. Die Zuständigkeiten des Rates sollen soweit wie möglich dem Betriebsausschuss übertragen werden.

(3) Bei Eigenbetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten besteht der Betriebsausschuss zu einem Drittel aus Beschäftigten des Eigenbetriebes. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder muss in diesem Fall durch drei teilbar sein. Bei Eigenbetrieben mit weniger als 51, aber mehr als zehn Beschäftigten gehören dem Betriebsausschuss zwei Beschäftigte des Eigenbetriebes an. Die dem Betriebsausschuss angehörenden Beschäftigten werden aus einem Vorschlag der Versammlung der Beschäftigten des Eigenbetriebes gewählt, der mindestens die doppelte Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter enthält. Wird für mehrere Eigenbetriebe ein gemeinsamer Betriebsausschuss gebildet, ist die Gesamtzahl aller Beschäftigten dieser Eigenbetriebe maßgebend; Satz 4 gilt entsprechend. Die Zahl der sachkundigen Bürger darf zusammen mit der Zahl der Beschäftigten die der Ratsmitglieder im Betriebsausschuss nicht erreichen.

§ 114 a Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Die Satzung muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 9 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 7 gilt entsprechend.

(4) Die Anstalt kann nach Maßgabe der Satzung andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Für die Gründung von und die Beteiligung an anderen Unternehmen und Einrichtungen in eine Rechtsform des privaten Rechts sowie deren Veräußerung und andere Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 gelten die §§ 108 bis 113 entsprechend. Für die in Satz 2 genannten Gründungen und Beteiligungen muss ein besonders wichtiges Interesse vorliegen.

(5) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 87 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(6) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß Absatz 3 Satz 2,
2. die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen sowie deren Gründung,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Ergebnisverwendung,
7. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Nummern 2 und 7 bedarf es der vorherigen Entscheidung des Rates. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. In der Satzung kann ferner vorgesehen werden, dass bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung des Rates erforderlich ist.

(8) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat für die Dauer von 5 Jahren gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 sinngemäß. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die dem Rat angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden

aus dem Gemeinderat. Die Mitglieder des Rats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die Anstalt mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
3. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(9) Die Anstalt hat das Recht, Dienstherr von Beamten zu sein, wenn sie auf Grund einer Aufgabenübertragung nach Absatz 3 hoheitliche Befugnisse ausübt. Wird die Anstalt aufgelöst oder umgebildet, so gilt für die Rechtsstellung der Beamten und der Versorgungsempfänger Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

(10) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Anstalt werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands sowie die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Leistungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Anhang des Jahresabschlusses für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge und Leistungen für jedes einzelne Mitglied dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden, soweit es sich um Leistungen des Kommunalunternehmens handelt. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für Leistungen entsprechend § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 Satz 2.

(11) § 14 Abs. 1, § 31, § 74, § 75 Abs. 1, § 77, § 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

§ 115 Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

- a) die Gründung oder wesentliche Erweiterung einer Gesellschaft oder eine wesentliche Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
- b) die Beteiligung an einer Gesellschaft oder die Änderung der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- c) die gänzliche oder teilweise Veräußerung einer Gesellschaft oder der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- d) die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines Unternehmens, die Änderung der bisherigen Rechtsform oder eine wesentliche Änderung des Zwecks,
- e) den Abschluss von Rechtsgeschäften, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluss der Gemeinde auf das Unternehmen oder die Einrichtung zu mindern oder zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus einer Beteiligung zu beschränken,
- f) die Führung von Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe,
- g) den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
- h) die Errichtung, wesentliche Erweiterung oder Auflösung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen oder deren Gründung sowie Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderem Grund die Frist verkürzen oder verlängern.

(2) Für die Entscheidung über die mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft gilt Entsprechendes, wenn ein Beschluss des Rates nach § 108 Abs. 6 oder § 111 Abs. 2 zu fassen ist.

12. Teil Gesamtabschluss

§ 116 Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabchluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtanlagebericht zu ergänzen. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabchluss durch Beschluss. § 96 findet entsprechende Anwendung.

(2) Zu dem Gesamtabchluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. Auf den Gesamtabchluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung erfordert, § 88 und § 91 Abs. 2 entsprechend anzuwenden.

(3) In den Gesamtabchluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach Absatz 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

(4) Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
2. der ausgeübte Beruf,
3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
4. in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(5) Der Gesamtabchluss ist innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen. § 95 Abs. 3 findet für die Aufstellung des Gesamtabchlusses entsprechende Anwendung.

(6) Der Gesamtabchluss ist vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabchlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabchluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 gilt entsprechend.

(7) In die Prüfung nach Absatz 6 müssen die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

§ 117 Beteiligungsbericht

(1) Die Gemeinde hat einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabchlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabchluss beizufügen.

(2) Der Beteiligungsbericht ist dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

§ 118 Vorlage- und Auskunftspflichten

Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung von Gründungsverträgen oder Satzungen für die in § 116 bezeichneten Organisationseinheiten darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, von diesen Aufklärung und Nachweise zu verlangen, die die Aufstellung des Gesamtabchlusses erfordert.

Anlage 4: Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz

§ 53

Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaften auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54

Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 (Prüfung staatlicher Betätigung bei privatrechtlichen Unternehmen) auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.